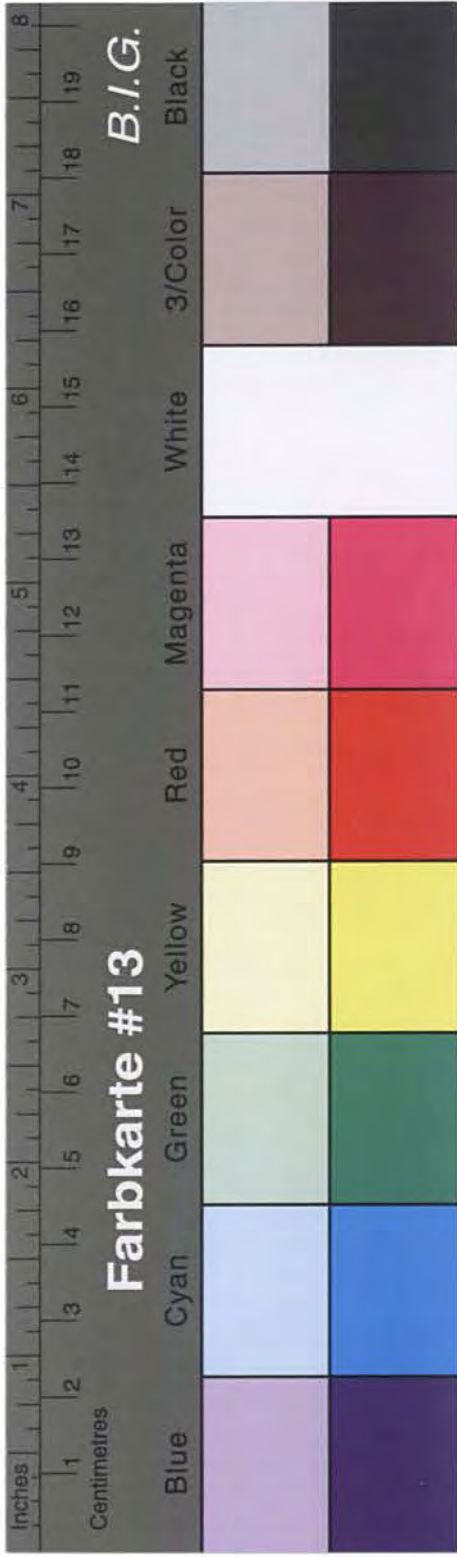


Kreisarchiv Stormarn B2

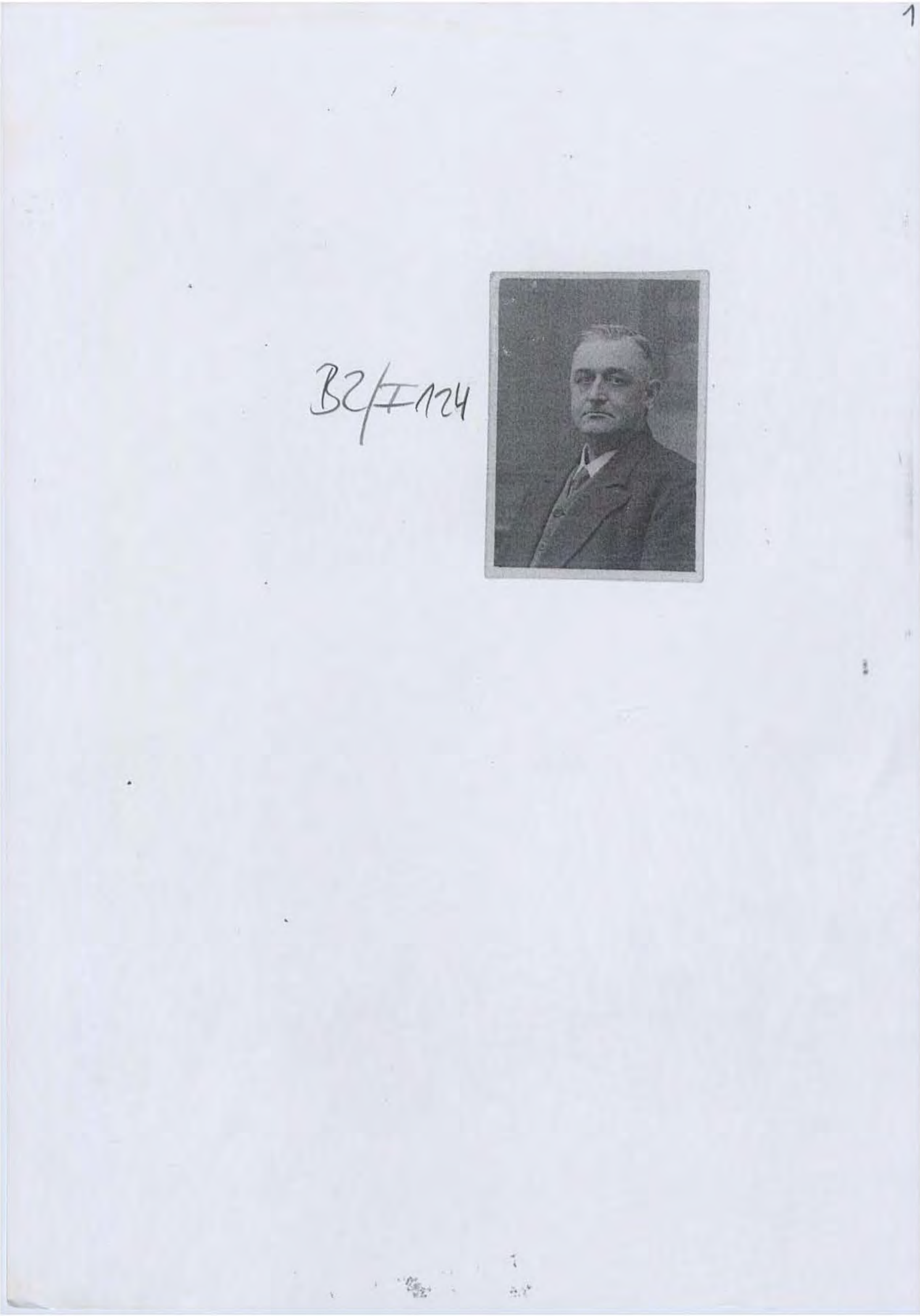
Kreisarchiv Stormarn

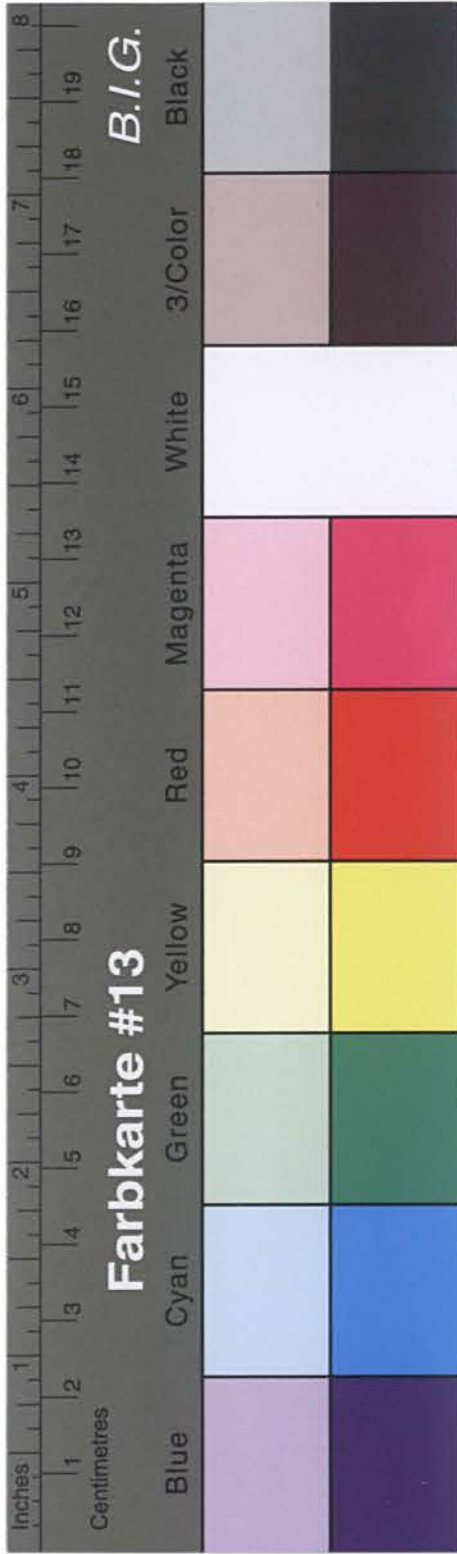
Bestand B 2

616

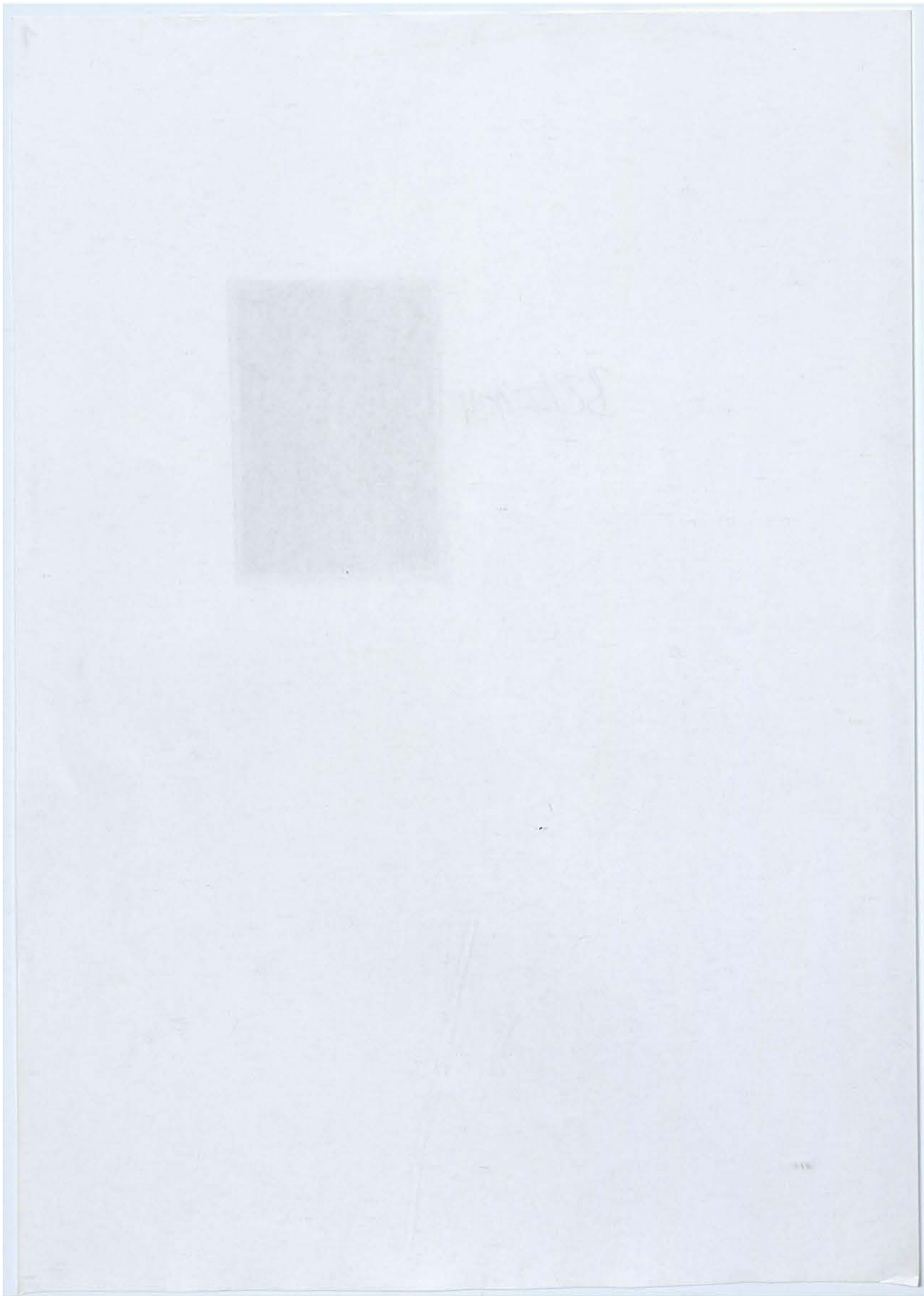


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



2

Forderungen der Opfer des Nazismus.

Name: Müller Vorname: Johann
Anschrift: Hl. Hansdorf Post Ahrensbürg
Beruf: Wärter in Ratha Hansdorf geb. am: 24.12.89 geb. in: Großmühlentien
Familienstand: ledig verheiratet verwitwet geschieden.
Anzahl der Unterhaltspflichtigen Angehörigen: Ehefrau und 1 Kinder.

Als Opfer des Nazismus erhebe(n) ich (wir) Forderungen im Rahmen der Wiedergutmachung und zwar:

I. als Häftling ja/nein

Verhaftet am: 27.1.38 × 11.8.42 wegen: Heimliche Vergehen in Verbrechen
verurteilt am: 11.5.38 × 12.8.42 wegen: gegen Fahren in Staat
In Haft eingessen vom 27.1.38 bis 11.5.39 in Dreibergen - Bützow
vom 11.8.42 bis 11.8.44 in "
vom " bis " in "

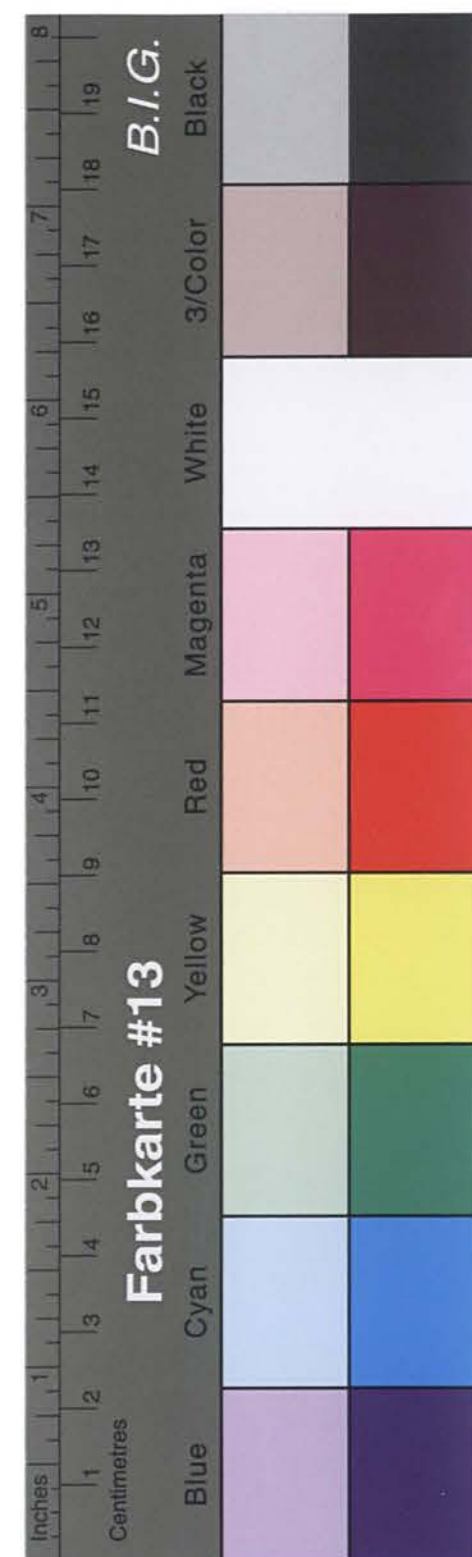
II. als aus a) politischen b) rassischen c) religiösen Gründen? Politischen Grund
Verfolgter oder Geschädigter.
Schaden entstand ^{von} 1934 - 1945 in (Ort) Großmühlentien
durch die Kreisleitung d. N. G. D. S. P. (Kreis Ahrensbürg)
Wird Gefährdungslage, Vermögensverlust des Grundstücks in Gefährdung
Verhaftung in Gefängnis in Haft, Verlust 2 Geldschaften 1934 x 1936 sowie
Verweisung meiner Familie durch die Gestapo aus Ahrensbürg d. 1.43.
(entstandener Schaden, Vernichtung oder Beschlagnahme von Vermögen, Boykott, Geschäftsauflösung usw.)

III. als Gemaßregelter
Entlassung aus welchem Grund? am 11.8.44

am: 1. 2. 3.

Betrieb: "
Dauer der Arbeitslosigkeit: "
Dauer des sonstigen Verdienstaufalles oder Minderung: "

Bordbucherei Rudolf Bändkerl, Bargteheide DR 276 139 500 9 47 K1 A



Kreisarchiv Stormarn B2

IV. als sonst. Opfer des Nazismus: (körperliche Schäden oder Tod?)

Schaden entstand am: im August 1943 ins Anführer Kommando
durch: den Hauptmann des SS-Biroteams Delli-Delli, sowie durch
den ehemaligen Landwirtschaftsminister von Dänemark.

Entstandener Schaden: Schädelverletzung durch Fensterkollaboration, Handverletzung
des linken Fingers in der Hand, welche durch eine Verletzung

Entstandener Gesamtschaden.

— Nachstehend aufzuführen sind die durch die Eintragung zu I–IV begründeten materiellen Schäden, soweit sich diese heute bereits finanziell übersehen und in RM. ausdrücken lassen. —

Entstandener Schaden:	als Häftling I.	als Verfolgter II.	als Gemaßregelter III.	als sonst. Opfer IV.
Vermögensverlust				
Vermögensbeschlagnahme				
Geschäftsschädigung	55, 000			
Verdienstausfall	54, 000			
Erwerbsminderung				
Kosten für ärztl. Behdlg. usw.				
sonstiger Schaden	5, 300			
zusammen:	114, 300			

Mir ist bewußt, daß die vorstehend gemachten Angaben lediglich informatorischen Zwecken dienen sollen. Irgendwelche Ansprüche kann ich daraus nicht ableiten.


Ort: W. Hamsdorf, den 12. 2. 1948

Unterschrift: Johann Wöller

An

Amtliche Stelle für politische Wiedergutmachung,
Bad Oldesloe

3

VVN


VEREINIGUNG DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES

LANDESSEKRETARIAT
SCHLESWIG-HOLSTEIN

413

HAMBURG 39
MARIA-LOUISEN-STRASSE 132
29. Oktober 1948
17/-

An den Landrat des Kreises Stormarn

B A D O L D E S L Ö E

Aus einem gegebenen Falle heraus müssen wir feststellen, dass im Kreise Stormarn unseren Kameraden, die einen Antrag auf Rente als OdN gestellt haben, und deren Antrag schon entschieden ist, bzw. die schon ihre Rente erhalten, ein Fragebogen in Form eines Fürsorgeantrages gegeben wird, mit der Auflage, diesen ausgefüllt der betr. Stelle wieder einzureichen.

Wir verstehen nicht, was der Antrag auf Fürsorge mit unseren Kameraden, die Rentenempfänger als OdN sind, zu tun hat.

Wenn sie Antrag auf Fürsorge stellen, so sind sie doch keine Rentenempfänger, bzw. umgekehrt, Rentenempfänger erhalten doch keine Fürsorge.

Das Gesetz über diese Renten ist von der Landesregierung erlassen, und bedarf es doch nach der Prüfung der eigens zu diesem Zwecke eingesetzten Kommission keiner weiteren Prüfung seitens der Fürsorge.

Sollten jedoch diese Fälle nicht geklärt sein, so ist bei der Landesregierung eine Beschwerdestelle eigens zu diesem Zweck eingerichtet worden.

Wir bitten daher uns mitzuteilen, was dieser Antrag auf Fürsorge mit unseren Kameraden OdN zu tun hat.

Kopie dieses Schreibens übersenden wir der Landesregierung, Ministerium für Arbeit, Wohlfahrt und Gesundheitswesen, Ref. VI - D6, zur Kenntnisnahme.

I. A.

Vereinigung der Verfolgten
des Naziregimes
Landessekretariat
Schleswig-Holstein

TELEGRAMME: KOMITEE HAMBURG · TELEFON: 52 47 66 / 52 40 86 / 52 33 42
POSTSCHECK: 88469 CURT POSENER HAMBURG

Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisverwaltung Stormarn
Kreissonderhilfsausschuss
— Abt. 4/413 —

Bad Oldesloe, den 11. November 1948
mit Barsbüttel
Klage tragen
am 16. NOV. 1948
... 17. ... *Spilain*

Urschriftlich gegen Rückgabe
an die Amtsverwaltung
in Bargteheide
um Stellungnahme übersandt. Es handelt sich hier um den ehem. polit. Ver-
folgten Johannes Möller in Kl. Hansdorf.

Gemeindeverwaltung
Bargteheide
Befug.: 23 NOV. 1948
Paul Kleinmüller
Antrag

Im Auftrag:
[Signature]

Amt Bargteheide
Kreis Stormarn
Der Amtmann

Bargteheide, den 24. November 1948

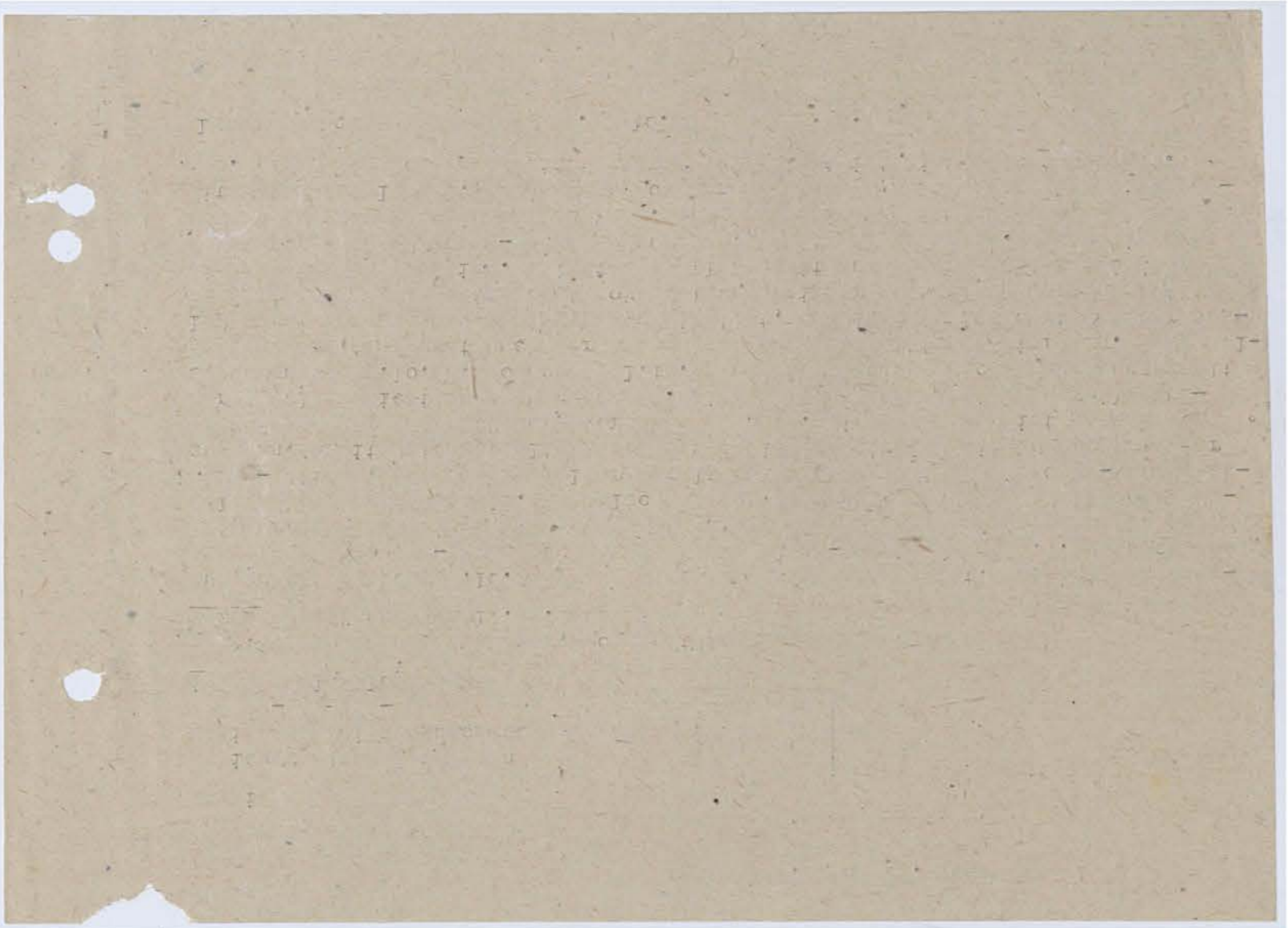
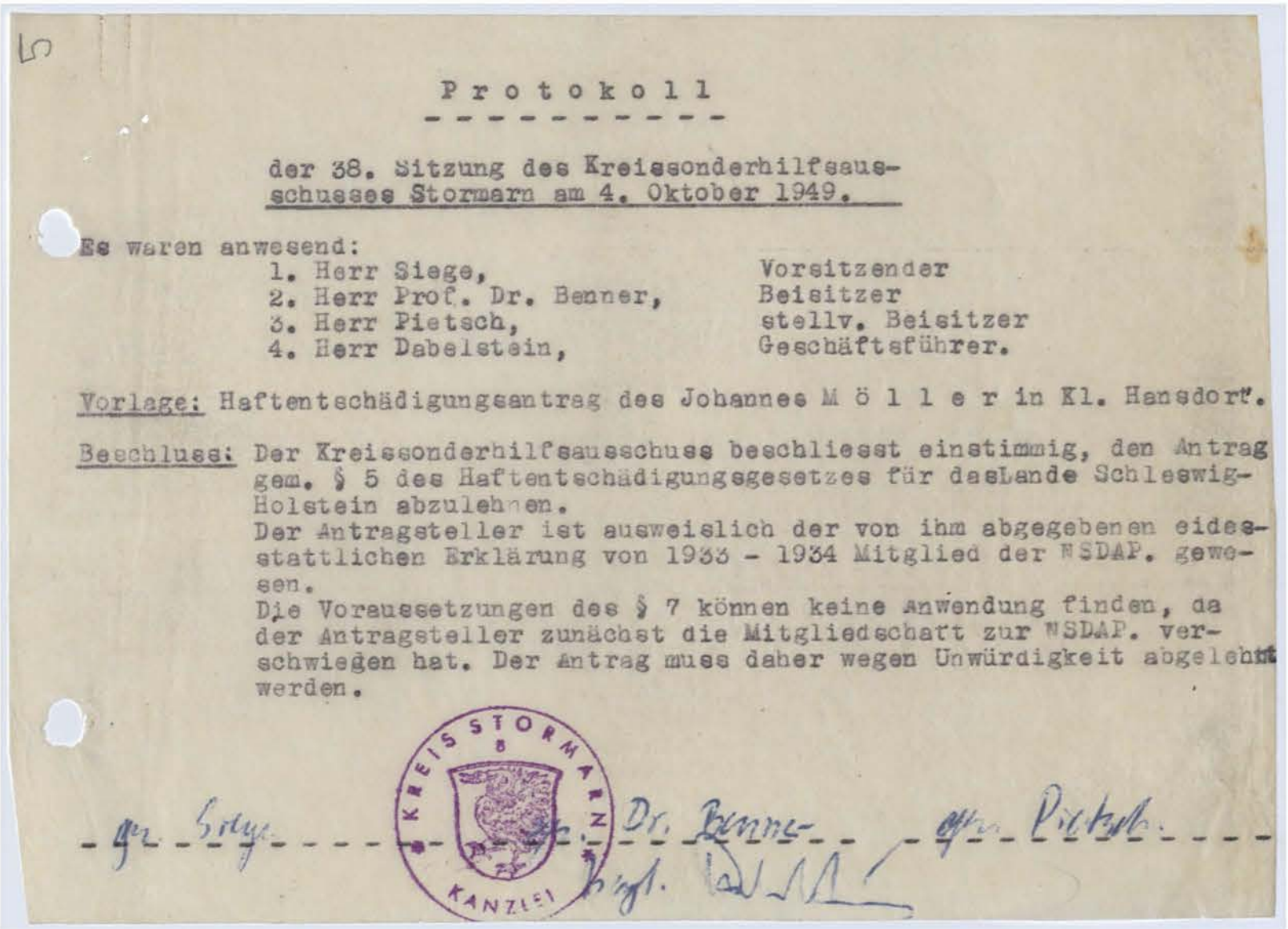
An die
Kreisverwaltung Stormarn
Kreissonderhilfsausschuss
— 4/413 —
in Bad Oldesloe

29. NOV. 1948
[Signature]

Betr.: Herrn Johannes Möller, wohnhaft in Klein Hansdorf
Bezug: Verfügung vom 11.11.1948

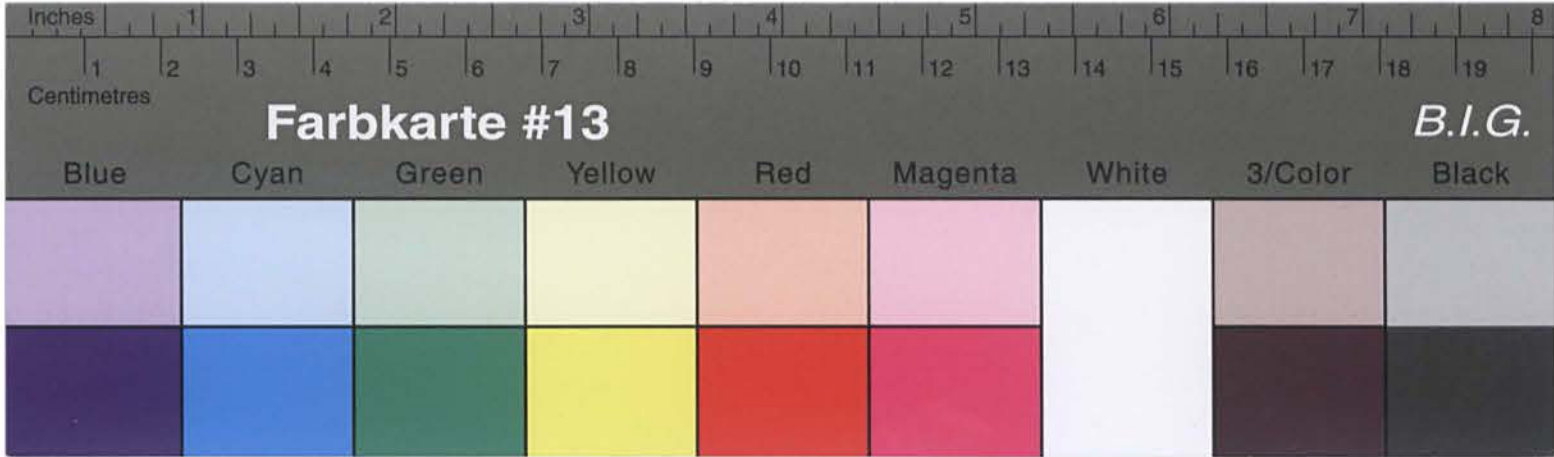
Zum Schreiben vom 29.10.48 des VVN Hamburg wird mitgeteilt, daß bei der Über-
nahme der Fürsorge-Akten von der Gemeinde Klein-Hansdorf am 31.7.48 durch das
Amt Bargteheide weiter keine Unterlagen als die Zahlungsanweisungen für Herrn
Möller übernommen wurden. Anlässlich der damaligen Überprüfung sämtlicher Für-
sorge-Anträge, wurde Herr Möller damals aufgefordert einen Fürsorge-Antrag ab-
zugeben, damit die Verwaltung auf Grund dieses Antrages die Nachprüfung der
Berechnung der Unterstützung vornehmen konnte. Dieser Antrag ist damals von
Herrn Möller nicht abgegeben worden. Die Verfügung des Kreissonderhilfsaus-
schusses vom 9.10.48, wonach ab 1.10.48 die 50 % Zulage nicht mehr ausgezahlt
werden darf, traf erst nach der Auszahlung der Unterstützung hier ein. Herr Möl-
ler wurde daraufhin von hier benachrichtigt, daß ihm die im Monat Oktober aus-
bezahlte 50 % Zulage im Monat November ~~was~~ bei der Auszahlung der Unterstützung
wieder einbehalten wird. Bei dieser Gelegenheit wurde Herr Möller nochmals
gebeten, einen Fürsorge-Antrag abzugeben, damit auf Grund desselben die neue
Berechnung vorgenommen werden kann. Auf Grund einer fernmündlichen Unterredung
mit Herrn Dabelstein, wurde dann von der Abgabe eines Antrages Abstand genom-
men. Dass Herr Möller bereits eine Rente bezieht ist hier nicht bekannt.

1 Anlage Schreiben des VVN v. 29.10.48 I. A. *[Signature]*

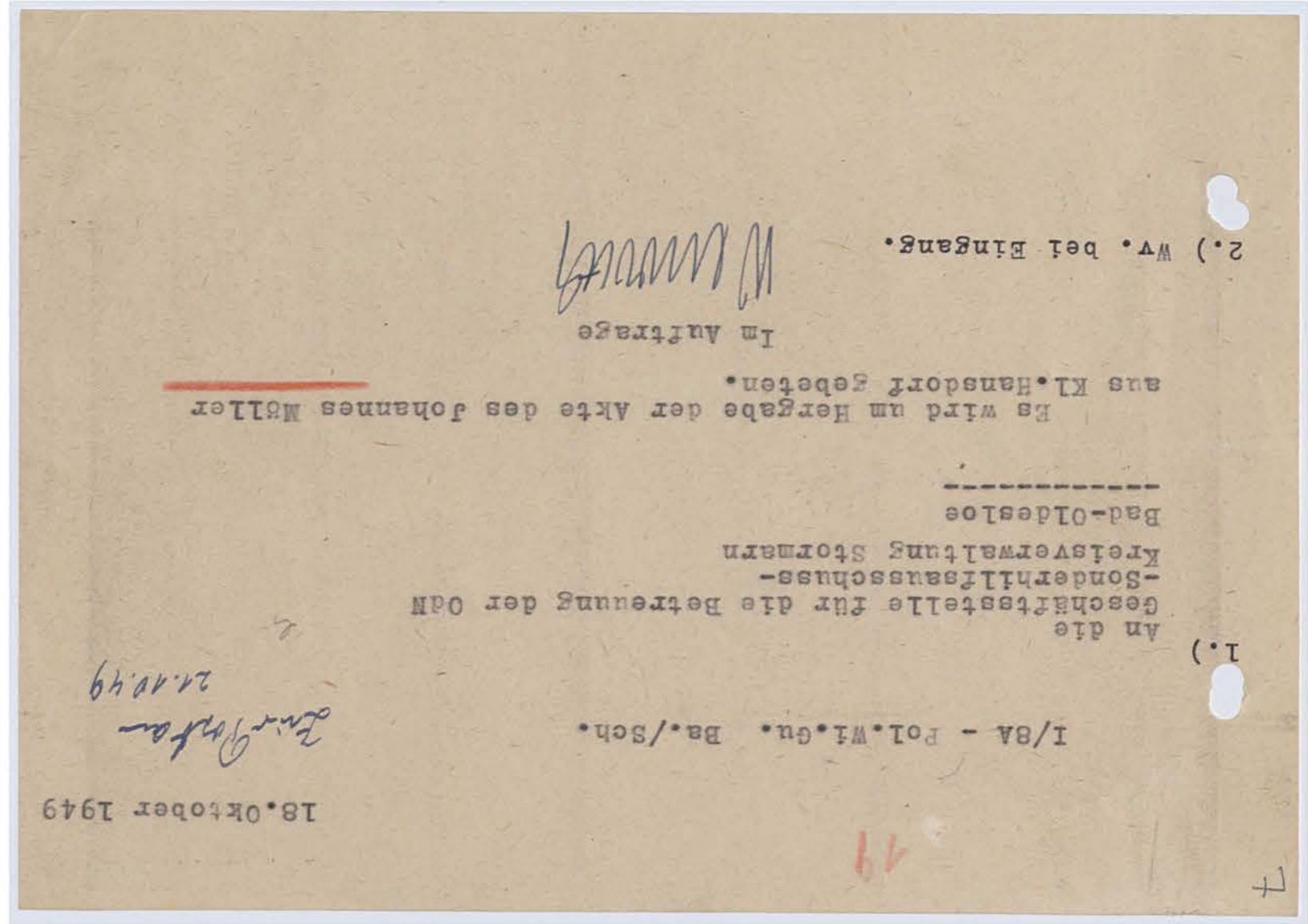
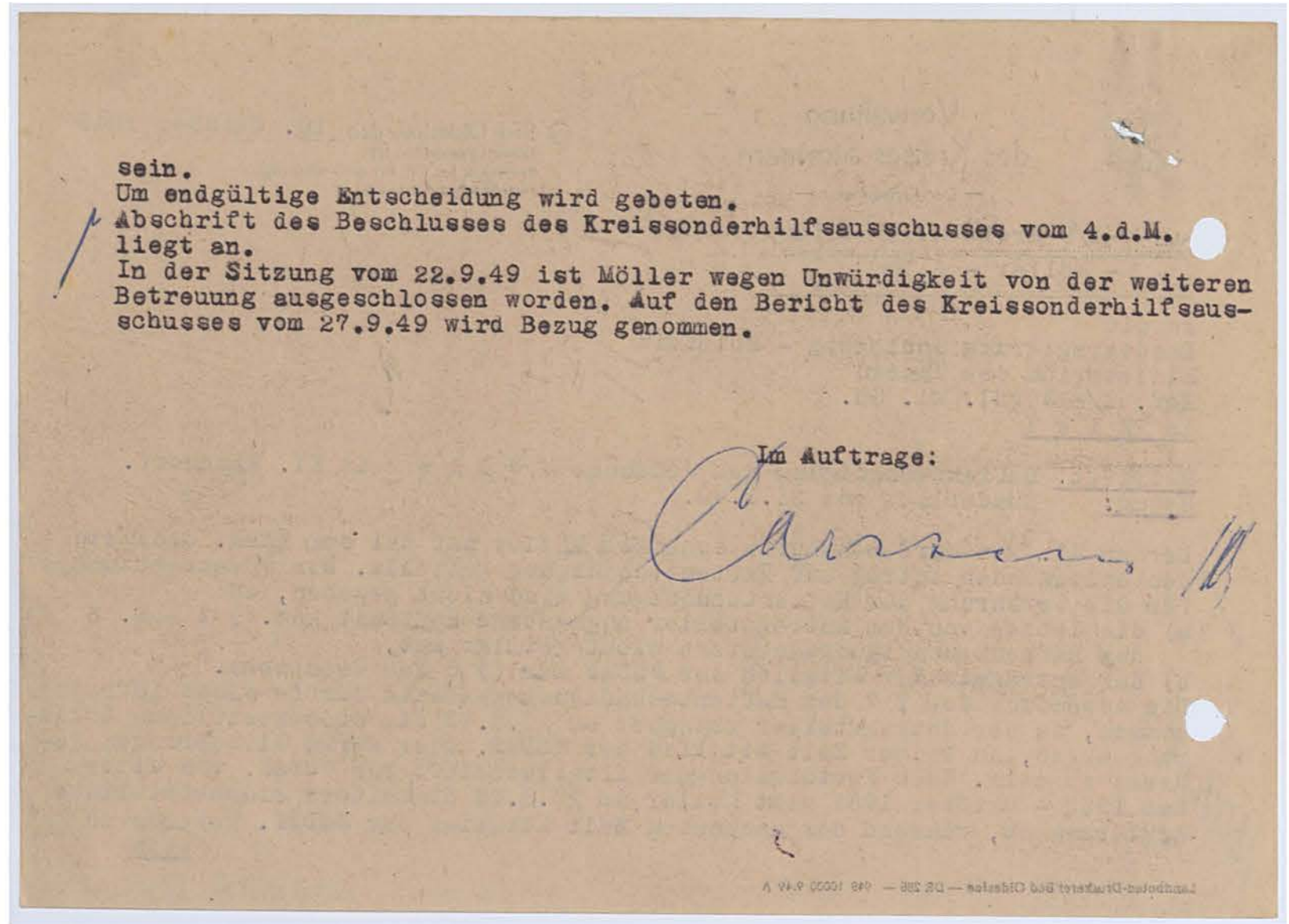


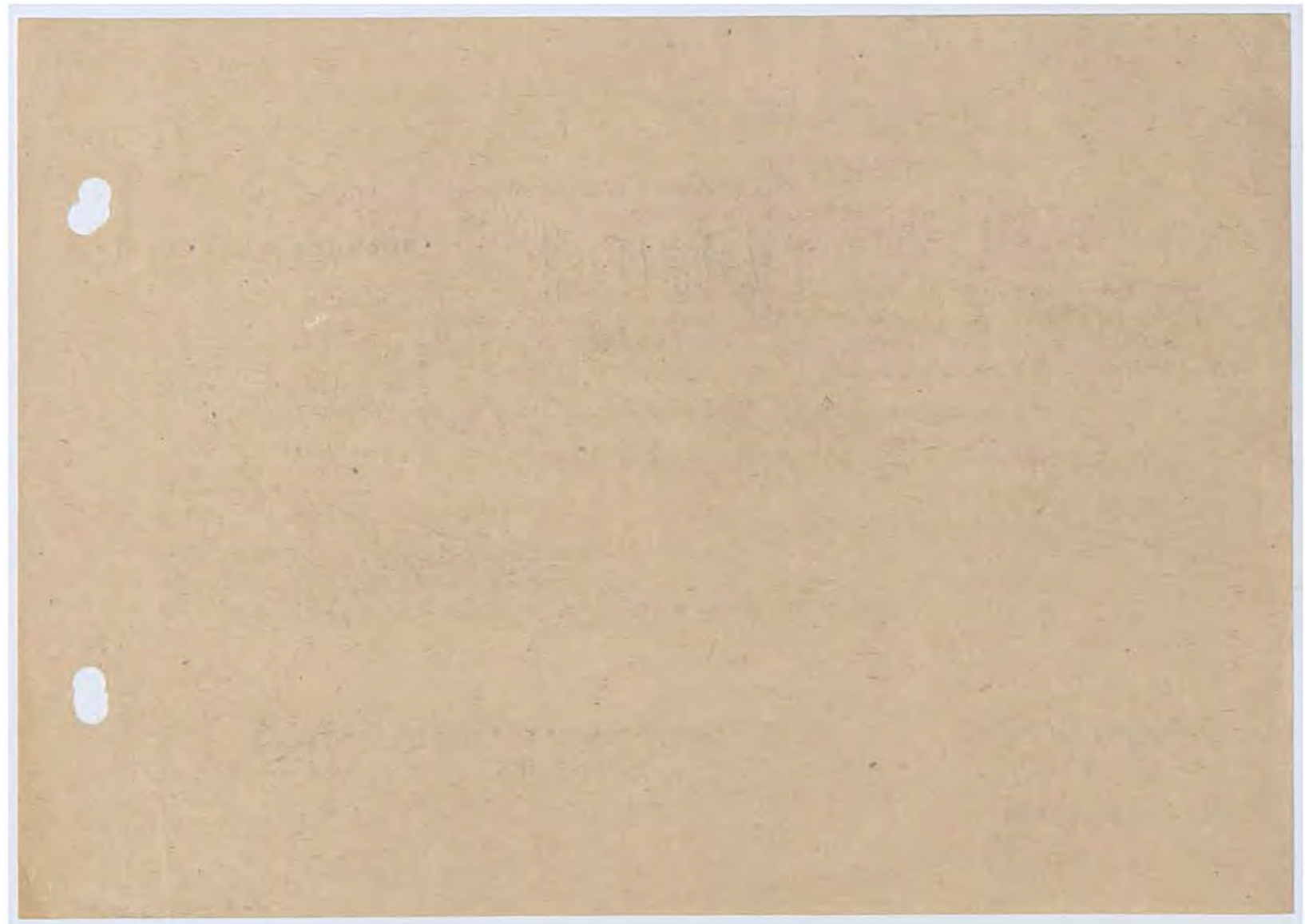
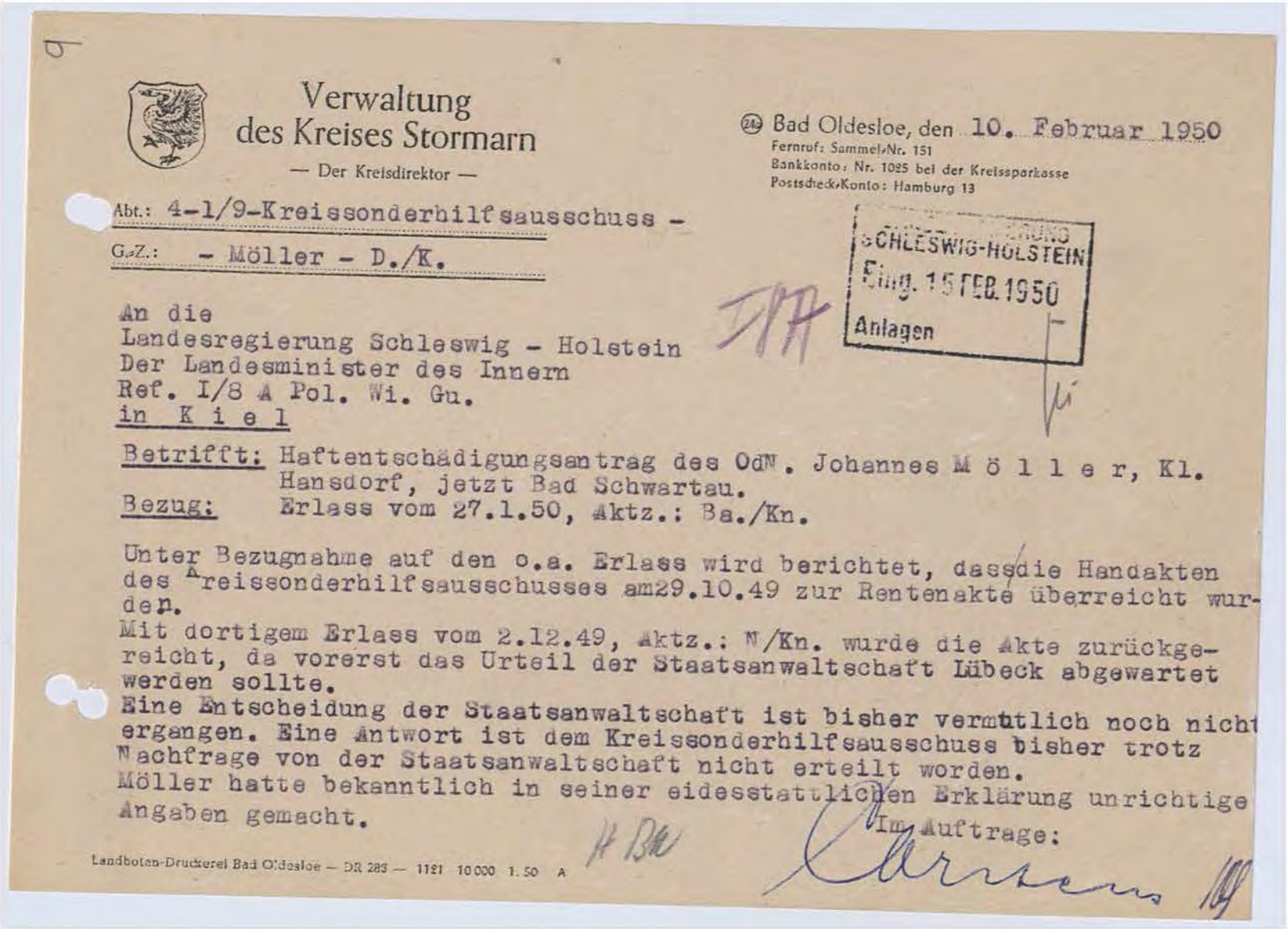
Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



8

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Der Landesminister des Innern
Ref. I/8 A-Pol. Wl. Gu.
Ba./Kn.-

27. Jan. 1950.

Ab an 30. 1.50/1kn -

An die
Kreisverwaltung Stormarn,
Kreissonderhilfsausschuss für OaN,
Geschäftsstelle,
Bad Oldesloe.

Betr.: Haftentschädigungsantrag des OaN Johannes Müller,
Kl. Hansdorf.
Bezug: Dort. Sehr. vom 10.10.49.

Mit o. a. Schreiben wurde gebeten, darüber zu entscheiden, ob
M. als politisch Verfolgter anzuerkennen sei oder nicht.
Mit hiesigem Schreiben vom 18.10.49 wurde um Hergabe der
Haftentschädigungsakte des M. gebeten. Diese ist aber bis
heute hier nicht eingetroffen.
Sollte der dortige SHA jetzt noch Wert auf die Ent-
scheidung legen, so wird um umgehende Übersendung der
Haftentschädigungsakte ersucht.

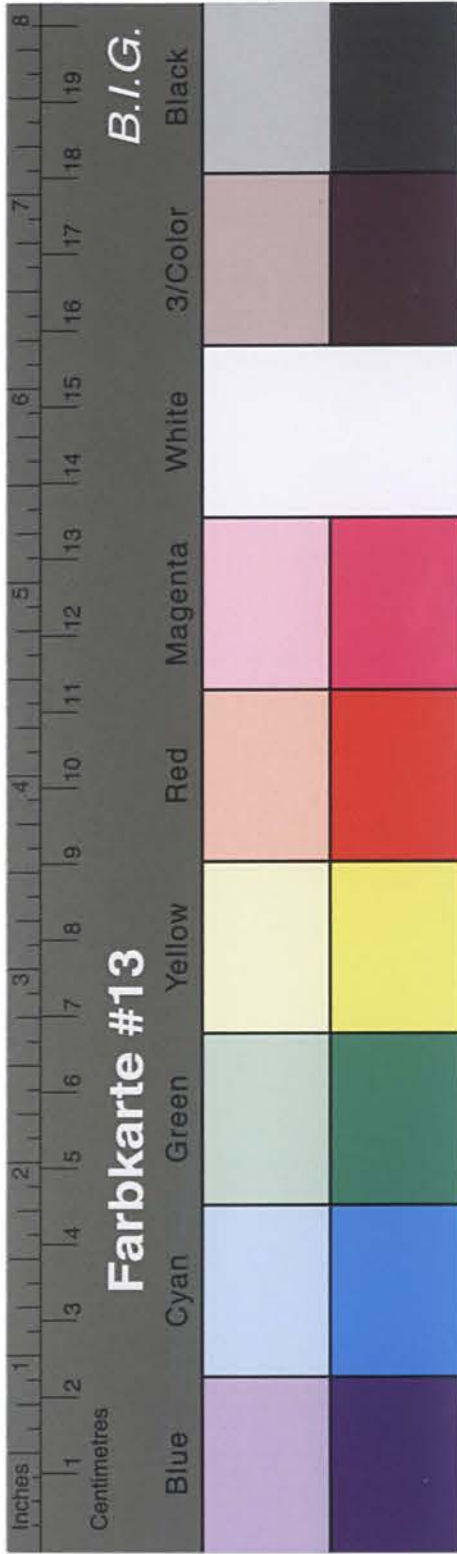
Im Auftrage:
W.

Handwritten notes and stamps are visible on this document, which appears to be a continuation or related document to the one above. The text is mostly illegible due to fading and bleed-through. A stamp is visible in the lower right corner.

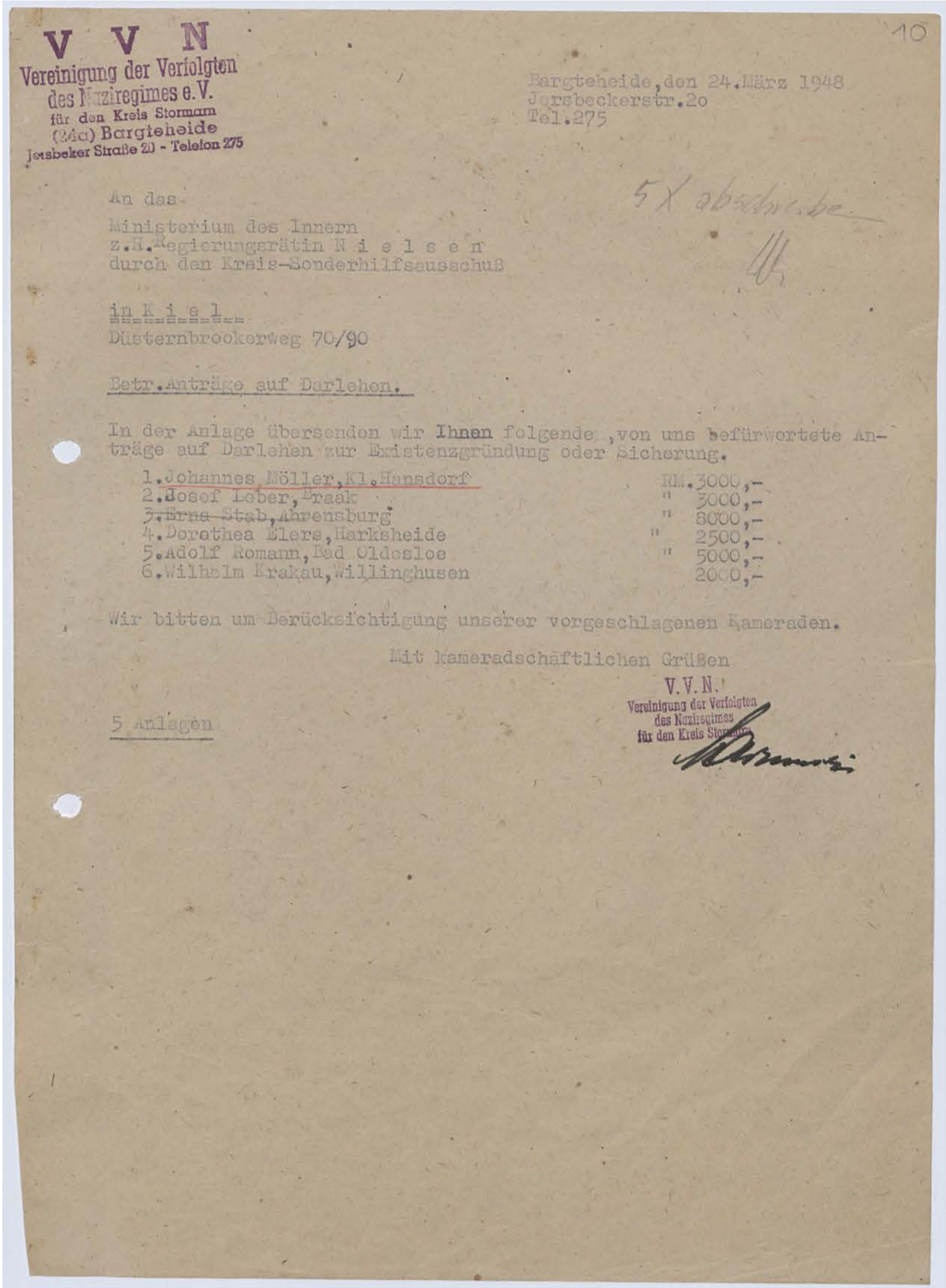
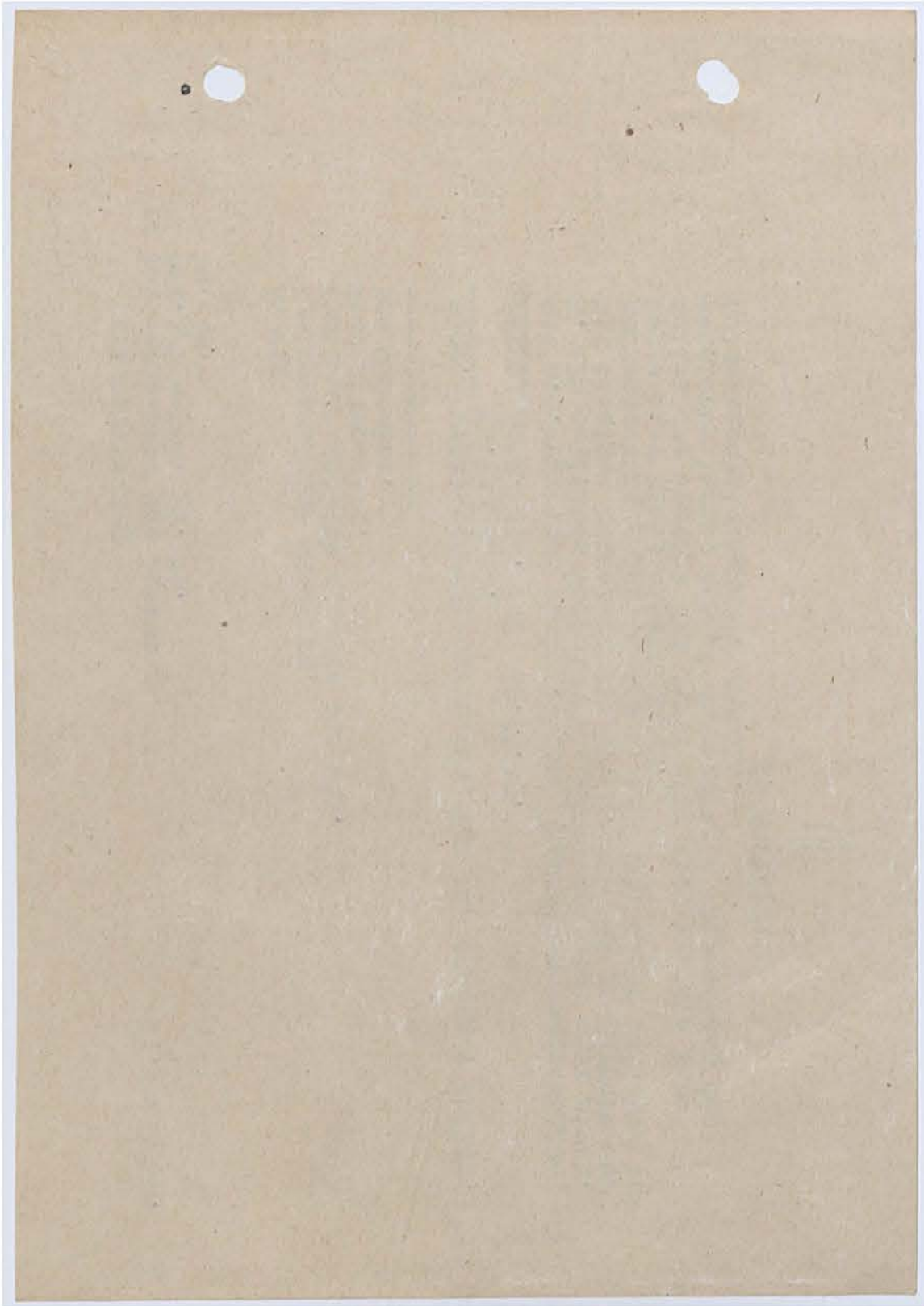
Stamp: *Handwritten*
1. JAN 31 1950
SCHLESWIG-HOLSTEIN

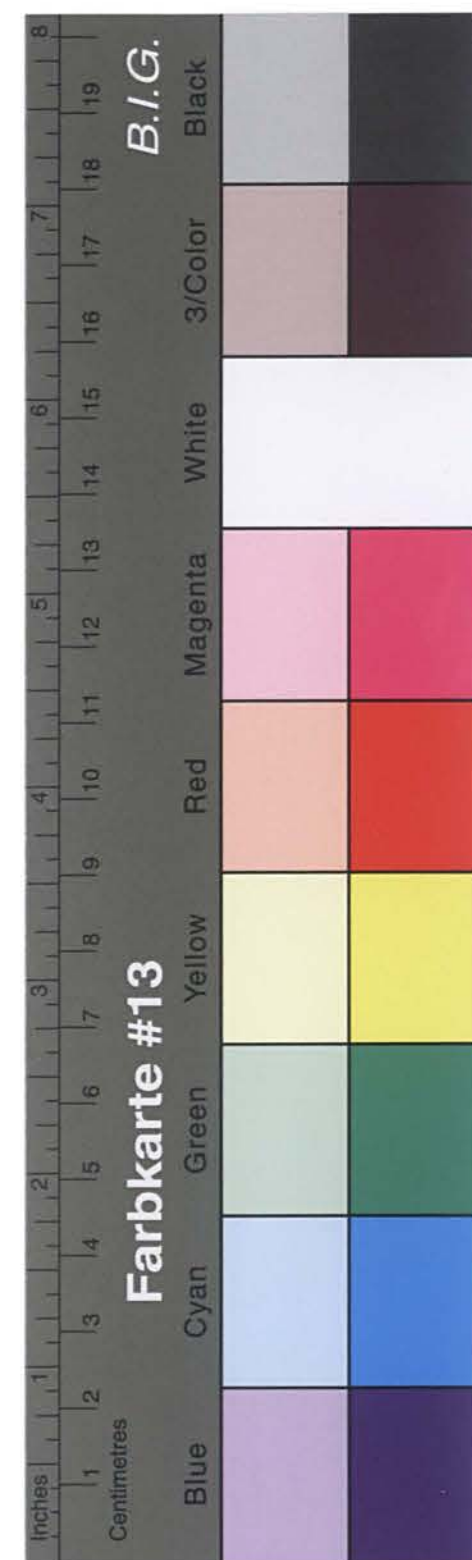
Kreisarchiv Stormarn B2



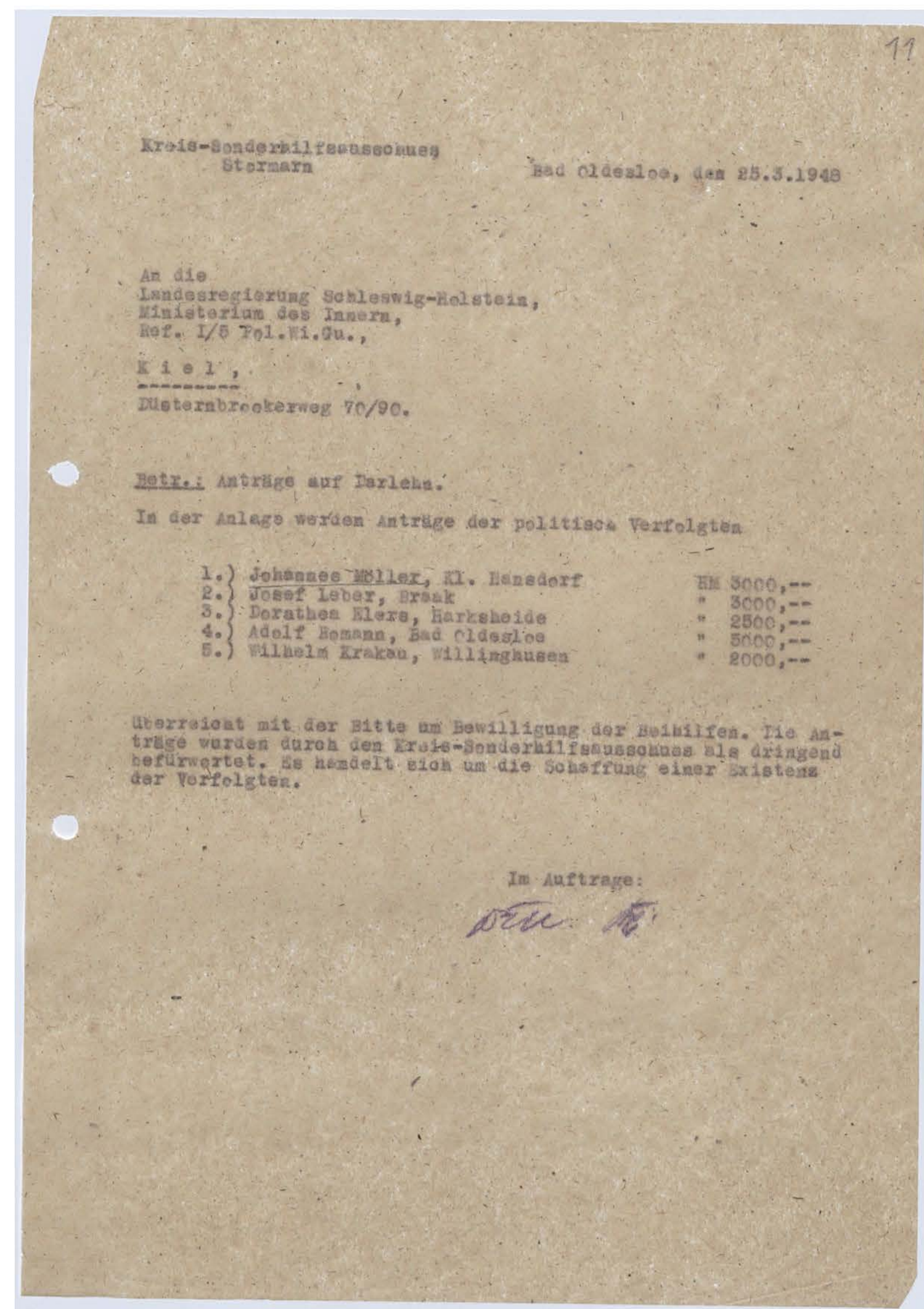
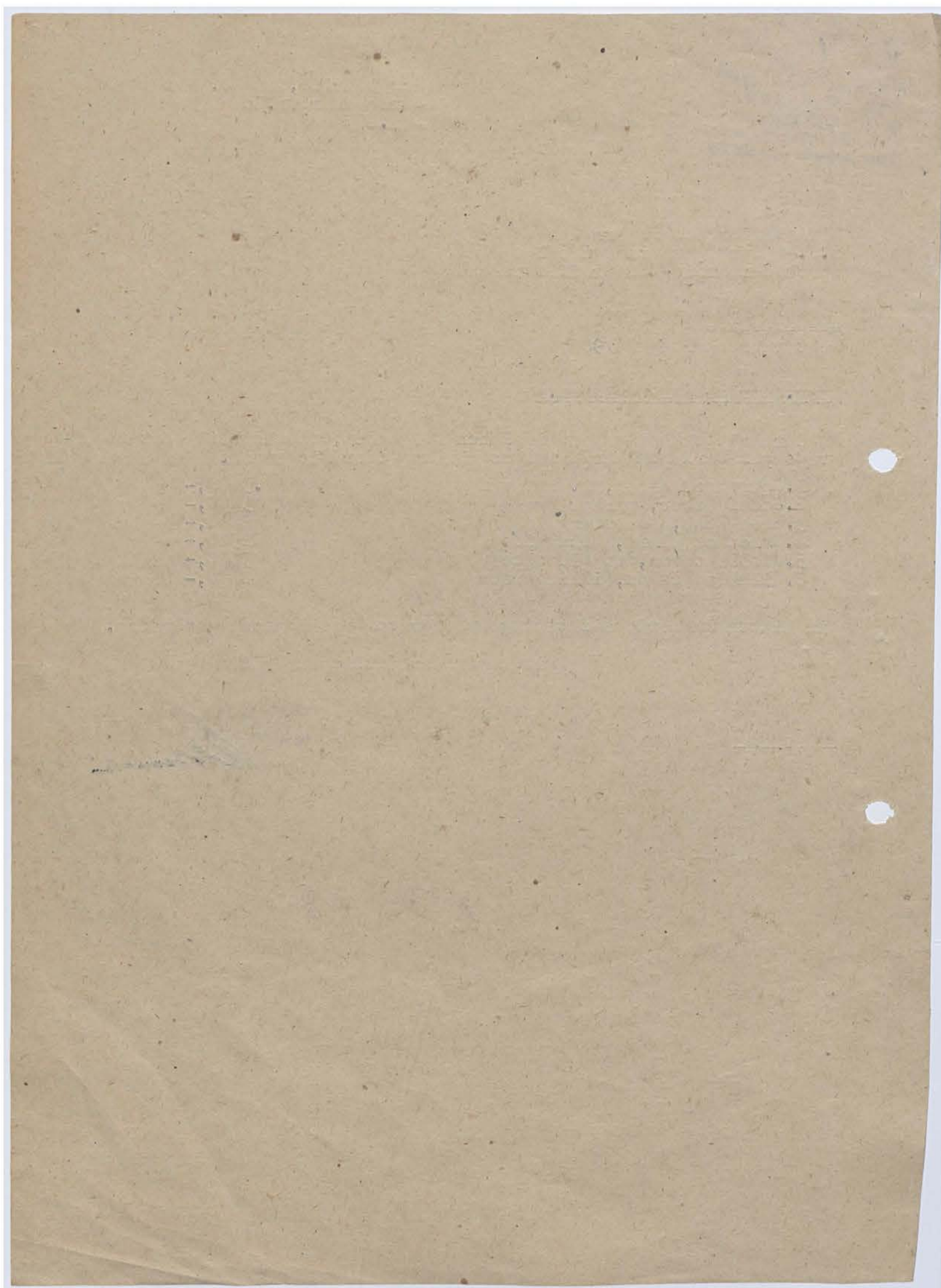


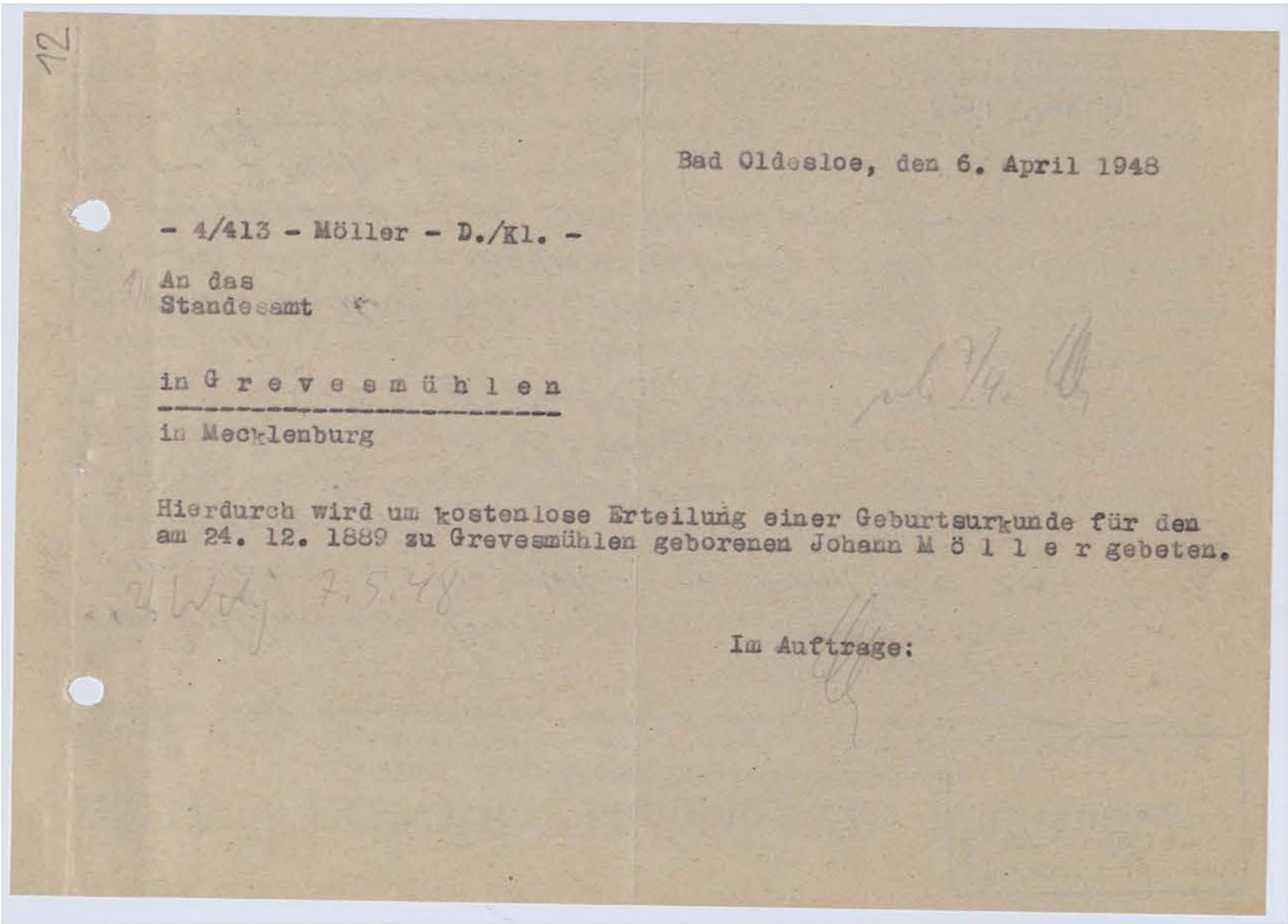
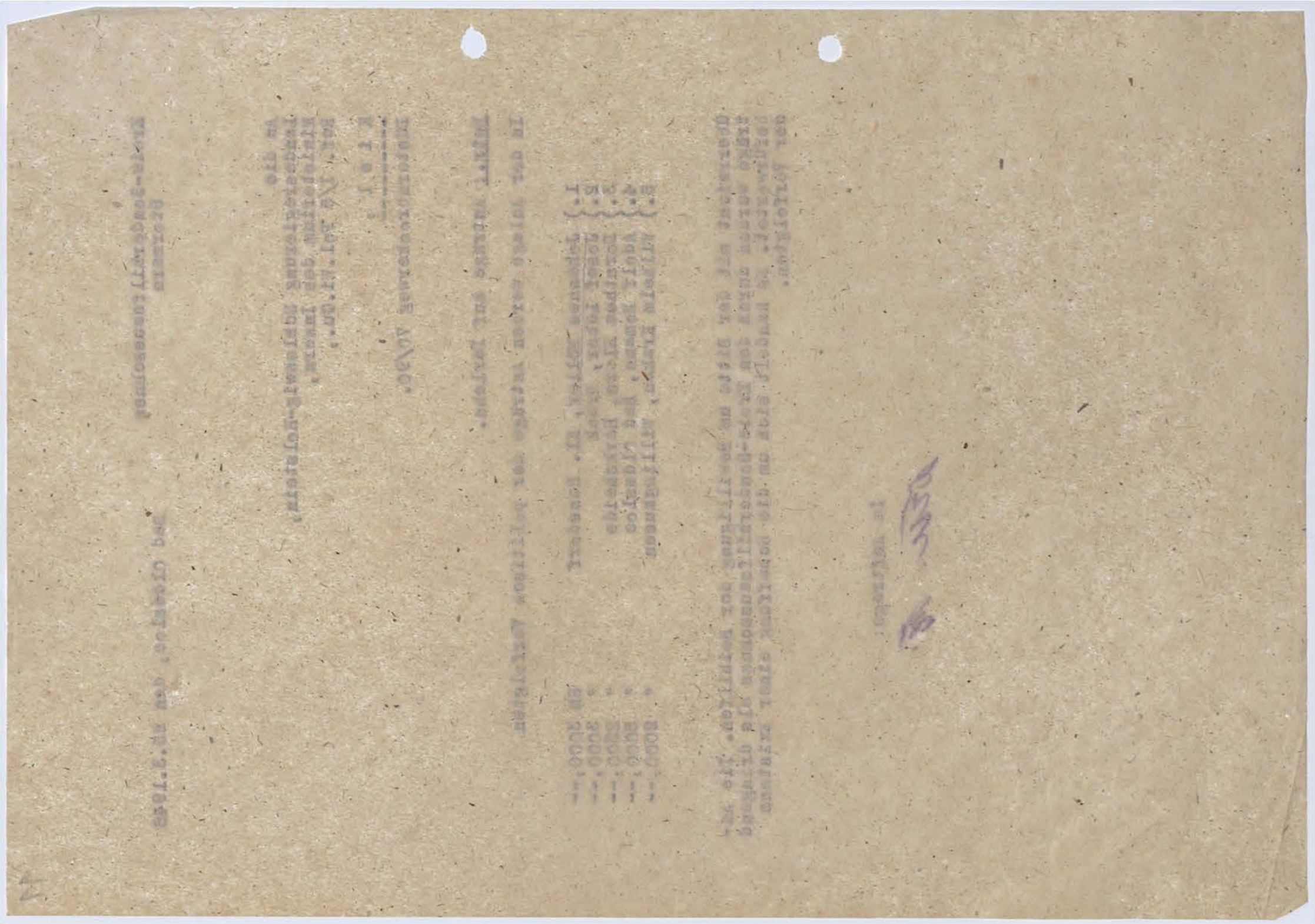
Kreisarchiv Stormarn B2

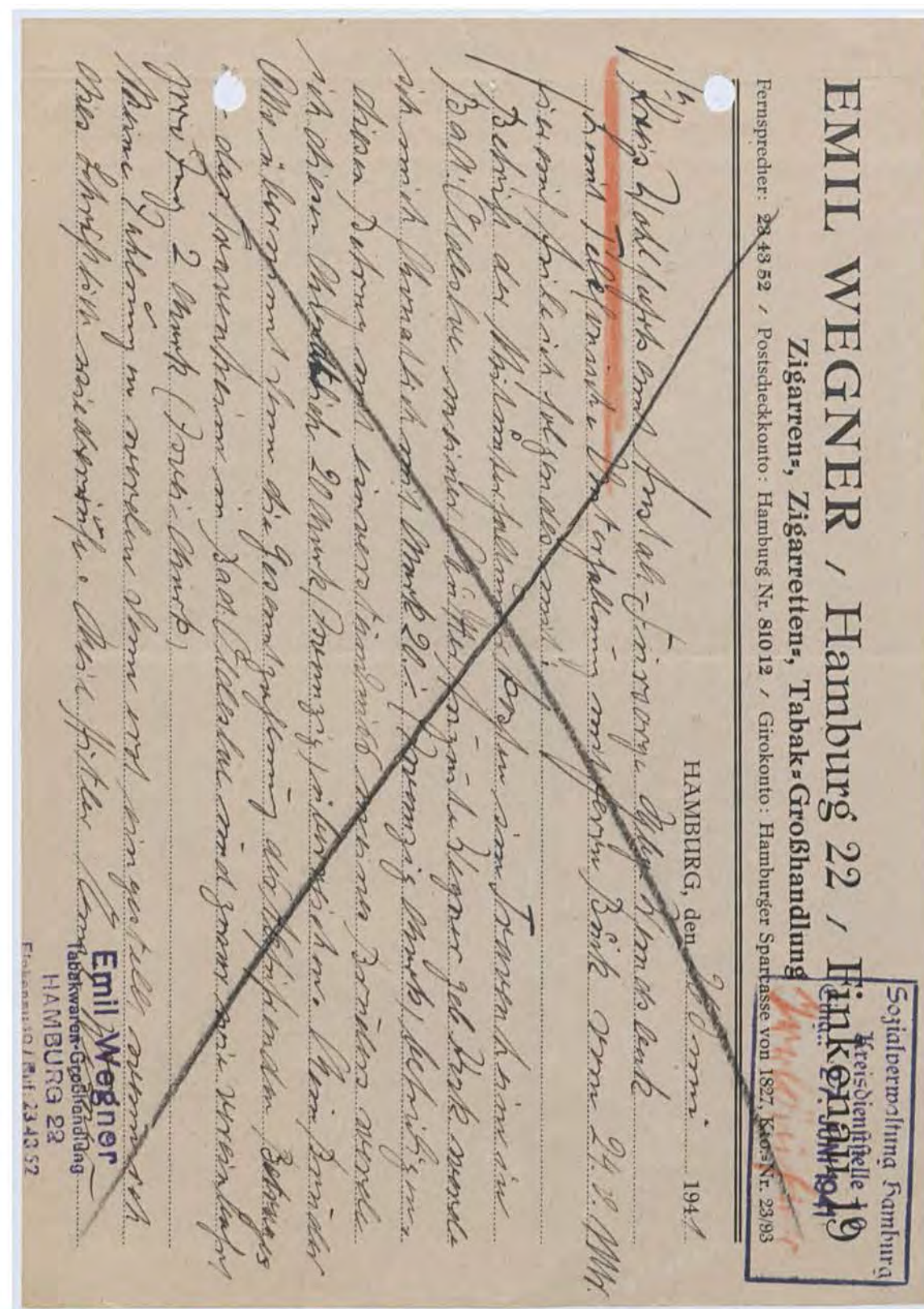
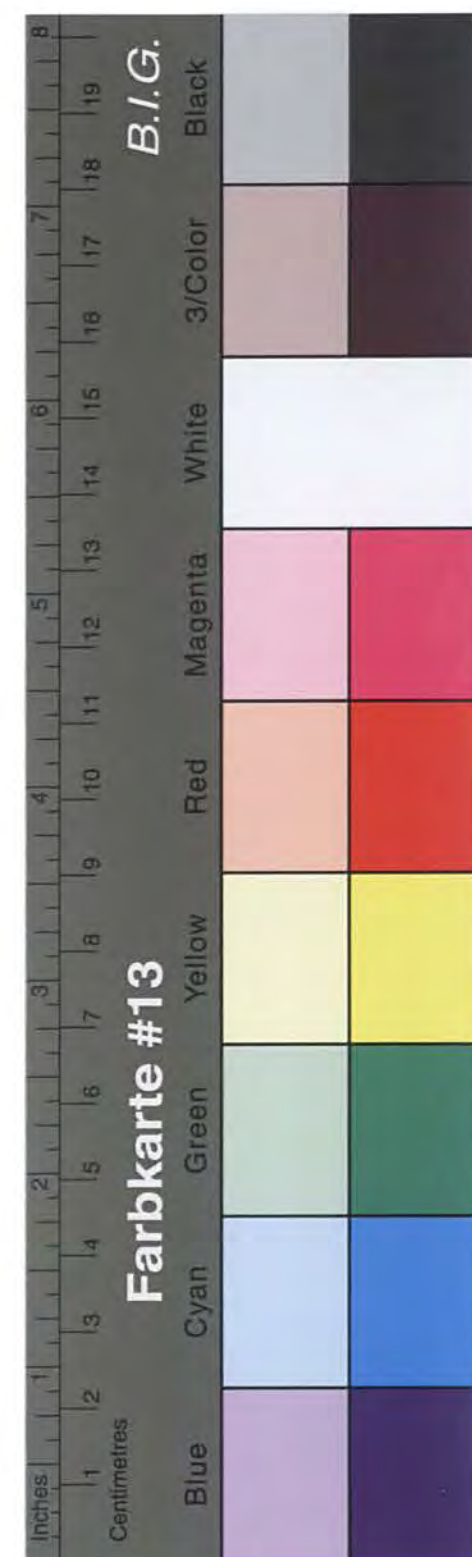


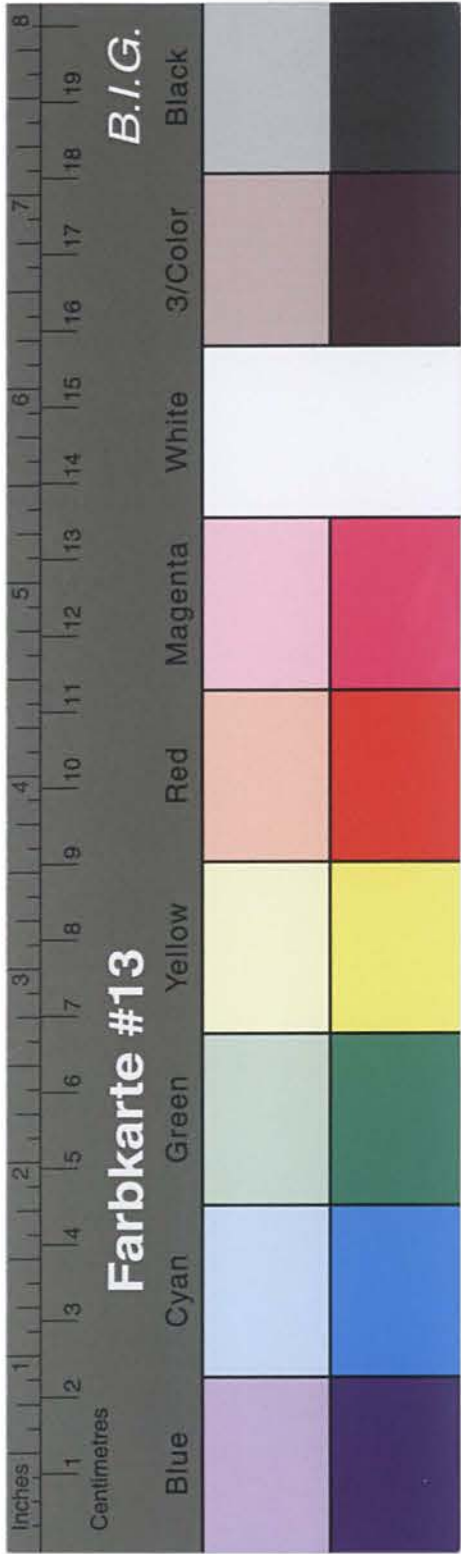


Kreisarchiv Stormarn B2









Kreisarchiv Stormarn B2

Von Hermanns Stubbendorf

~~hochwirden Stubbendorf (am) bei 238,
neue der Stubbendorf und 1. Stubbendorf 136 km,
für Stubbendorf 835, Stubbendorf 896, 25,
" " " Stubbendorf 851, 10,
Stubbendorf (alle Stubbendorf
und Stubbendorf 180
" Stubbendorf 1. Stubbendorf 310~~

Von Hermanns Stubbendorf

15

- 4/112 - Möller - D./M. -

Ref. Oldesloe, den 4. Mai 1948

Herrn
Johann Möller

In Klein-Hansdorf

Unter Bezugnahme auf Ihren Antrag vom 24. 2. 1948 auf Bewilligung
eines zinslosen Darlehens wird Ihnen mitgeteilt, dass Ihnen der Betrag
durch die Landesregierung bewilligt worden ist. Der Betrag ist hier
heute eingegangen und wird Ihnen in den nächsten Tagen durch die
Kreis-Kommunallasse überwiesen.

In Auftrag:

15. 11. 48

16 - 4/413 - Möller - W/Kl -

Landratsamt
Bad Godesloe
17. APR. 1889
17. 4. 89

E 3

Geburtsbescheinigung

(Standesamt Brevesmühlen Nr. 176/1889)

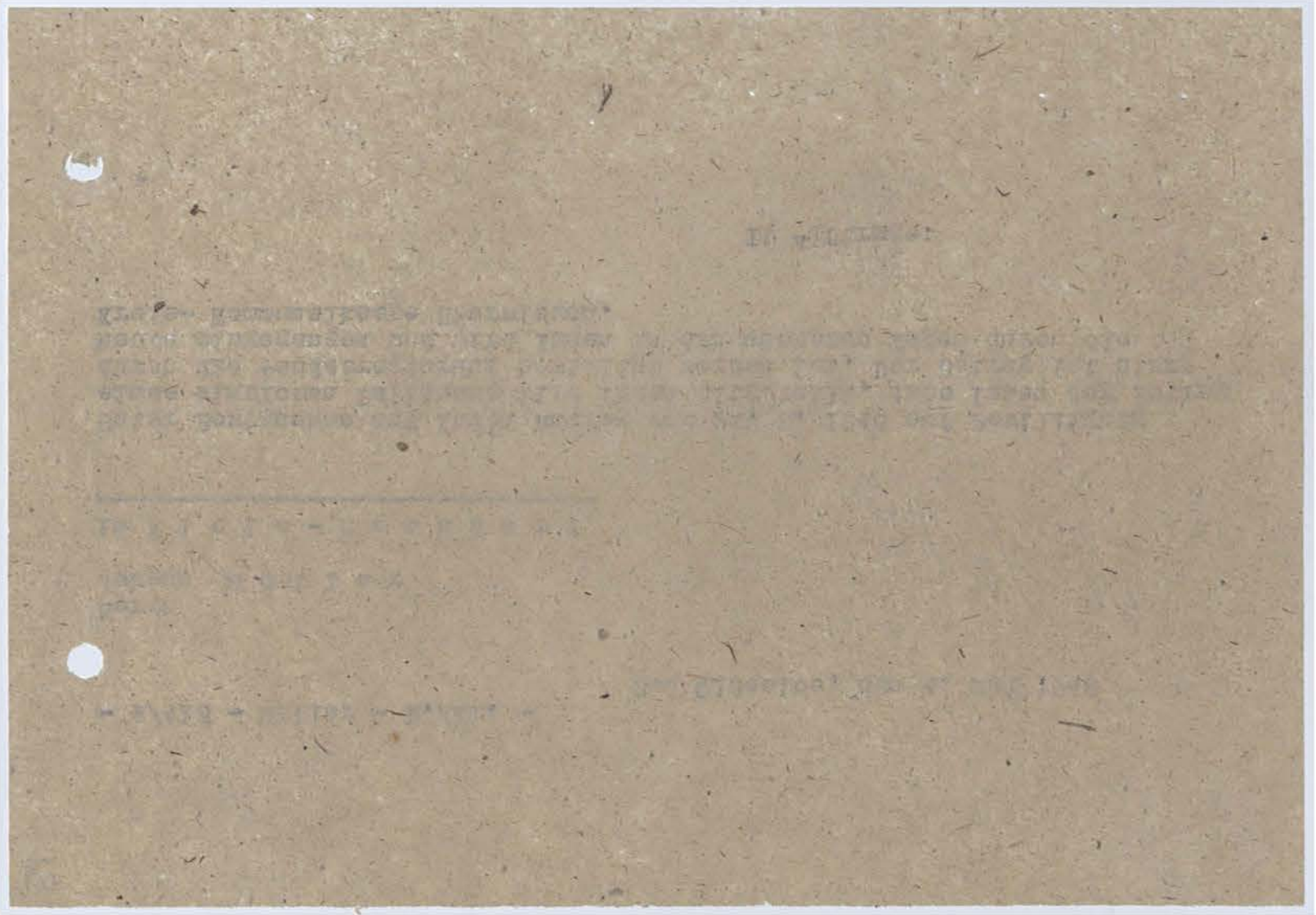
Johann Friedrich Möller
ist am 24. Dezember 1889
in Brevesmühlen geboren.

Vater: Johann Christian Friedrich Möller
Mutter: Maria Johanna Sophie geb. Meyer
Brevesmühlen den 11. April 1988.

Der Standesbeamte
Käte Römer

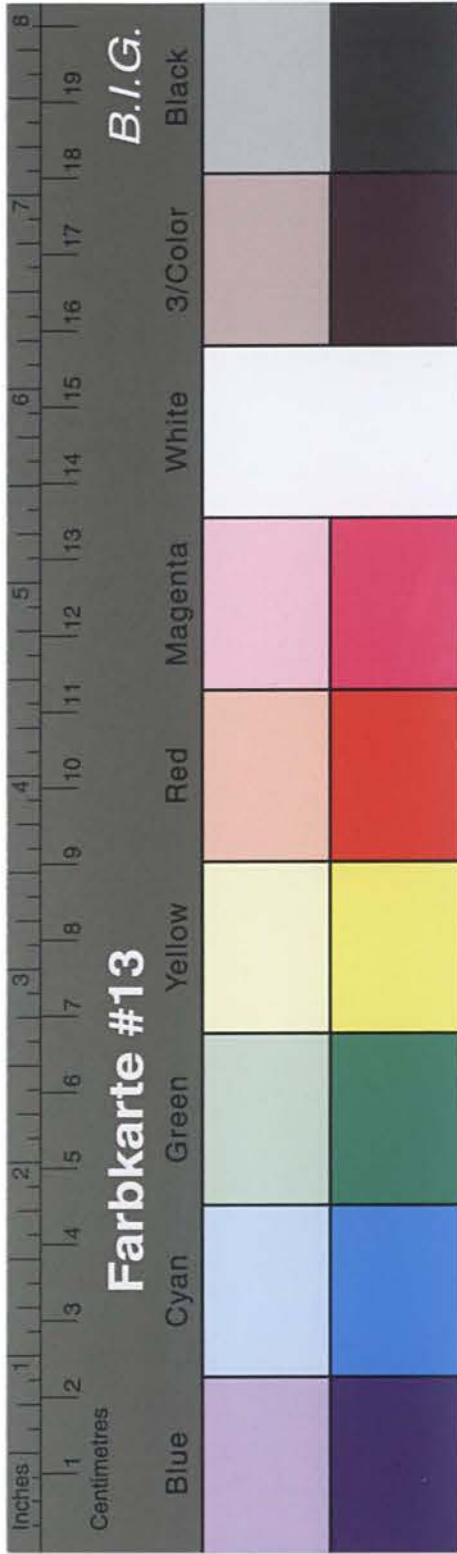
Stargard-am-See
in Grevesmühlen
Mecklb.

W. Sandmeyer, Schwerin (Meckl) — 6009 — 16104

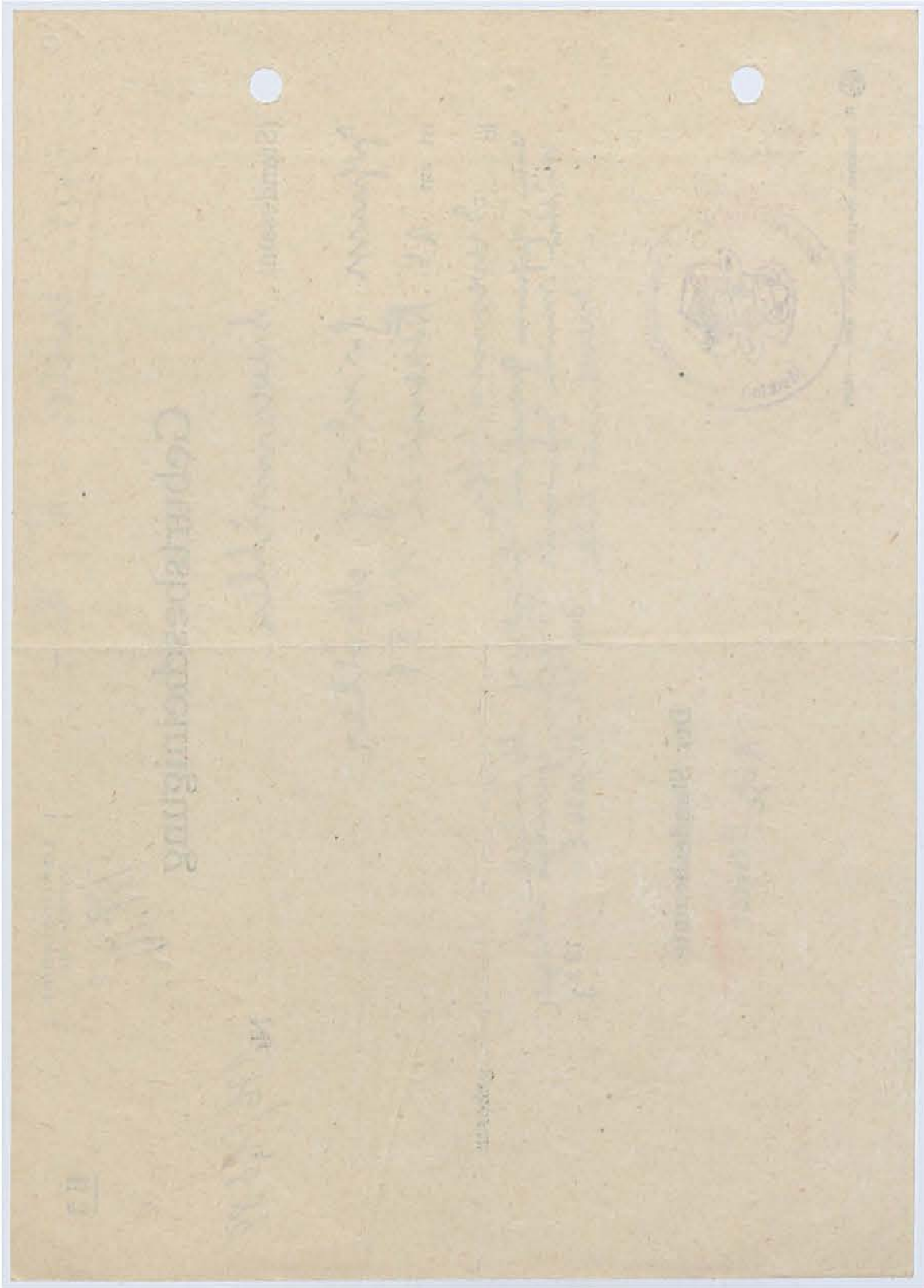


Kreisarchiv Stormarn B2






Kreisarchiv Stormarn B2



17



LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN
MINISTERIUM DES INNERN

Geschäftszeichen: - I/5- Pol.Wi.Gu. -
(Im Antwortschreiben anzugeben)

(24b) Kiel, den 2. April 1948
Düsternbrook Weg 70-90
Telefon 21481-86

3 X

An die
Landkreisverwaltung Stormarn
- Abt. Polit. Wiedergutmachung -
Kreis-Sonderhilfeausschuss

Landkreis Stormarn
- 2 APR. 1948
Tab. 4

Bad Oldesloe.

Betr.: Gewährung von Darlehen.
Bezug: Dort. Schreiben vom 25.3.1948.

Das M.d.I. - Ref. Pol.Wi.Gu. - ist bereit, folgende zinslose Darlehen unter Anrechnung auf den durch eine spätere Wiedergutmachungsgesetzgebung zu regelnden Wiedergutmachungsanspruch zu gewähren.

Johannes Möller,	Kl. Hansdorf	RM 3.000,--
Josef Leber,	Braak	RM 3.000,--
Adolf Romann,	Bad Oldesloe	RM 3.000,--
Wilhelm Krakau,	Willinghusen	RM 2.000,--


		RM 11.000,--
		=====

al. 84. 11

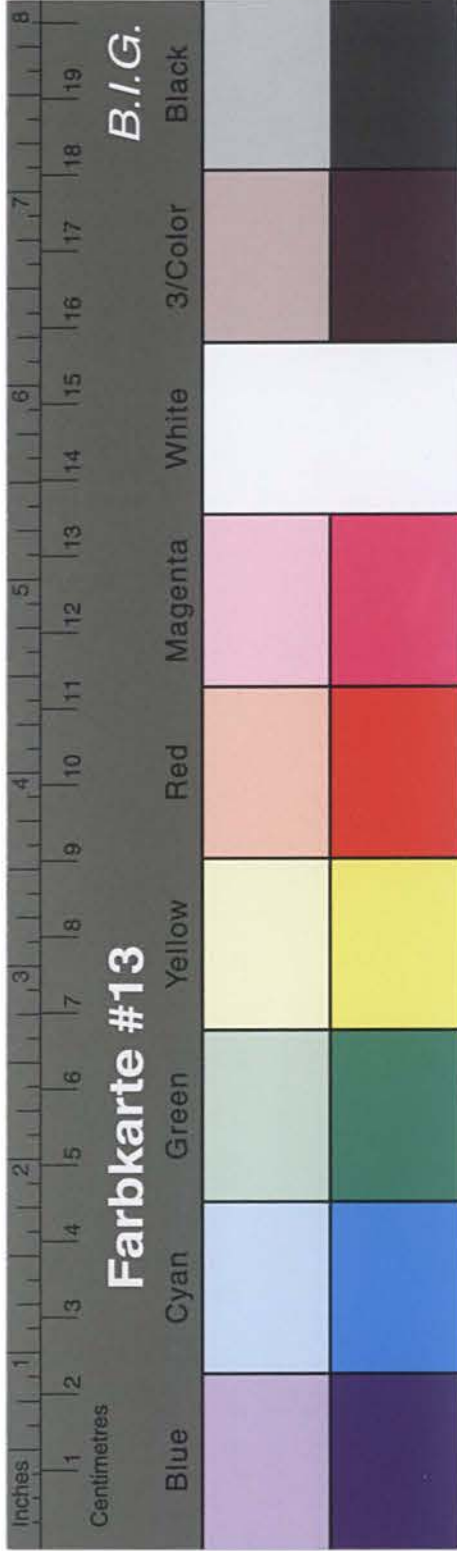
Sie wollen bitte sofort telefonisch mitteilen, auf welche Bankkonten resp. Anschriften der Betrag überwiesen werden soll oder ob die Kreisverwaltung Stormarn diesen Betrag vorauslagt.

Für Herrn Romann, Bad Oldesloe, konnte nur RM 3.000,-- bewilligt werden. Falls Herr R. weiteres Geld benötigt, wollen Sie ihm Bankkredit auf der Kreisebene vermitteln.

Frau Dorothea Elers, Harksheide, beantragt für die Instandsetzung Ihres Hauses einen Betrag von RM 2.500,--. Die Landesregierung ist leider nicht in der Lage, für derartige Zwecke Darlehen zu gewähren. Beihilfen können aus Landesmitteln nur zur Errichtung oder Erhaltung einer Existenz gegeben werden. Das M.d.I. - Ref. Pol.Wi.Gu. - ist ausnahmsweise bereit, Frau Elers eine einmalige Beihilfe von RM 1.000,-- zu gewähren. Wegen des bevorstehenden Jahresabschlusses wird Ihre sofortige Stellungnahme, evtl. telefonisch, erbeten.

Im Auftrage:


KD, DF 81 - 552 10 000 2.48 Kl. A



Kreisarchiv Stormarn B2

Bd. I, 4.5.48

1) Abschriften für die übrigen genannten Sachen sind gefertigt.

2) Der Betrag von 3.000,- RM in Sache Möller ist nach Mitteilung der KKK. eingegangen und bei V.G.N. verbucht.

3) D. Einnahme- und Ausgabe Anweisung über 3.000,- RM ist zu fertigen. gt. 5.5.48

4) Zum Vorgang.

5) Strafregisterauszug von der Staatsanwaltschaft Schwerin einz.

L. A.

18

Antrag auf Erteilung eines Bezugsrechtes
m Bezug von Haushaltsgeräten, Öfen, Herden und Elektro-Artikeln.

Ich beantrage ein Bezugsrecht für 1 Stück Wandherd.

da der jetzige Wohnort Wandherd Wandherd

und versichere der Wahrheit gemäß, daß der zu meinem Haushalt gehörige Bestand an Waren der angeforderten Art *) sich auf nicht mehr als ein Stück beläuft. Hierbei sind alle noch reparaturfähigen Stücke mitgezählt. Zum Haushalt gehören 1 anwesende Personen, davon 1 Kinder.

Erklärung: Ich bin unterzeichnet mit dem einverstanden, daß die Angaben über den Bestand an Haushaltsgeräten, Öfen, Herden und Elektro-Artikeln, die ich in dem vorstehenden Antrag auf Erteilung eines Bezugsrechtes gemacht habe, jederzeit der Wahrheit entsprechen und daß ich die Angaben, die der Wahrheit widersprechen, unter Strafe stehen.

W. H. H. H.
(Ort und Straße)

W. H. H. H.
(Vor- und Zuname des Haushaltsvorstandes, bei Frauen auch Mädchennamen)

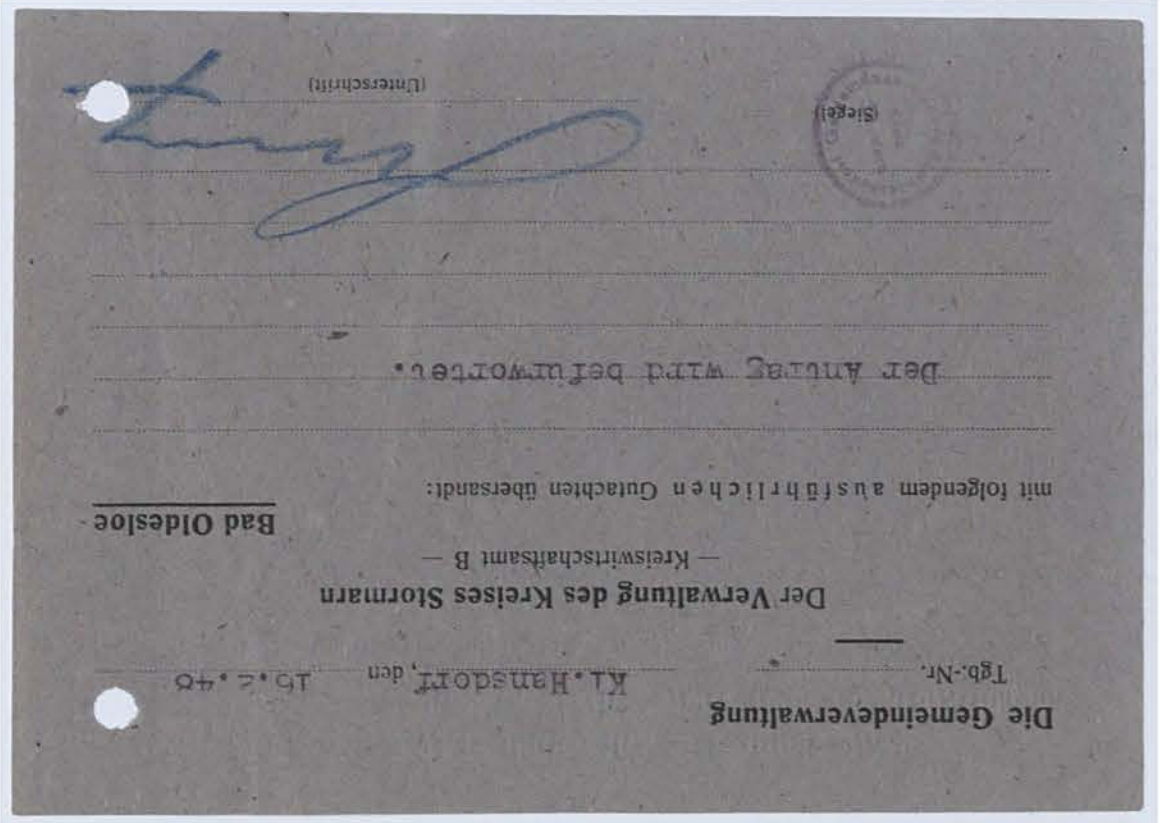
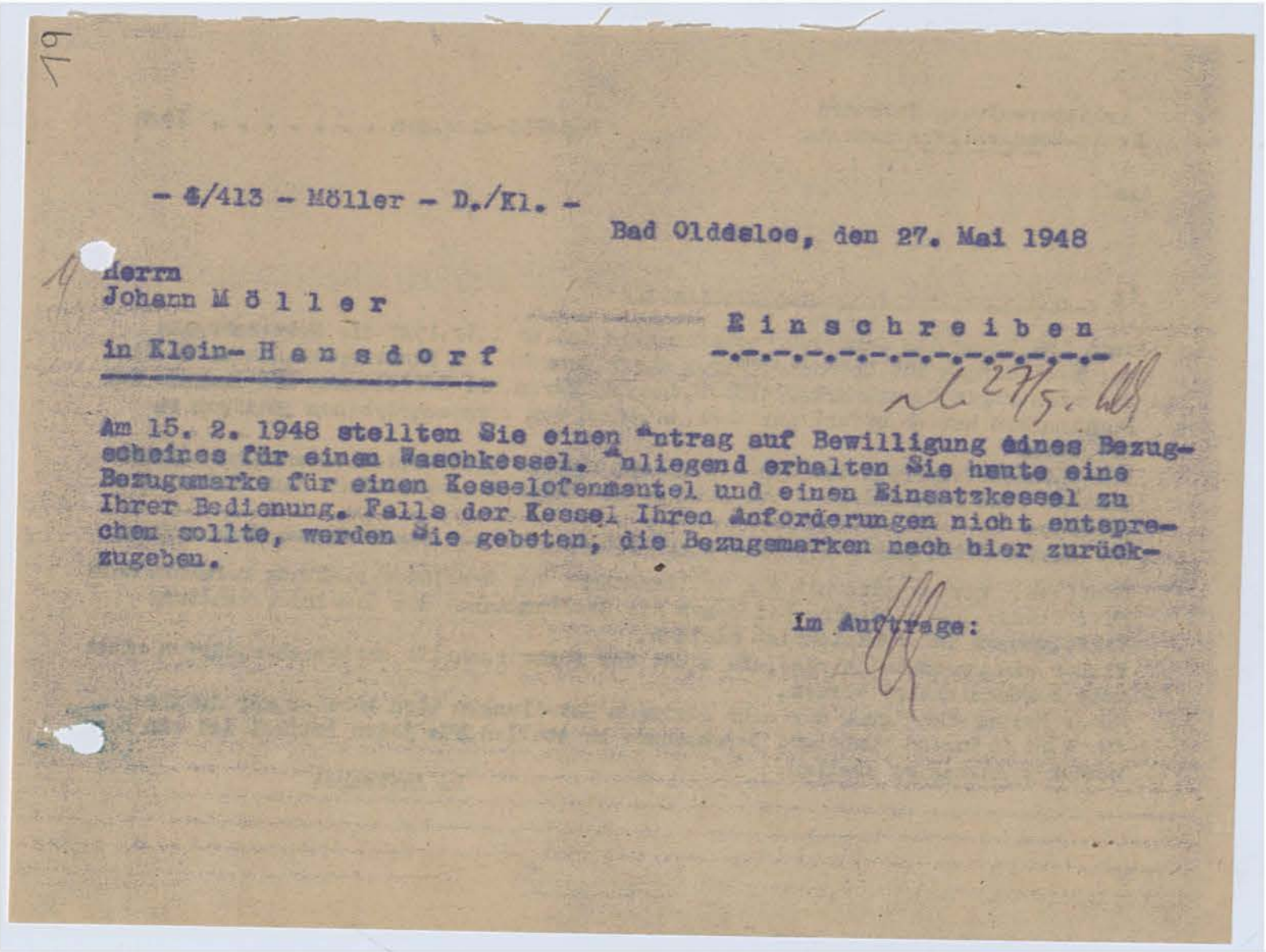
den 16. 8. 48. 194 geb. am: 14. 12. 1889.

*) Es ist die Anzahl aller Gegenstände der angegebenen Gattung anzugeben.

Anträge ohne angeschriebenen Vornamen und Geburtsdatum können nicht bearbeitet werden.

Freiheitsamt, Postfach 10, Bad Döberitz - 668/3000/1, 4b, Kl. A.

Kreisarchiv Stormarn B2





20

.....
P r o t o k o l l
über die 29. Sitzung des Kreis-Sonderhilfsausschusses Stormarn
am 29. Mai 1948.

Zur Sitzung waren erschienen:

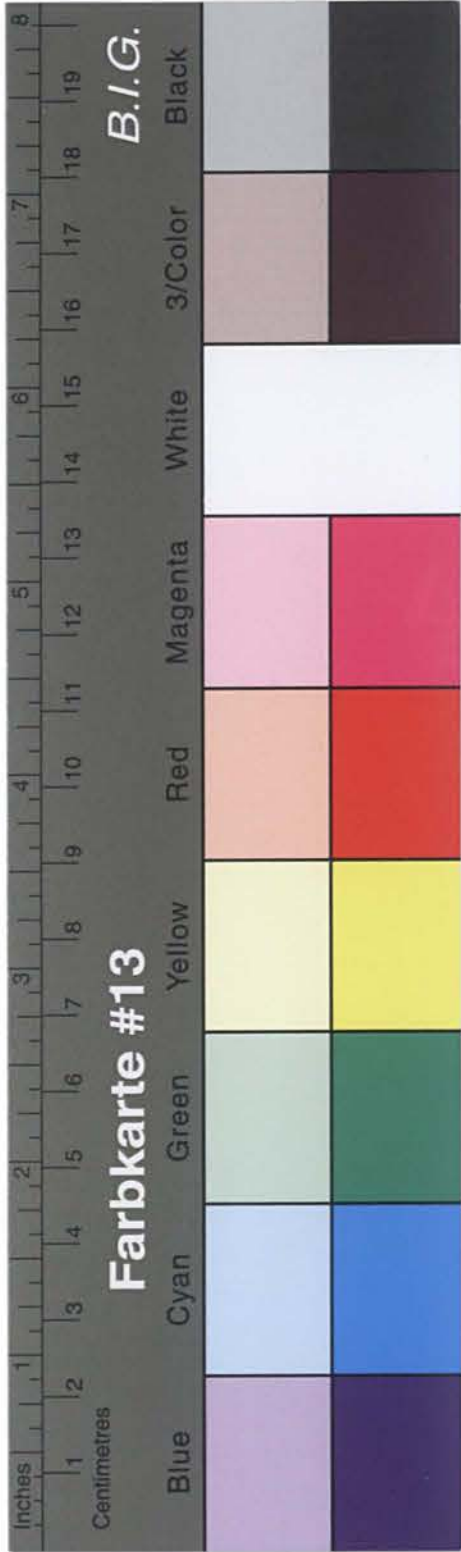
- 1.) Herr Dr. Martens,
- 2.) Herr Tradowsky,
- 3.) Herr Gering,
- 4.) Herr Mosch,
- 5.) Herr Debeln,

(Zuerst, Vorsitzender),
Beisitzer,
beratendes Mitglied,
beratendes Mitglied,
von der Verwaltung.

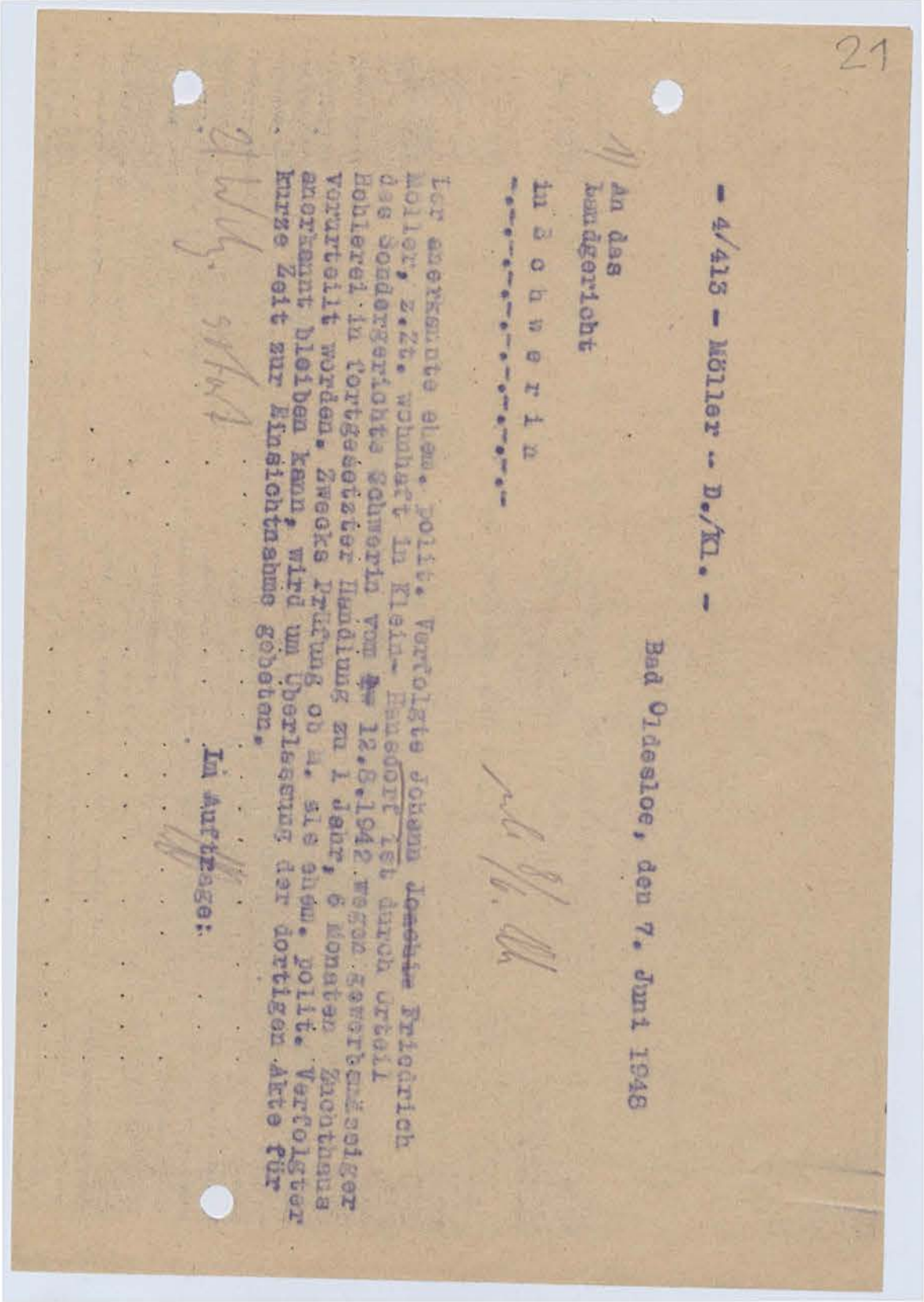
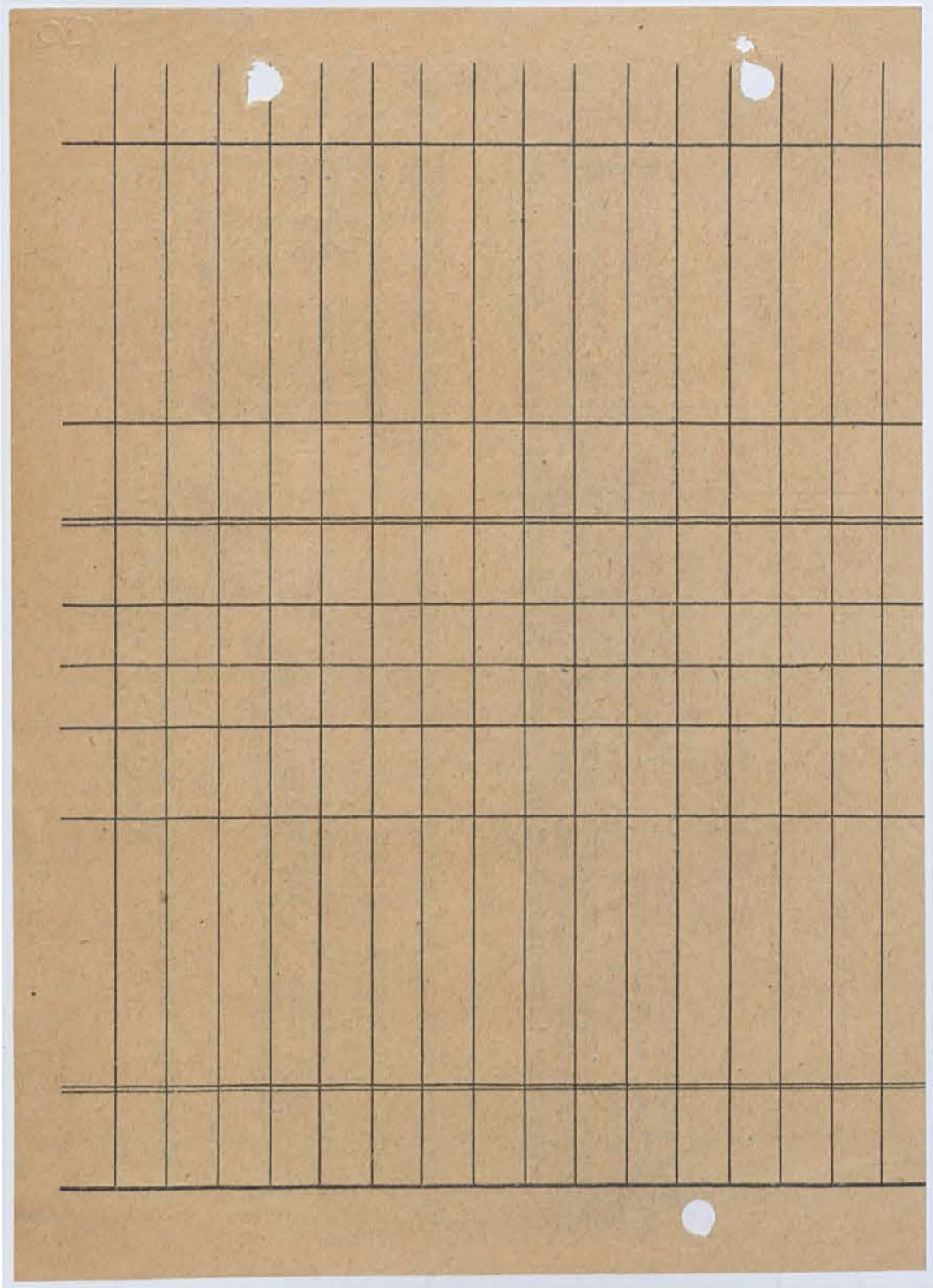
Vorleser: Überprüfung des Falles Johannes Möller in Klein-Hansdorf.

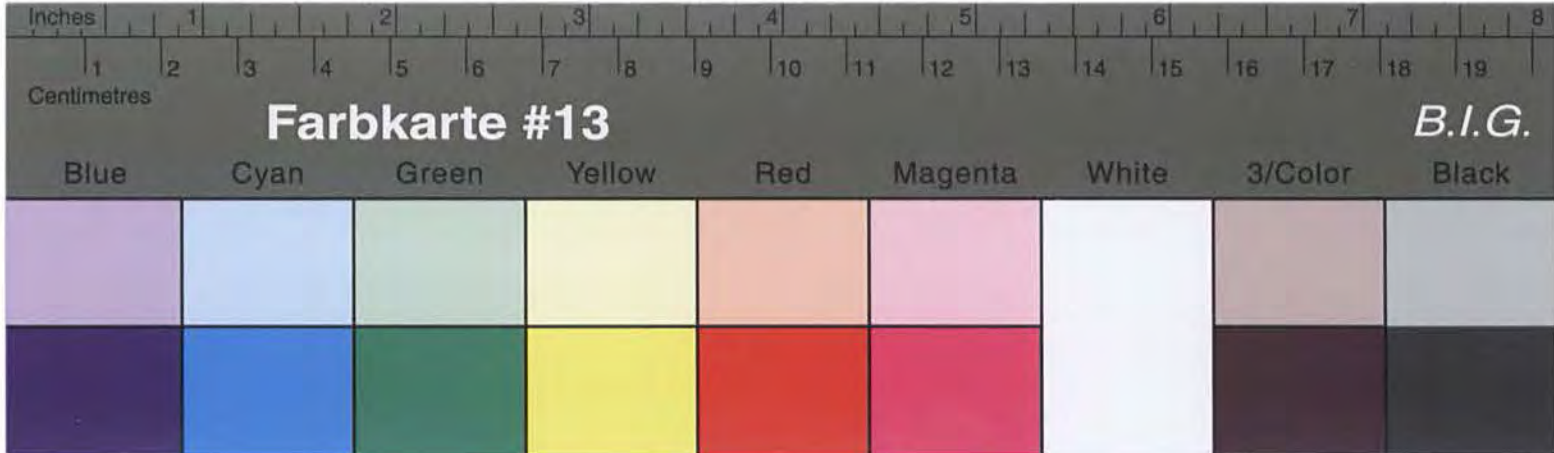
Beschlüsse:

Der Kreis-Sonderhilfsausschuss beschließt einstimmig, die Mit-
scheidung über eine evtl. Streichung bis zum Eingang der Strafakten
gegen Möller des Sondergerichts Schwerin zurückzustellen.

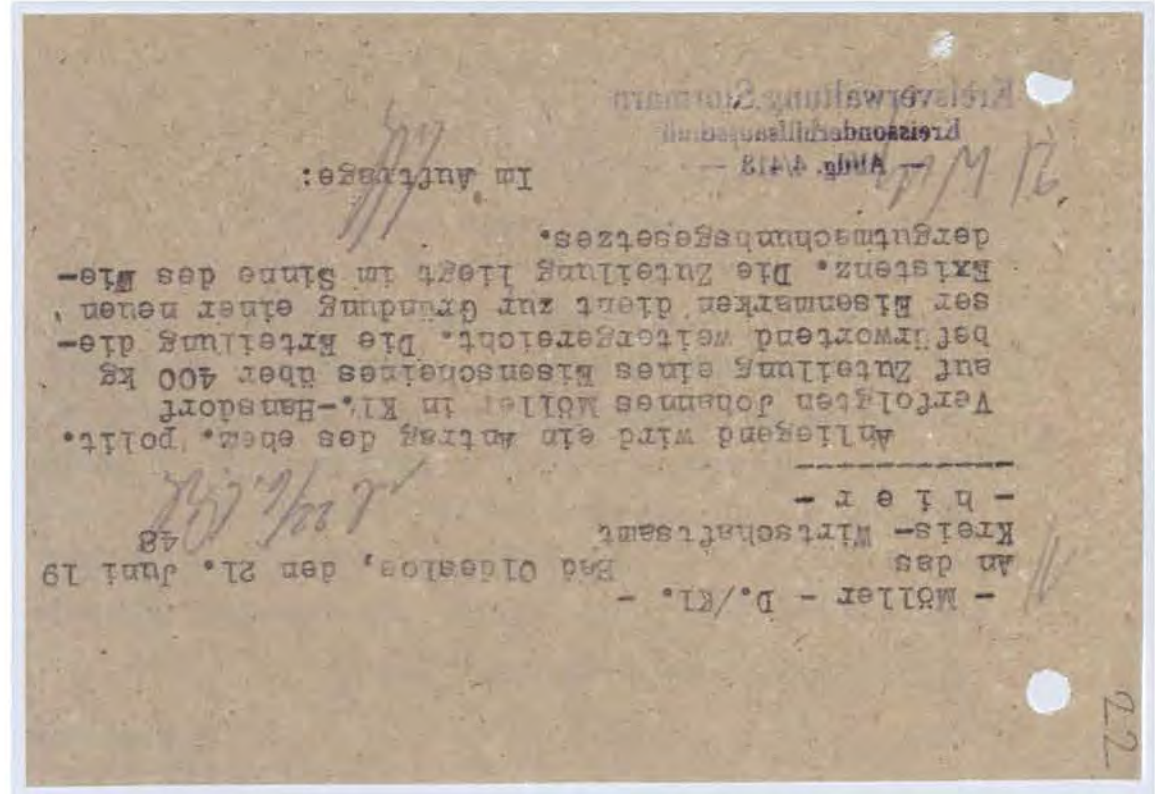
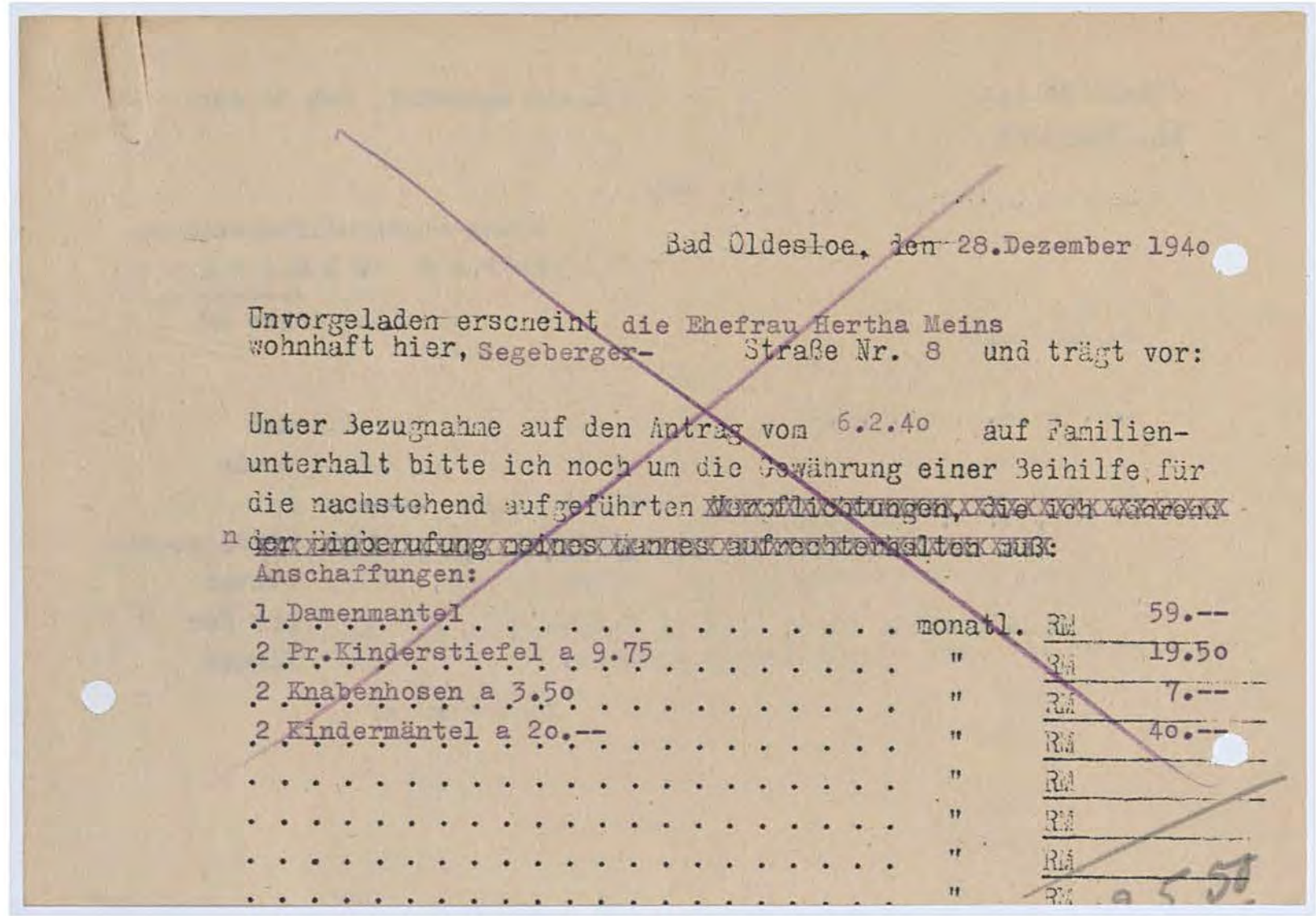


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



23

Johann Möller
Kl. Hansdorf

Klein Hansdorf, den 14. Juni 1948

An den

Kreis-Sonderhilfsausschuss
in B a d O l d e s l o e
=====
Mühlenstrasse 22.

Betr.: Zahnbehandlung- und Ersatz.

Aus gesundheitlichen Gründen machte sich bei mir und meiner Frau eine dringende Behandlung der Zähne, sowie Erneuerung von Zahnersatz erforderlich.

Der uns behandelnde Dentist Karl Hartig in Bargteheide machte uns einen Kostenanschlag in Höhe von Rm. 1.200,— wovon meine Krankenkasse Rm. 54,— vergütet. In Anbetracht der noch zu zahlenden hohen Summe bitte ich, um Bewilligung einer entsprechenden Beihilfe.

Sonderhilfsausweis Nr. 126.

J. Möller.

4 Anlagen

Kreisverwaltung Stormarn
Kreissonderhilfsausschuss
— Abtlg. 4/413 —

gelesen und beschlossen:

Der Kreis-Sonderhilfsausschuss hat den Antrag des Herrn Johann Möller, Kl. Hansdorf, auf Bewilligung einer Beihilfe für die Zahnbehandlung und den Ersatz der Zähne, sowie die Erneuerung des Zahnersatzes, genehmigt.

Die Beihilfe wird in Höhe von Rm. 1.200,— bewilligt.

Die Kosten der Zahnbehandlung und des Zahnersatzes werden von der Krankenkasse des Herrn Möller vergütet.

Die Beihilfe wird in Höhe von Rm. 54,— bewilligt.

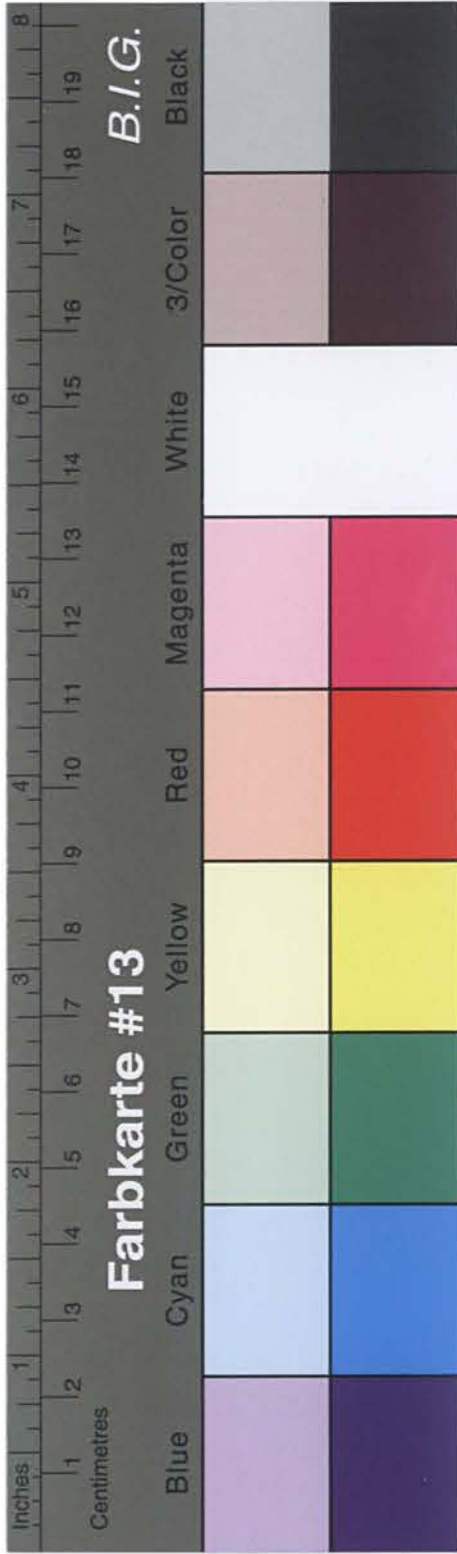
Die Kosten der Beihilfe werden von der Kreisverwaltung Stormarn bewilligt.

Die Beihilfe wird in Höhe von Rm. 54,— bewilligt.

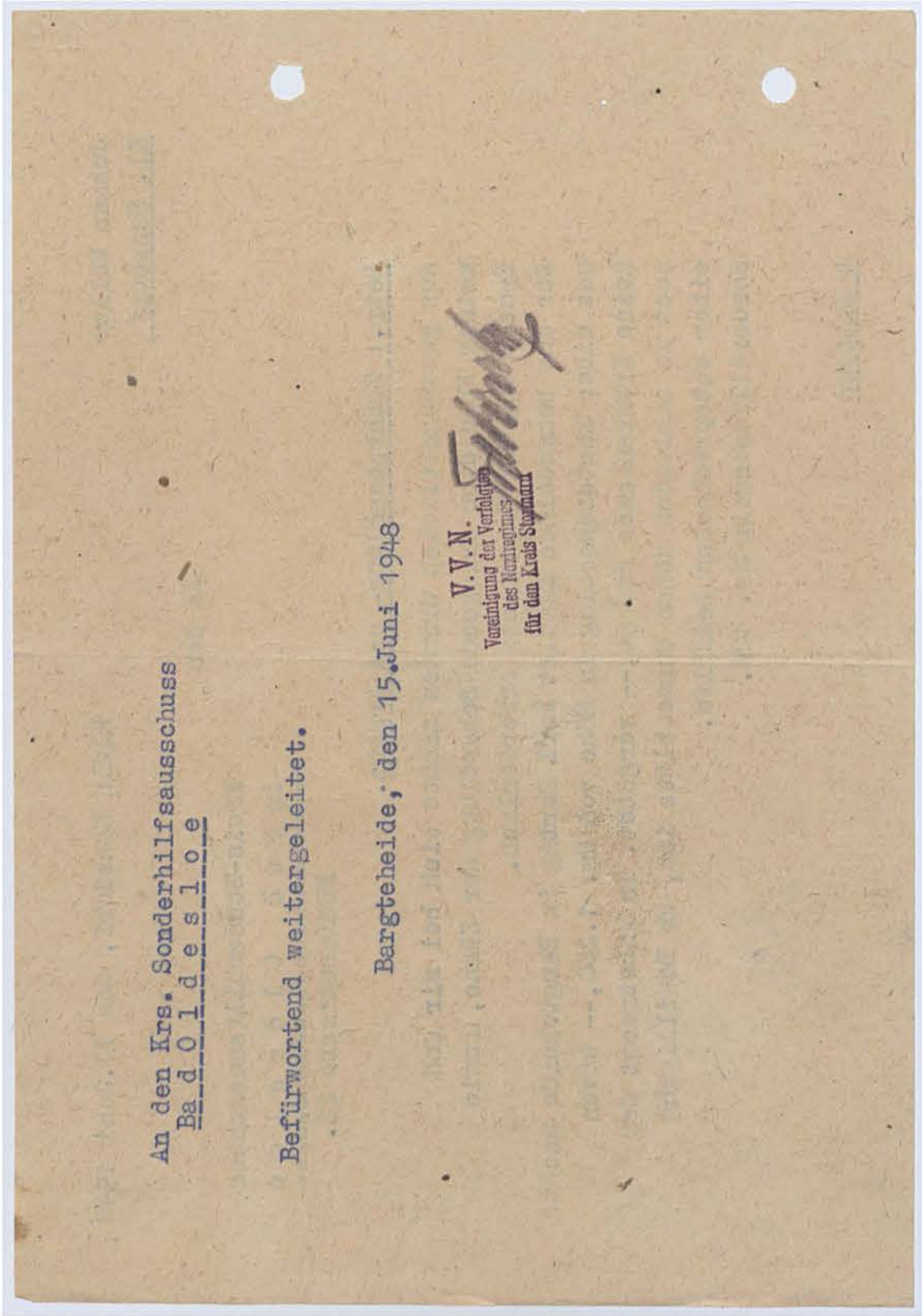
Die Kosten der Beihilfe werden von der Kreisverwaltung Stormarn bewilligt.

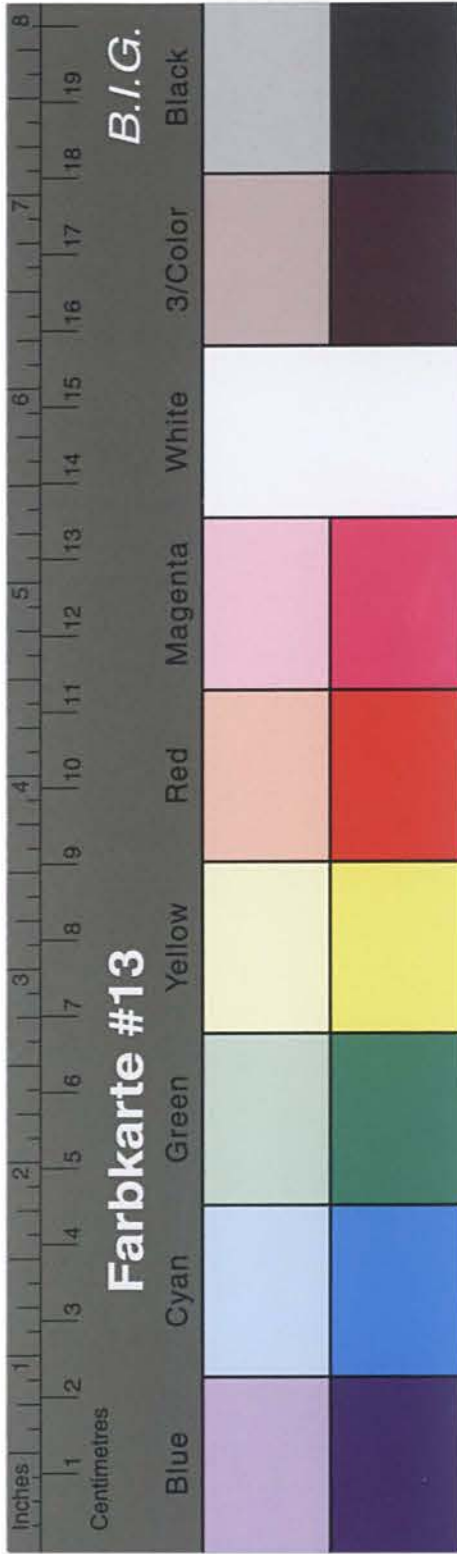
Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

Obenstück - Galaktion
6 5 4 3 2 1 1 2 3 4 5 6
7 6 6 7

Untenstück - Paladon

Obenstück:

1 Platte	RM 120.-
12 Zäune	" 240.-
2 Klammern	" 30.-
1 Sattler	" 15.- = RM 405.-

Untenstück:

4 Zäune	RM 80.-
1 Bügel	" 120.-
2 Klammern	" 30.- = RM 230.-

K
8
8 5 4
P P P

1 Yonze	RM 60.-
3 Porzellauflg.	" 36.- = RM 96.-
	RM 731.-

25

Bargteheide, den Juni 1948
Bahnhofstraße 5 — Telefon 356

Karl Hartig Möller

Klein-Kemsdorf

Für meine Bemühungen
II/1948

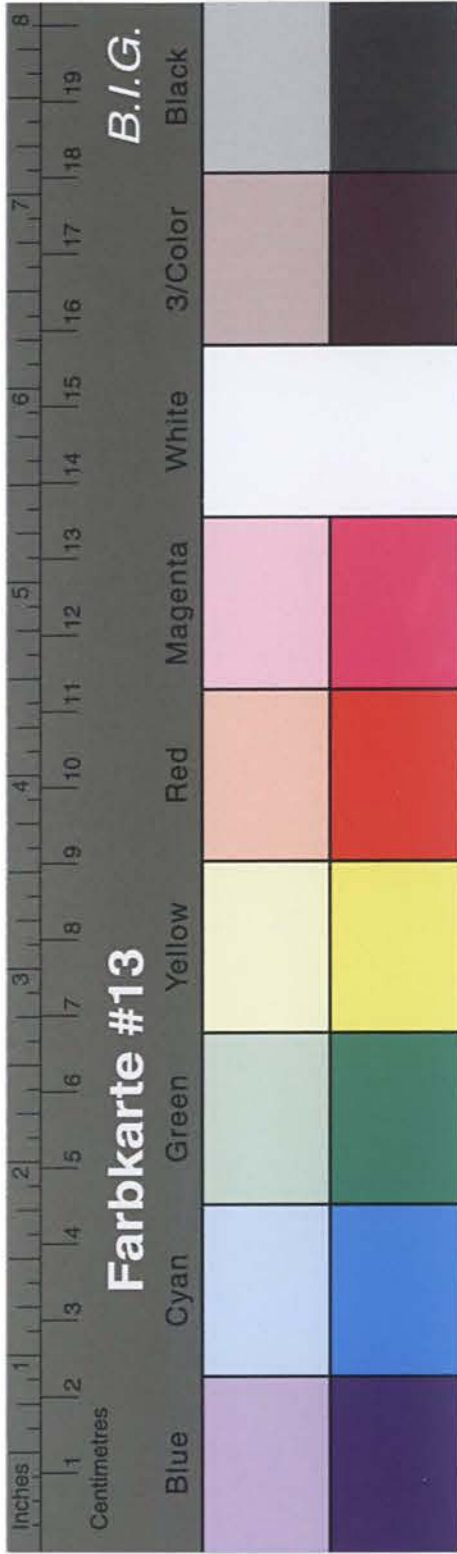
erlaube ich mir

470.- RM

zu berechnen.

Karl Hartig
Dentist
Sprechzeit 9—12 und 2—6 Uhr
Freitags nachmittags geschlossen

Erhalten am 194



Kreisarchiv Stormarn B2

Kontroll - Paladon

7 6 5 4 3 2 1 | 1 2 3 4 5 6 7

1 Platte	RM	120.-
13 Zähne alt	"	65.-
1 Zahn neu	"	20.-
1 Brücken	"	15.- = RM 220.-

Unterschied - Paladon:

1 Basis	RM	120.-
5 Zähne neu	"	100.-
2 Klammern	"	30.- = RM 250.-
		<u>RM 470.-</u>

26

B.V. 35K

30. APR 1948

30. April 1948, den März 1948

Bahnhofstraße 5 - Telefon 356

Karl Hartig

Klein-Hausdorf

Für meine Bemühungen

Kostenausschlag

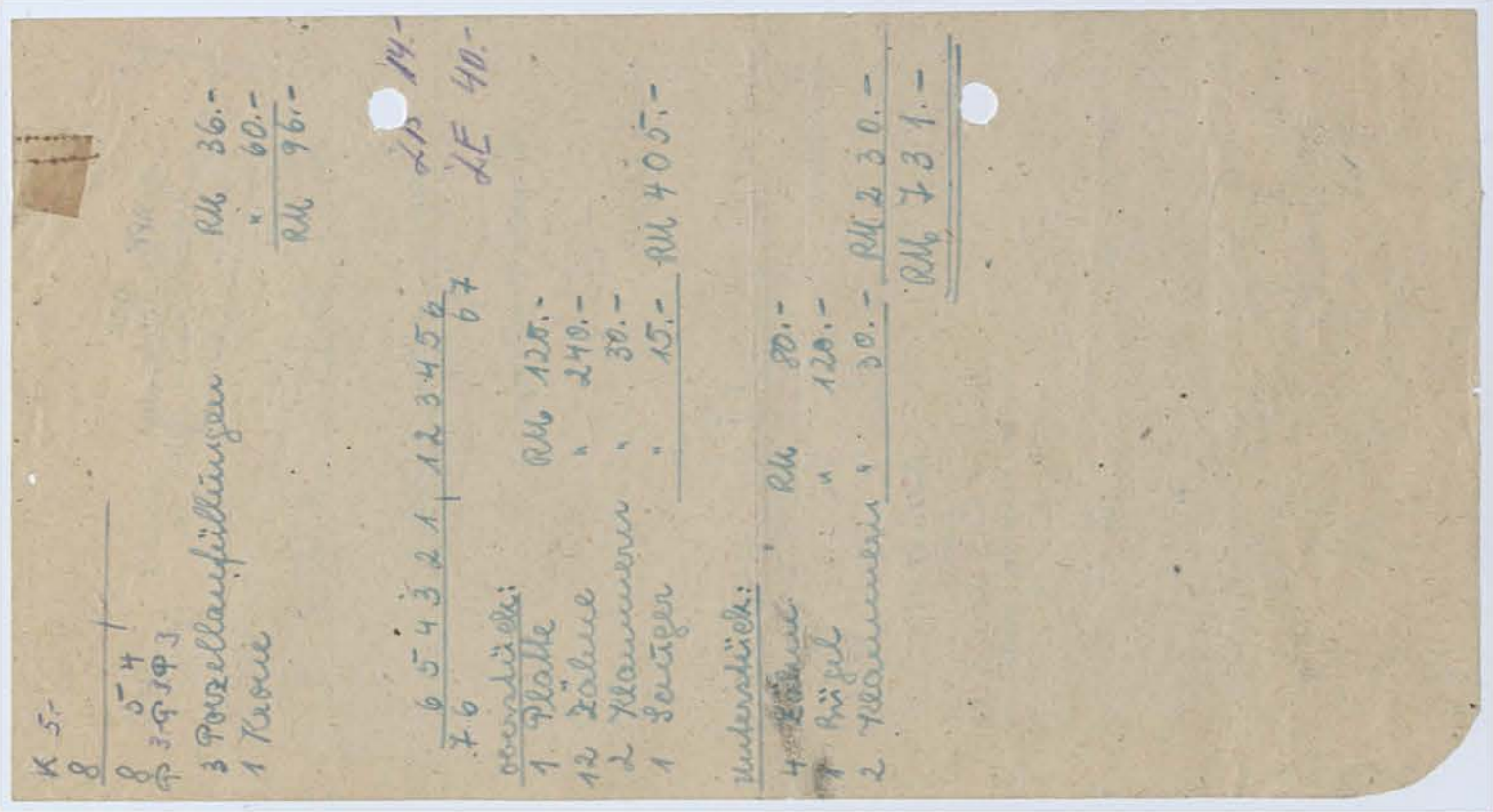
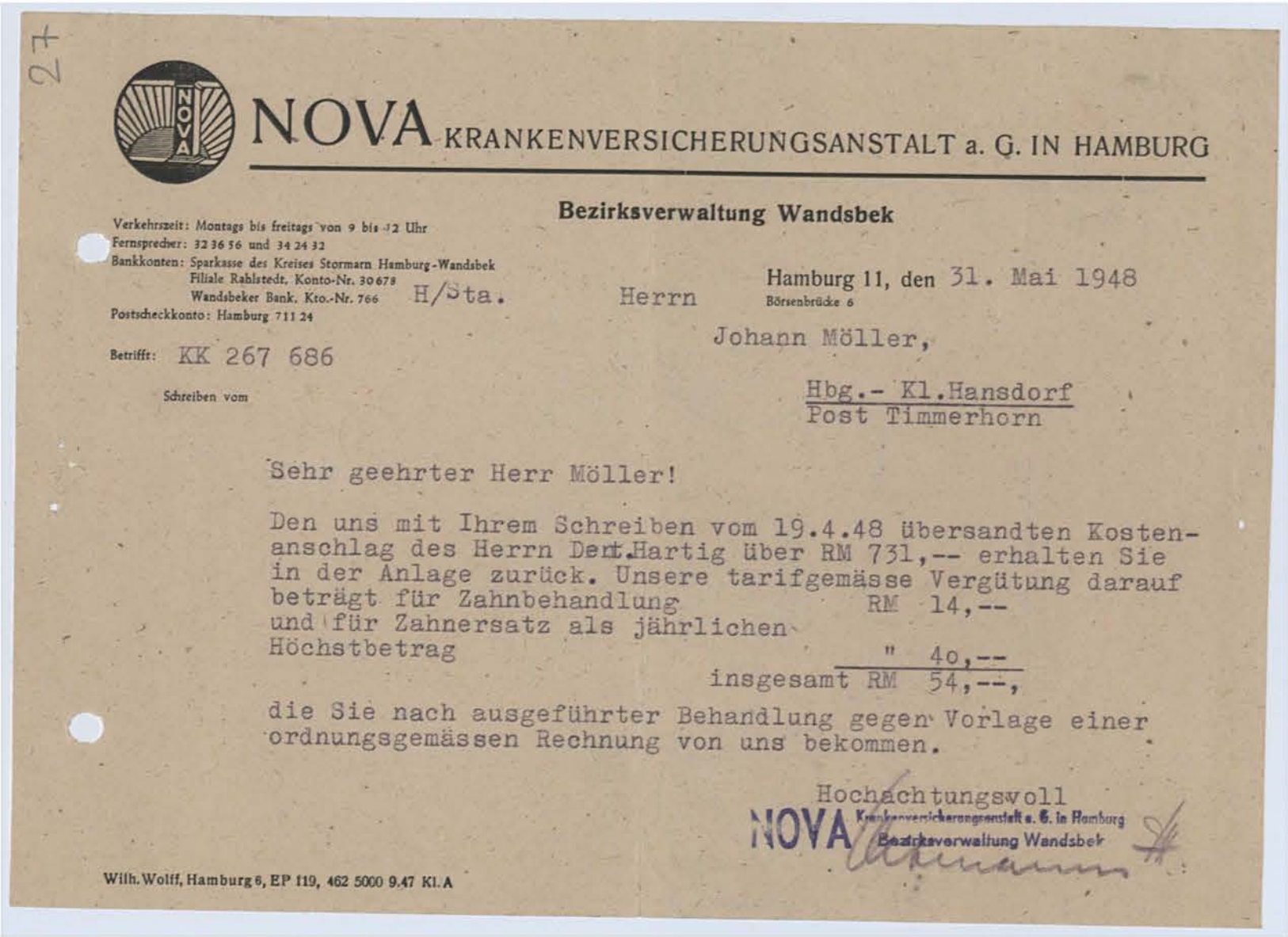
erlaube ich mir

431.- RM 54.-

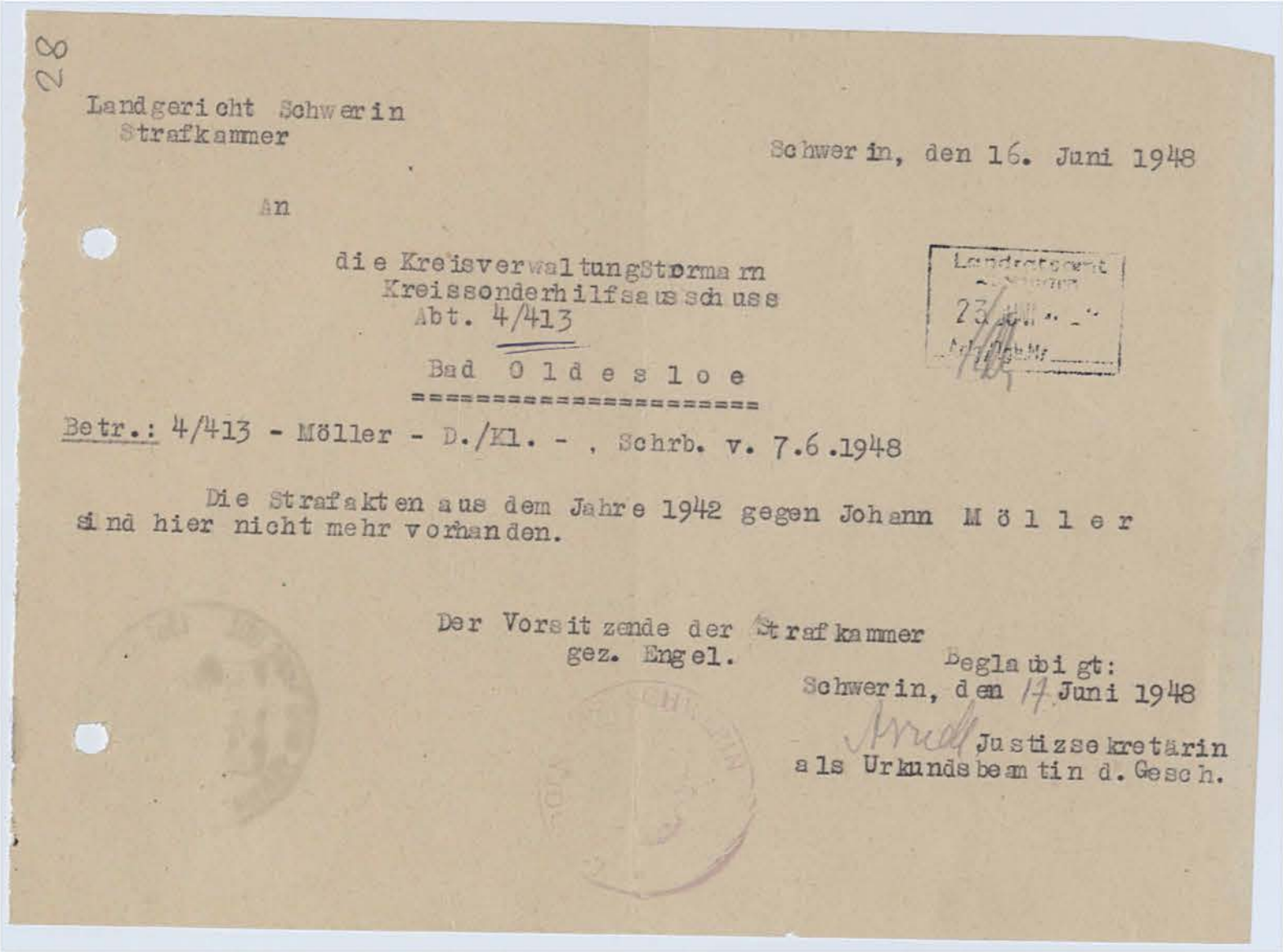
zu berechnen.

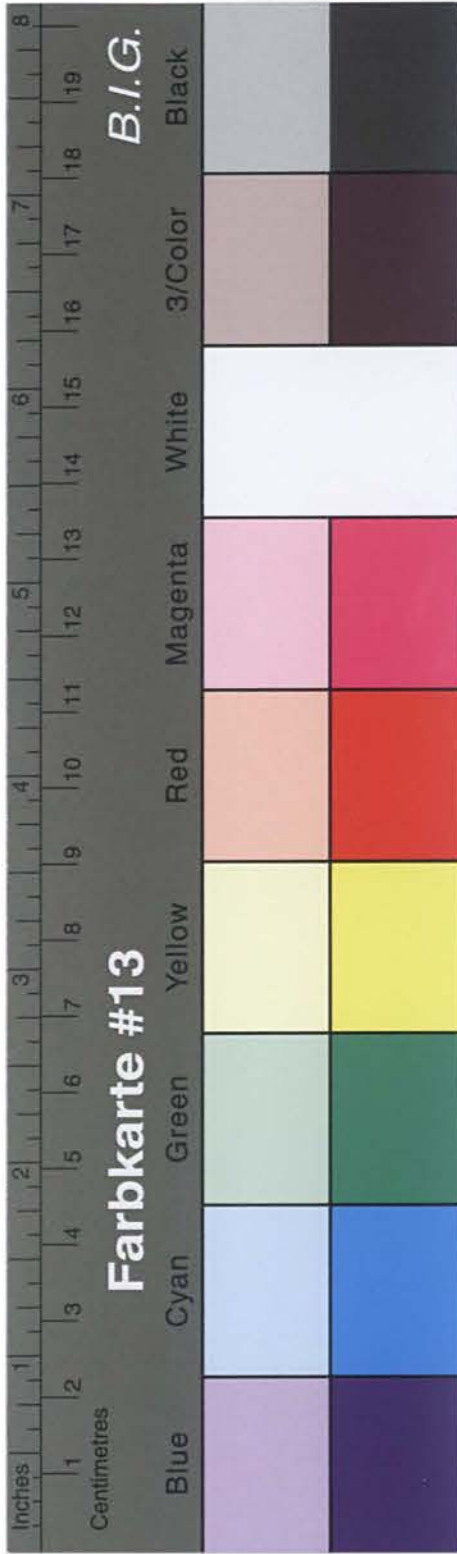
Karl Hartig
Dentist
Sprechzeit 9-12 und 2-6 Uhr
Freitags nachmittags geschlossen

Erhalten am 194

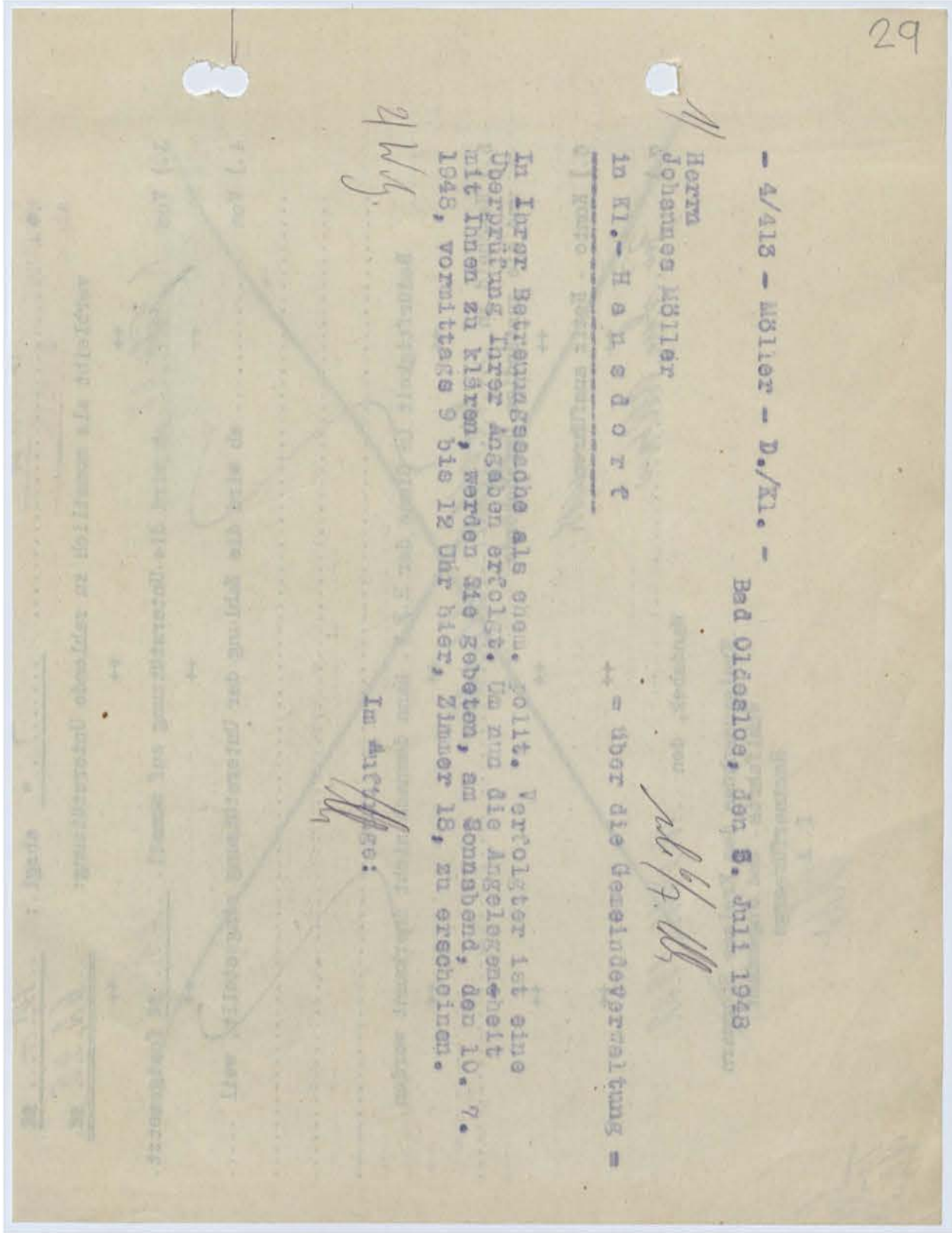


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



30

Protokoll

der 31. Sitzung des Kreis- Sonderhilfeausschusses
am 10. Juli 1948.

Zur Sitzung waren erschienen:

1. Herr Dr. Martens,

2. Herr Tradowsky,

3. Herr Mosch,

4. Herr Dabelstein,

(Jurist, Vorsitzender),

Beisitzer,

beratendes Mitglied,

von der Verwaltung.

Vorlage: Überprüfung des anerkannten Johannes M ö l l e r / Kl. Hansdorf.

Beschluss:

Der Kreis- Sonderhilfeausschuss beschliesst einstimmig, es bei der am 7.4.1946 getroffenen Anerkennung zu belassen. Auch in dem eingezogenen Strafregisterauszug von einer gewerbmässigen Hehlerei in fortgesetzter Handlung die Rede ist, so sind diese Angaben unzutreffend. Dillikt der Verurteilung waren Beileidigungen des Kreisleiters, wie dieses auch in dem bei den Akten befindlichen Angaben und Zeugenvernehmungen ersichtlich ist. Mölier kaufte im Jahre 1942, da er die Seifenzuteilung für das Waschen der Wäsche der ausländischen Arbeiter nicht erhielt, zur Anfertigung von Seife von der Abdeckerei in Grevesmühlen insgesamt 86 Pfund Fett. Das Fett stammte von durch die Abdeckerei gekauften Bären. Eine Bewirtschaftung dieses Fettes war nicht gegeben. Zweifel über die Richtigkeit dieser Angaben bestehen nicht, da sämtliche Zeugenaussagen dasselbe ergaben.

abgehandelt 20.10.28

abzgl.: 10,00 RM

abgehandelt 20.10.28

abzgl.: 62,45 RM

verbleibt als monatlich zu zahlende Unterstützung:

3.) Vom 1. Juli 28 ab wird die Unterstützung auf monatl. 62,45 RM festgesetzt.

4.) Vom ab wird die Zahlung der Unterstützung eingestellt, weil

Bedürftigkeit im Sinne der R.F.V. kann demnach nicht anerkannt werden.

5.) Bescheid an und die zuständige Ortsbehörde.

6.) Konto - Notiz ausführen

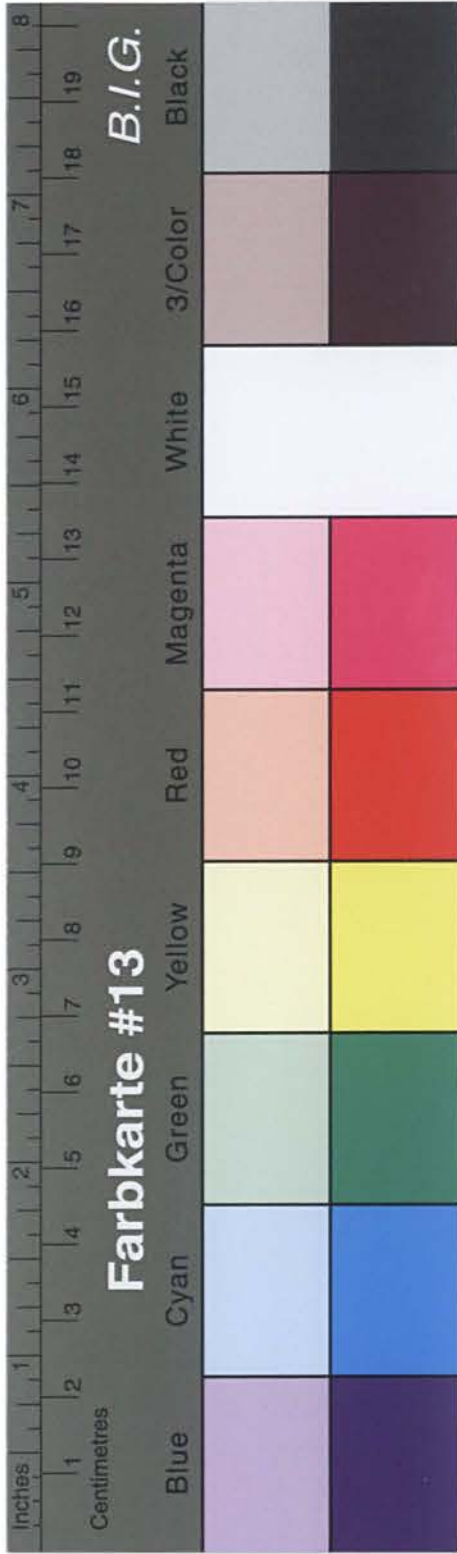
7.) Zu dem

Wandsbek, den 16. Okt. 1928.

Kreisausschuss des Kreises Stormarn
Wohlfahrts- und Jugendamt.
Rentnerfürsorge.
I. A.

Kreisarchiv Stormarn B2







Kreisarchiv Stormarn B2

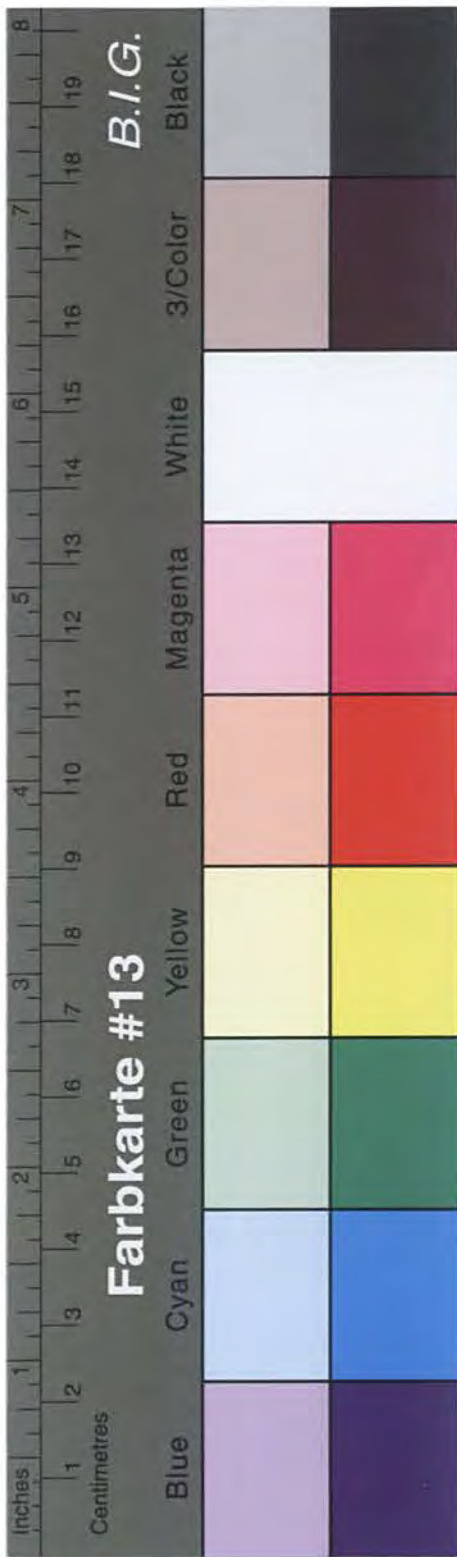
1, G 2

Sterbeurkunde

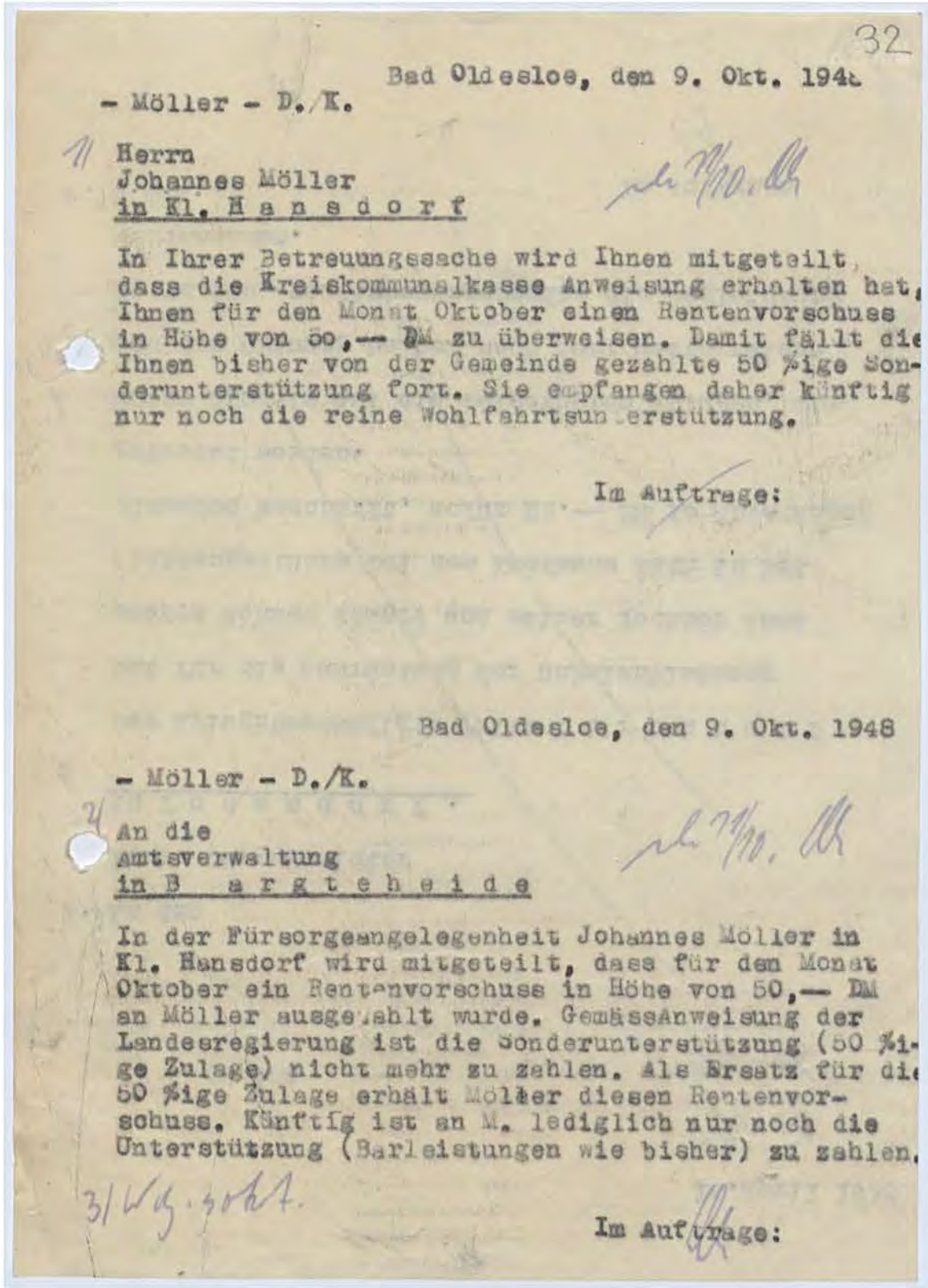
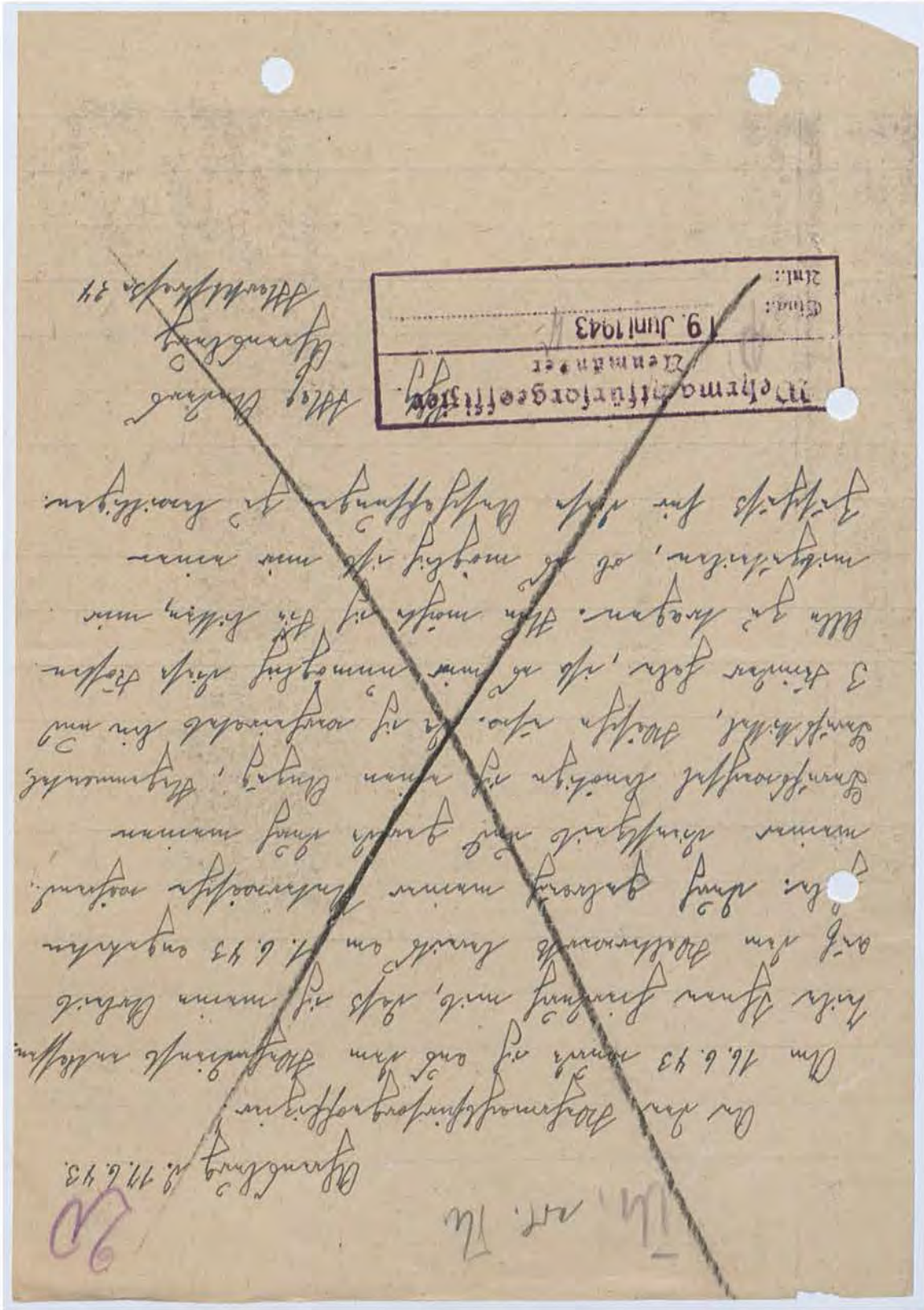
(Standesamt Ahrensburg _____ Nr. 85/1940)
Der Oberschütze Melker Wilhelm Hermann
K l o p p , evangelisch
wohnhaft in Büningstedt, Kreis Stormarn
ist am 22. Mai 1940 _____ um _____ Uhr _____ Minuten
südlich Petegem in Belgien gefallen verstorben.
Der Verstorbene war geboren am 26. Juni 1916
in Büningstedt
(Standesamt Ahrensburg Kreis Stormarn 24/1916)
Vater: Wilhelm Christian Friedrich Klopp.
Mutter: Anna Johanna Albertine Elsa Klopp
geborene Rothgardt
Der Verstorbene war - nicht - verheiratet
Ahrensburg _____, den 9. Dezember _____ 1942
Der Standesbeamte

C 251, C 252. Sterbeurkunde (mit Elternangabe bzw. ohne Elternangabe).
Verlag für Standesamtswesen G. m. b. H., Berlin SW 61, Gitschiner Straße 109. C. 2775
(a. 2)

31

- Möller - D. / Kl. -
Herrn
Johannes Möller
in Kl. - Hunsdorf
- - - - -
In Ihrer Betreuungsache erhalten Sie mit liegend
Ihre hier eingereichten Unterlagen zu Ihrer Bedienung zurück.
Im Auftr. 
Bad Oldesloe, den 16. Juli 1948
über die Gemeindeverwaltung -
mit 27. 11. 1948



Kreisarchiv Stormarn B2



33

Bad Oldesloe, den 9. Oktober 1948

1. Dem ehem. polit. Verfolgten *Johannes Müller, Nr. Henschel*
sind als Rentenvorschuss für den Monat Oktober 1948 50 -- DM
auszuzahlen.

2. D-Ausgabeanweisung über 50 -- DM für VG 10 fertigen.

3. Vermerk zur Zahlkartei.

4. Zum Vorgang.

Im Auftrage: *[Signature]*

12.

40/404

16. April 1936

Stenogramm aufgen. 14/4.36
gefertigt 3.10/4.36
verglichen 17. April 1936
abgesandt

1.) An den
Herrn Bürgermeister
in T o d e n d o r f .

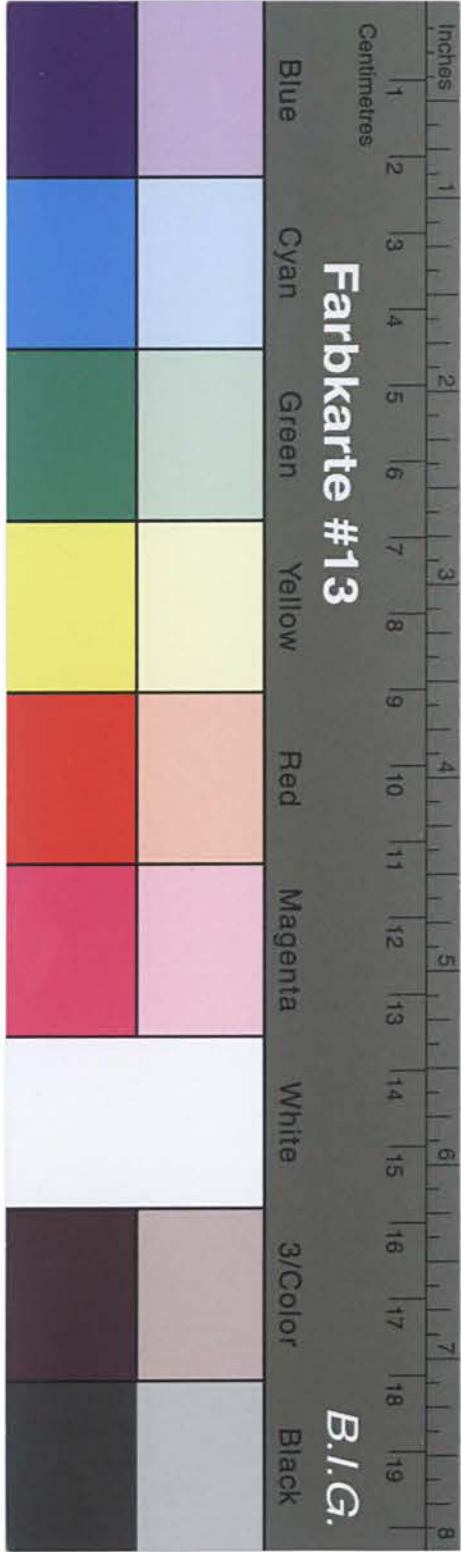
Der Kriegsbeschädigte Fritz K i r c h h o f f
hat für die Ausrüstung zur Schulentlassung
seines Sohnes Eduard und seiner Tochter Anna
Kleidungsstücke bei dem Kaufhaus Rath in Bad
Oldesloe beschafft, wofür 22.-- RM in Anrechnung
gebracht werden.

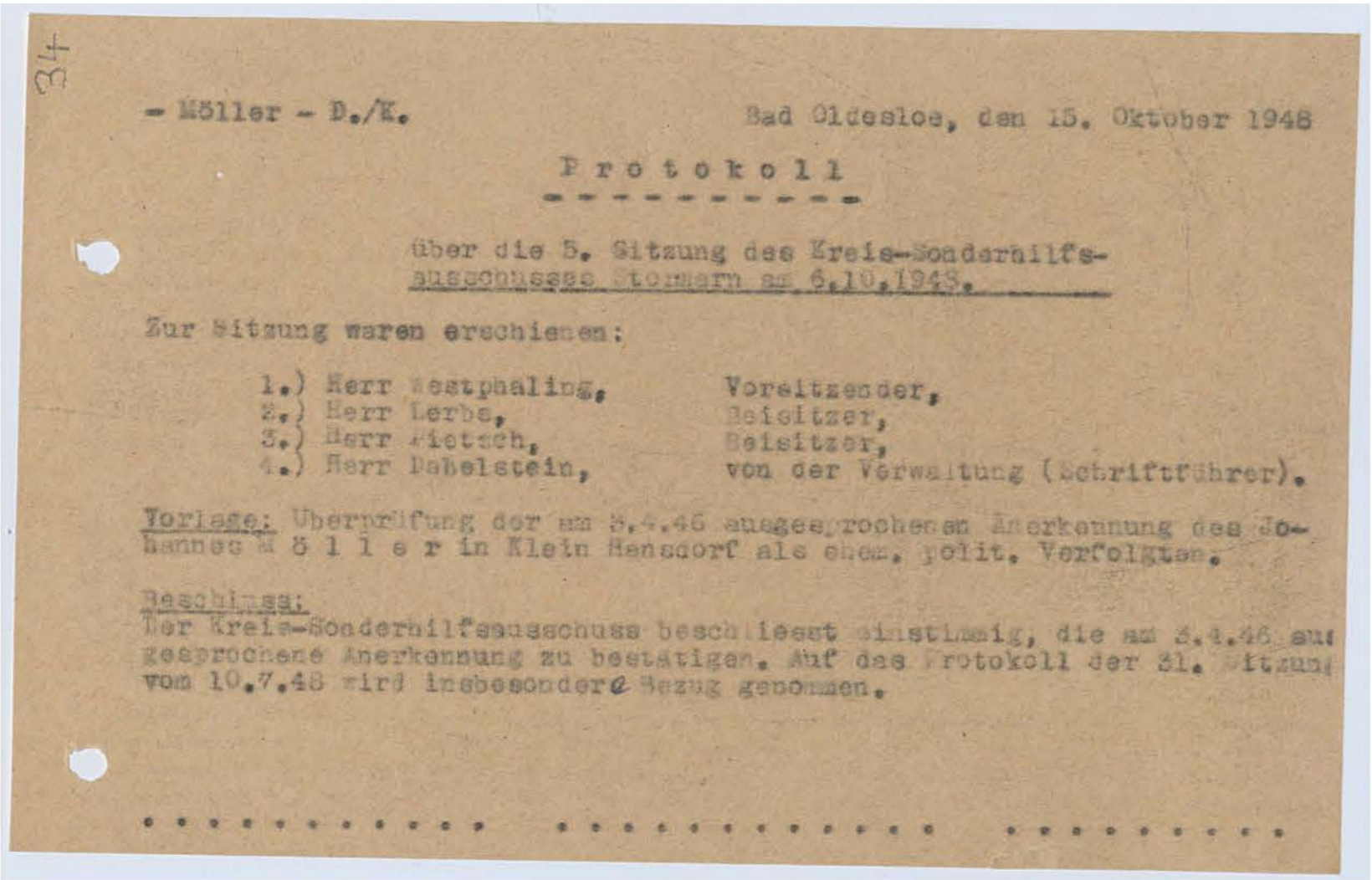
/ Unter Hinweis auf die beigelegten Anlagen, die
ich der Ordnung halber nach dort weiterreiche,,
bitte ich, vereinbarungsgemäss die Begleichung
vorzunehmen.

2.) Z.d.A.

Im Auftrage *[Signature]*

Kreisarchiv Stormarn B2





- 3 -

3) Welche Folgen dieses Schadens sind z.Zt. der Antragstellung noch vorhanden ? 3

.....

d) Nachweis des Schadens: (Zeugen, eidstattliche Ver- 3 d)

sicherungen)

.....

4. a) Welchen gesetzlichen Krankenkassen gehört der Beschädigte an? 4 a)

1) Vor der Verfolgung ? 1)

.....

Kreisarchiv Stormarn B2



36

- Möller - D./K. Bad Oldesloe, den 9. November 1948

1/ An die.
Landesregierung Schleswig - Holstein
Ministerium für Wohlfahrt und Gesundheitswesen
Ref. VI D 8
in K i e l
Gartenstr. 7

Betrifft: Gewährung von Renten für Anspruchsberechtigte nach dem Ge-
setz vom 4.3.48.

In der Betreuungssache des anerkannten ehem. polit. Verfolgten Johannes
M ö l l e r in Kl. Hansdorf werden anliegend mit der Bitte um Festsetzung
der Rente überreicht:

1. Antrag auf Beschädigtenrente,
2. Ärztliches Gutachten des Dr. med. Klukow in Ahrensburg, wonach die Er-
werbsminderung z. Zt. 80 % beträgt,
3. Liquidation des Dr. Klukow über 6,— DM,
4. Abschrift des Protokolls der 5. Sitzung des KSHA.,
5. Abschrift der Geburtsurkunde des Antragstellers,
6. auszugswise Abschrift des kirchlichen Ausweises für die Ehefrau, wo-
nach der Antragsteller am 22.4.35 mit der Hedwig Benn die Ehe geschlos-
sen haben,
7. die Handakten des KSHA.

Die Rentenvorschüsse für die Monate Oktober und November mit je 50,— DM
wurden an Möller ausbezahlt.

2/ Wg. Im Auftrage:

5. Sonstige Bemerkungen?

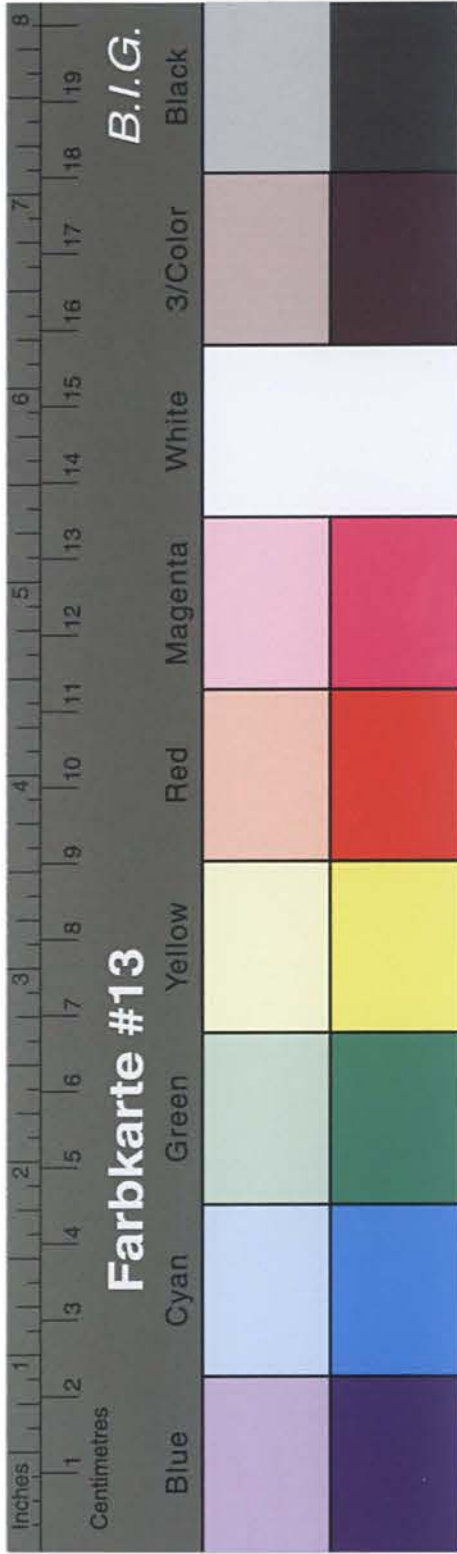
Vorstehende Angaben sind nach bestem Wissen gemacht worden.

Ort, den 1948

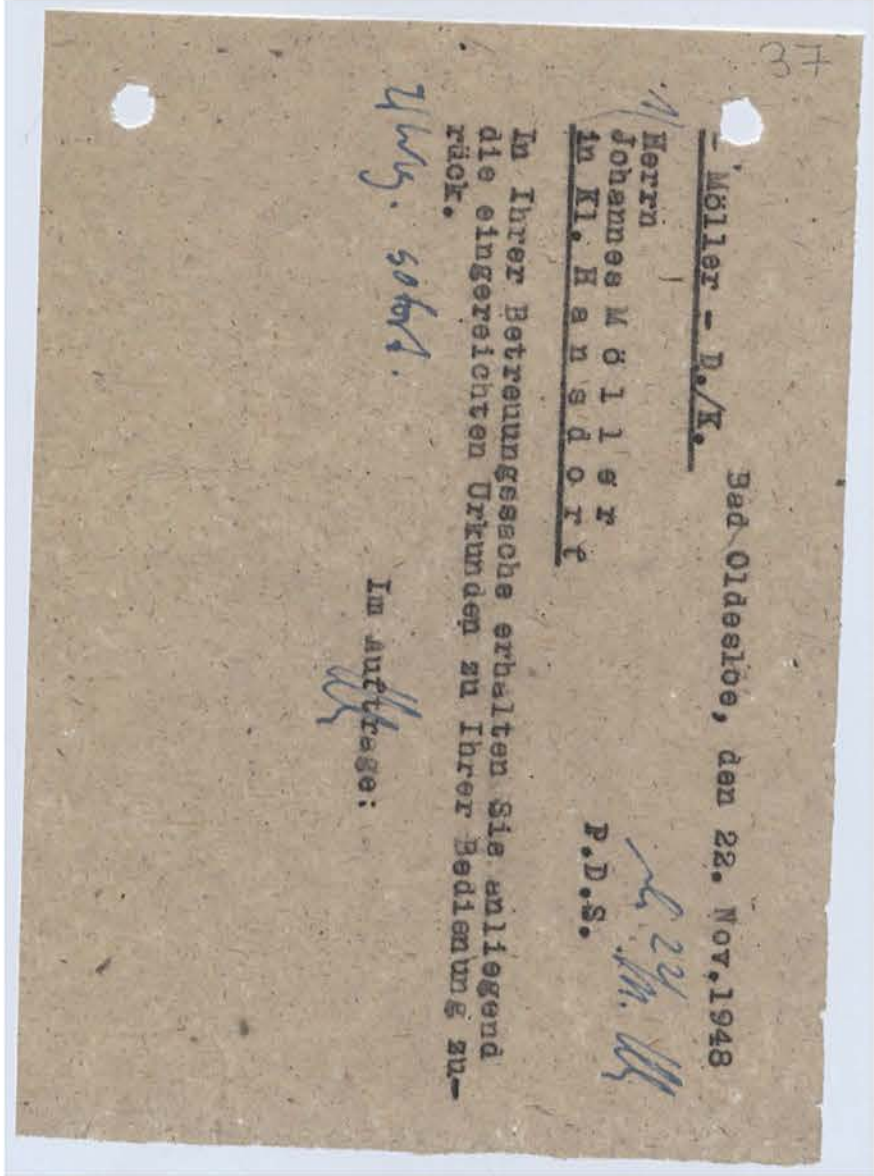
(Unterschrift)
des Antragstellers bzw. seines ge-
setzlichen Vertreters.

Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



Bad Oldesloe, den 23. November 1948

er - D./K.

An die
Amtsverwaltung
in B a r z e b e i d e

In der Kz. Betreuungssache Johann M ö l l e r in Kl. Marsdorf sind für
den Monat September insgesamt 135,25 DM
und für Oktober 135,-- "
an Möller ausgezahlt worden. 270,25 DM

Die Kreiskommunalkasse hat Anweisung erhalten, diesen Betrag an die
dortige Antekasse zu erstatten. Die Kürzung des Gemeindeanteiles erfolgt
nicht, da Möller rentenberechtigt aufgrund des Gesetzes vom 4.5.48 ist.
Das Rentenverfahren schwebt bereits.

Gleichzeitig wird um Mitteilung gebeten, in welcher Höhe seit dem 1.1.48
monatlich aus öffentlichen Mitteln eingetreten und welche Beträge be-
reits durch die Kreiskommunalkasse erstattet wurden.

Die Unterstützung ist in Höhe von 103,50 DM bis zum Abschluss des Renten-
verfahrens weiteranzahlen (ohne Nachprüfung durch Einholung des Frage-
bogens !!) Die Zahlung der Unterstützung erfolgt lediglich als Vorschuss
auf die ab 1.1.48 zu gewährende Kz.-Rente.

Im auftrage:

2. Ausgabe-Anweisung über 270,25 DM für Ziffer 4211 fertigen.

Handwritten notes and stamps on the reverse side of the document, including a date stamp "23.11.48" and a signature.

Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn B2



36

Bad Oldesloe, den 4. Januar 1949

- Müller - D./K.

An die
Amtsverwaltung
in B a r g t e i d e

In der Betreuungssache des ehem. polit. Verfolgten
Johannes M ü l l e r in Kl. Hansdorf wird um Mittei-
lung gebeten, in welcher Höhe monatl. seit dem 1.1.
48 aus öffentlichen Mitteln eingetreten wurde. Ins-
besondere ist anzugeben, welche Unterstützung monatl.
seit dem 1.1.48 bis 30.6.48 gezahlt wurde.

Im Auftrage: *[Signature]*

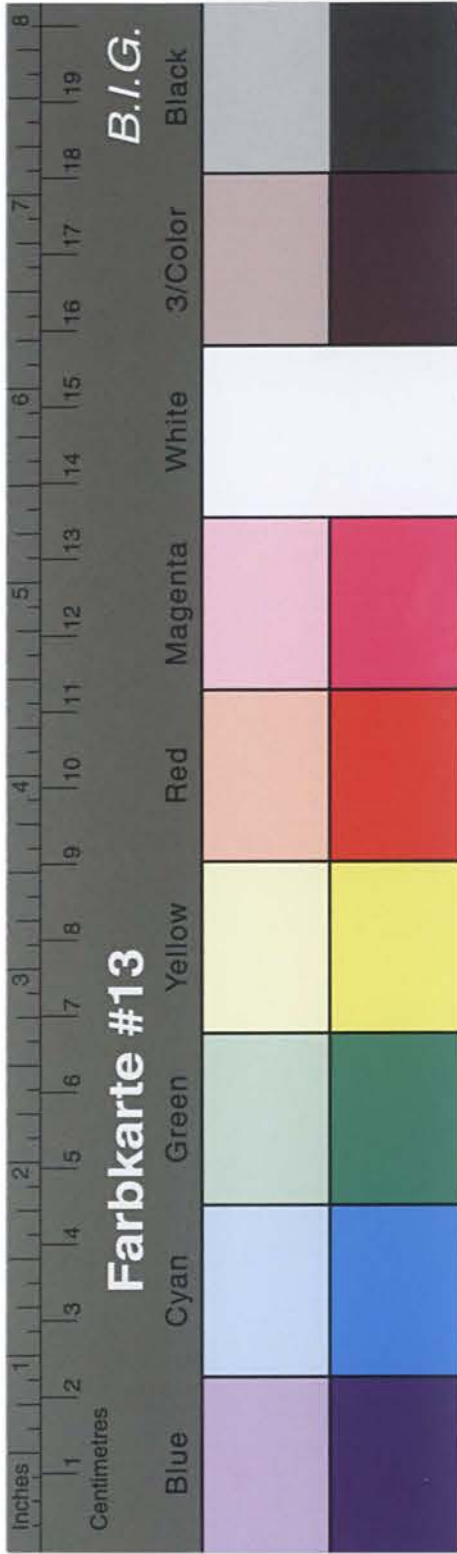
5. Herrn
Johann M ü l l e r
in Kl. Hansdorf

- Müller - D./K.

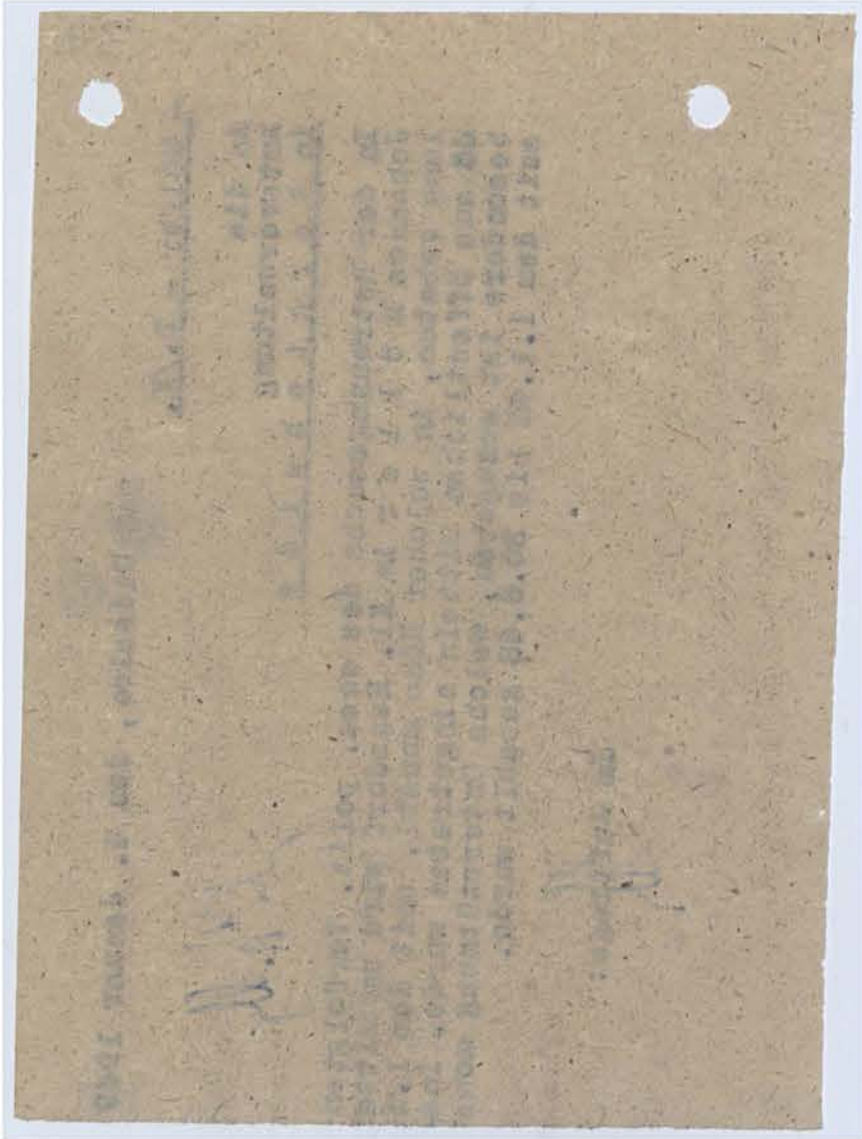
Bad Oldesloe, den 23. 11. 48

Im Auftrage:
4. D.-Ausgabe-Anweisung über 150,— DM für VG 40 fertigen.
5. W.

In Ihrer Betreuungssache können Ihnen ab 1.8.48 Vorschüsse auf die
Ihren ab 1.1.48 zurechnende Monate gewährt werden.
Für die Monate Oktober und November sind Ihnen bereits je Monat
50,— DM ausbezahlt worden. Die Vorschüsse für August und September
sind Ihnen zusammen mit dem Vorschuss für Dezember
überwiesen.
mit je 50,— DM werden Ihnen zusammen mit dem Vorschuss für Dezember
50,— DM ausbezahlt werden.



Kreisarchiv Stormarn B2



40

-Möller-D.-/- Bad Oldesloe, den 5. Januar 1949. *L. M. M.*

1. Name des Antragstellers: Möller, Johannes
geb. 24. Dezember 1889 in Grevesmühlen Beruf: z.Zt. ohne
gegenwärtiges Einkommen: ohne

2. Art der Verfolgung: (genaue Angabe der Haftzeit)
Gefängnis und Kz. vom 27. Januar 1938 bis 9. Mai 1939 und
11. August 1942 bis 12. Februar 1944.

3. Es wird beantragt: Beihilfe von 400.— DM zur Anschaffung von
Bekleidung und Wäsche.

4. Welche Hilfe wurde bisher schon gewährt:
Kann z.Zt. nicht angegeben werden, da sich die Akten bei dem
Rentenausschuss der Landesregierung befinden.

5. Begründung:
Der Betrag soll, wie aus dem anliegenden Antrag ersichtlich, zur
Beschaffung von Bekleidung und Wäsche verwandt werden.

6. Stellungnahme des KSHA.:
Der Antrag des Verfolgten Möller wird befürwortet. Mittel zur
Übernahme eines Teiles dieses Betrages auf ~~Mittel~~ des Kreises
stehen nicht mehr zur Verfügung, da bereits anderweitig mit
Beihilfen eingetreten werden musste.
Es wird daher gebeten, eine Beihilfe im Rahmen des Möglichen von
dort zu bewilligen.

7. Ist der Antragsteller Rentenempfänger nach dem Gesetz vom 4.3.48?
Ja.

Kreisdirektor. *f. u.*

11/ An die
Landesregierung Schleswig-Holstein,
Ministerium des Innern,
- Ref. I/8 A -Pol.Wi.Gu.-

K i e l

2. Weg



4-1

Bad Oldesloe, den 1. September 1948.

An das
A m t ,
Bargteheide.

nr. 9/9. 48

Betr.: Unterstützung für anerkannte ehem. polit. Verfolgte.

Die Kreiskommunalkasse hat Anweisung erhalten, folgende Erstattung für aufgewendete Fürsorgeunterstützungen für Jaeger und Möller in Klein-Hanedorf zu überweisen:

Jaeger:
Barleistung 47.— DM abzgl. Gemeindeanteil 3,52 DM = 43.48 DM

Möller:
Barleistung 163.50 DM abzgl. Gemeindeanteil 51.75 DM = 111.75 DM

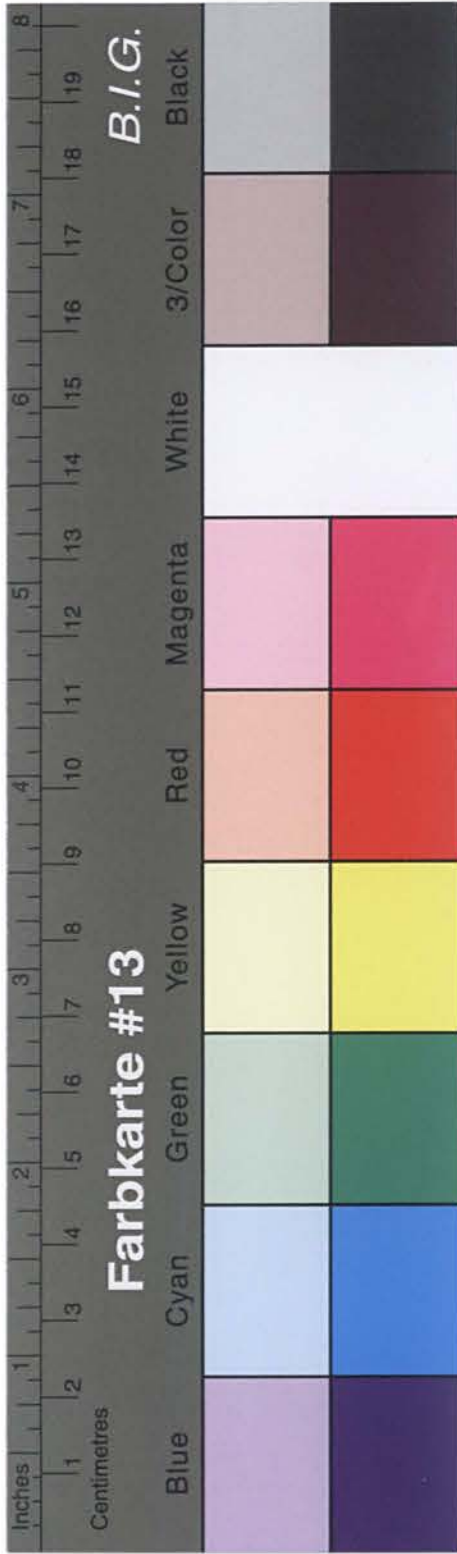
zusammen 159.23 DM

Der 50%ige Zuschlag wird nach Eingang von der Landesregierung ebenfalls überwiesen.

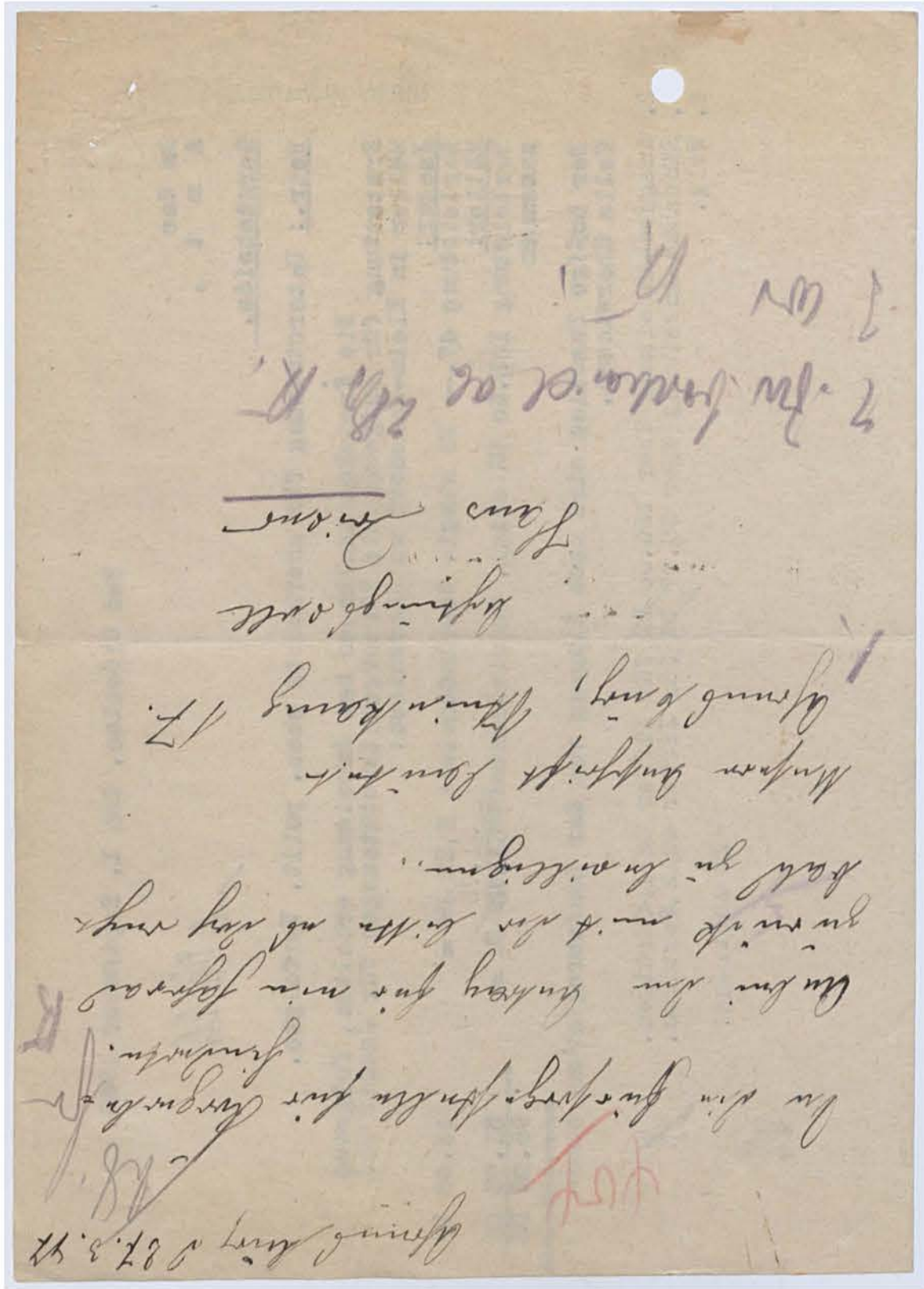
2. Ausgabe-Anweisung über 150.50 DM für Ziffer 4211 fertigen.
3. Einnahme-Anweisung über 55.27 DM für Ziffer 4212 fertigen.
4. Wvlg.

Im Auftrage:
[Signature] *1/48*

1. Ist der Kreisarchiv der Kreiskommunalkasse nach dem Gesetz vom 1.2.1948
2. Ist der Kreisarchiv der Kreiskommunalkasse nach dem Gesetz vom 1.2.1948
3. Ist der Kreisarchiv der Kreiskommunalkasse nach dem Gesetz vom 1.2.1948
4. Ist der Kreisarchiv der Kreiskommunalkasse nach dem Gesetz vom 1.2.1948
5. Ist der Kreisarchiv der Kreiskommunalkasse nach dem Gesetz vom 1.2.1948
6. Ist der Kreisarchiv der Kreiskommunalkasse nach dem Gesetz vom 1.2.1948
7. Ist der Kreisarchiv der Kreiskommunalkasse nach dem Gesetz vom 1.2.1948
8. Ist der Kreisarchiv der Kreiskommunalkasse nach dem Gesetz vom 1.2.1948
9. Ist der Kreisarchiv der Kreiskommunalkasse nach dem Gesetz vom 1.2.1948
10. Ist der Kreisarchiv der Kreiskommunalkasse nach dem Gesetz vom 1.2.1948
11. Ist der Kreisarchiv der Kreiskommunalkasse nach dem Gesetz vom 1.2.1948
12. Ist der Kreisarchiv der Kreiskommunalkasse nach dem Gesetz vom 1.2.1948
13. Ist der Kreisarchiv der Kreiskommunalkasse nach dem Gesetz vom 1.2.1948
14. Ist der Kreisarchiv der Kreiskommunalkasse nach dem Gesetz vom 1.2.1948
15. Ist der Kreisarchiv der Kreiskommunalkasse nach dem Gesetz vom 1.2.1948
16. Ist der Kreisarchiv der Kreiskommunalkasse nach dem Gesetz vom 1.2.1948
17. Ist der Kreisarchiv der Kreiskommunalkasse nach dem Gesetz vom 1.2.1948
18. Ist der Kreisarchiv der Kreiskommunalkasse nach dem Gesetz vom 1.2.1948
19. Ist der Kreisarchiv der Kreiskommunalkasse nach dem Gesetz vom 1.2.1948
20. Ist der Kreisarchiv der Kreiskommunalkasse nach dem Gesetz vom 1.2.1948



Kreisarchiv Stormarn B2



42

Christ Barthelmeida Gemeinde Klein-Hansdorf

20/8.48

Abrechnung über gezahlte Unterstützung an ehem.
politisch Verfolgte und Hinterbliebene
für Monat August 1948

Lfd. Nr.	Fürs. Art	Name, Vorname, Barletg.	Richtsm. 50 % Zu- lage	Miet- beih.	Pfl. Zul.	Gesamtunter- stützung
1	KZW	Jaeger, August	65.00 47,-	18.00	-. -	65.00 ✓
2	KZE	Möller, Johann	135.25 103,50	31.75	-. -	135.25 ✓
			200.25	49.75	-. -	200.25 ✓

Einnahmen: --- keine ---

Sachlich richtig:
der Ausgaben und Einnahmen

Unterschrift des Amtmannes

Festgestellt:

Unterschrift des Kassen-
verwalters

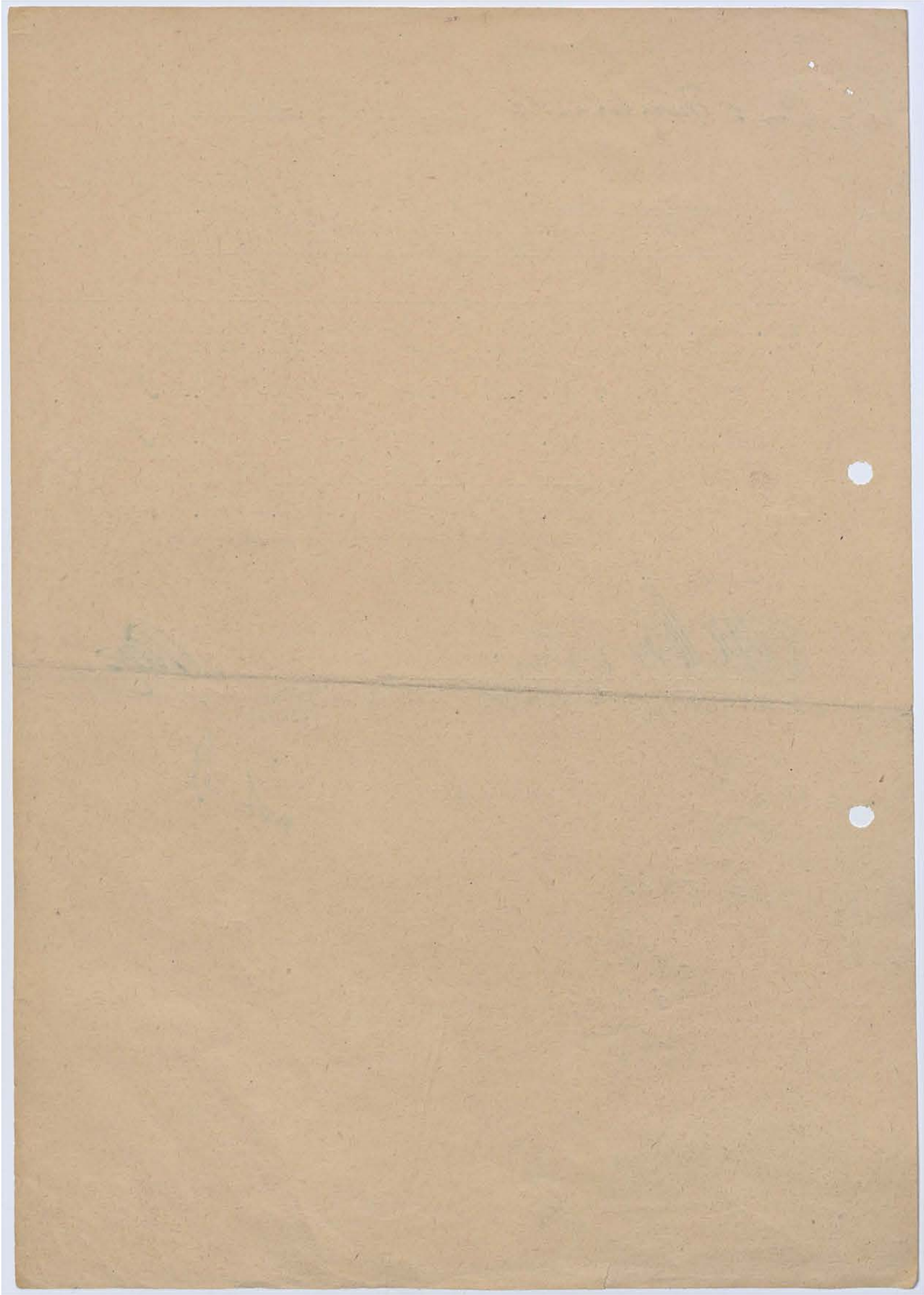
47,-
103,50
150,50

4211 51,75
4212 3,52
55,27
95,23
150,50

not. H



Kreisarchiv Stormarn B2



43

Amt Bargteheide
Der Amtmann

Bargteheide, den 21. September 1948

Gemeinde Klein-Hansdorf

Abrechnung über gezahlte Unterstützung an ehem.
politisch Verfolgte und Hinterbliebene
für Monat September 1948

Lfd. Nr.	Fühs. Art	N a m e Vorname	Richtsm. Barlstg.	50% Zu lage	Miet- beih.	Pfl. Zul.	Gesamtunter- stützung
1.	KZW	Jaeger August	65,-	18, -	--	--	65,- DM
2.	KZE	Möller Johann	135,25	31,75	--	--	135,25 "
			200,25	49,75	--	--	200,25 DM

Einnahme: ----- keine -----

Sachlich richtig
hinsichtlich der Ausgaben und Einnahmen

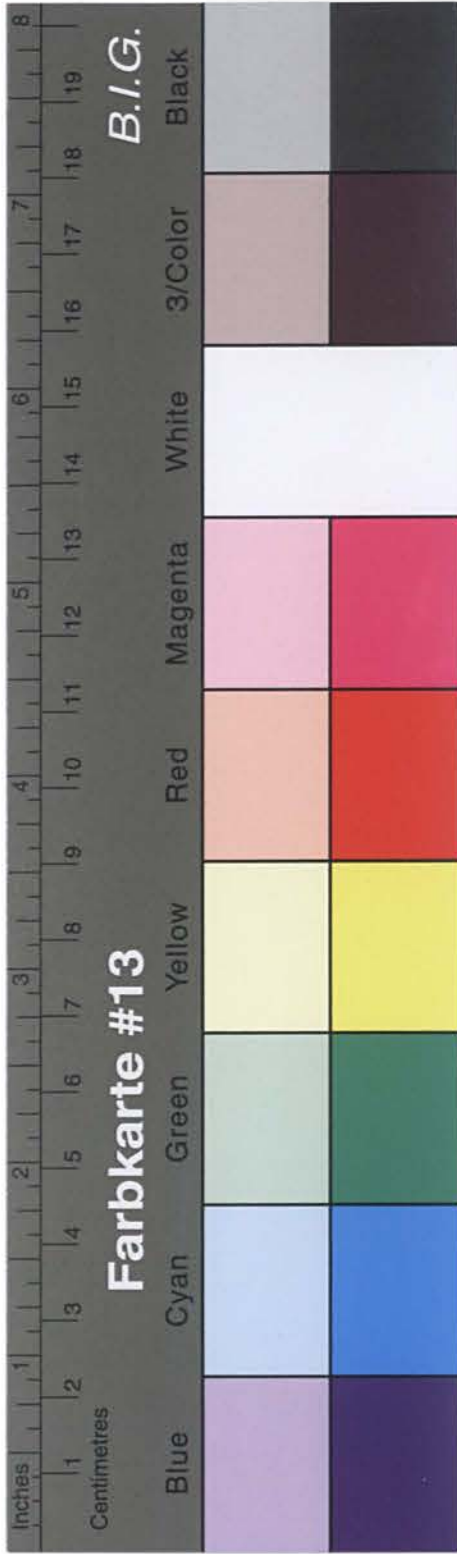
[Signature]

Unterschrift des Amtmannes

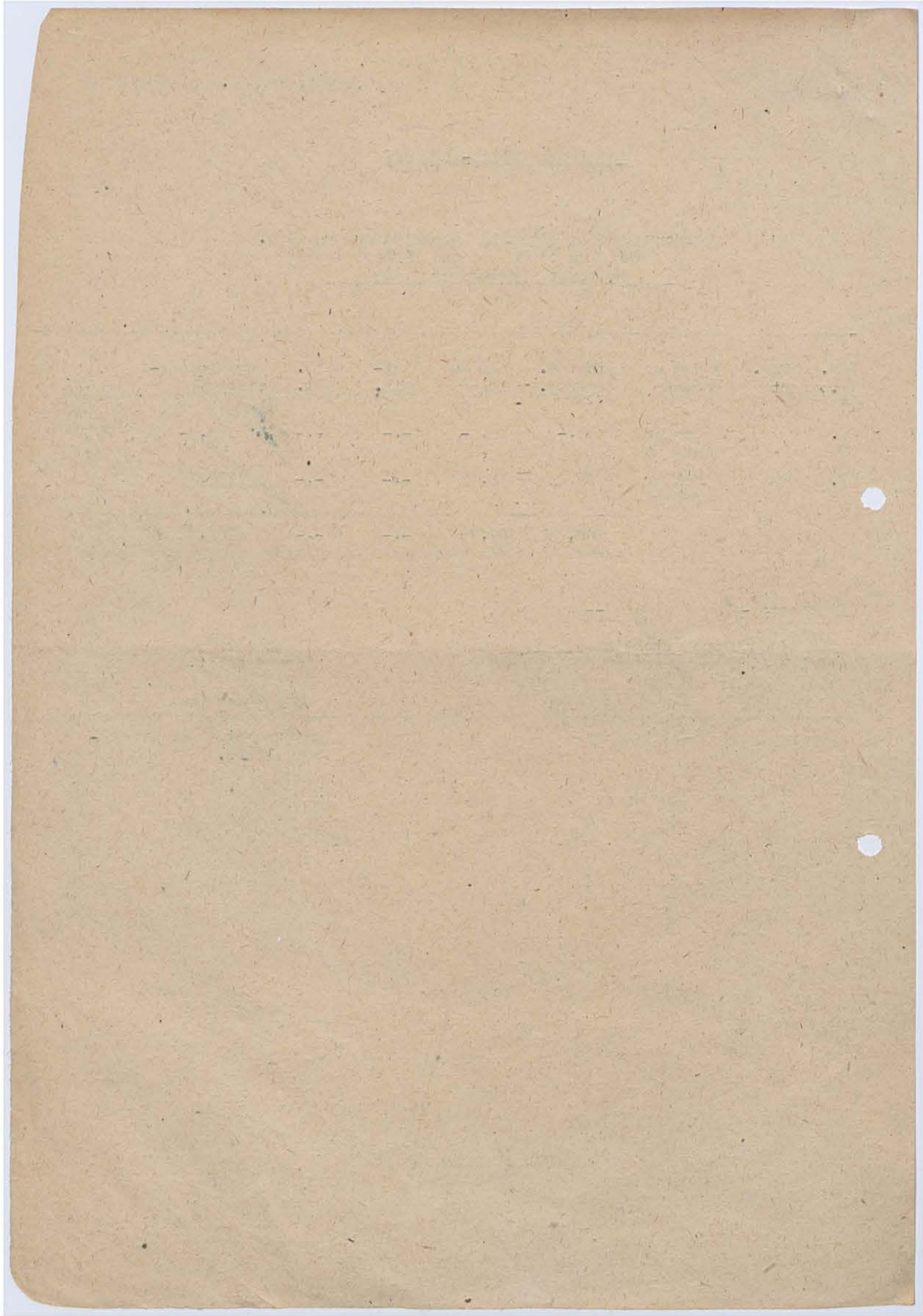
Festgestellt:

[Signature]

Unterschrift des Kassen-
verwalters.



Kreisarchiv Stormarn B2



44

Amt Bargteheide
Kreis Stormarn
Der Amtmann

Bargteheide, den 20. Oktober 1948

Gemeinde Klein - Hansdorf

Abrechnung über gezahlte Unterstützung an ehem.
politisch Verfolgte und Hinterbliebene
für Monat Oktober 1948

Lfd. Nr.	Name Vorname	Risiksm. Barlsg.	50% Zu- lage	Miet- beih.	Pfl. Zul.	Gesamtunter- stützung
1	KZE Möller	135.00	31.50	--	--	135.00 DM.

Einnahme: ----- keine:

Sachlich, richtig
hinsichtlich der Ausgaben und Einnahmen.
Im Auftrage:

Unterschrift des Amtmannes

Festgestellt

Unterschrift des Kassen-
verwalters.

not. Dr. H. 27/10. 4.

Tr

45

Amt Bargteheide
Kreis Stormarn
Der Amtmann

Bargteheide, den 18. November 1948

Gemeinde - Klein- Hansdorf

Abrechnung über gezahlte Unterstützung an ehem.
politisch Verfolgte und Hinterbliebene
für Monat November 1948

N a m e Vorname	Richts. Barlstg.	50 % Zü- lage	Miet- beih.	Pfl. Zul.	Gesamtunter- unterstützung
Johann Möller	32.00 DM	---	40.00 DM	--	72.00 DM

Einnahme: keine

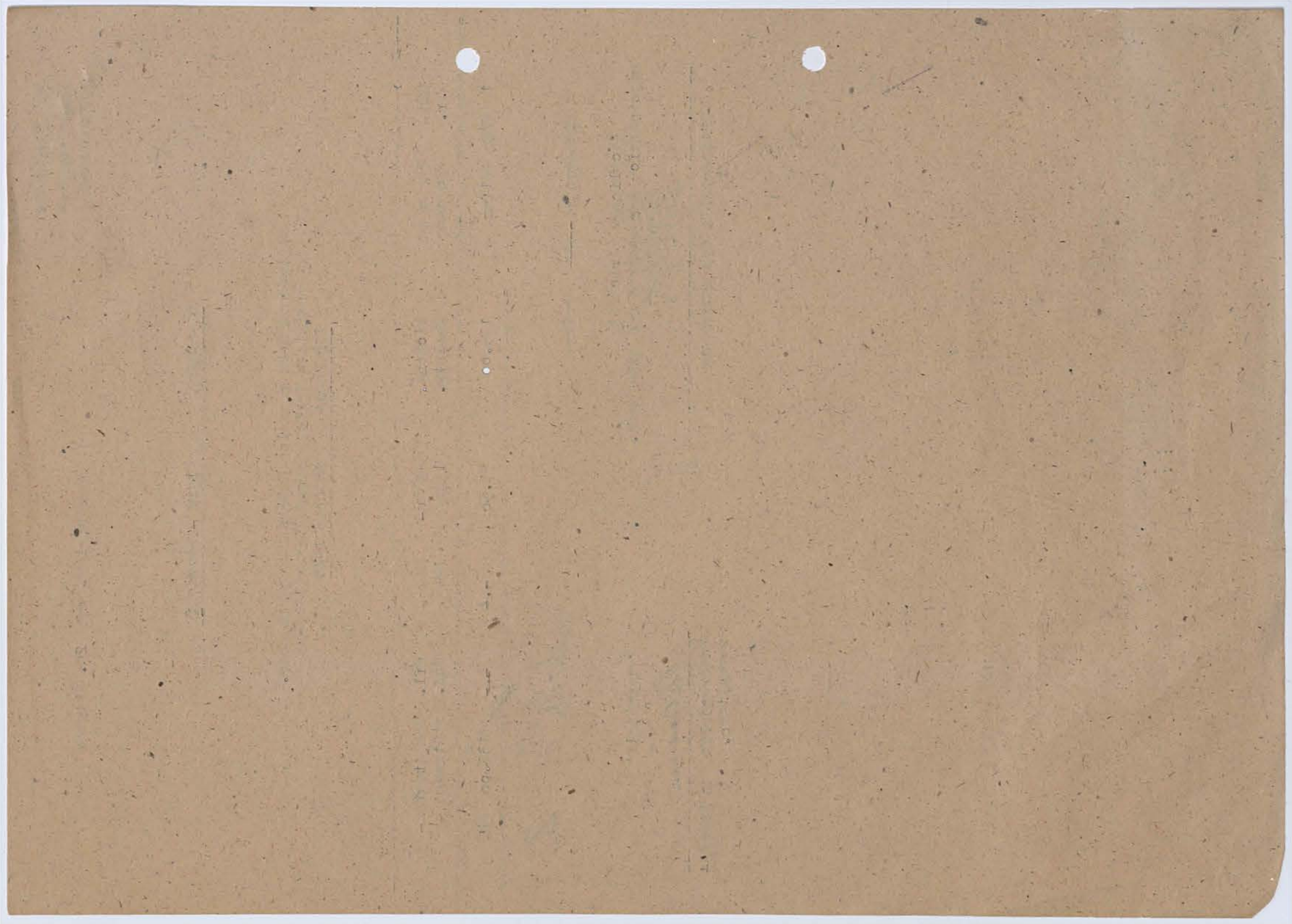
Sachlich richtig
Hinsichtlich der Ausgaben und
Einnahmen
Im Auftrage:

Unterschrift des Amtmannes

not. R

Festgestellt

Unterschrift des Kassen-
verwalters.



Kreisarchiv Stormarn B2



46. Möller - D./K. Bad Oldesloe, den 23. November 1948

An die
1. Amtverwaltung
in Bärstede

In der Kz. Betreuungssache Johann M ö l l e r in Kl. Haasdorf sind für
den Monat September insgesamt 135,25 DM
und für Oktober 135,-- "
an Möller ausgezahlt worden. 270,25 DM

Die Kreiskommunalkasse hat Anweisung erhalten, diesen Betrag an die
dortige Amtskasse zu erstatten. Die Kürzung des Gemeindeanteiles erfolgt
nicht, da Möller rentenberechtigt aufgrund des Gesetzes vom 4.5.48 ist.
Das Rentenverfahren schwebt bereits.
Gleichzeitig wird um Mitteilung gebeten, in welcher Höhe seit dem 1.1.48
monatlich aus öffentlichen Mitteln eingetreten und welche Beträge be-
reits durch die Kreiskommunalkasse erstattet wurden.
Die Unterstützung ist in Höhe von 193,50 DM bis zum Abschluss des Renten-
verfahrens weiterzuzahlen (ohne Nachprüfung durch Einholung des Frage-
bogens !!) Die Zahlung der Unterstützung erfolgt lediglich als Vorschuss
auf die ab 1.1.48 zu gewährende Kz.-Rente.

Im Auftrage:
2. Ausgabe-Anweisung über 270,25 DM für Ziffer 4211 fertigen.



Kreisarchiv Stormarn B2





47

Amt Bargteheide
Kreis Stormarn
Der Amtmann

Bargteheide, den 18. Dezember 1948

Gemeinde Klein - Hansdorf

Abrechnung über gezahlte Unterstützung an ehemalige politisch
Verfolgte und Hinterbliebene.
für Monat Dezember 1948

N a m e Vorname	Richtsatzm. Barleist.	50 % Zu- lage	Miete- beihilfe	Pflege- zulage	Gesamunterstüt- zung
KZE : Möller Johann	63.50 /	---	40.00 /	---	103.50 /

Einnahme : keine

Sachlich richtig hinsichtlich der
Ausgaben und Einnahmen.
Im Auftrage:

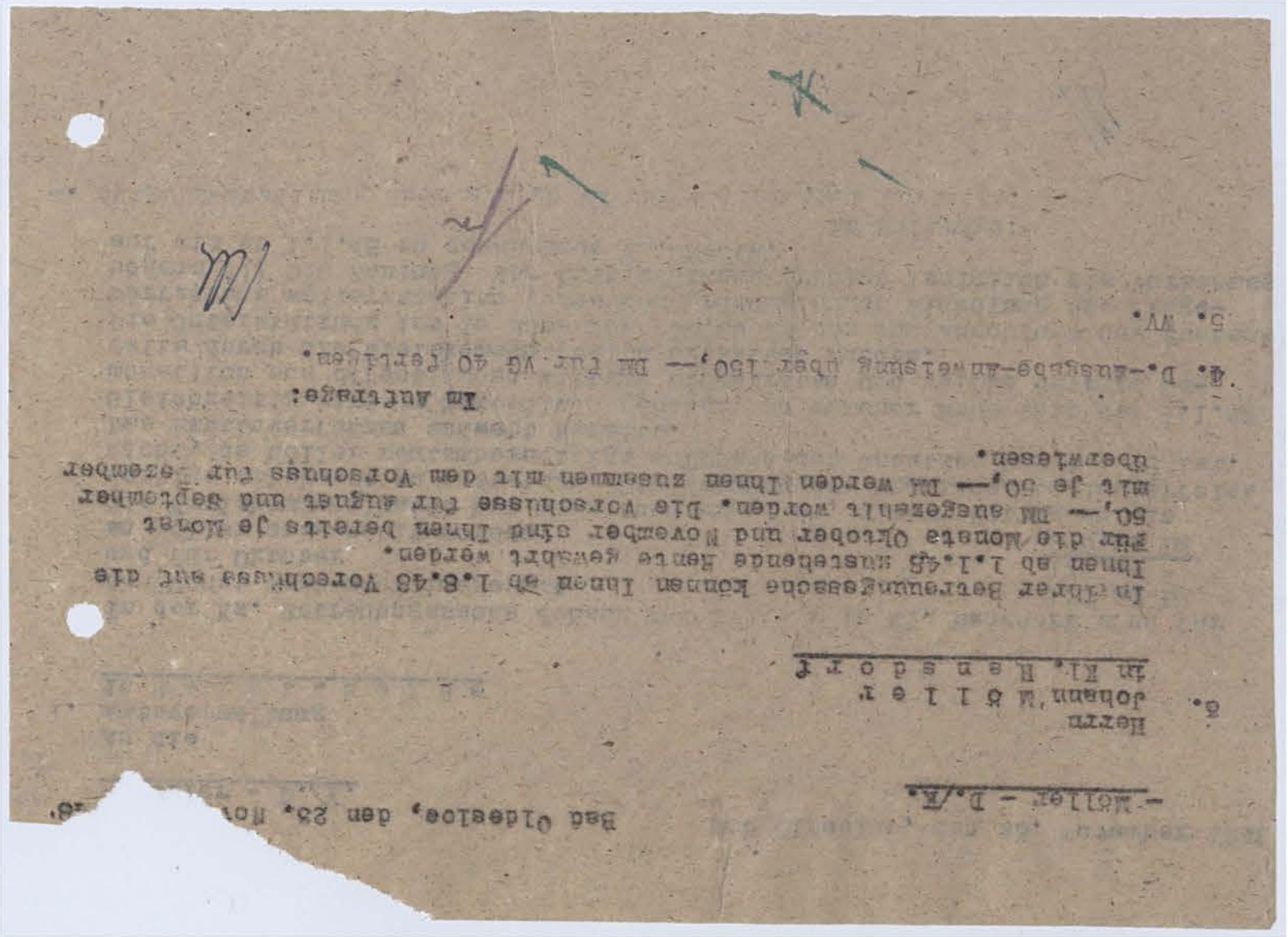
Unterschrift des Amtmannes

Festgestellt

Unterschrift des Kassenver-
walters.

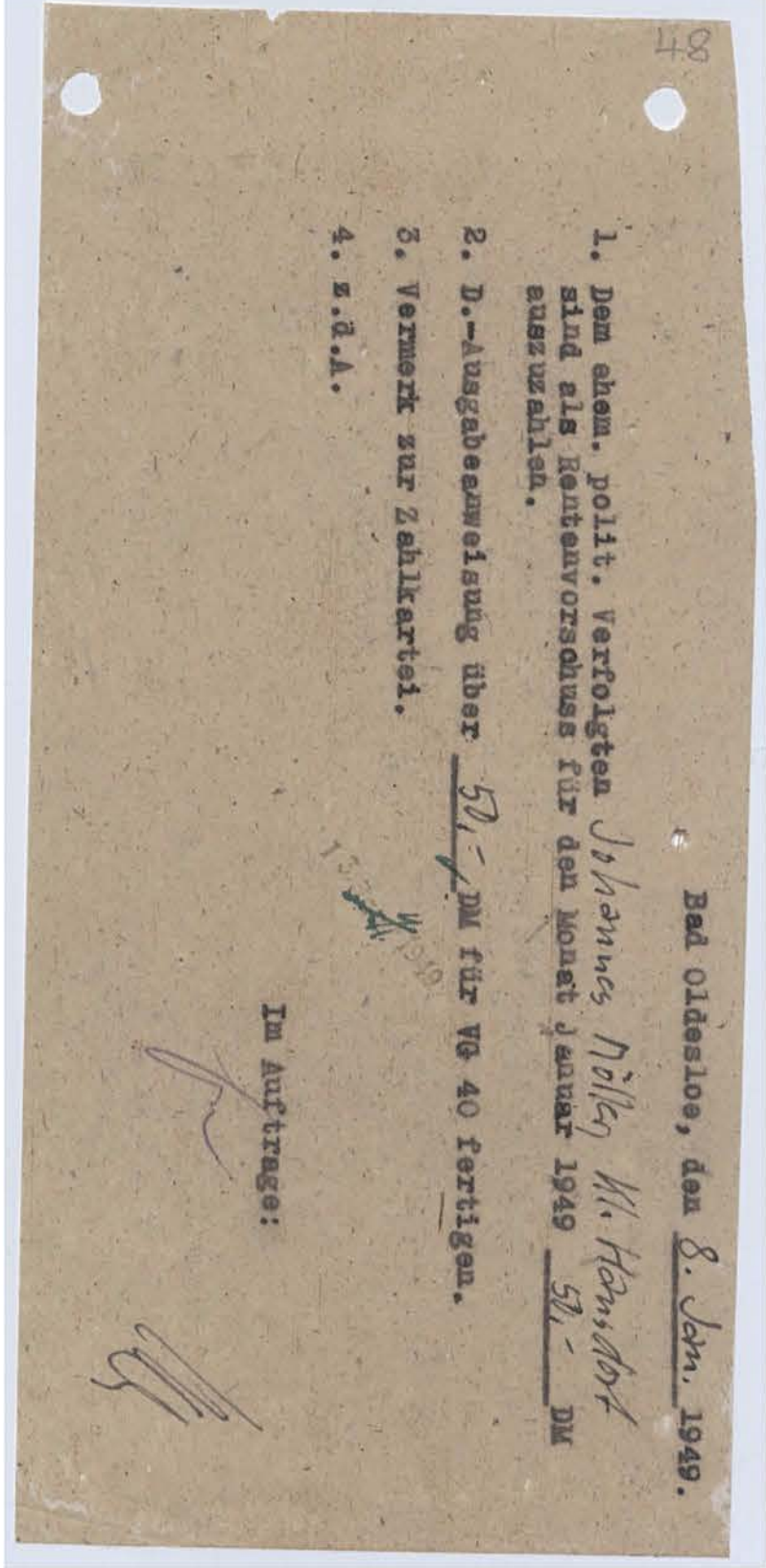
not. B

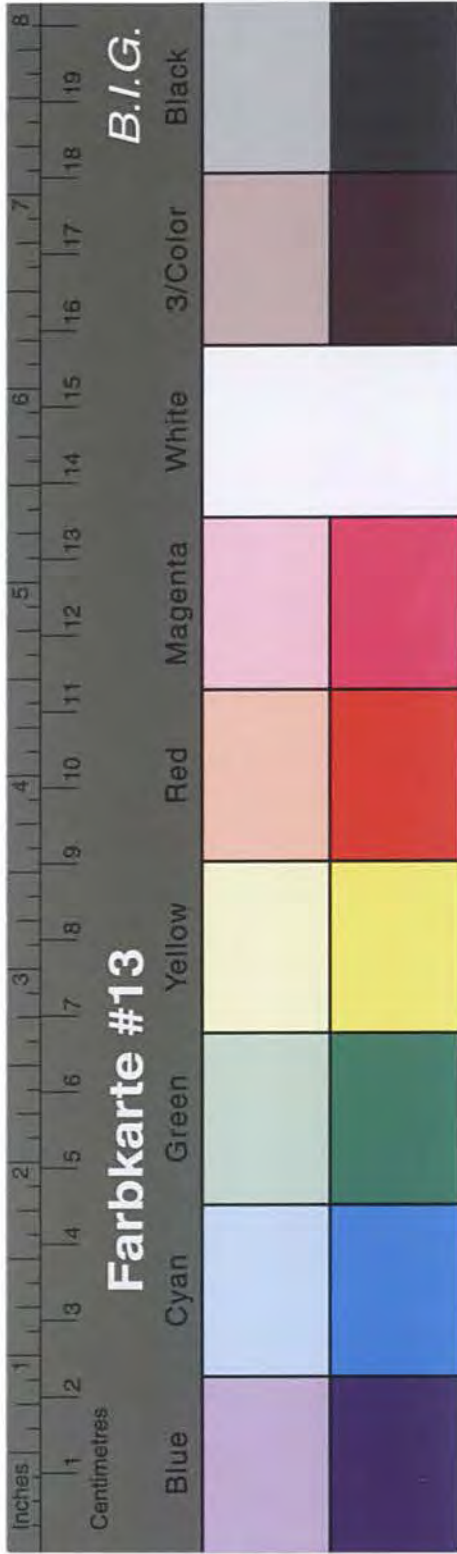
H



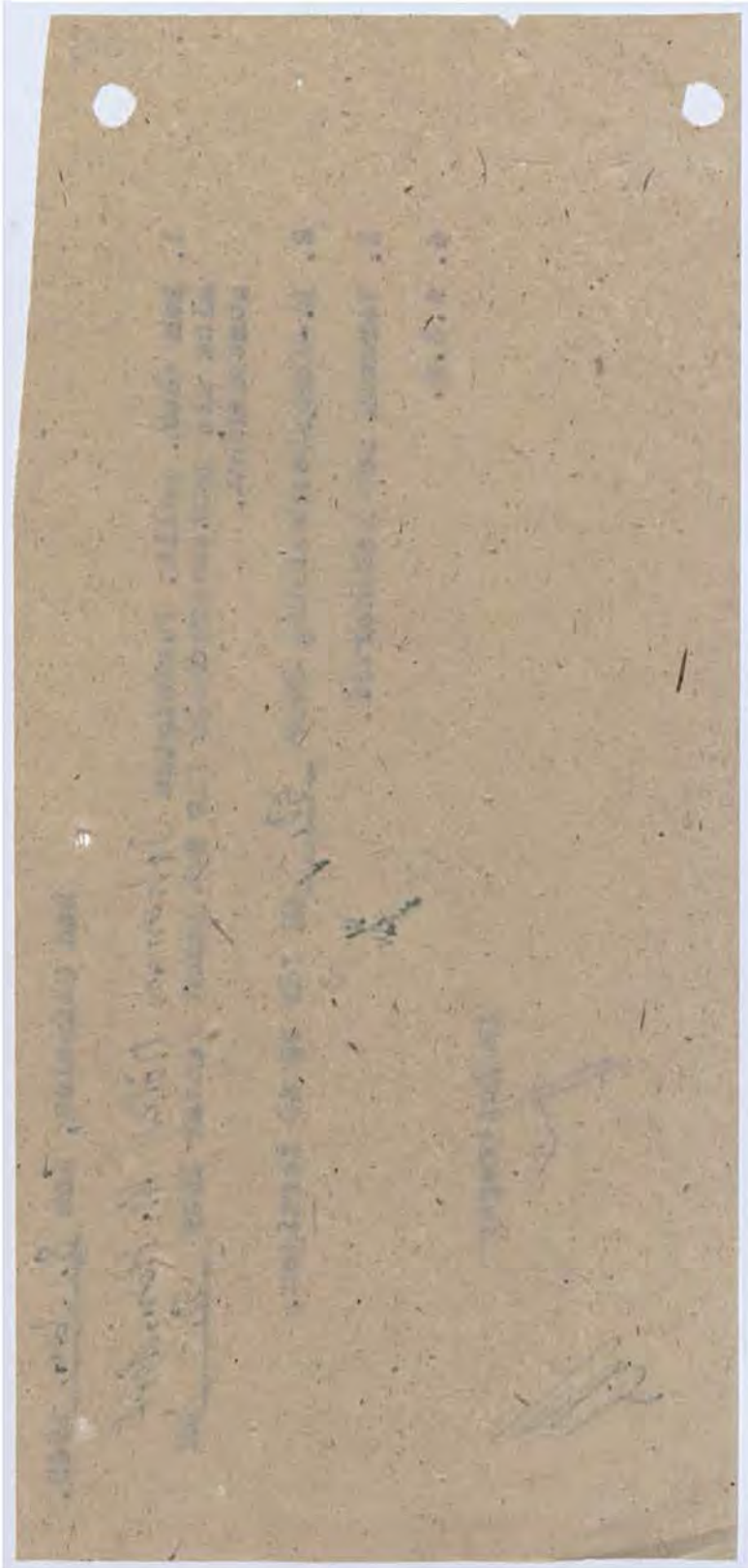


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



49

Landesregierung Schleswig-Holstein
Ministerium für Wohlfahrt
und Gesundheitswesen
Ref. VI D 6 Be/150

Kiel, den .28. Dezember 1948
Gartenstr. 7

An die
Kreis/~~Stadt~~verwaltung Stormarn
Sonderhilfsausschuss für OdN
- Geschäftsstelle -
in
Bad Oldesloe

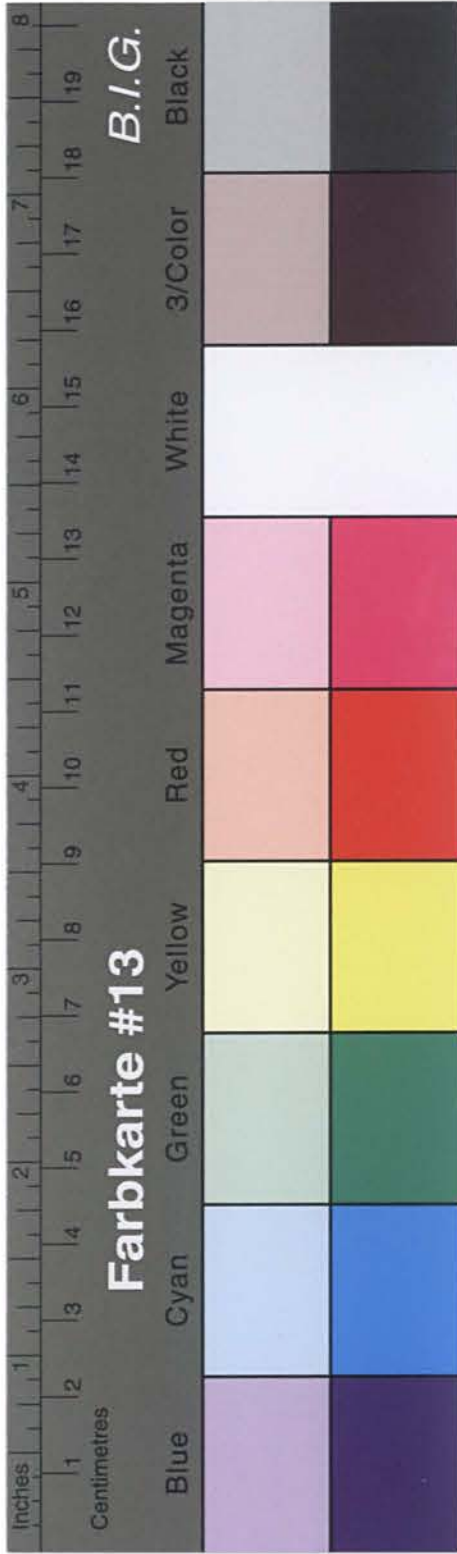
10/24 1948

Ank. / Tgb. Nr.

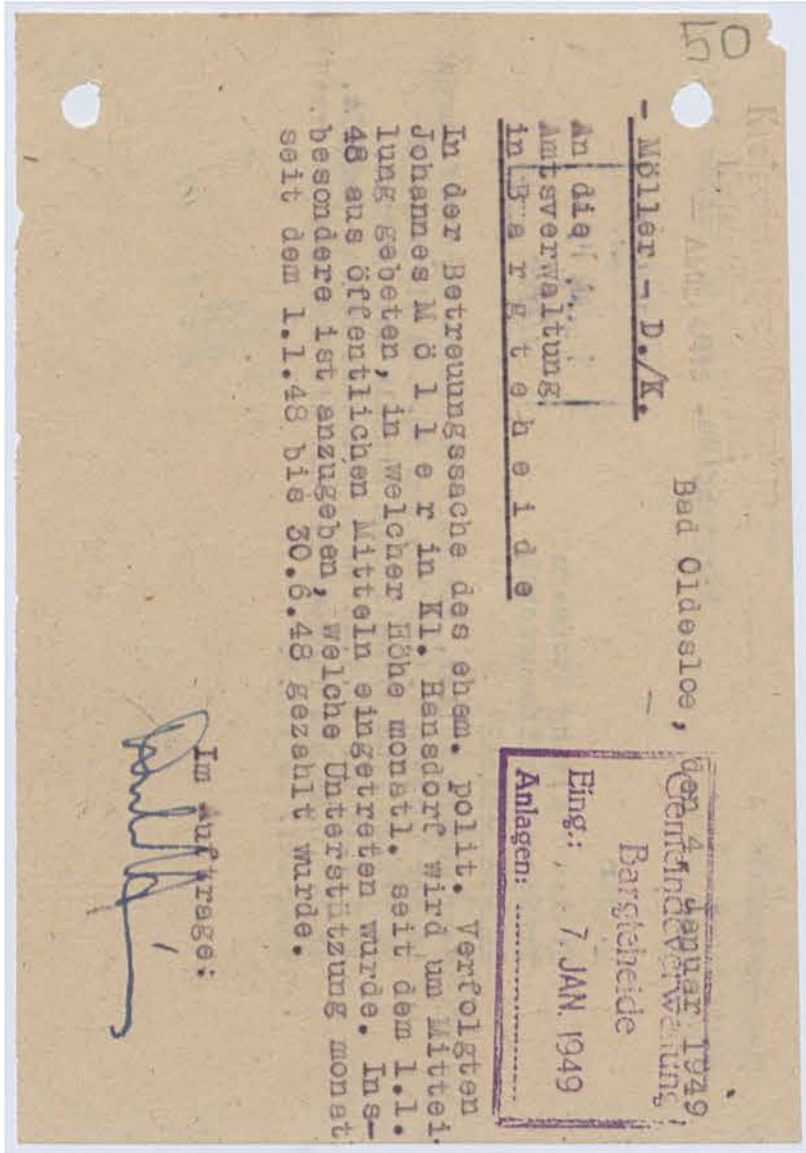
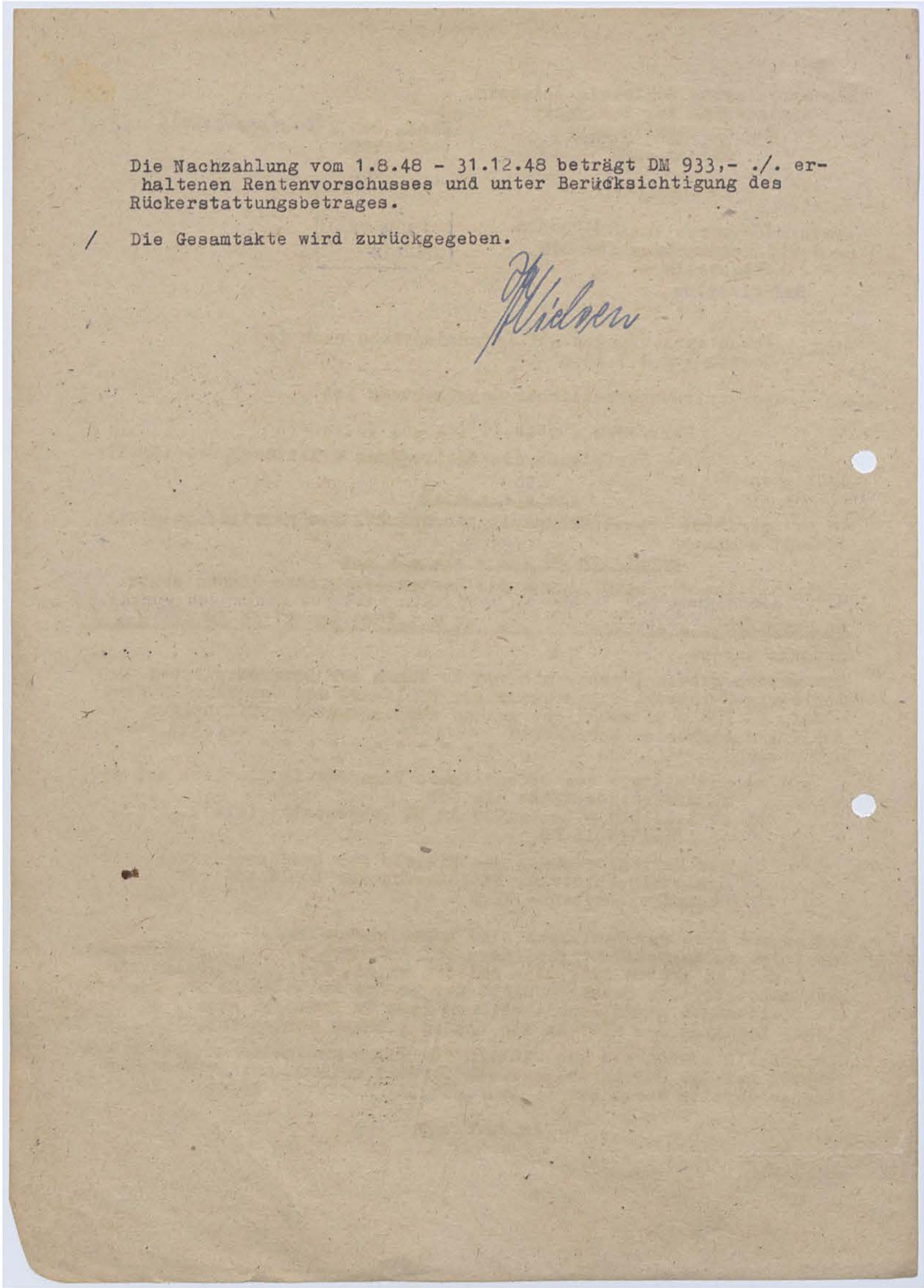
Betr.: Abschlagszahlungen auf Retenansprüche nach dem
Gesetz vom 4.3.1948

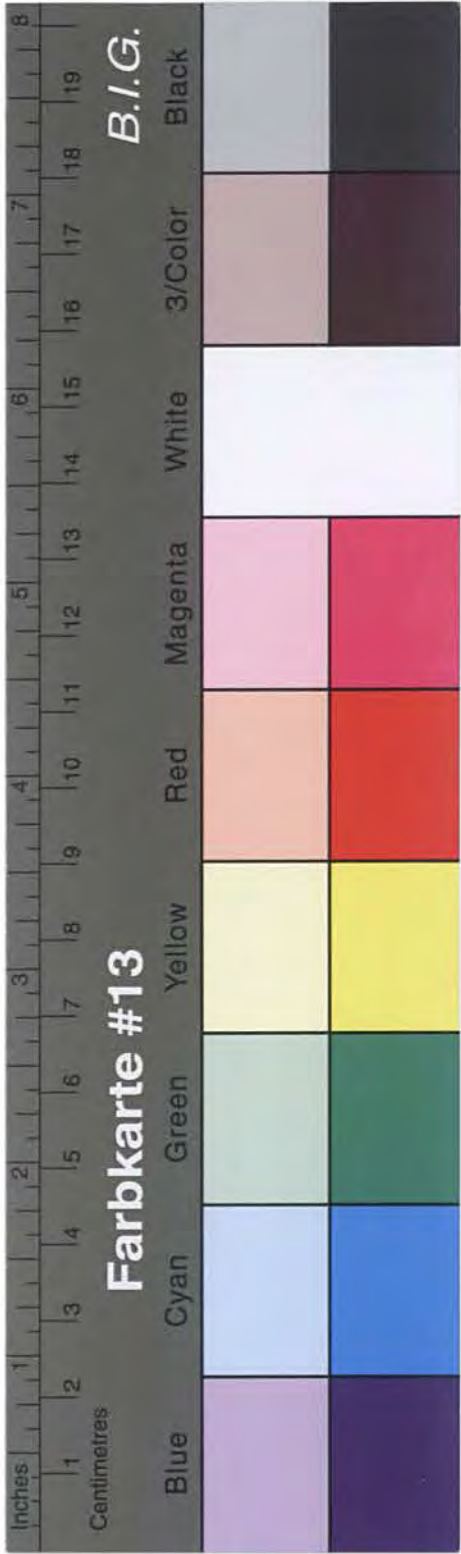
Auf Grund vertrauensärztlicher Begutachtung ist
Herr ~~xxxx~~ Johann Möller, Kl. Harsdorf
infolge der durch Verfolgung des Naziregimes erlittenen Gesundheits-
störungen 80 %
in seiner ~~in~~ Erwerbsfähigkeit beschränkt. Die gesetzliche Rente
beträgt demnach 186,60
monatlich DM
Vorbehaltlich der Genehmigung des Rentenausschusses können daher unter
Berücksichtigung der Tatsache, dass kein weiteres Einkommen vorhanden ist,
an Herrn ~~Frau~~ Möller ab 1.1.1949 monatlich DM .186,60 .
gezahlt werden
Sie werden gebeten, innerhalb von 10 Tagen der Landesregierung
Schleswig-Holstein, Ministerium für Wohlfahrt und Gesundheitswesen
- Ref. VI D 6 - mitzuteilen, welche Rückerstattungspflichtigen
Zahlungen bisher an Herrn ~~Frau~~ Möller erfolgt sind,
und zwar
a) aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge im Hinblick auf die
zu erwartende Rente als OdN
ab 1.1.1948 - 30.6.1948 in RM (abgewertet 1:10),
ab 1.7.1948 in DM
b) als Rentenvorschuss aus Mitteln der Landesregierung
Schleswig-Holstein, Ministerium für Wohlfahrt und
Gesundheitswesen - VI D 6 - .
Beginn und Höhe der Zahlungen sind genau anzugeben.
Dabei ist zu berücksichtigen, dass bei Anfragen an das Kreisfürsorge-
amt darauf zu achten ist, dass bei den an das Kreisfürsorgeamt zu-
rückzuerstattenden Beträgen nicht der 50%ige Zuschlag zu den Sonder-
hilfsleistungen gemäß Zonenanweisung 2900 in Betracht kommt, da
dieser Zuschlag aus Mitteln des Landes gewährt worden ist.
Gleichfalls können die aus Mitteln für Räumungsfamilienunterhalt ge-
zahlten Beträge nur zu 15% zurückgefordert werden, weil 85% dieser
Beträge bereits durch die Landesregierung erstattet worden sind.
Im Auftrage

b.w.

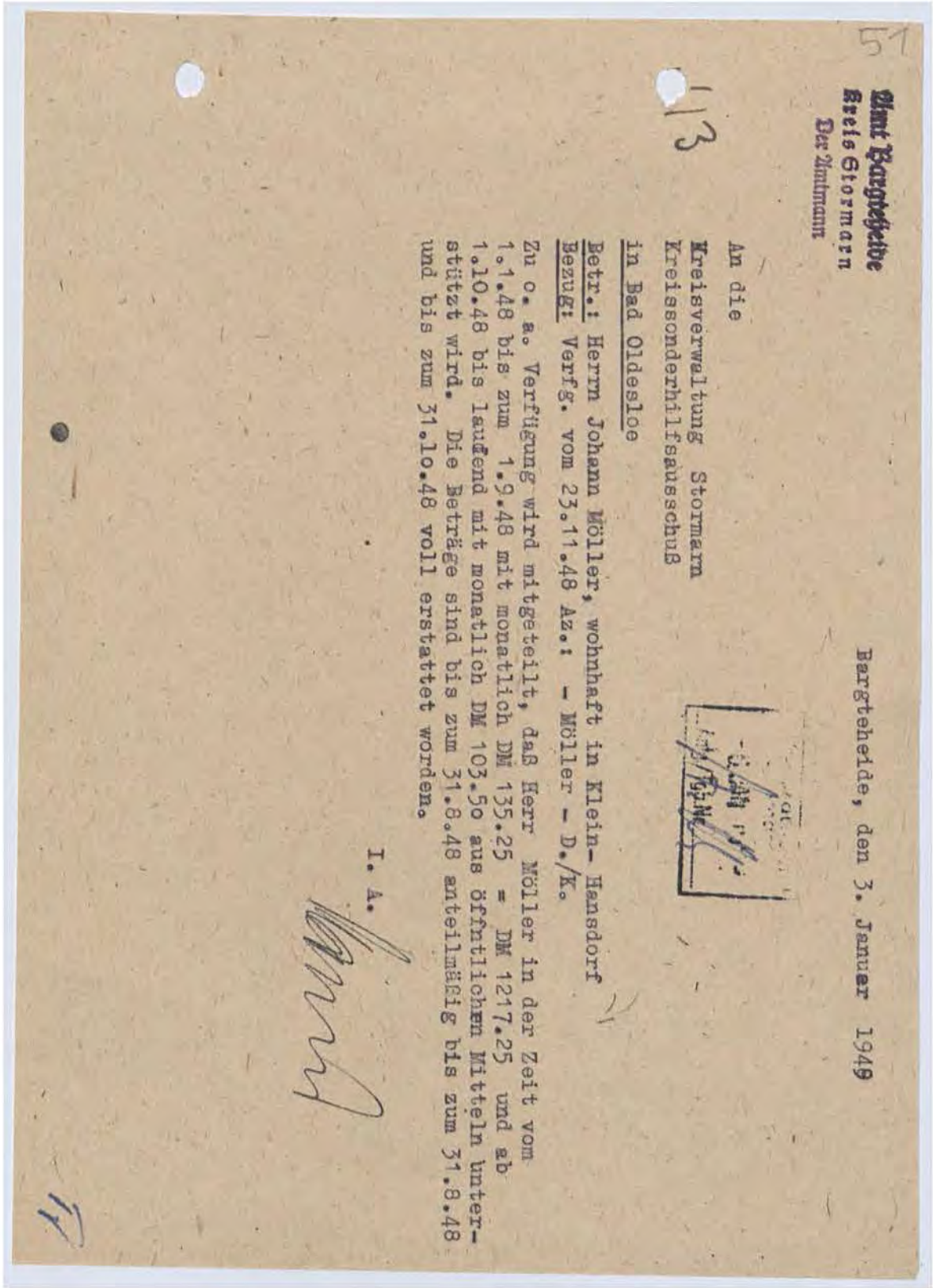
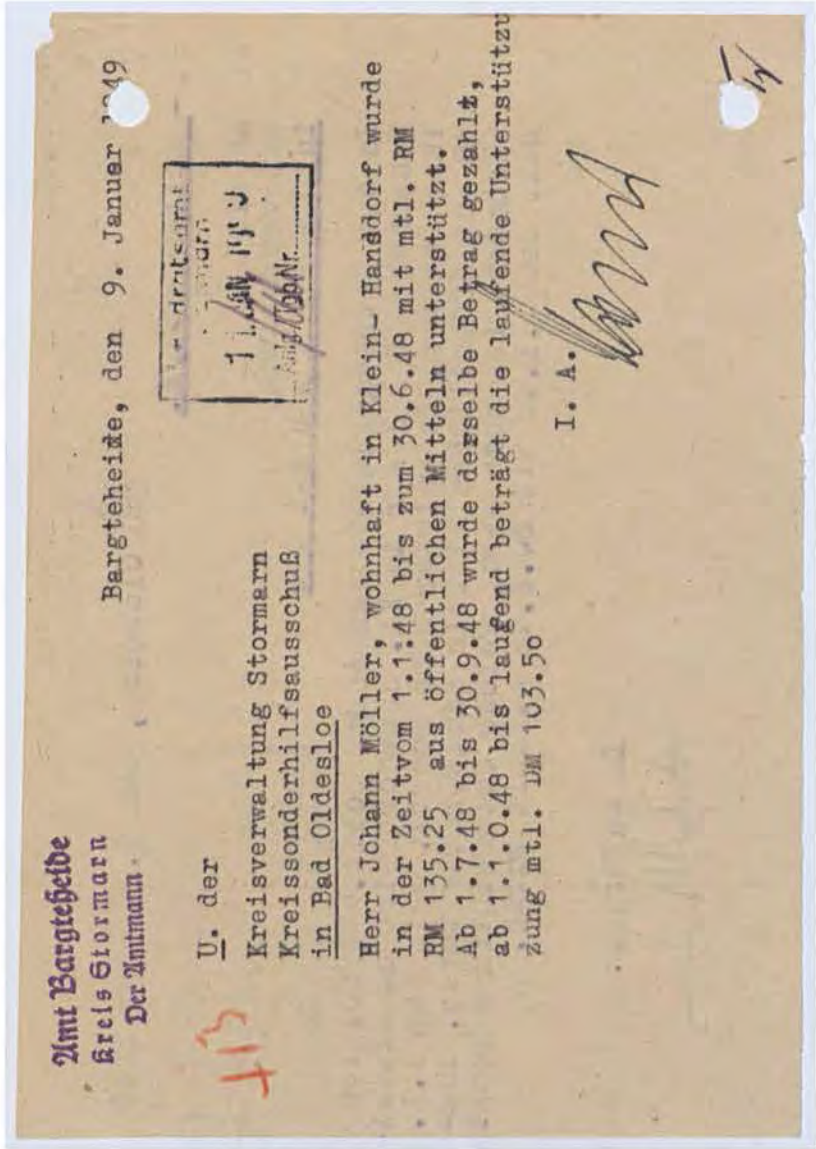


Kreisarchiv Stormarn B2

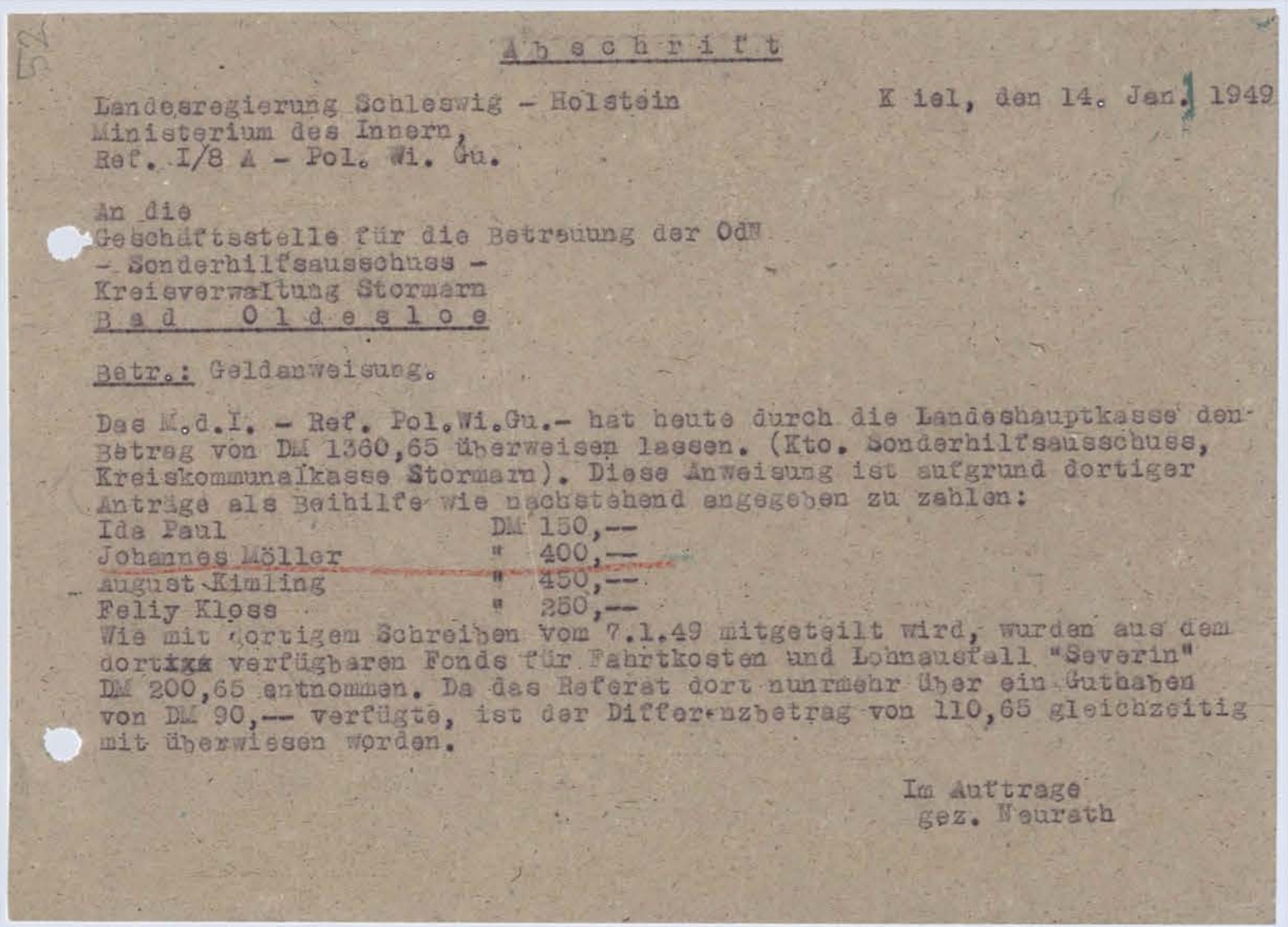


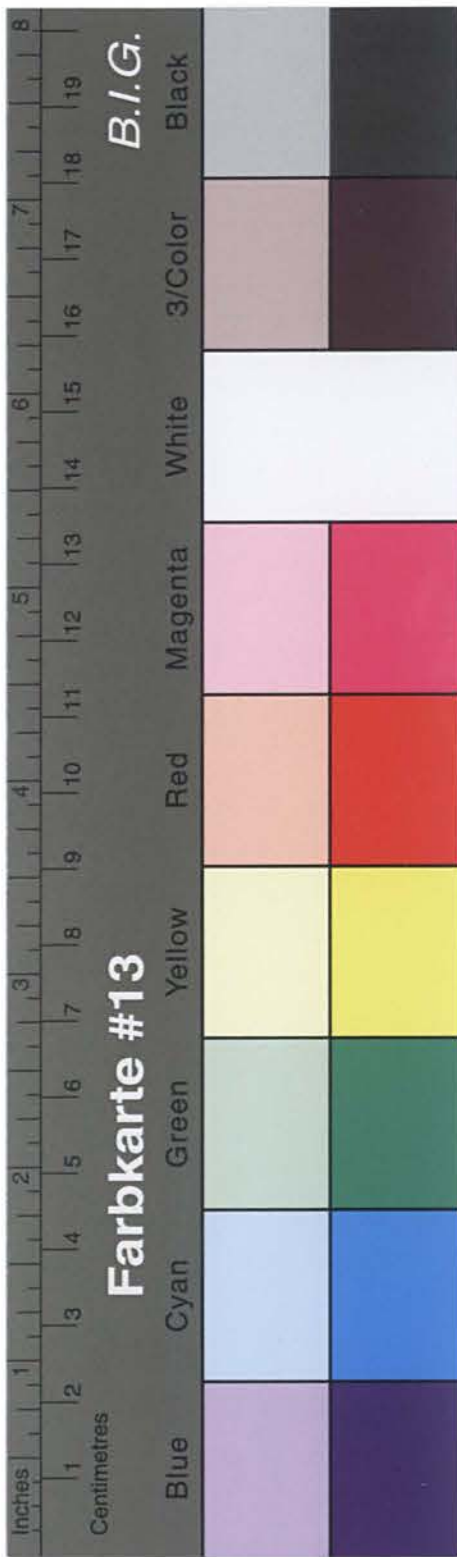


Kreisarchiv Stormarn B2

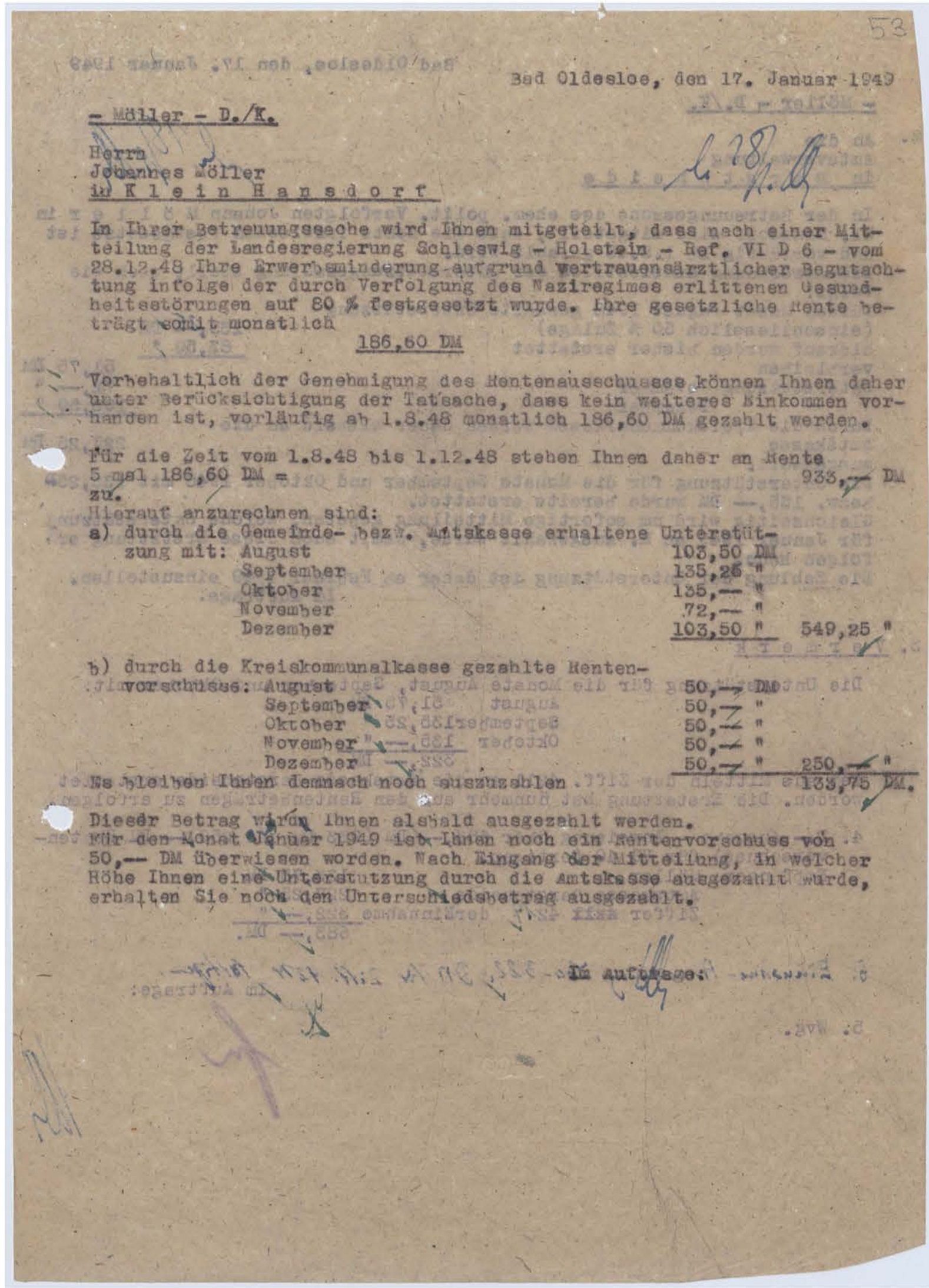
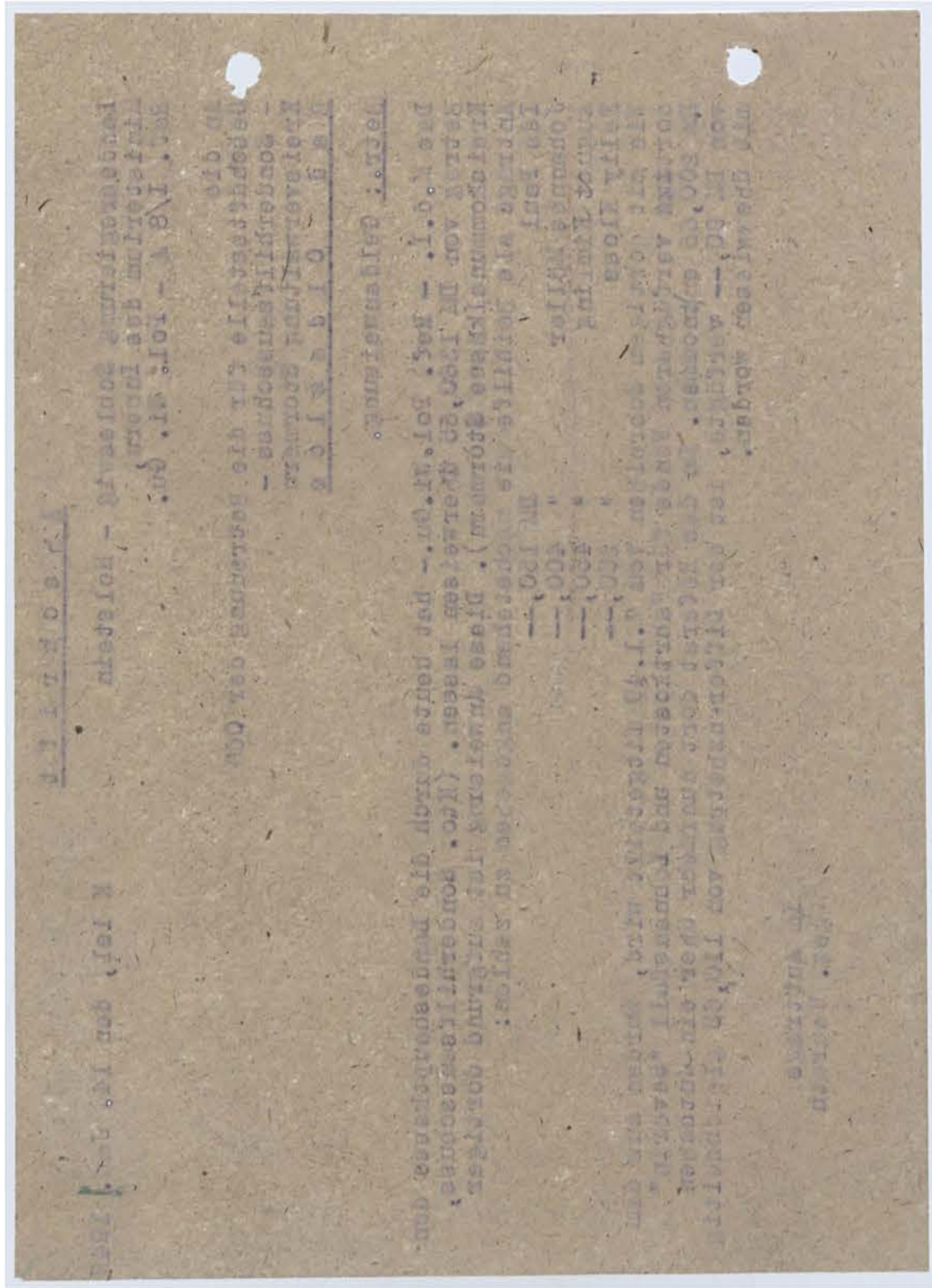


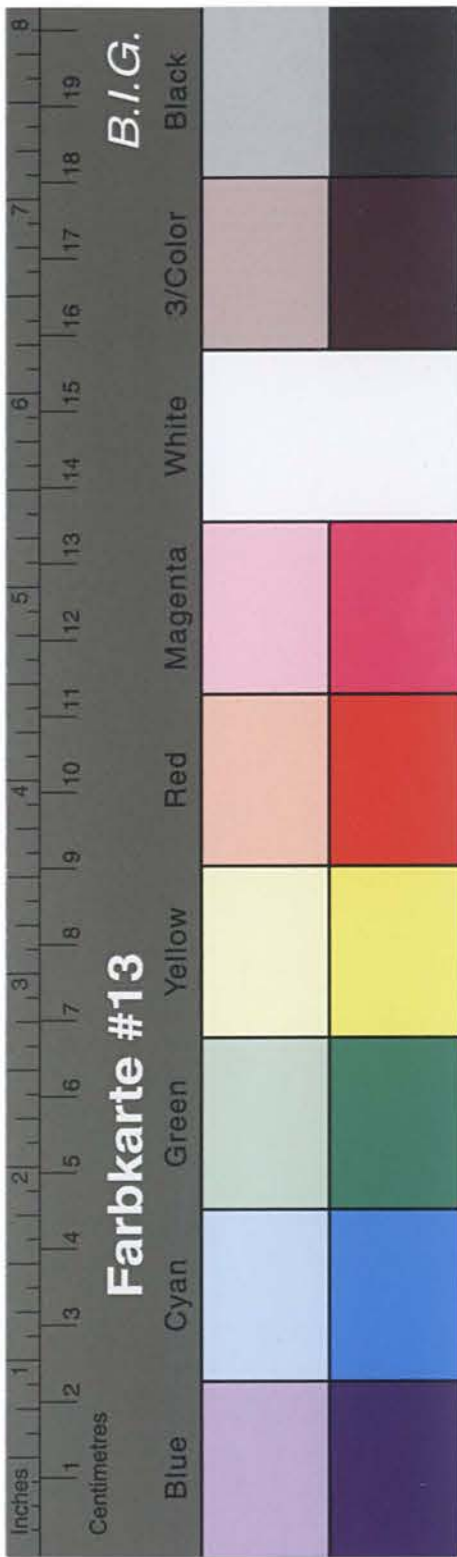
Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

Bad Oldesloe, den 17. Januar 1949

- Möller - D./K.

2. An die
Amtsverwaltung
in Bargteheide

In der Betreuungssache des ehem. polit. Verfolgten Johann M 8 1 1 e r in
Kl. Hansdorf wird mitgeteilt, dass die Rente inzwischen festgesetzt ist
und vorläufig ab 1.8.48 gezahlt wird.
Die Abrechnung hinsichtlich der Unterstützungszahlung stellt sich wie
folgt:

Für den Monat August 1948 gezahlte Unterstützung (einschliesslich 50 % Zulage)	135,25 DM
hierauf wurden bisher erstattet	83,50 "
verbleiben	51,75 DM
Unterstützung November	72,-- "
Dezember	103,50 "

Durch die Kreiskommunalkasse werden daher alsbald an die
Amtskasse
ausgezahlt. 227,25 DM

Die Unterstützung für die Monate September und Oktober 1948 mit 135,25
bzw. 135,-- DM wurde bereits erstattet.
Gleichzeitig wird um sofortige Mitteilung gebeten, welche Unterstützung
für Januar 1949 an M. ausbezahlt wurde, damit auch diese Erstattung er-
folgen kann.
Die Zahlung der Unterstützung ist daher ab Februar 1949 einzustellen.
Im Auftrage:

3. V e r m e r k

Die Unterstützung für die Monate August, September und Oktober mit:

August	51,75 DM
September	135,25 "
Oktober	135,-- "
	322,-- DM

ist aus Mitteln der Ziff. 4211 an die Amtskasse Bargteheide erstattet
worden. Die Erstattung hat nunmehr aus den Rentenbeträgen zu erfolgen.

4. D.-Ausgabe - Anweisung über 683,-- DM (933 DM und 250,-- DM Renten-
vorschuss) für VG 40 fertigen.

Empfänger: Möller	133,75 DM
Amtskasse Bargteheide	227,25 "
Ziffer 4211 4214 der Einnahme	322,-- "
	683,-- DM

5. Einnahme-Anweisung No 322, DN Nr 211. 4214 fertigen.
Im Auftrage:

5. Wvg.

2mt Bargteheide
Kreis Stormarn
Mittmann

An die
Amtsverwaltung Stormarn
Kreissonderhilfsausschuss
- 4/413 -
in Bad Oldesloe

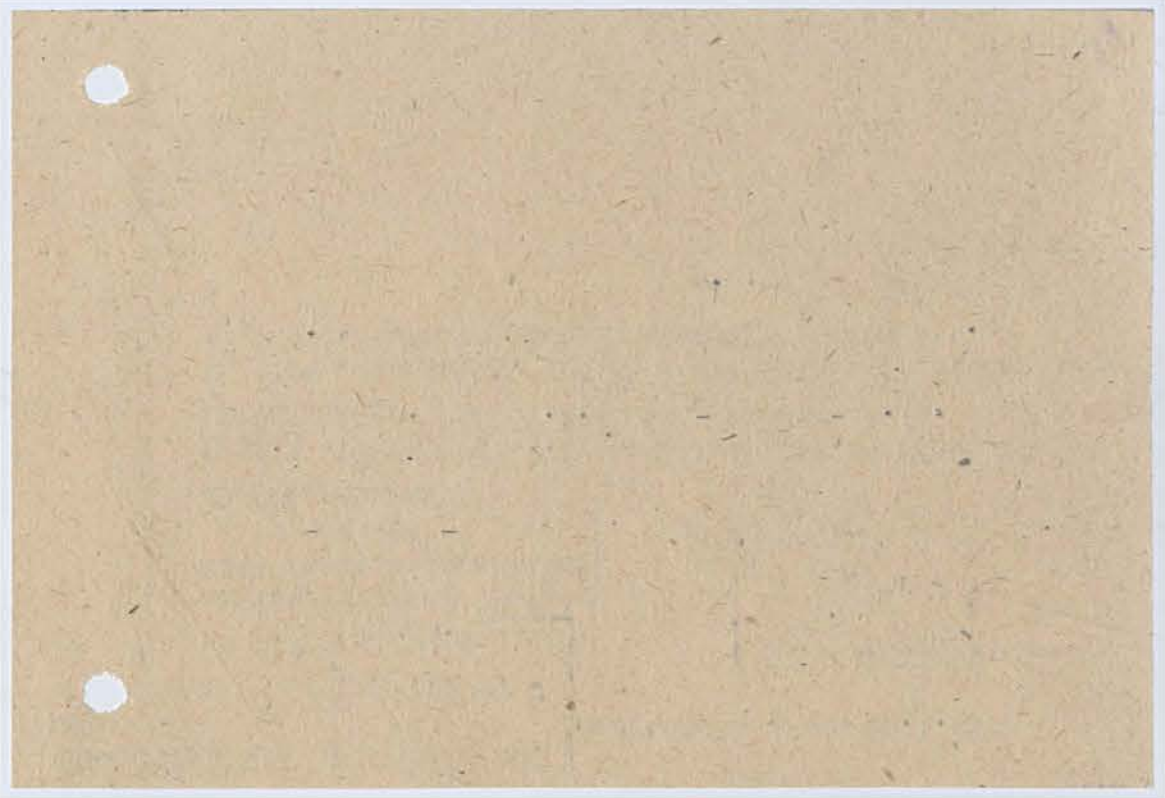
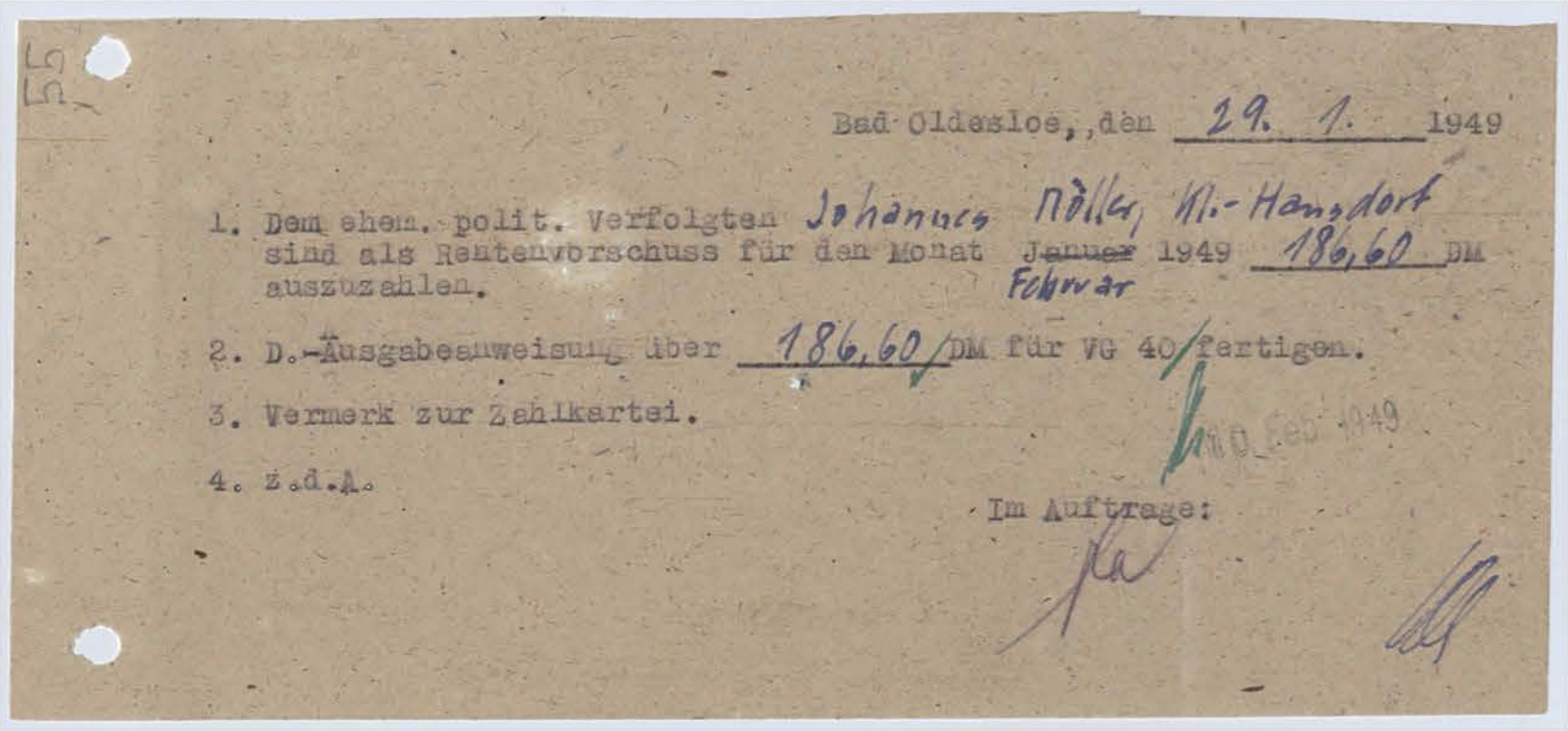
Betr.: Johann Möller, wohnhaft in Klein-Hansdorf
Bezug: Verf. vom 17.1.49 Az - Möller-D./K.

Es wird mitgeteilt, daß an Herrn Möller im Januar 1949
DM 103,50 Unterstützung ausbezahlt worden ist.

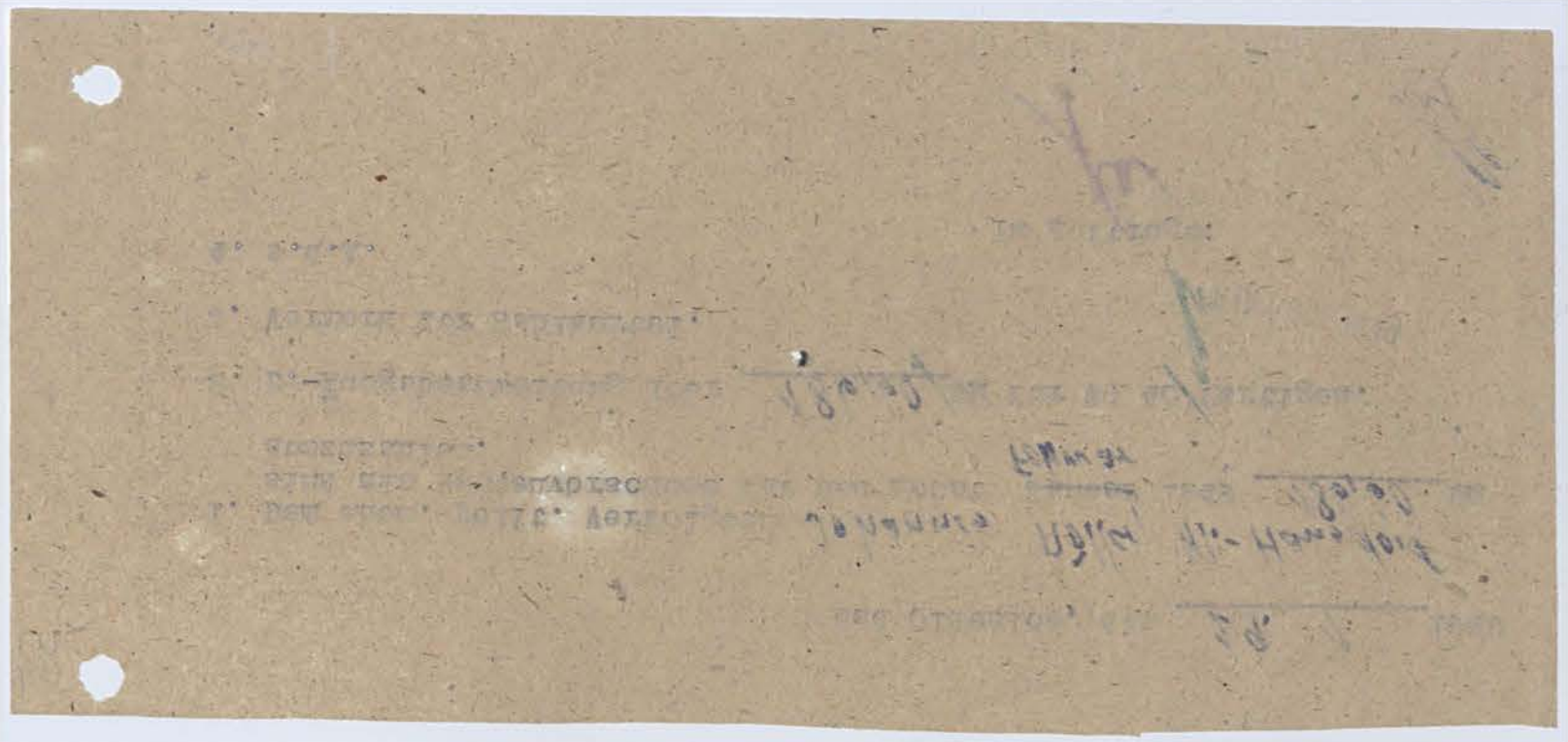
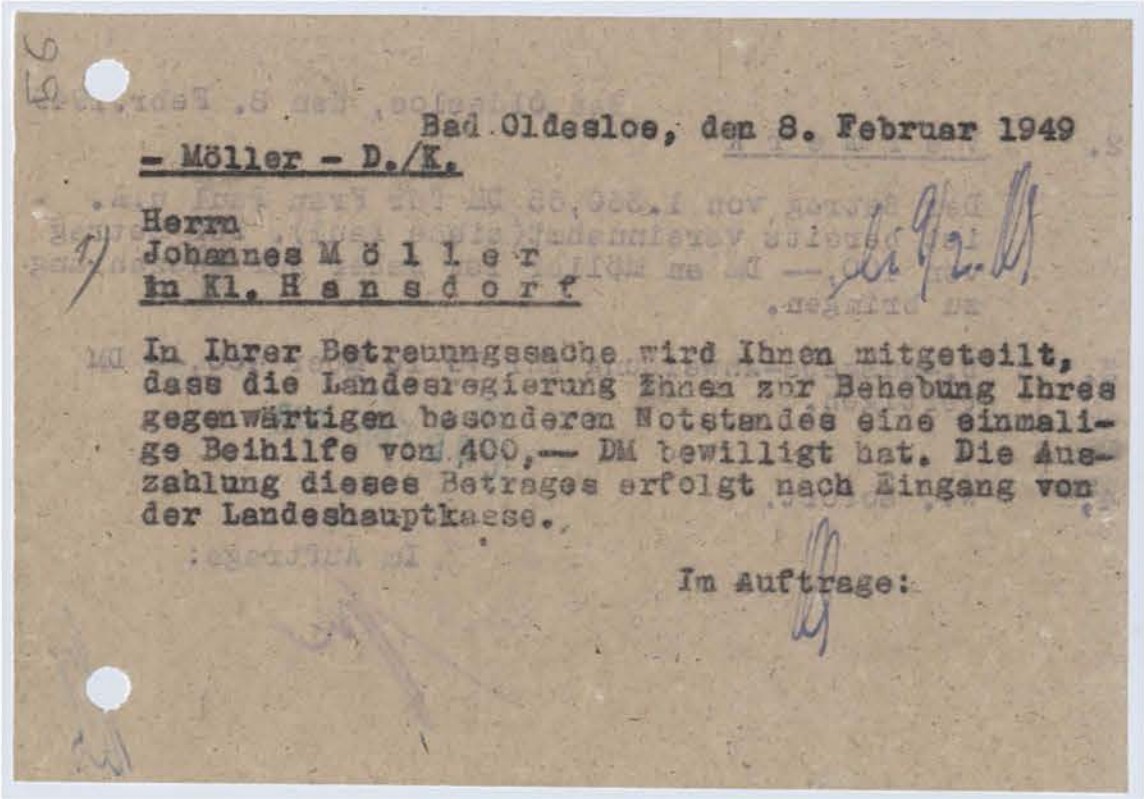
I. L.

Bargteheide, den 20.1.49

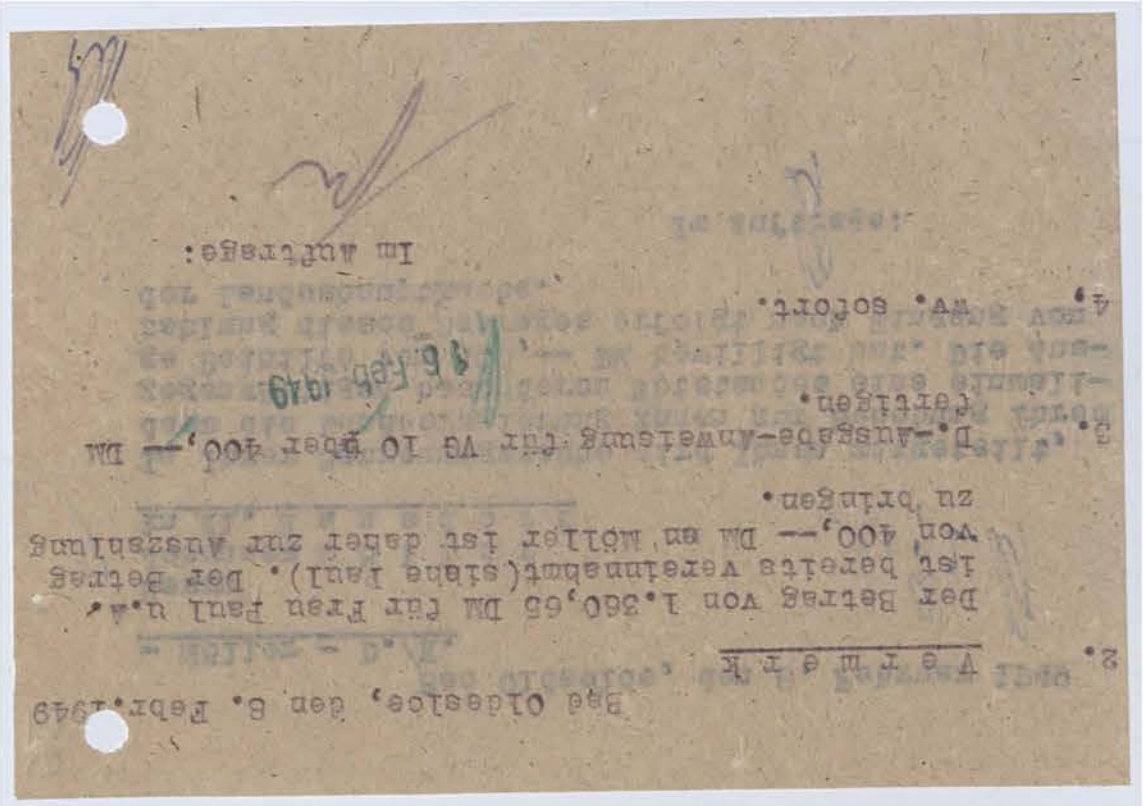
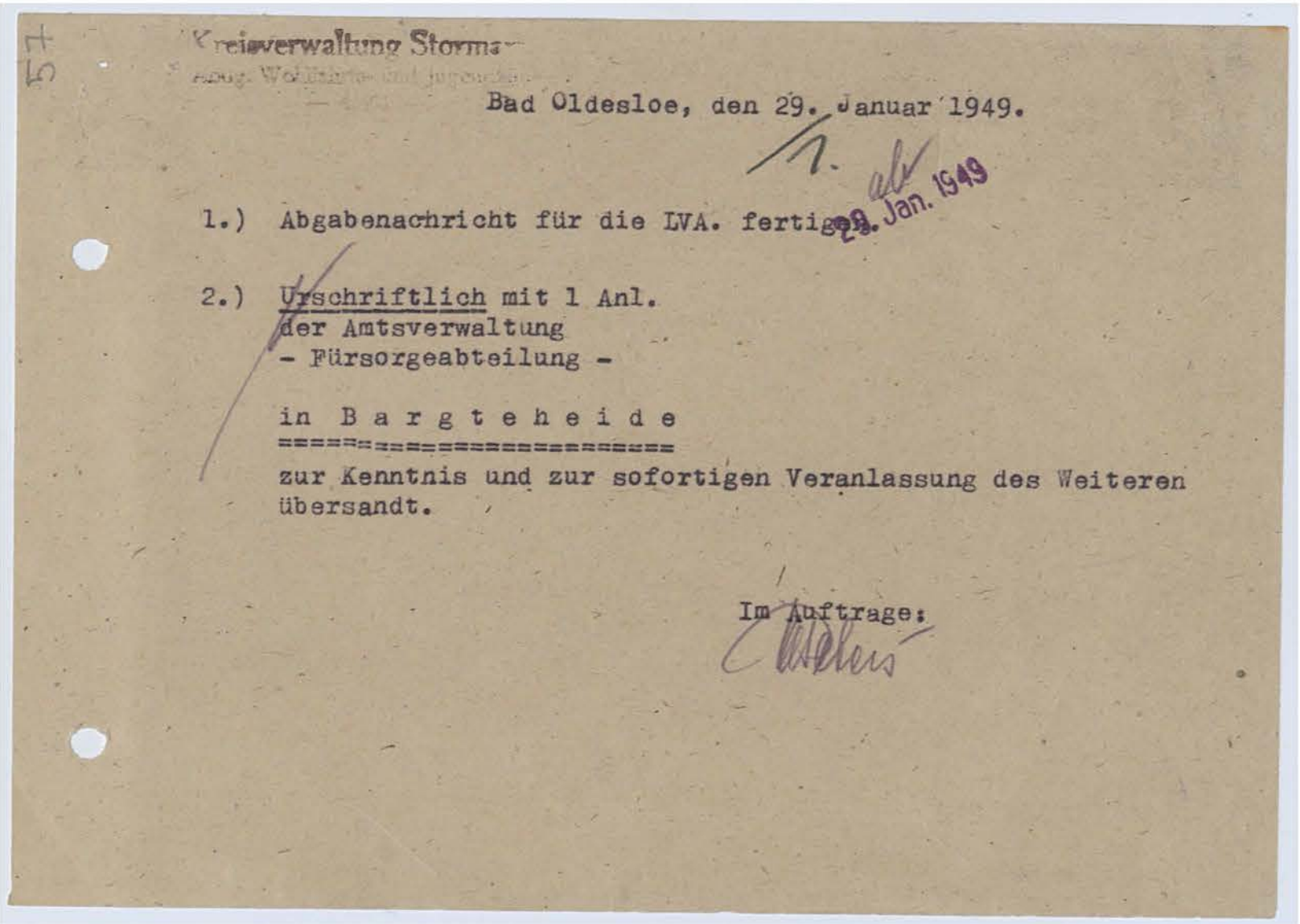
Kreisarchiv Stormarn B2



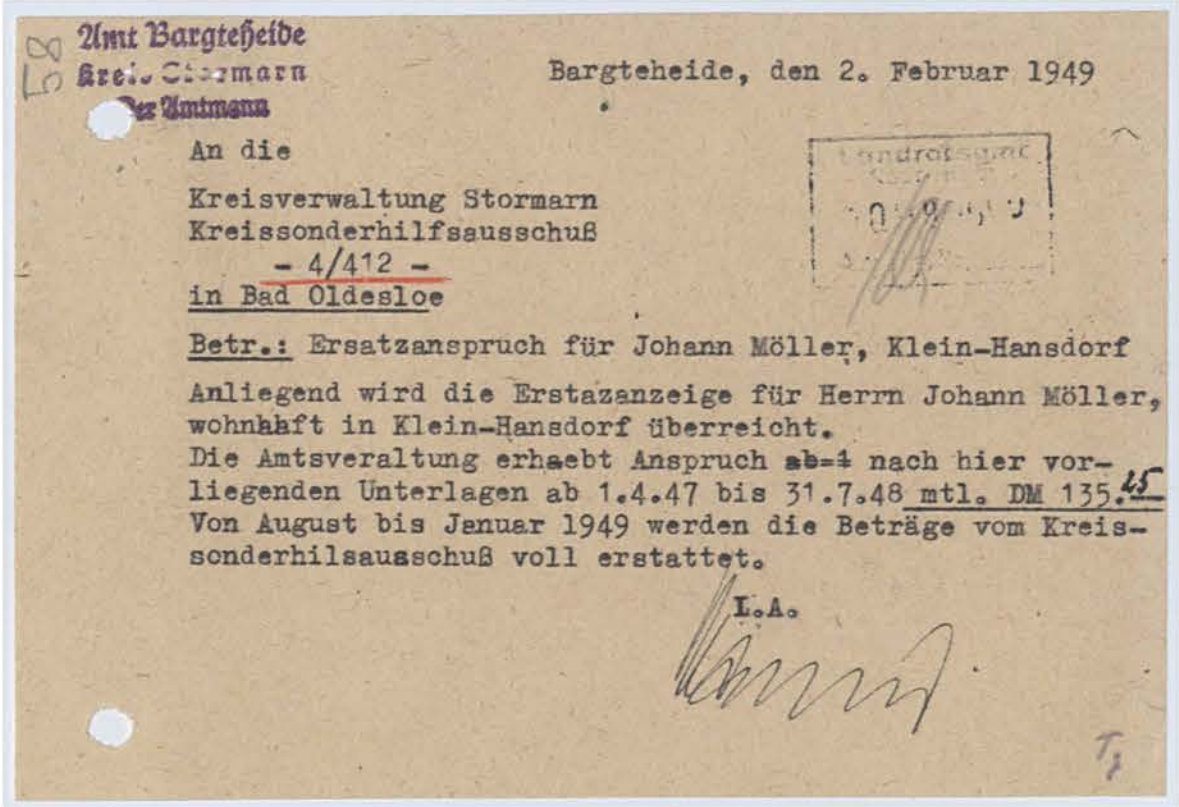
Kreisarchiv Stormarn B2

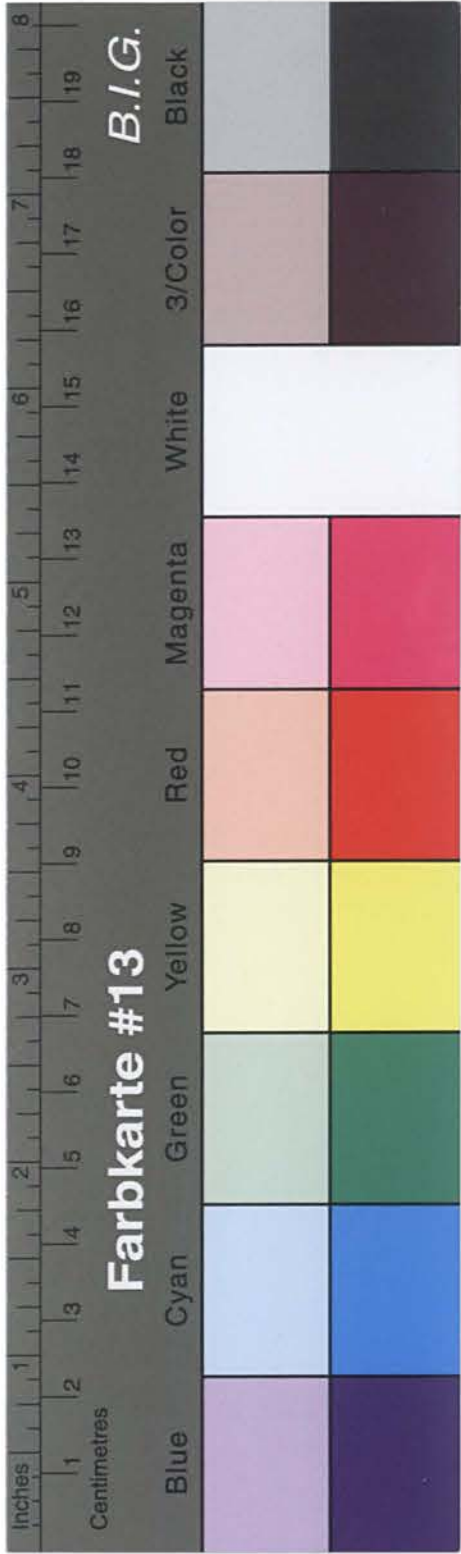


Kreisarchiv Stormarn B2

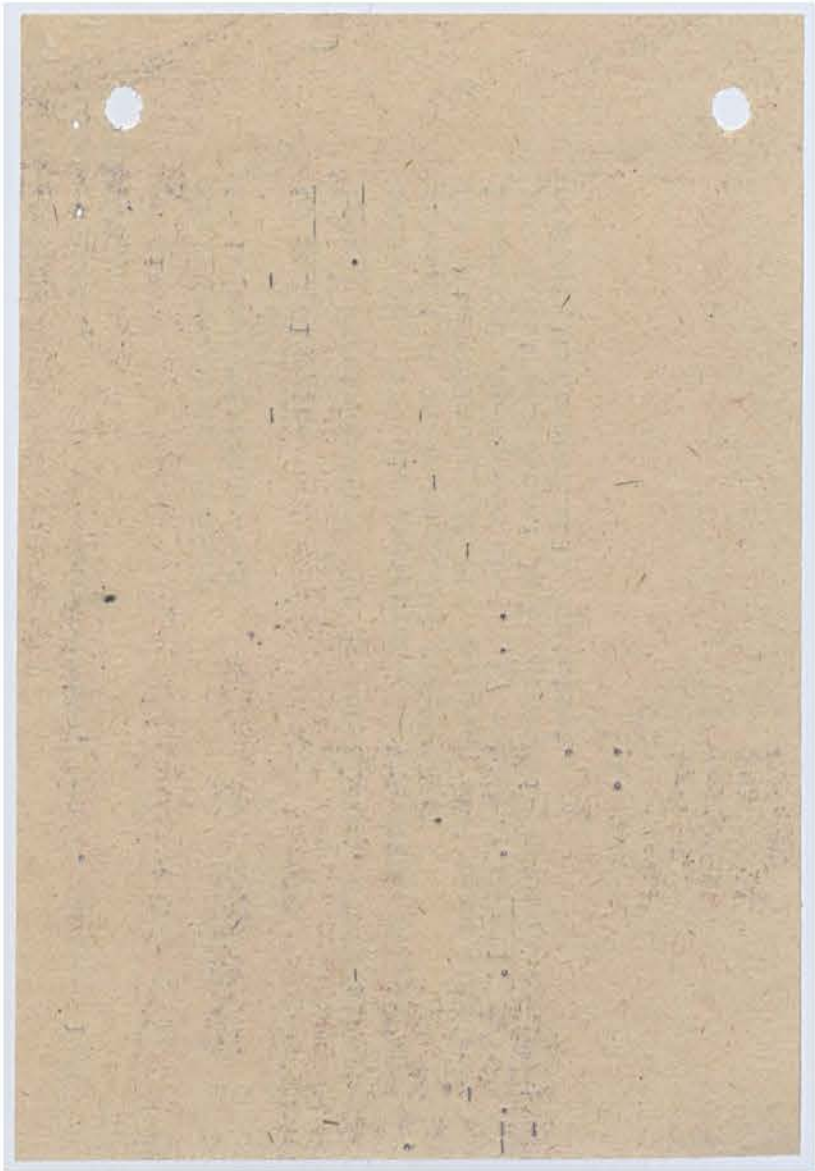


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



15

Bed Oideeloe, den 24. Februar 1949

Möller & D./E.

An die
Landesversicherungsanstalt
Schleswig - Holstein, Aussenstelle
in L u b e c k

In der Invalidenrentensache Johannes M ö l l e r in Klein Hansdorf

Altz.: IV - 5-J-99/49


wird anlegend der Erstattungsanspruch zurückgereicht mit dem Bemerken,
dass wie folgt aus öffentlichen Mitteln eingetreten wurde:

Januar	135,25 RM	
Februar	135,25 "	
März	135,25 "	
April	135,25 "	
Mai	135,25 "	
Juni	135,25 "	
Jul	811,50 RM	=
August		81,15 DM
September		135,25 "
Oktober		135,25 "
November		135,25 "
Dezember		72,-- "
Januar		103,50 "
		103,50 "
		900,90 DM

Erstattungsanspruch in dieser Höhe wird hiermit geltend gemacht.

24/2.49

69

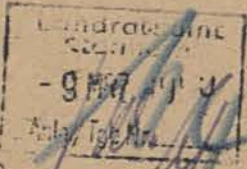


LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN
MINISTERIUM FÜR WOHNFAHRT UND GESUNDHEITSWESEN
Arbeit, Wirtschaft u. Verkehr

IV A 42 Be./150

Ref. Az.
(Bei Antwortschreiben angeben)

(24b) KIEL, den 5. März 1949
Gartenstraße 1, Fernruf 21286/89
7, 21281/85

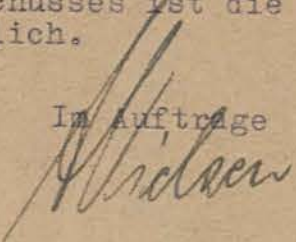


An die
Kreisverwaltung Stormarn
Sonderhilfsausschuss für OdN
Geschäftsstelle

Bad Oldesloe

Betr.: Antrag auf Besch.-Rente, Johann Möllner,
Kl. Hansdorf

Zur Sitzung des Rentenausschusses ist die Übersendung der
Gesamtakte Möllner erforderlich.

Im Auftrage


[illegible]

Kreisarchiv Stormarn B2



67

15. März 1949

- 4/413 - Kreissonderhilfsausschuss -
- Möller - D./K.

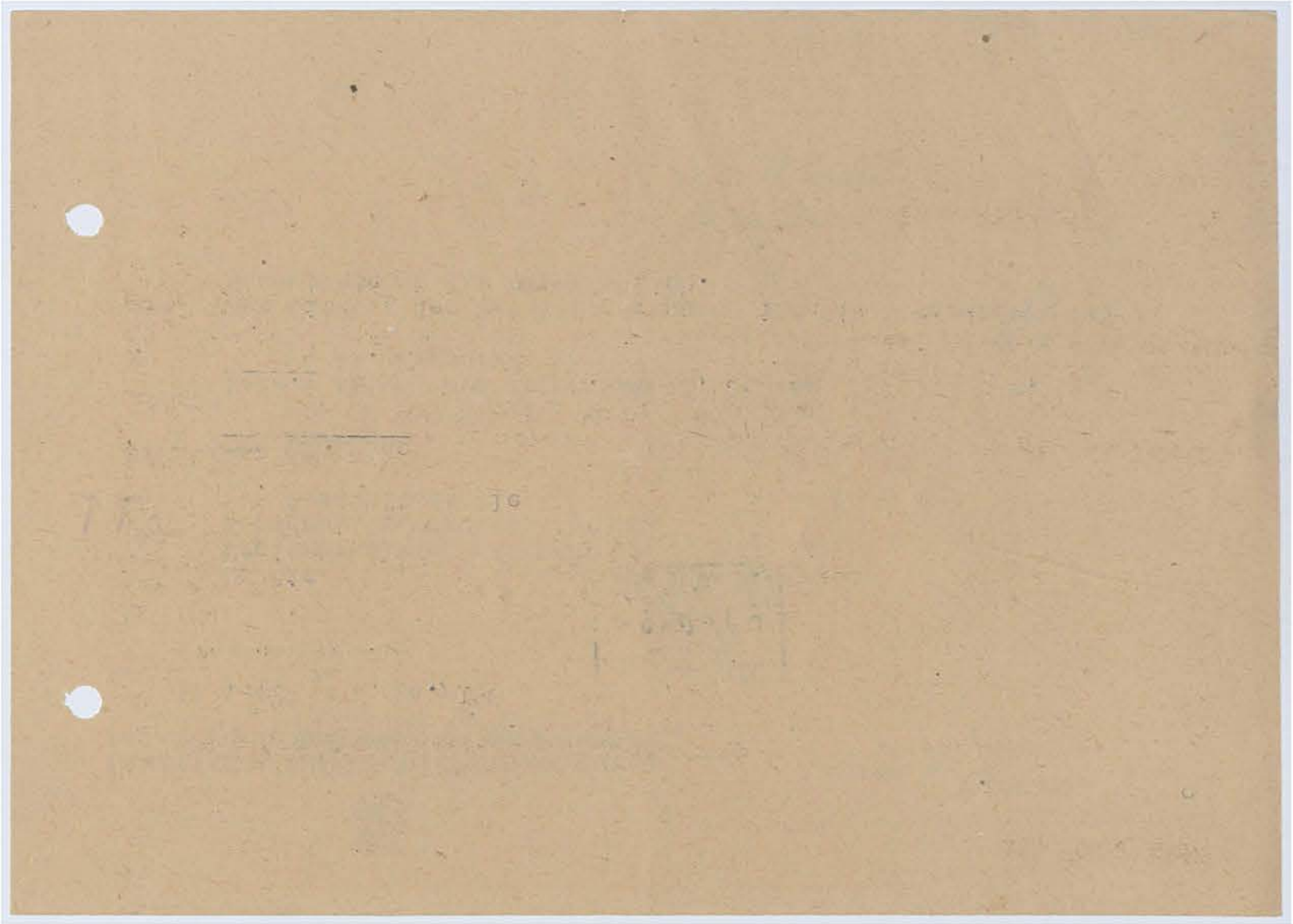
1/ An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Ministerium für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr
Ref. IV A 42
in K i e l

Betrifft: Rentenabteilung
Antrag auf Be.-Rente - Johannes M ö l l e r in Kl. Hansdorf -
Bezug: Erlass vom 5.3.49, Aktz.: Be./150.

In der Betreuungssache des ehem. polit. Verfolgten Johannes Möller in
Kl. Hansdorf wird anliegend in Erledigung des o.a. Erlasses die Gesamt-
akte überreicht.

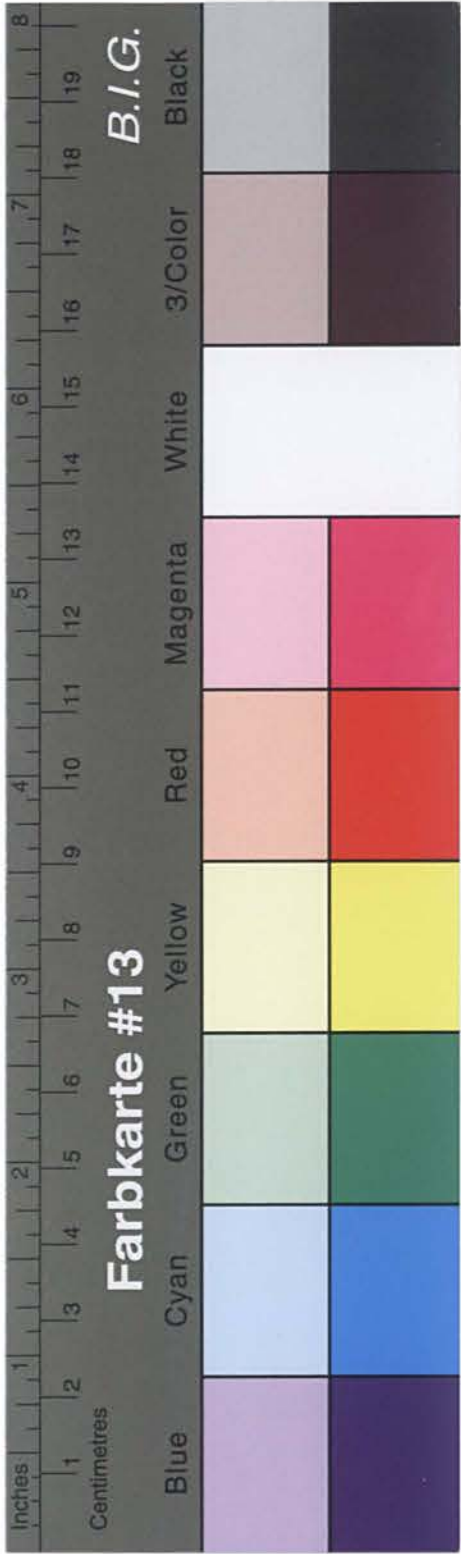
2/ly.

Im Auftrage:

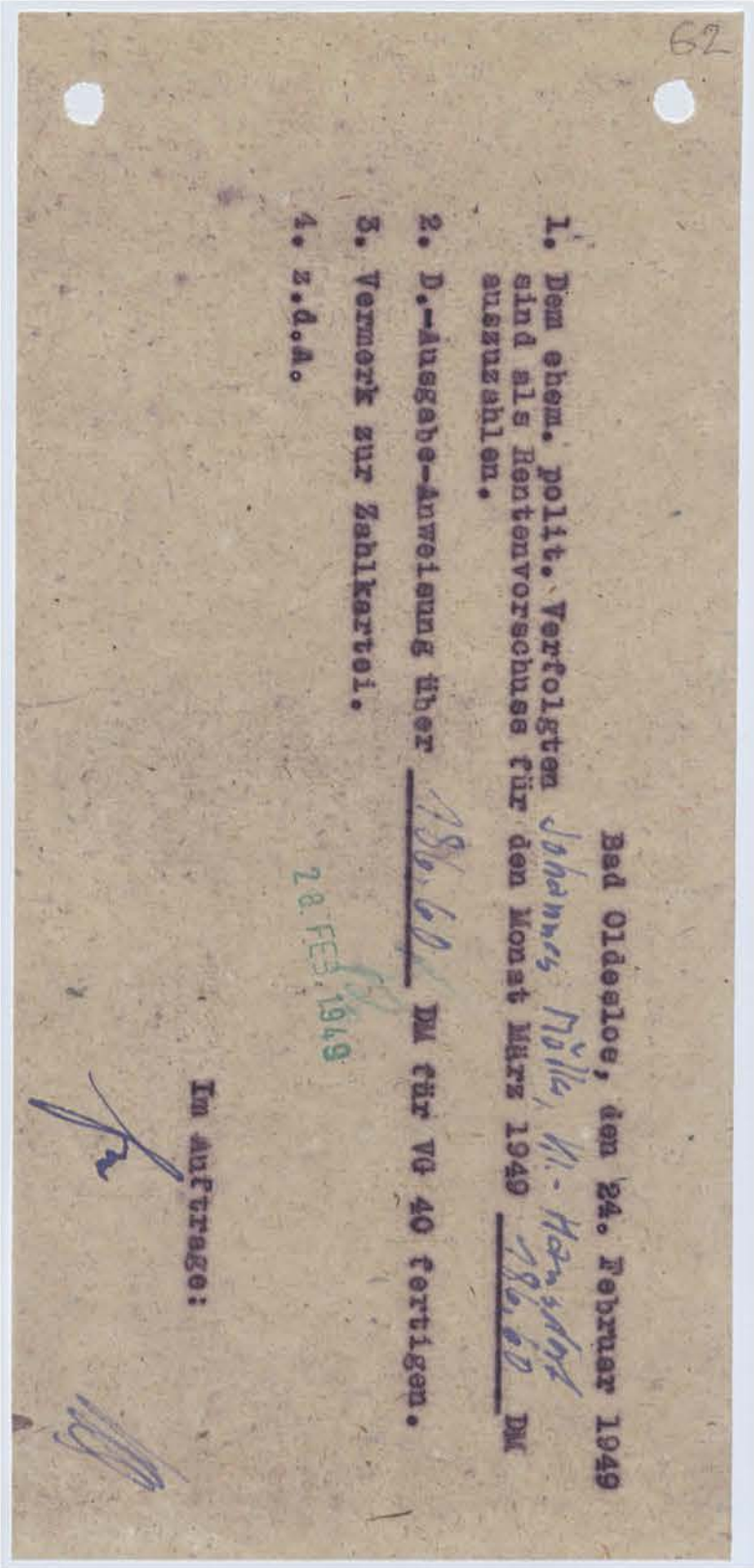
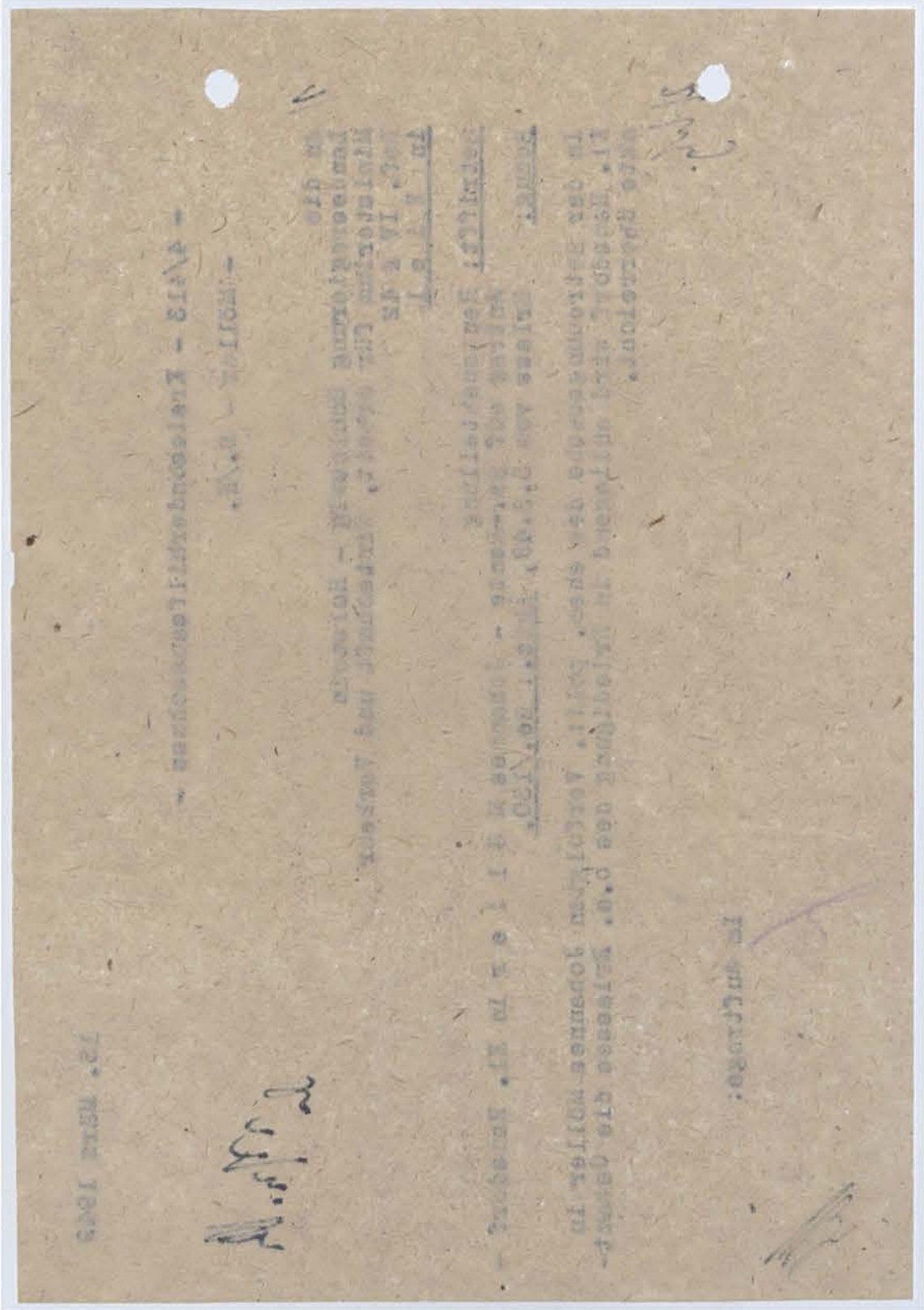


Kreisarchiv Stormarn B2

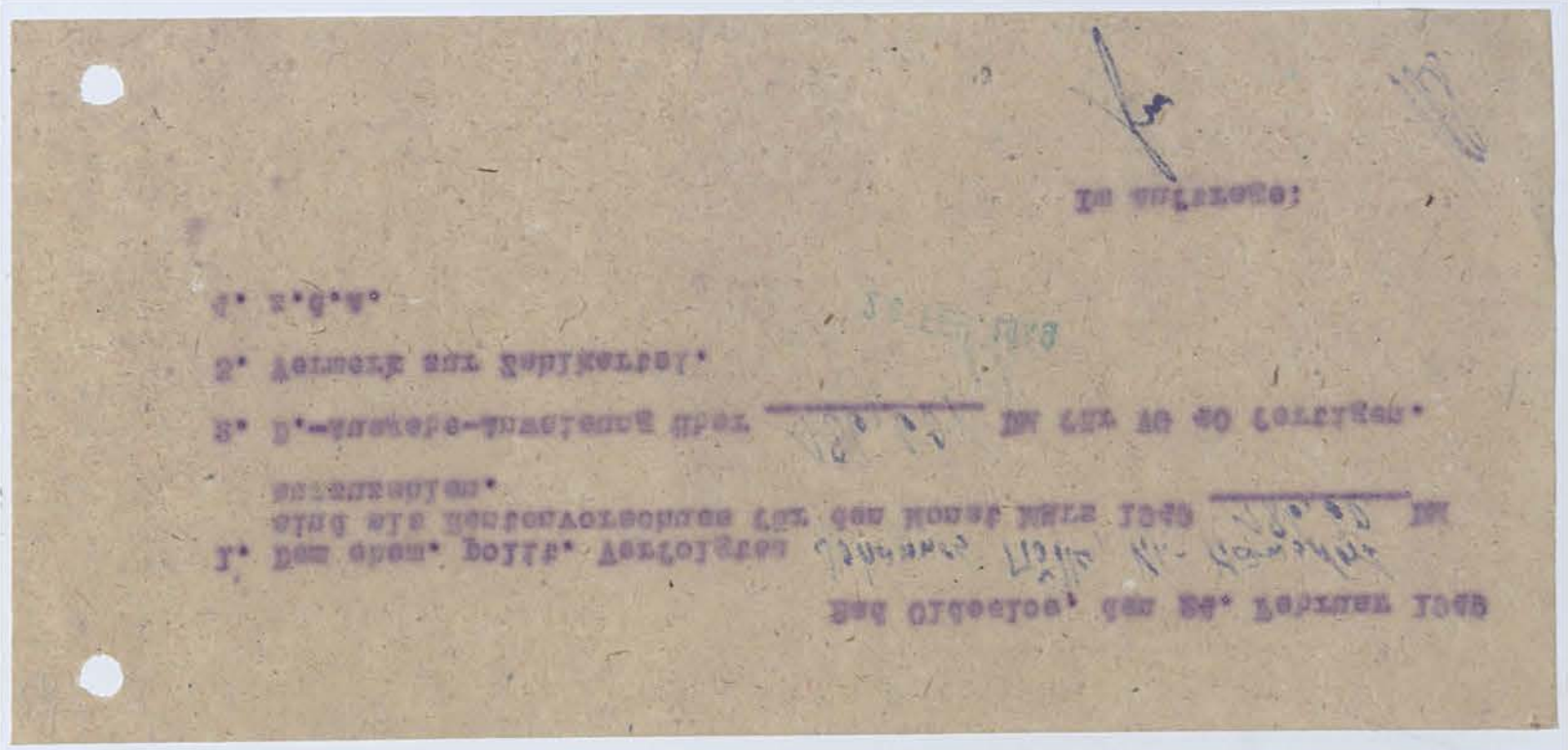
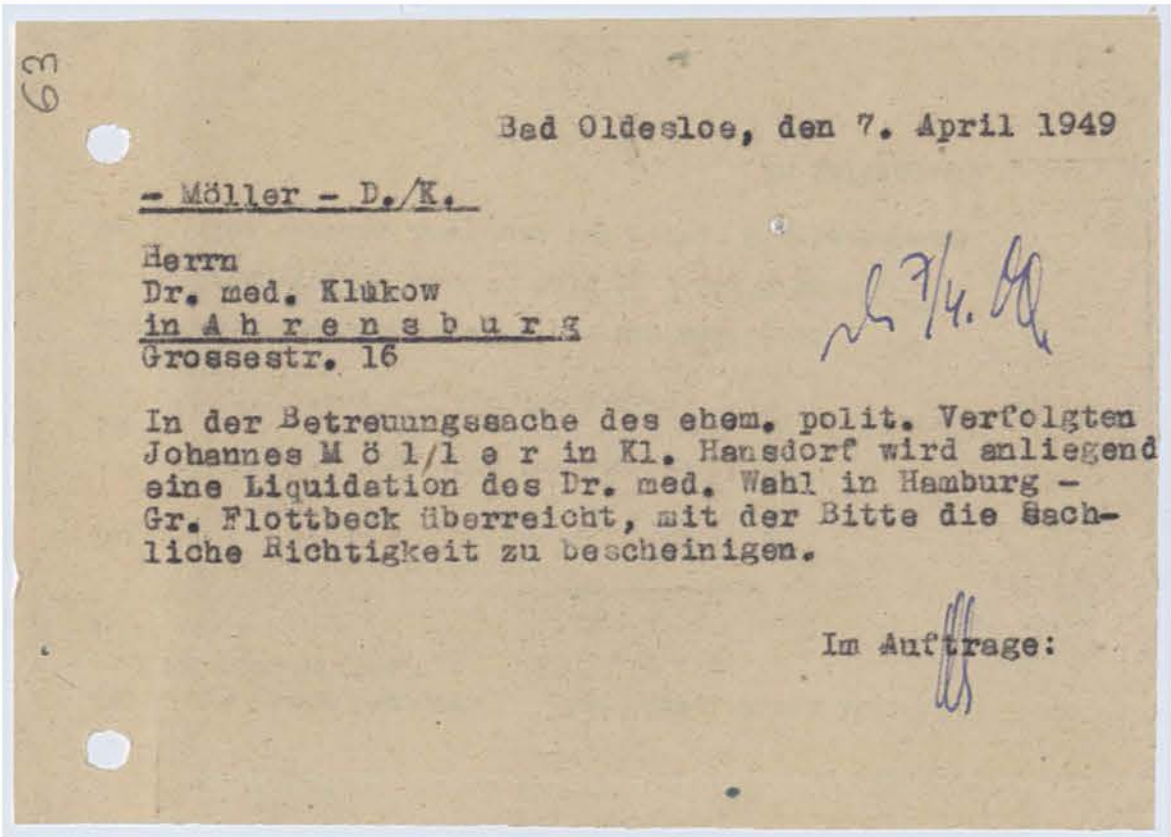


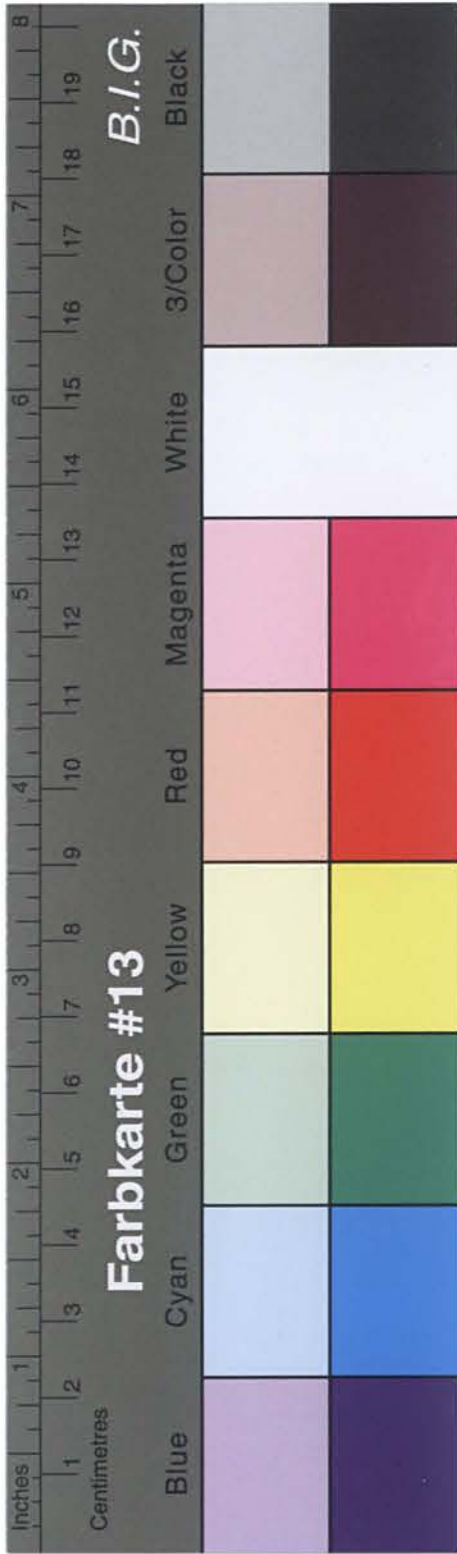


Kreisarchiv Stormarn B2

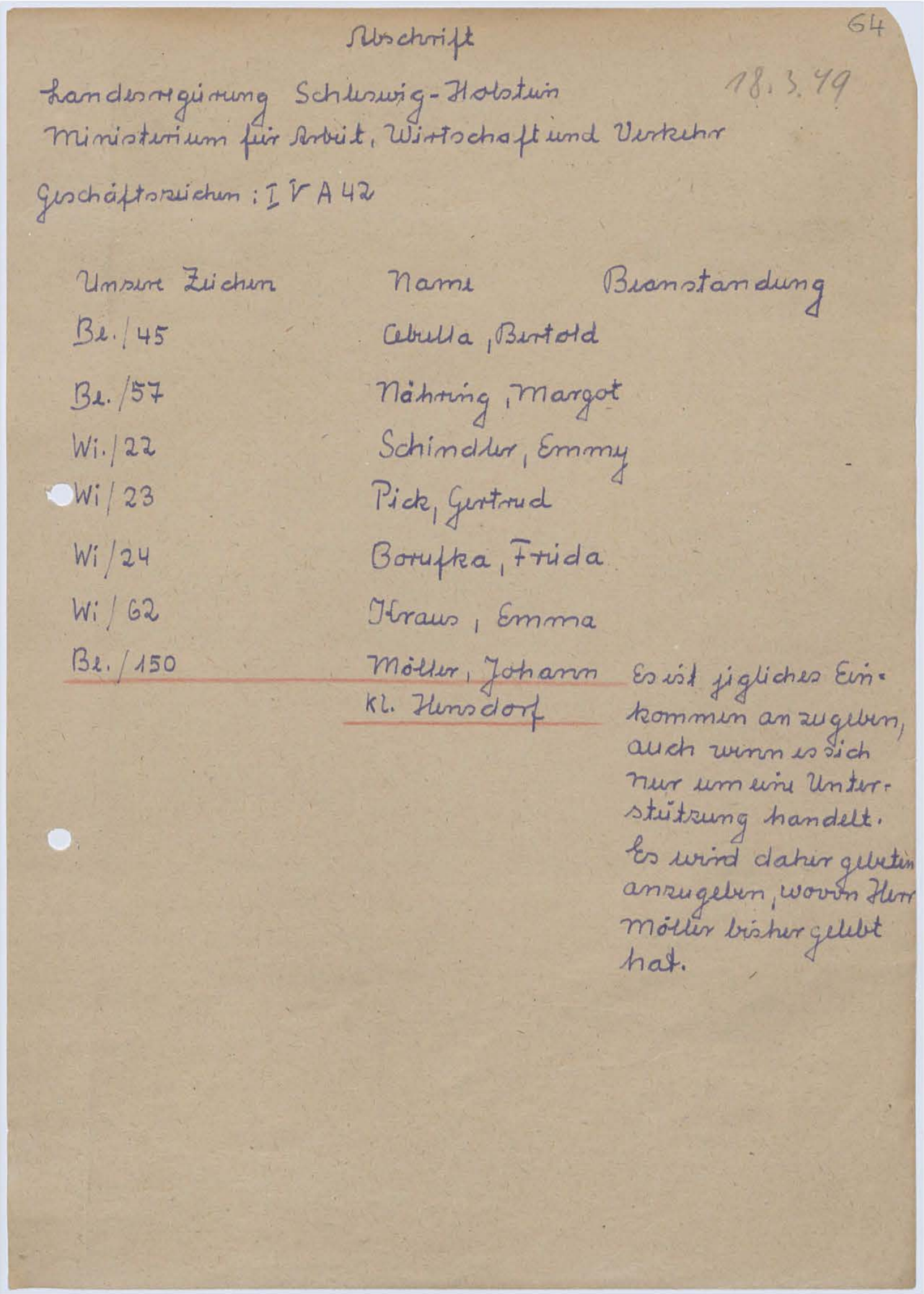
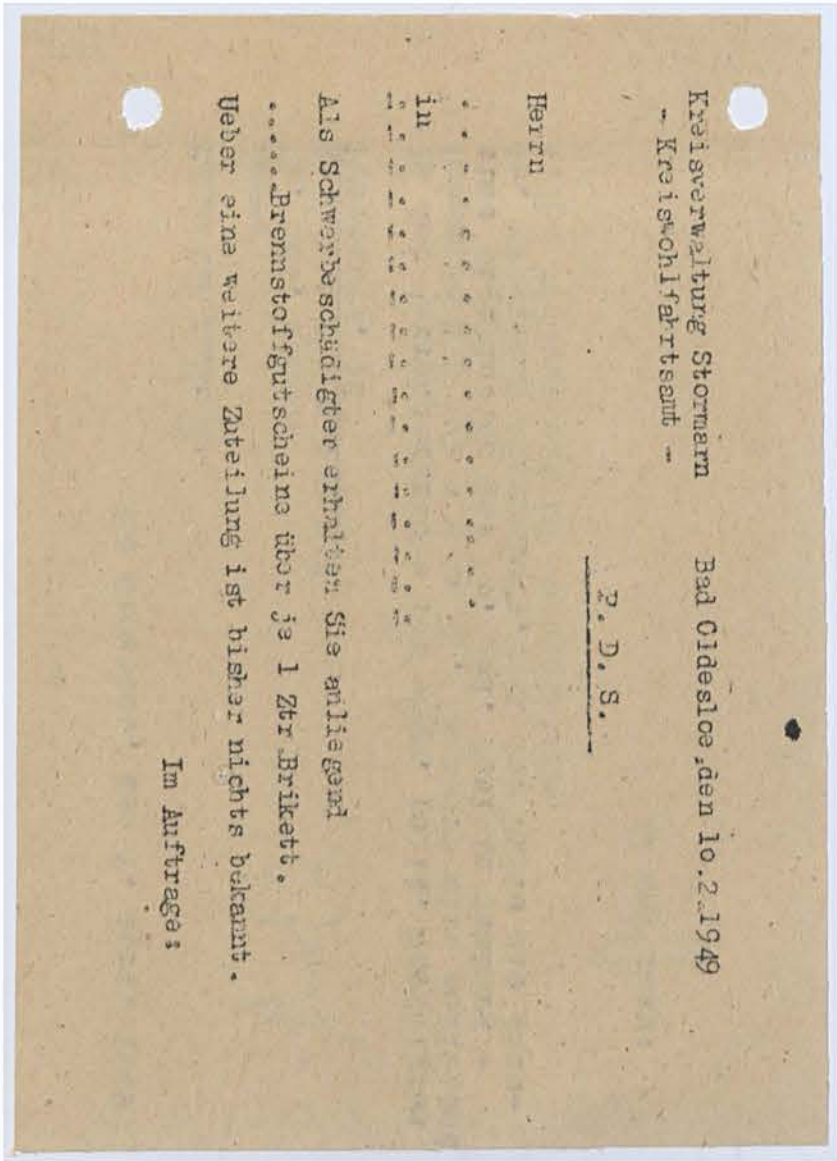


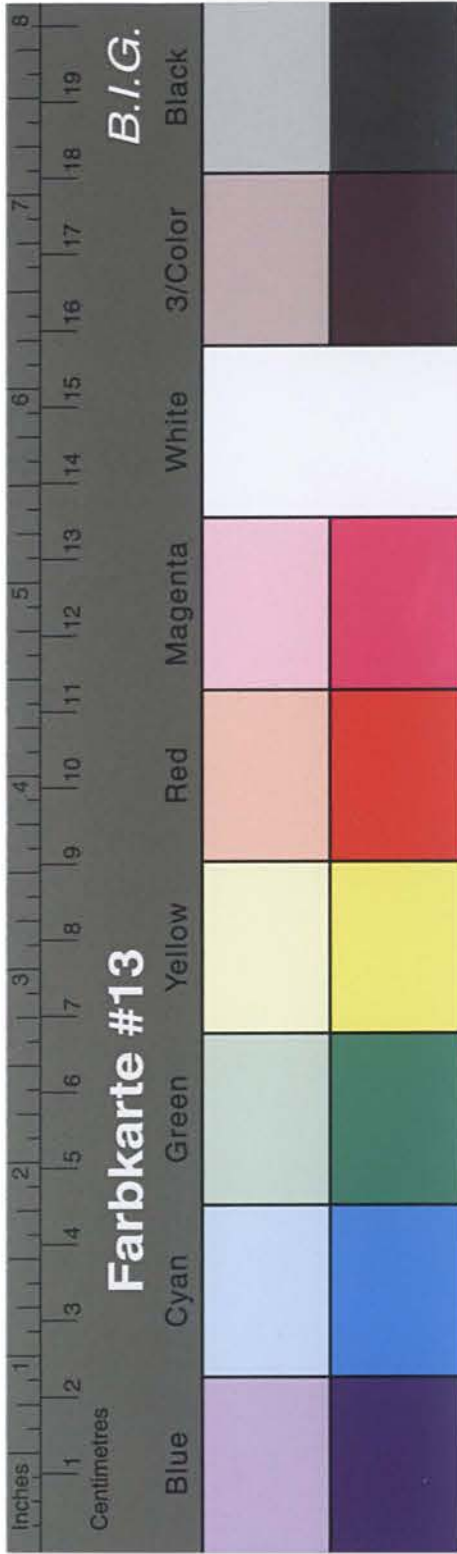
Kreisarchiv Stormarn B2



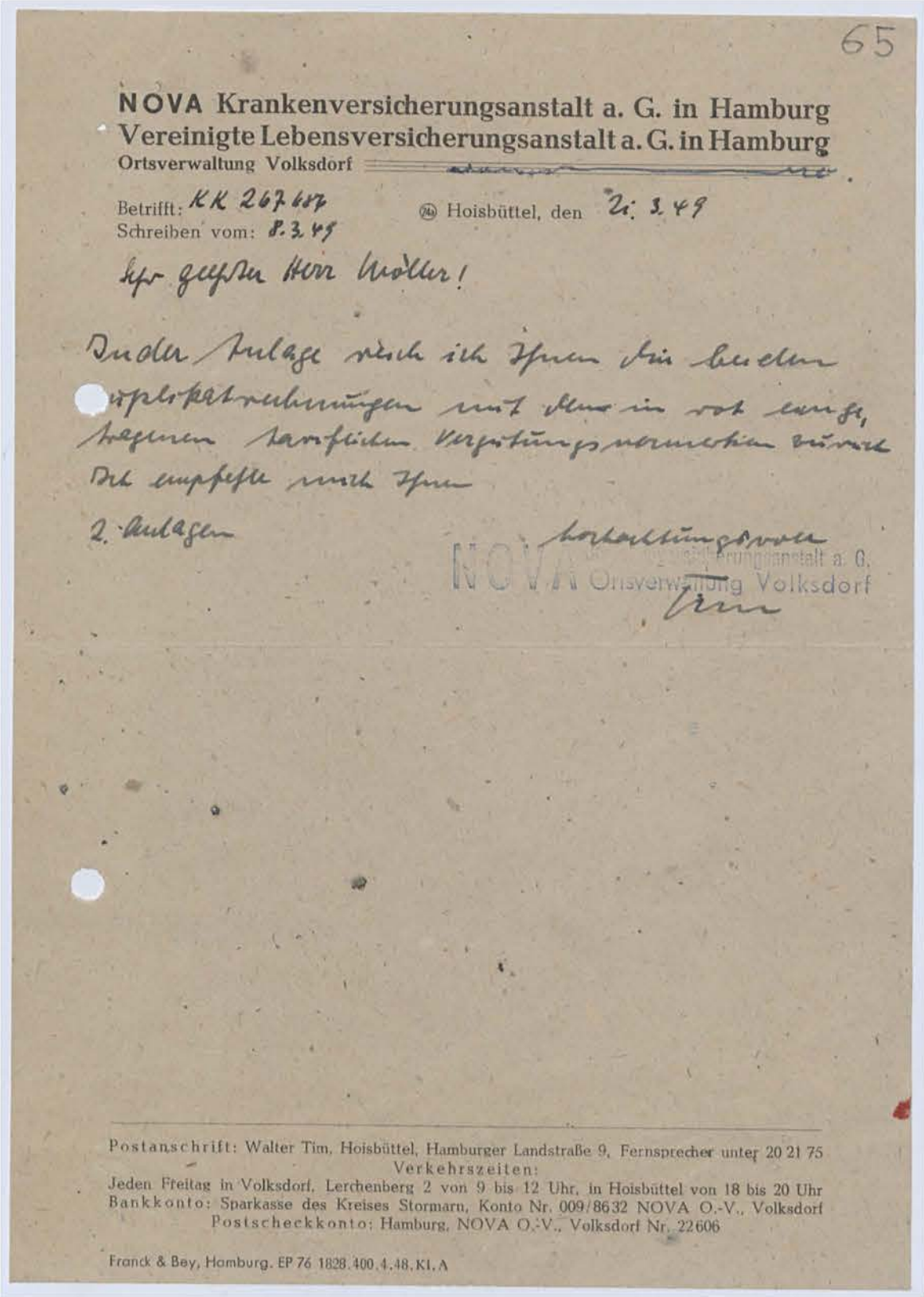
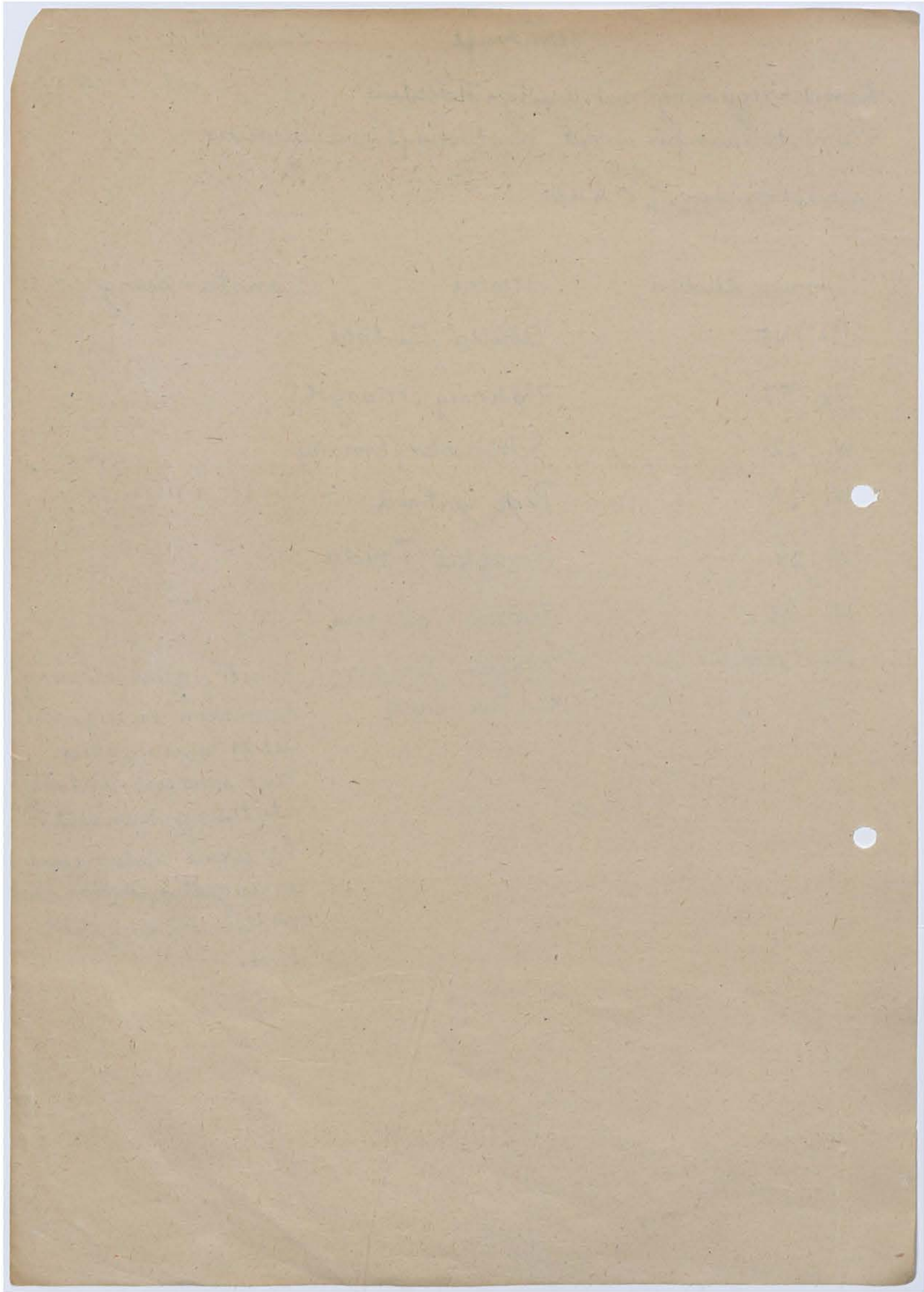


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



69

Bad Oldesloe, den 24. 3. 1949.

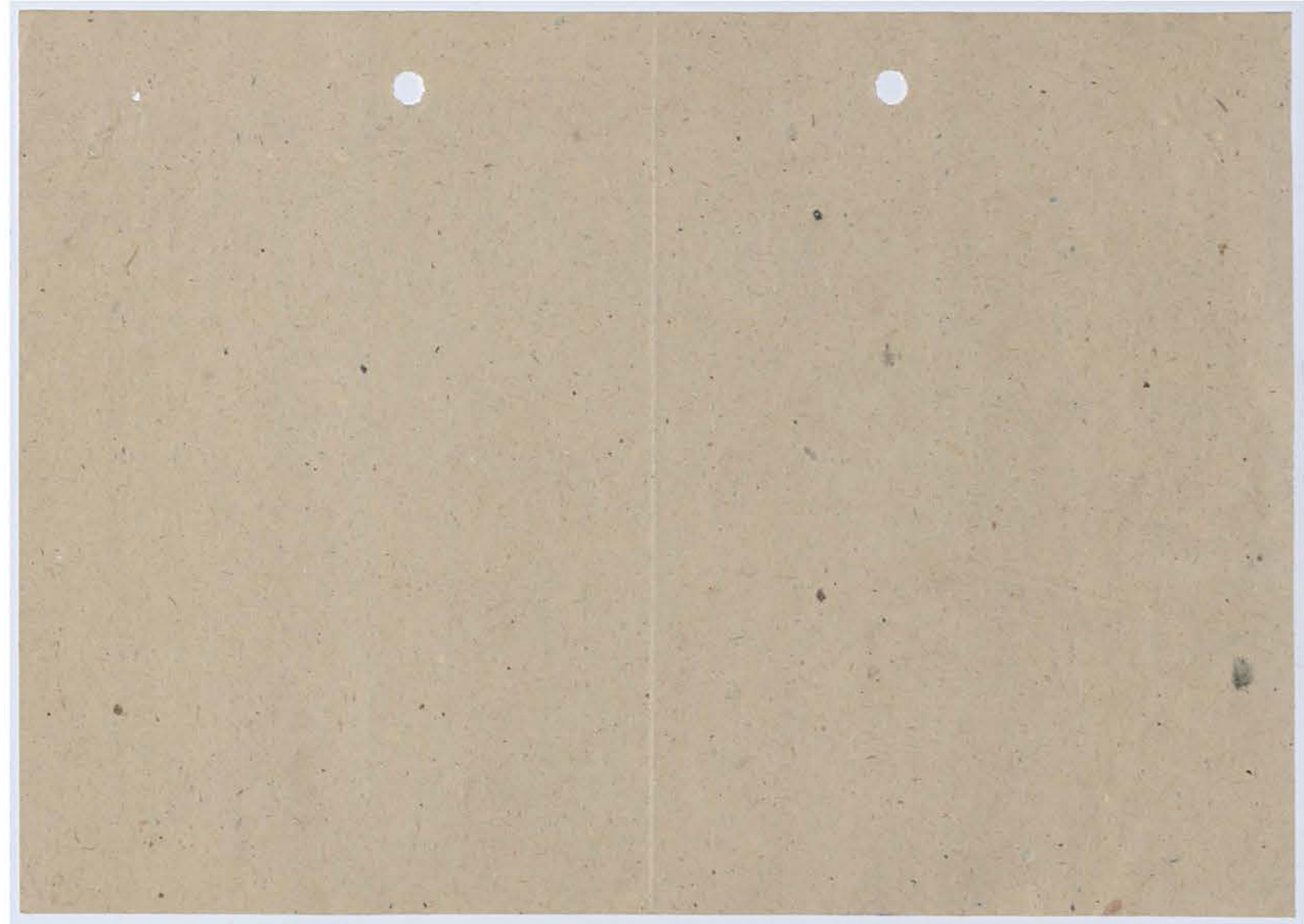
1. Dem ehem. polit. Verfolgten Johannes Nölke, M. Hamdorf
sind als Rentenvorschuss für den Monat April 1949 786,60
auszuzahlen.

2. D.-Ausgabe-Anweisung über 786,60 DM für VG 40 fertigen.

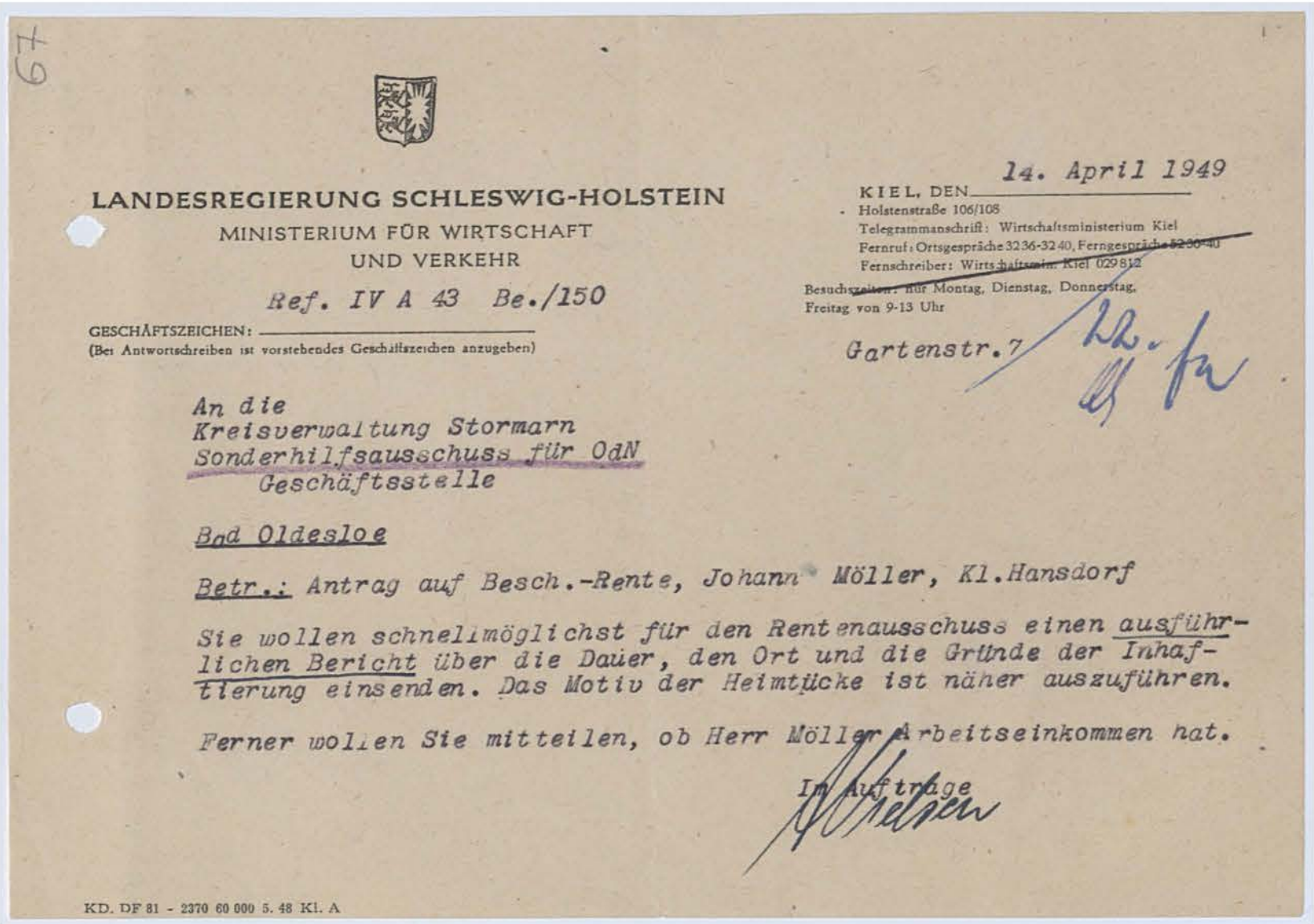
3. Vermerk zur Zahlkartei. 26. MRZ 1949

4. z.d.A.

Im Auftrage: [Signature]



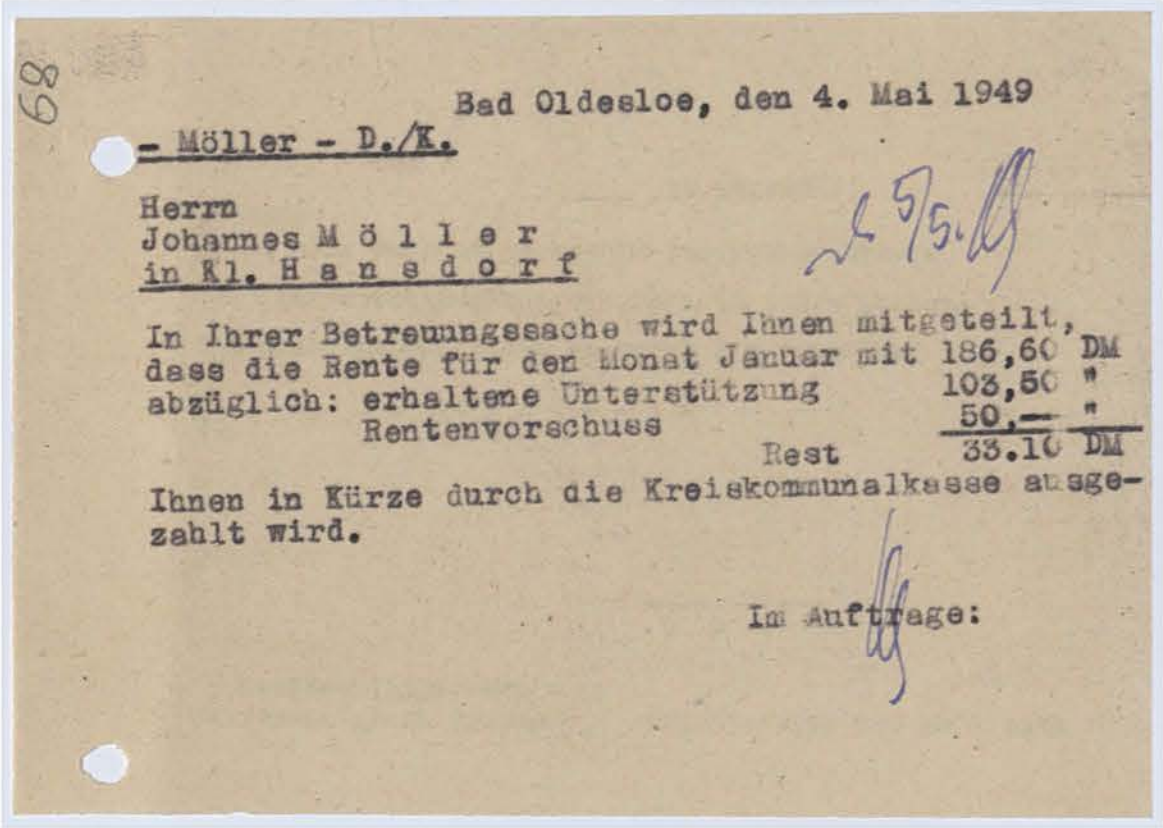
Kreisarchiv Stormarn B2



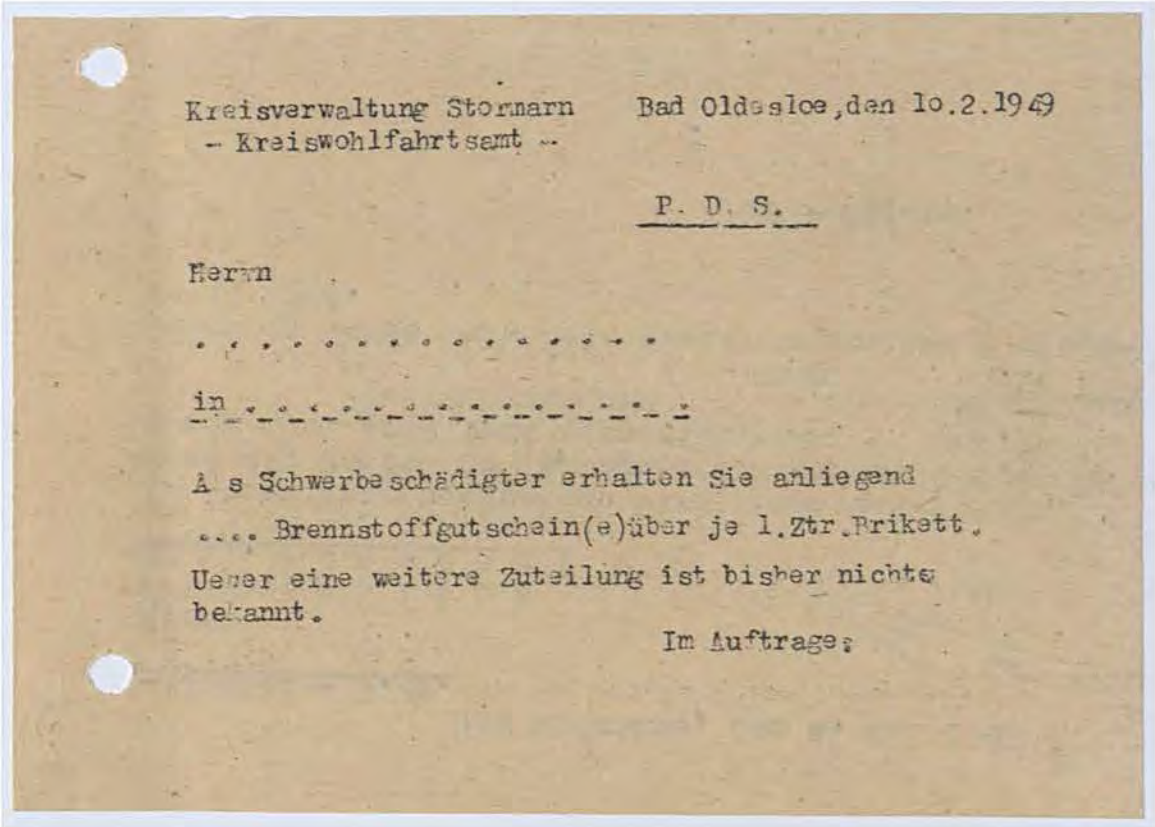
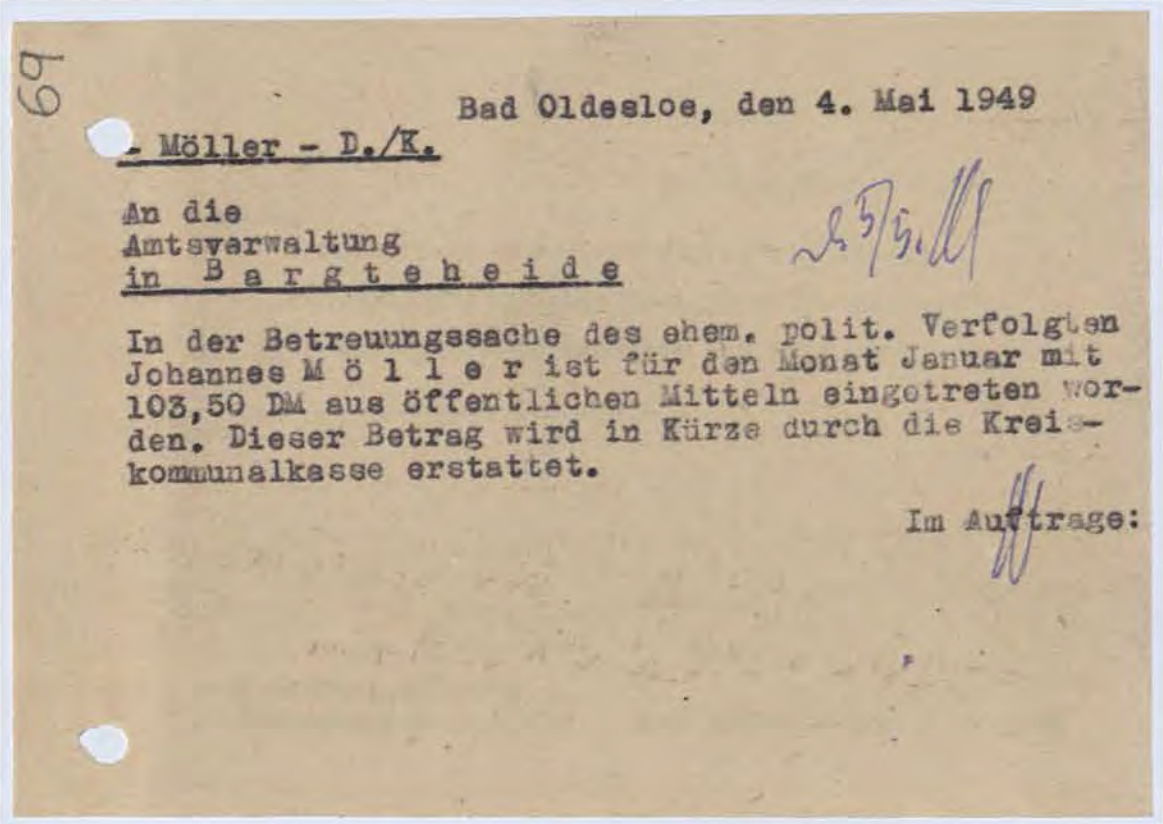
Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn B2



FD

3. Mai 1949

4/413 - Kreissonderhilfsausschuss -
- Müller - D./K.

An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Ministerium für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr
Ref. IV A 43
in K 1 9 1

Betrifft: Rentenabteilung
Antrag Johannes M ü l l e r in Kl. Hansdorf.

In der Betreuungssache des ehem. polit. Verfolgten Johannes M ü l l e r wird anliegend eine Liquidation des med. Wahl in Hamburg - Gr. Flottbek über 285,- DM, versehen mit der Gutschrift der Nova Krankenversicherung über 107,- DM überreicht, mit der Bitte den Restbetrag von 178,- DM zu übernehmen und an die Kreiskommunalkasse zu überweisen. In Erledigung des Erlasses vom 18.3.49 wird berichtet, dass seit dem 1.1.48 wie folgt aus öffentlichen Mitteln eingetreten wurde:

Januar

Kreisverwaltung Stormarn Bad Oldesloe, den 10.2.1949
- Kreiswohlfahrtsamt -

P. D. S.

Herrn

.....

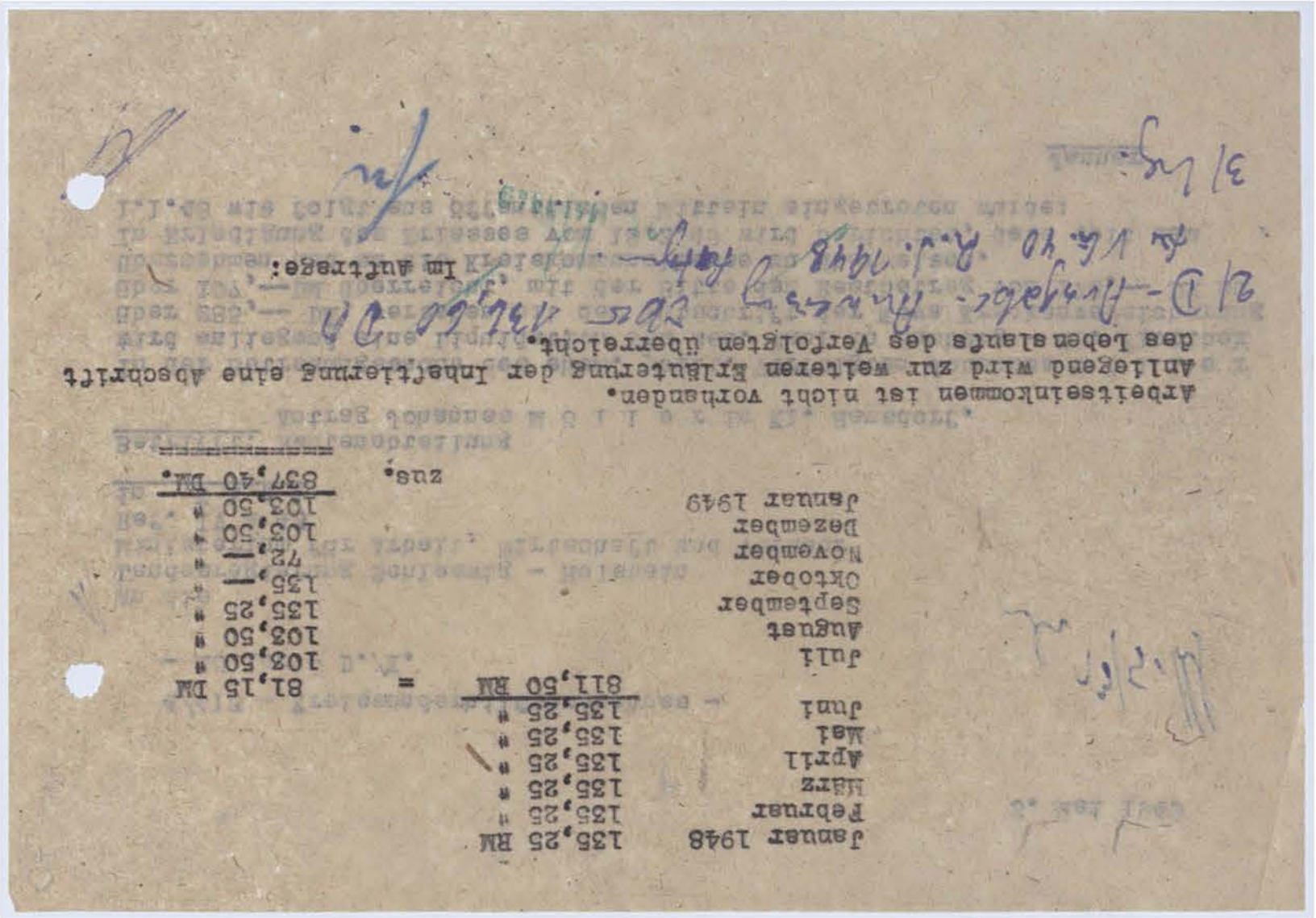
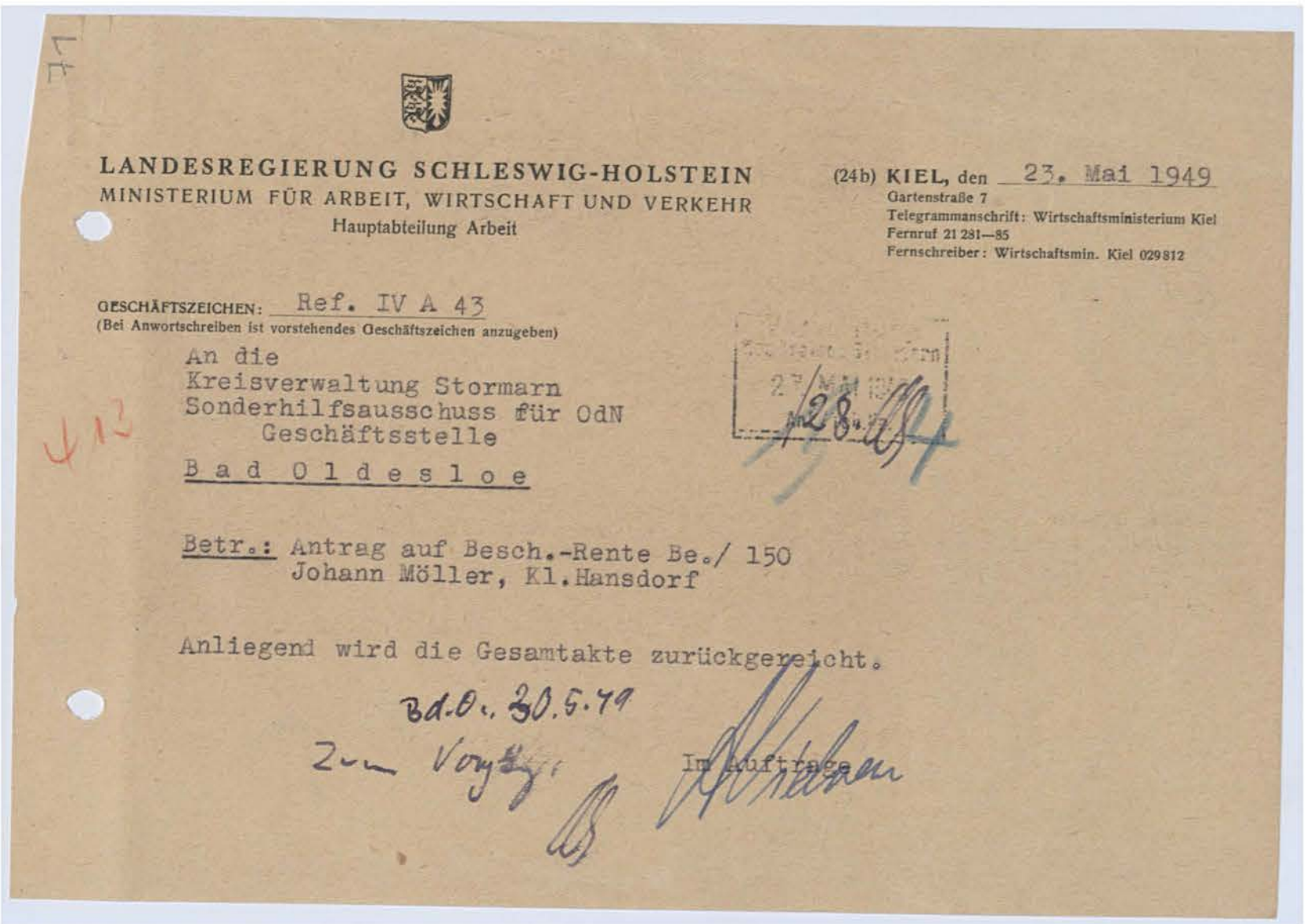
in

A s Schwerbeschädigter erhalten Sie anliegend
.... Brennstoffgutschein(e) über je 1 Ztr. Briquet.
Ueuer eine weitere Zuteilung ist bisher nicht
bekannt.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



72

1. Juni 1949.

Kreisondernitzauschuss
4/113-Möller-D./-

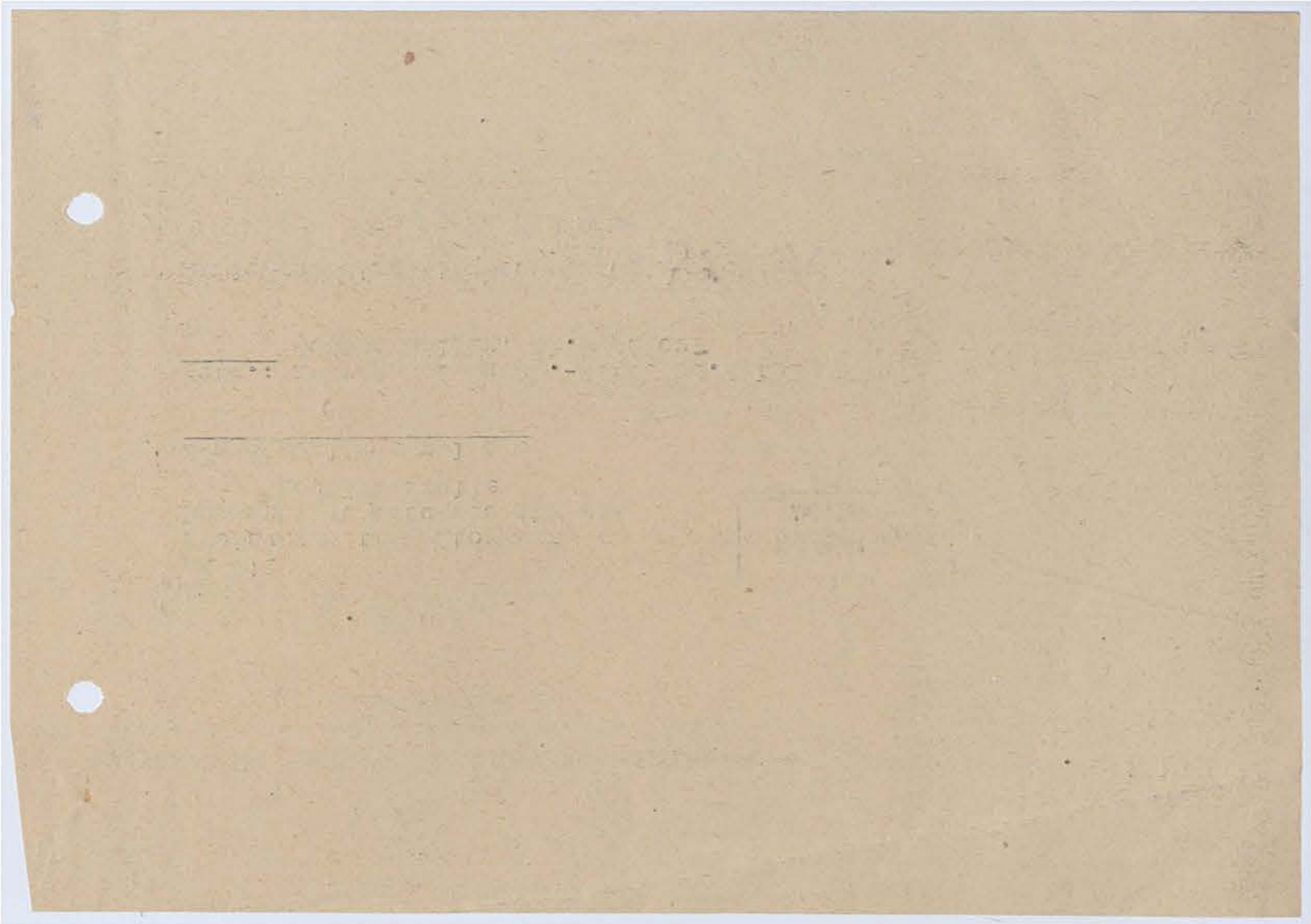
An die
Landesregierung Schleswig-Holstein,
Ministerium für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr,
-Ref. IV A 43 -

K i e l .

In der Betreuungssache des ehem. polit. Verfolgten
Johann Möller in Klein-Hansdorf - Aktz.: Bz. 150 - wird
berichtet, dass Möller ab 1. Januar 1949 von der Landesversicherungs-
anstalt in Lübeck unter dem Rentenzeichen: 9/2034 eine monatliche
Invalidenrente von 53.10 DM erhalten wird.
Um Mitteilung, ob diese Rente auf die Beschäftigtenrente
anzurechnen ist, wird gebeten.

2/6.11.49

Im Auftrage:

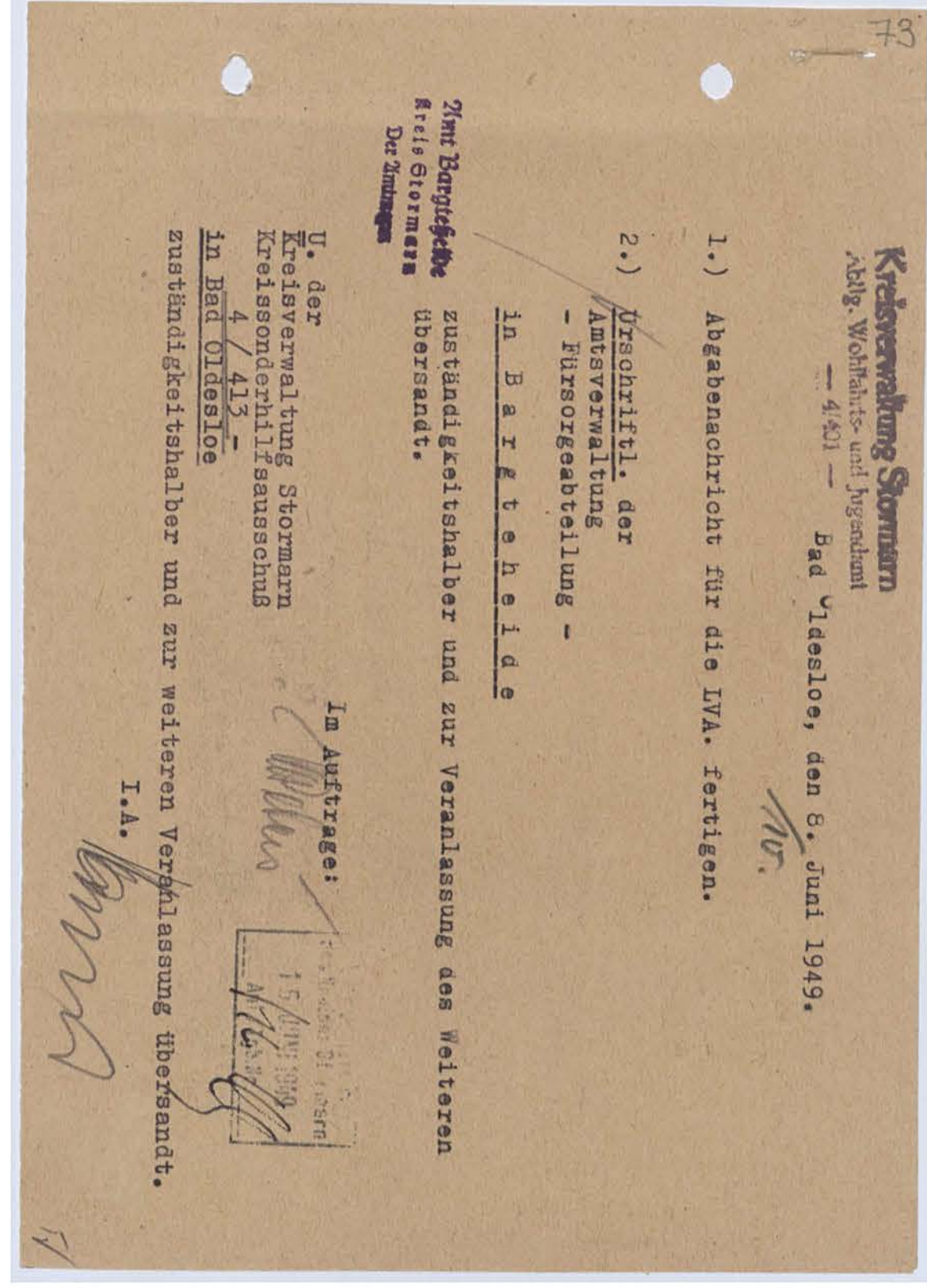
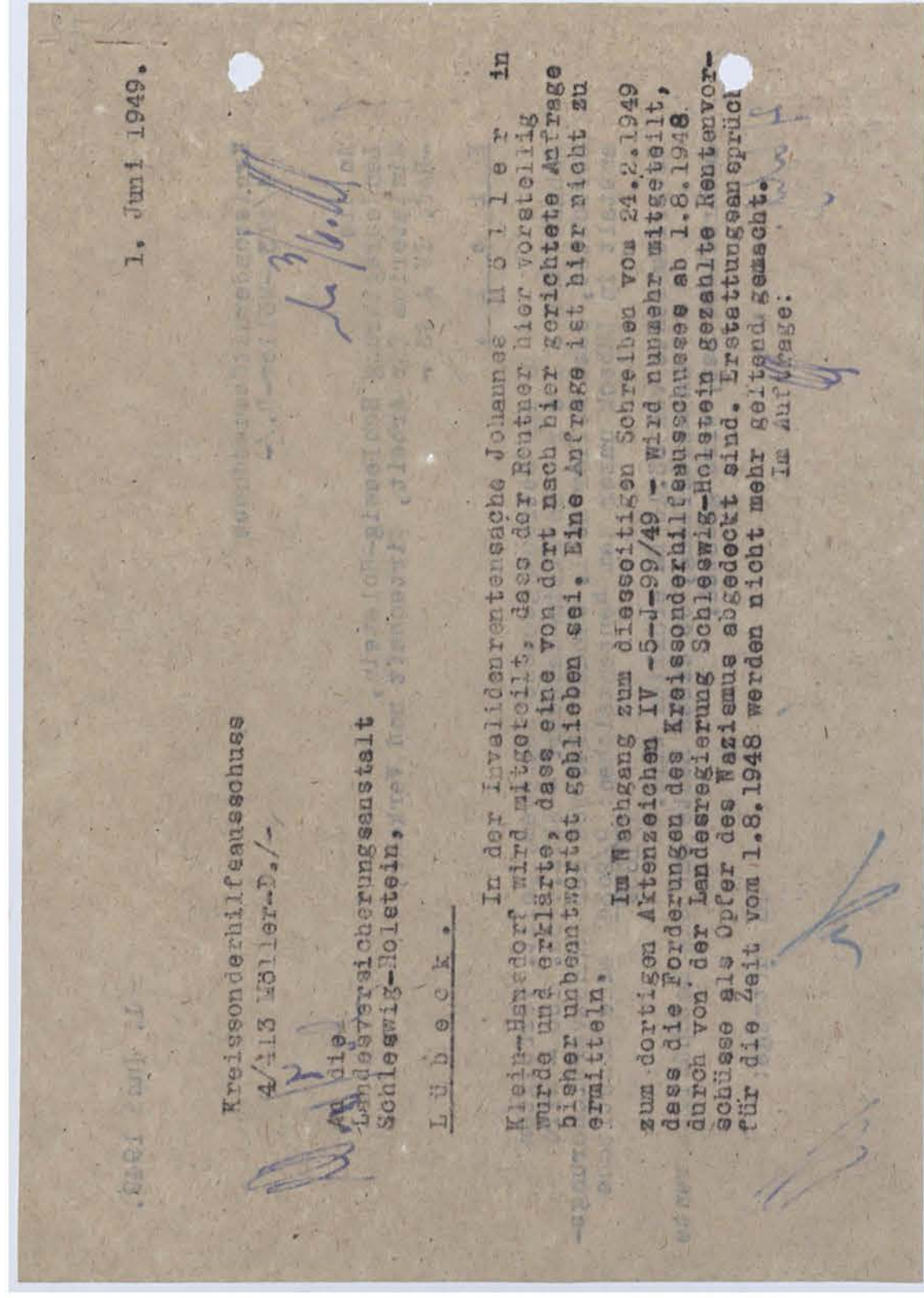


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn B2



74 IV. 9 | 8034 24) Lübeck, 19. Mai 1949
J | 1889

Mitteilung von der Bewilligung d. Invalidenrente

aus der Invalidenversicherung.
Angestelltenversicherung.

Zu Geschäfts-Nr. _____

Name und Vorname: Möller, Johann

Geburtstag: 24.12. 1889

Wohnung: Kl. Hansdorf, Post Ahrensburg

Rentenbeginn: 1.1.49 Bescheid vom: 5.49

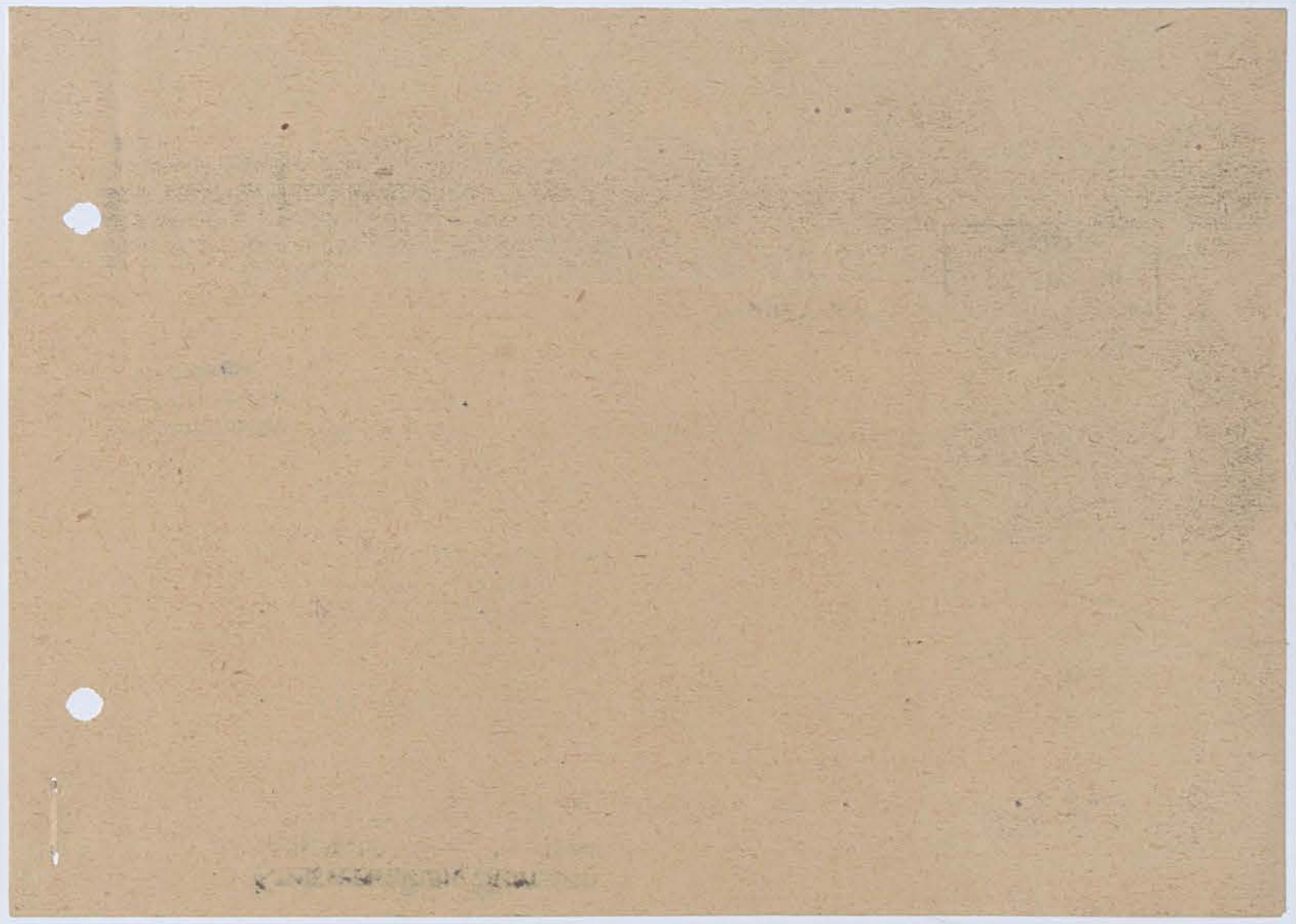
Rentenhöhe monatlich: 53.10 DM

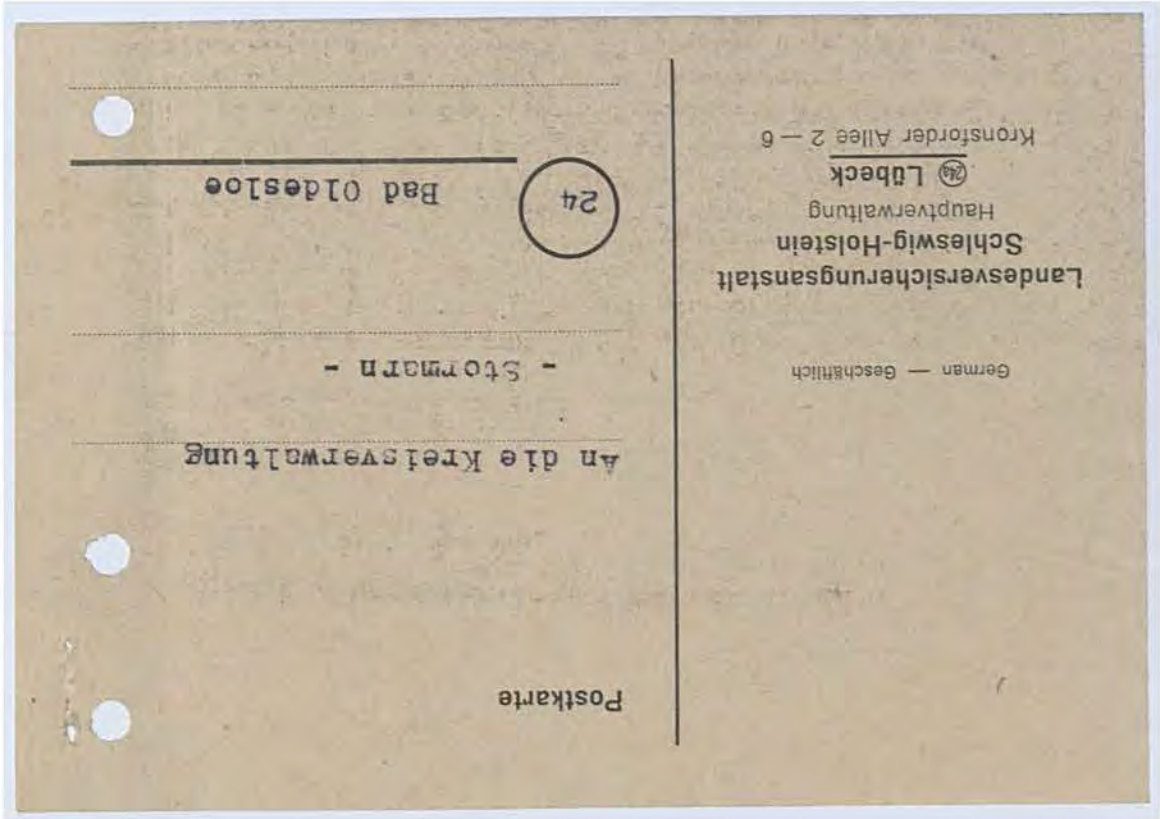
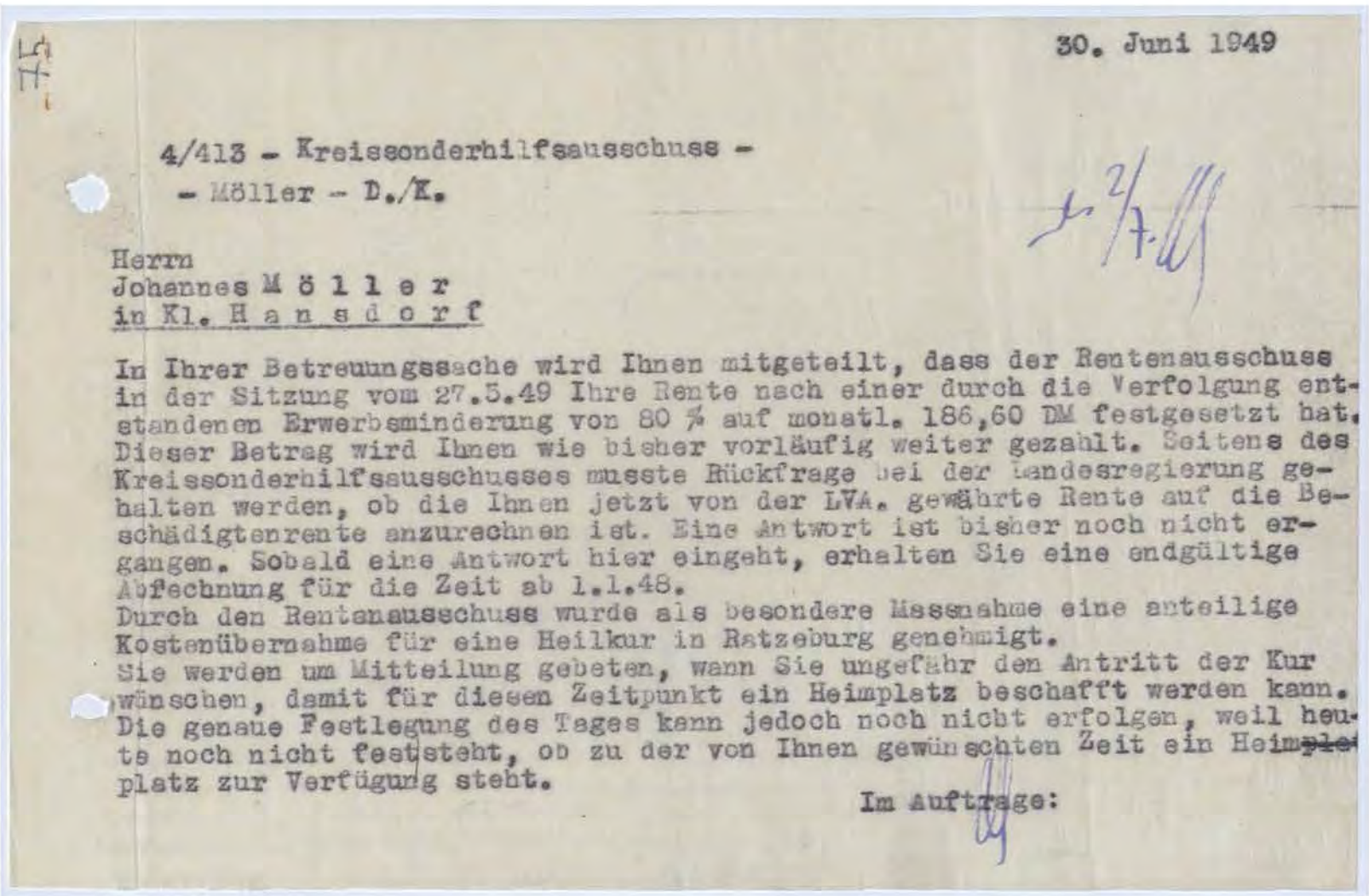
Empfangsberechtigt ist: ders.

Die Spitzrente für die Zeit v. 1.1.49 bis 30.6.49
haben wir einstweilen einbehalten

Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein
Hauptverwaltung
Georg Busch, DG 110, Lübeck 1519 4000 12 48 A

IV 55 Mittlg. R. Bewilligung





Kreisarchiv Stormarn B2



76

Landesregierung Schleswig-Holstein Abschrift aus der Rentenakte
Ministerium für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr
Hauptabteilung Arbeit
Kiel, den 20. Juni 1949

Geschäftszeichen: Ref. IV A 43

An die
Kreisverwaltung Stormarn
Sonderhilfesausschuss für OdW
Geschäftsstelle

Bad Gladesloe

Betr: Rentenfestsetzungen nach dem Gesetz vom 4.3. 1948 durch den
Rentenausschuss

Der Rentenausschuss hat folgende Renten festgesetzt:

Sitzung am 27. Mai 1949

Be./150 Johannes M ö l l e r, Kl. Hansdorf
86% M.d.E.d.d. Verfolgung

mtl. 186,60 DM

Besondere Massnahmen: Anteilige Kostenübernahme für Heilkur in

1942
 20. JAN 1942





Im Auftrage:
gez. Nielsen

77

81,50 81,75
186,

87,75 6.786,6
173,50 17196

784,65 186,60

12~~77~~298,56

6.786,6
171,96

186,60

298,56
184,65

113 91

Kreisarchiv Stormarn B2



Bed Oldesloe, den _____ 1949

1. Der Hinterbliebenen
sind als Rentenvorschuss für den Monat _____ 1949 _____ DM
auszuzahlen.
2. D.-Ausgabe-Anweisung über _____ DM für VG 40 fertigen.
3. Vermerk zur Zahlkartei.
4. z.d.A.

Im Auftrage:

87

29. Juni 1949

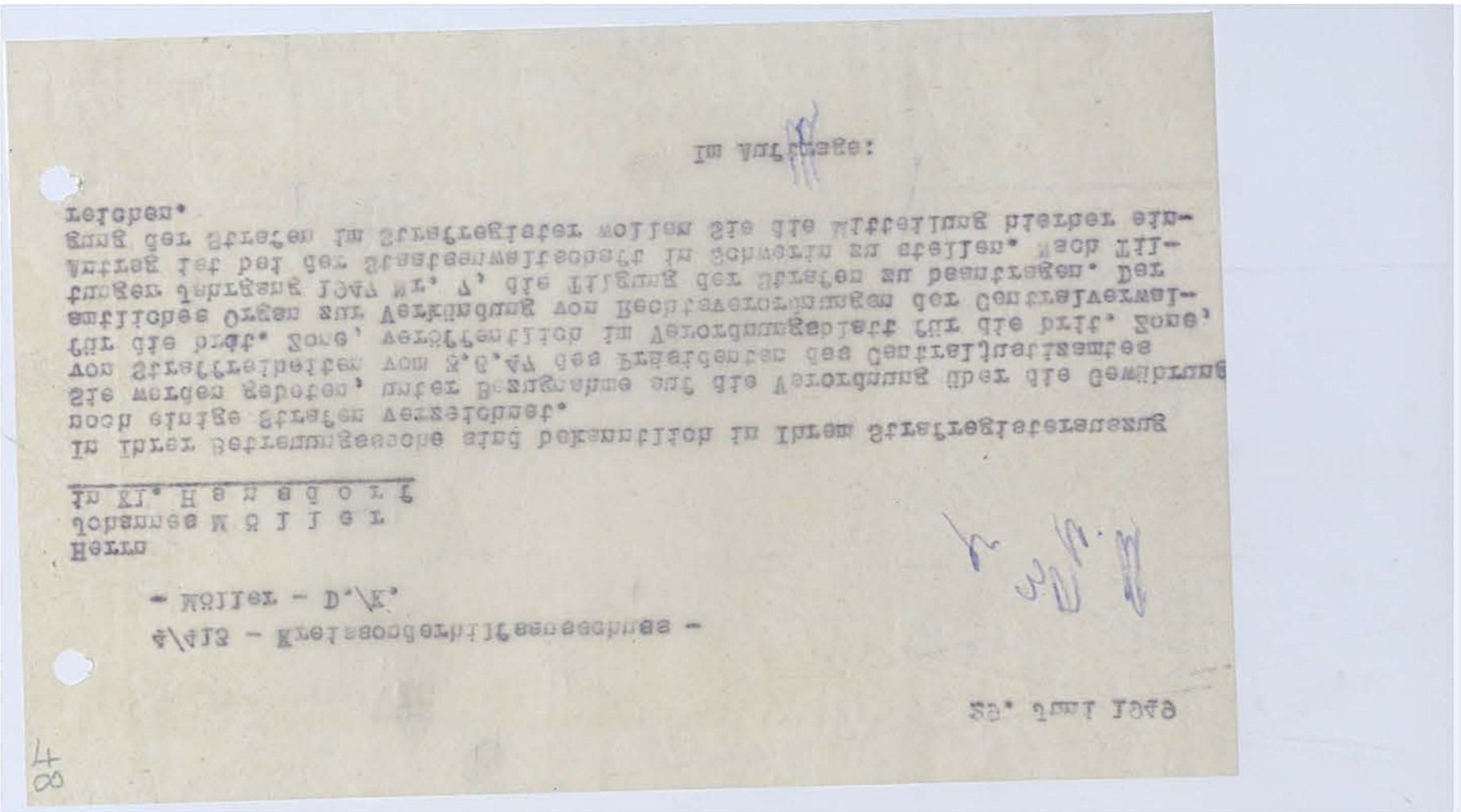
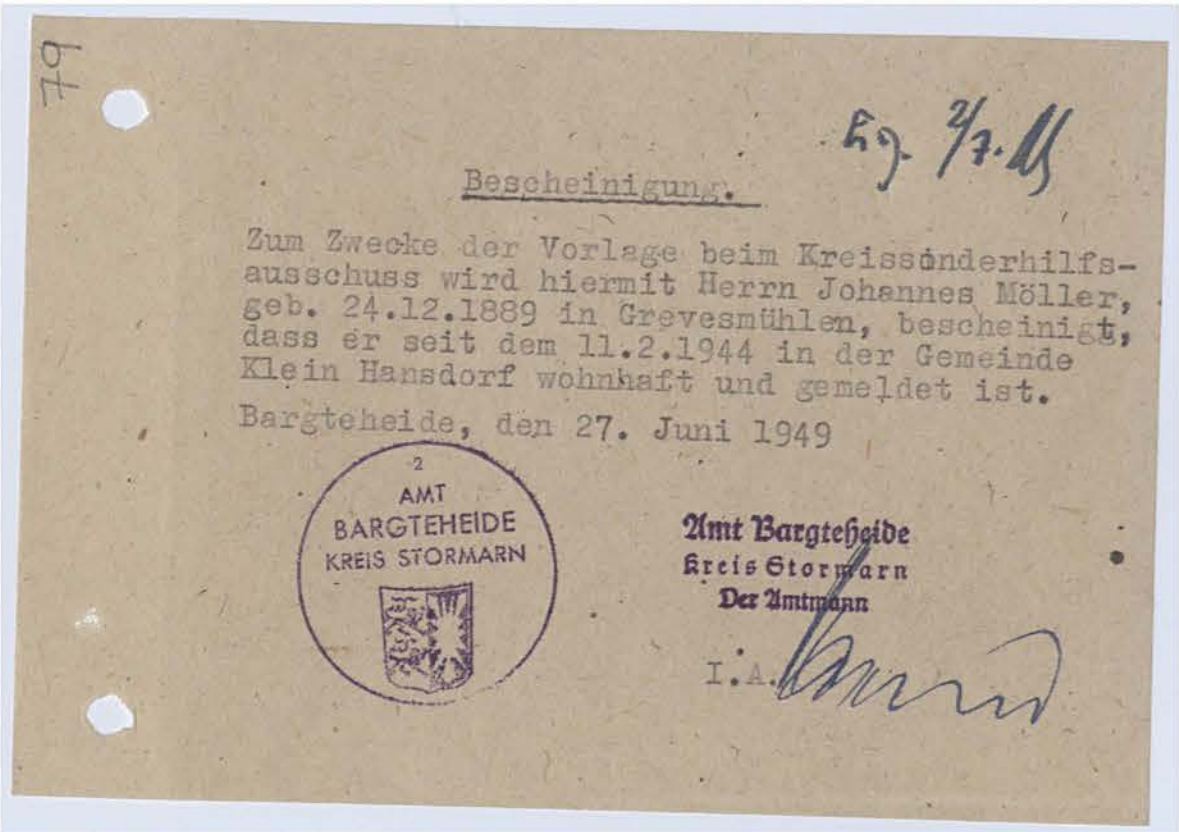
4/413 - Kreissonderhilfsausschuss -
- Möller - D./K.

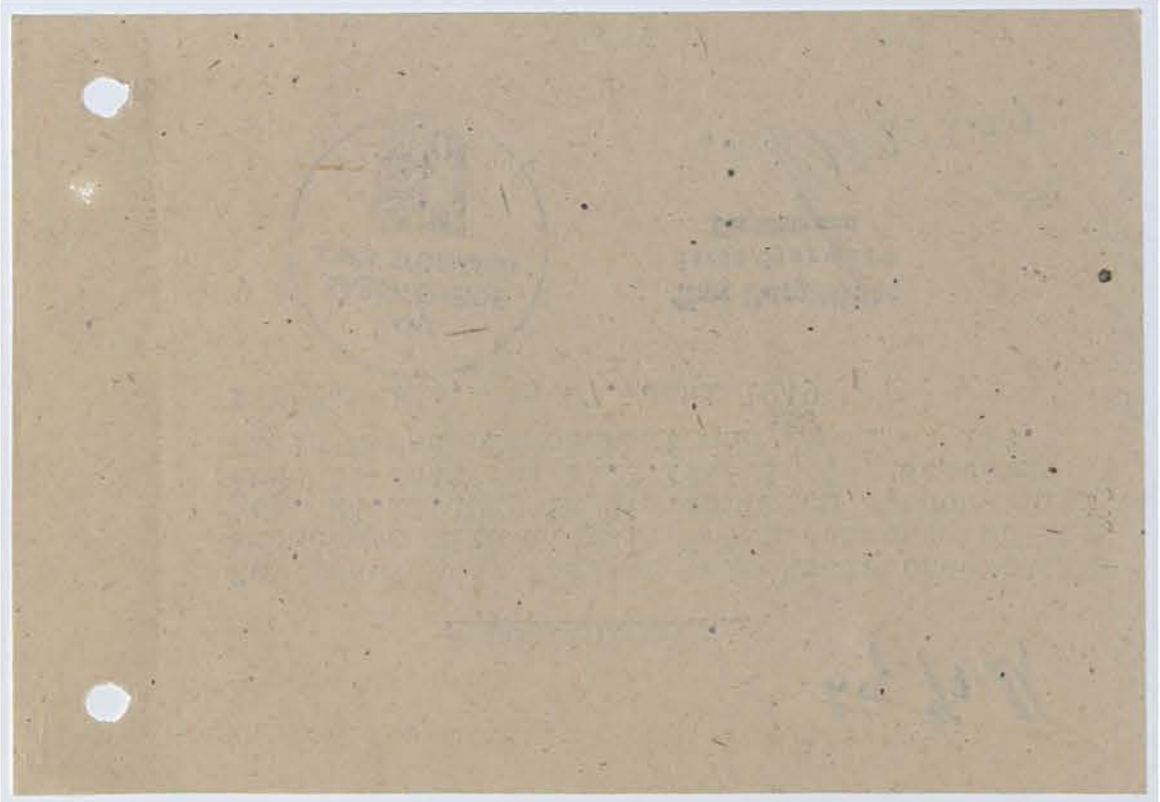
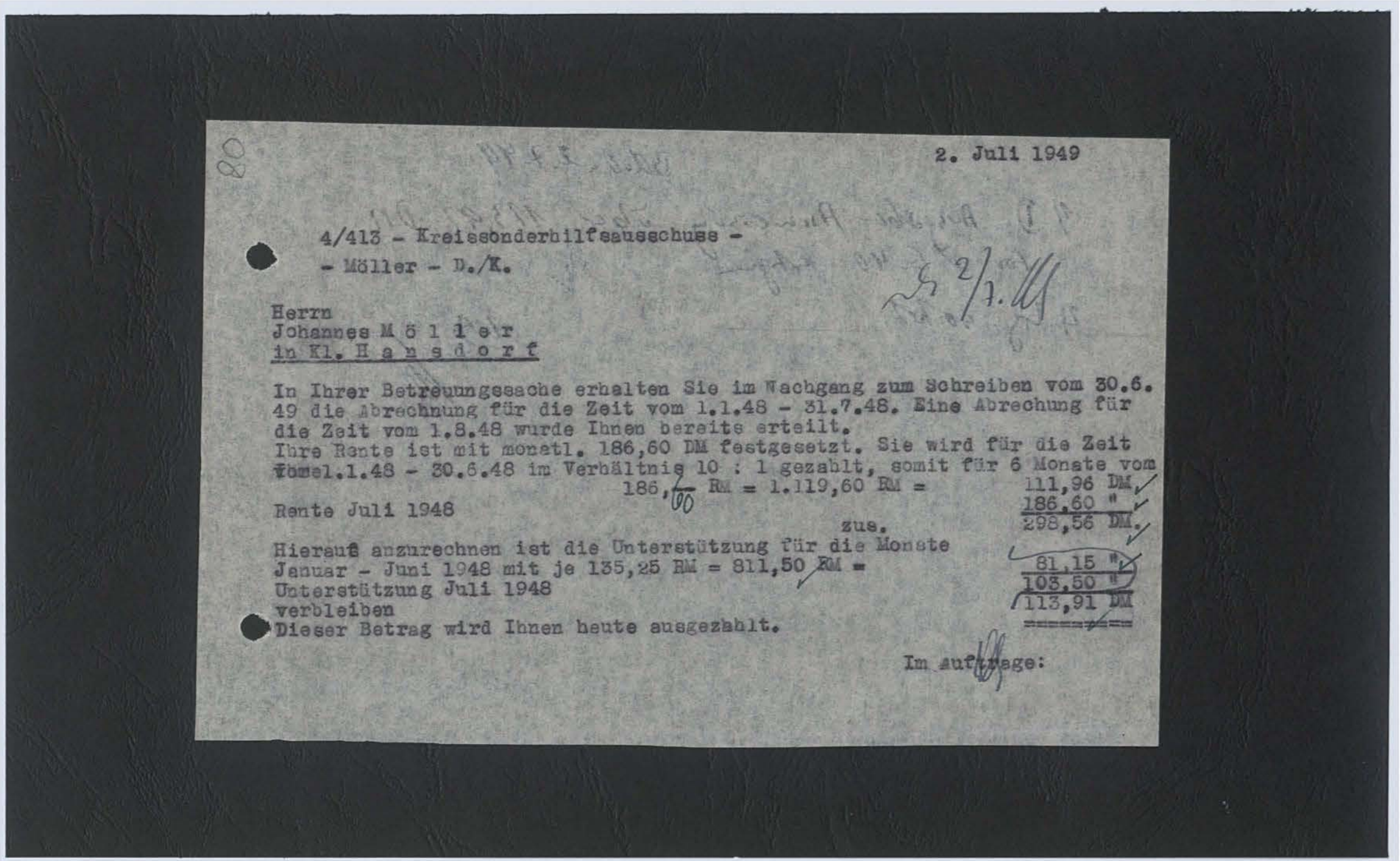
Herrn
Johannes M ö l l e r
in Kl. H a n s d o r f

In Ihrer Betreuungssache sind bekanntlich in Ihrem Strafregisterauszug
noch einige Strafen verzeichnet.
Sie werden gebeten, unter Bezugnahme auf die Verordnung über die Gewährung
von Straffreiheiten vom 3.6.47 des Präsidenten des Centraljustizamtes
für die brit. Zone, veröffentlicht im Verordnungsblatt für die brit. Zone,
amtliches Organ zur Verkündung von Rechtsverordnungen der Centralverwal-
tungen Jahrgang 1947 Nr. 7, die Tilgung der Strafen zu beantragen. Der
Antrag ist bei der Staatsanwaltschaft in Schwerin zu stellen. Nach Til-
gung der Strafen im Strafregister wollen Sie die Mitteilung hierher ein-
reichen.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



81

20. Juli 1949.

Kreiseinderhilfsausschuss

4/413 -Möller-D./-

Herrn
Johann M ö l l e r ,

Klein-Hensdorf.

In Ihrer Betreuungssache wird Ihnen mitgeteilt, dass der Rentenausschuss bei der Landesregierung heute telefonisch hierher mitgeteilt hat, dass für Sie für den 25. Juli 1949 in dem Robert-Koch-Krankenhaus in Ratzeburg ein Heimplatz für die Dauer von 4 Wochen zur Verfügung steht. Die Fahrtkosten werden durch die Landesregierung getragen, desgleichen die Kurkosten. An Verpflegungsgeld erhalten Sie dagegen noch -.58 DM täglich neben Ihrer laufenden Rente.

Für den Fall, dass Ihnen der Kuraufenthalt gelegen kommt, wollen Sie sich am 25. ds.Mts. nach Ratzeburg begeben. Am Bahnhof steht ein Omnibus bereit, mit dem Sie bis zur Haltestelle "Friedhof" fahren, um dann noch einen kleinen Fussweg zu machen. Erwünscht ist, dass Sie ein Kopfkissen und Handtücher mitbringen.

Sollten Sie den Kuraufenthalt nicht antreten können, wollen Sie sofort Nachricht geben, damit alsdann der Heimplatz anderweitig belegt werden kann.

Im Auftrage:

h 20.7.49

1/1 - Ausgabe - Anrechnung
für 16.40 Ksp.
21.7.49
Bd. 2.2.49
113.97 Dn
1/1 - Ausgabe - Anrechnung
für 16.40 Ksp.
21.7.49
Bd. 2.2.49
113.97 Dn

Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

Rechnungsjahr 194		E		Beleg-Nr.	
Einnahme-Anweisung für die Kreiskommunalkasse des Kreises Stormarn					
Buchungsstelle		Einnahme-Tgb.-Nr.		Handbuch	
Durchlaufende Posten				Seite	
				Nr.	
Vorgang:		Name:			
		Stand:			
		Wohnort:			
		Wohnung:			
Sachlich und rechnerisch richtig		in Worten			
Bad Oldesloe, den		R.M. Rpf			
Dienststellung		Bemerkung der Einnahme			
Geprüft:		Bemerkungen			
Bad Oldesloe, den		Bemerkungen			
Rechnungs- prüfungsamt		Bemerkungen			
Für Eingangsstempel		Zur Vereinnahmung angewiesen und zu verbuchen, wie oben angegeben.			
		Bad Oldesloe, den			

E. Nimmern, Bad Oldesloe DR 285 140/1000 6 48 Kl. A

82

- Köller - D./K.

Bad Oldesloe, den 30. August 1949.

Protokoll

Es waren anwesend:

1. Herr Siege,
2. Herr Prof. Dr. Benner,
3. Herr Fietisch,
4. Herr Dabelstein,

Vorsitzender
Beisitzer
stellv. Beisitzer
Geschäftsführer.

Vorlage: Antrag des Johannes M 3 1 1 e r in Kl. Hansdorf auf Haftent-
schädigung.

Beschluss: Der Kreissonderhilfsausschuss beschließt einstimmig, den
Antrag auf Haftentschädigung vorläufig bis zum Abschluss
weiterer Ermittlungen zurückzustellen.

83

27. September 1949

4-1/9-Kreissonderhilfeausschuss -
- Müller - D./K.

1. an das Arbeitsamt in Bad Oldesloe
2. an die Amtsverwaltung in Bergsteheide
3. an das Kreiswirtschaftsamt hier

28/9

Hierdurch wird angezeigt, dass der zu Klein Hamedorf wohnhafte Johannes M ü l l e r, geb. 24.12.89, in der Sitzung des Kreissonderhilfeausschusses vom 22. d.M. von der weiteren Betreuung als ehem. polit. Verfolgten ausgeschlossen wurde.
Ihm sind die Sondervergünstigungen nicht mehr zugewährt.

Im Auftrage:

Wahlkreis Stimmbezirk Nr. Bezeichnung:

Gemeinde Kreis:

Abschluß des Wählerverzeichnisses

I. Endgültiger Abschluß des Wählerverzeichnisses.
(§ 20 Abs. 1 der Wahlordnung zum ersten Bundestag)

Das Wählerverzeichnis wird endgültig mit der Bescheinigung abgeschlossen, daß es nach der
am 1949 veröffentlichten Bekanntmachung zu jedermanns Einsicht in
der Zeit vom 18. bis 24. Juli 1949 ausgelegen hat.

Im Wählerverzeichnis sind Wahlberechtigte eingetragen.
....., den

(Dienstsiegel)

(Unterschrift des Gemeindevahlleiters
oder seines Beauftragten)

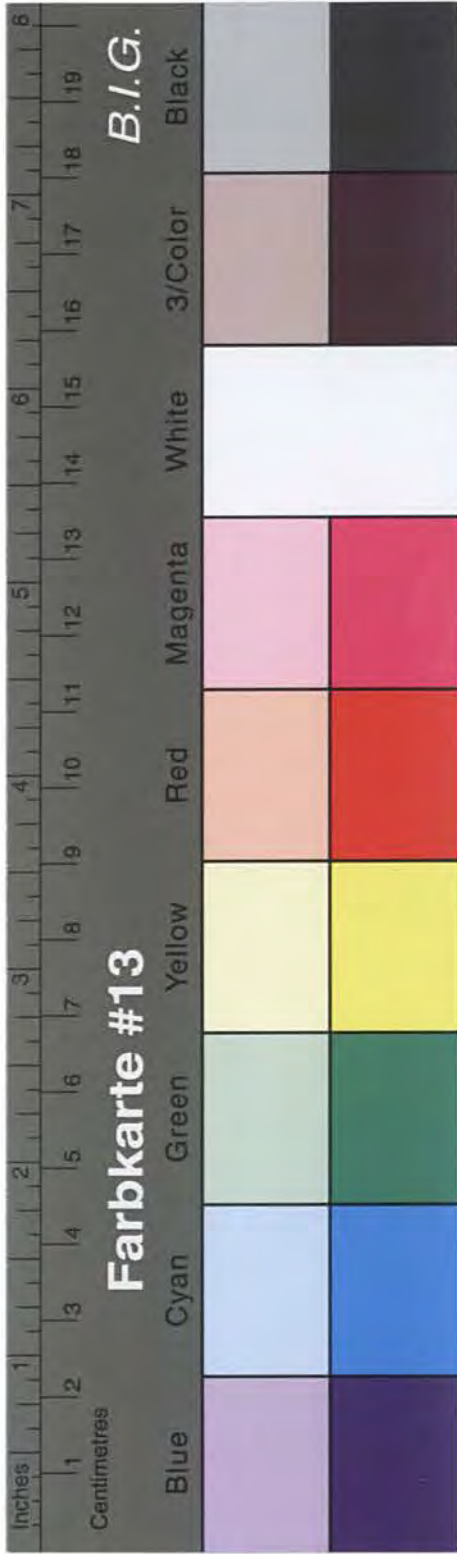
(Dienststellung)

II. Nachtrag des Gemeindevahlleiters
vor Übergabe des Wählerverzeichnisses an den Wahlvorsteher.
(§ 20 Abs. 6 Satz 2 der Wahlordnung zum ersten Bundestag)

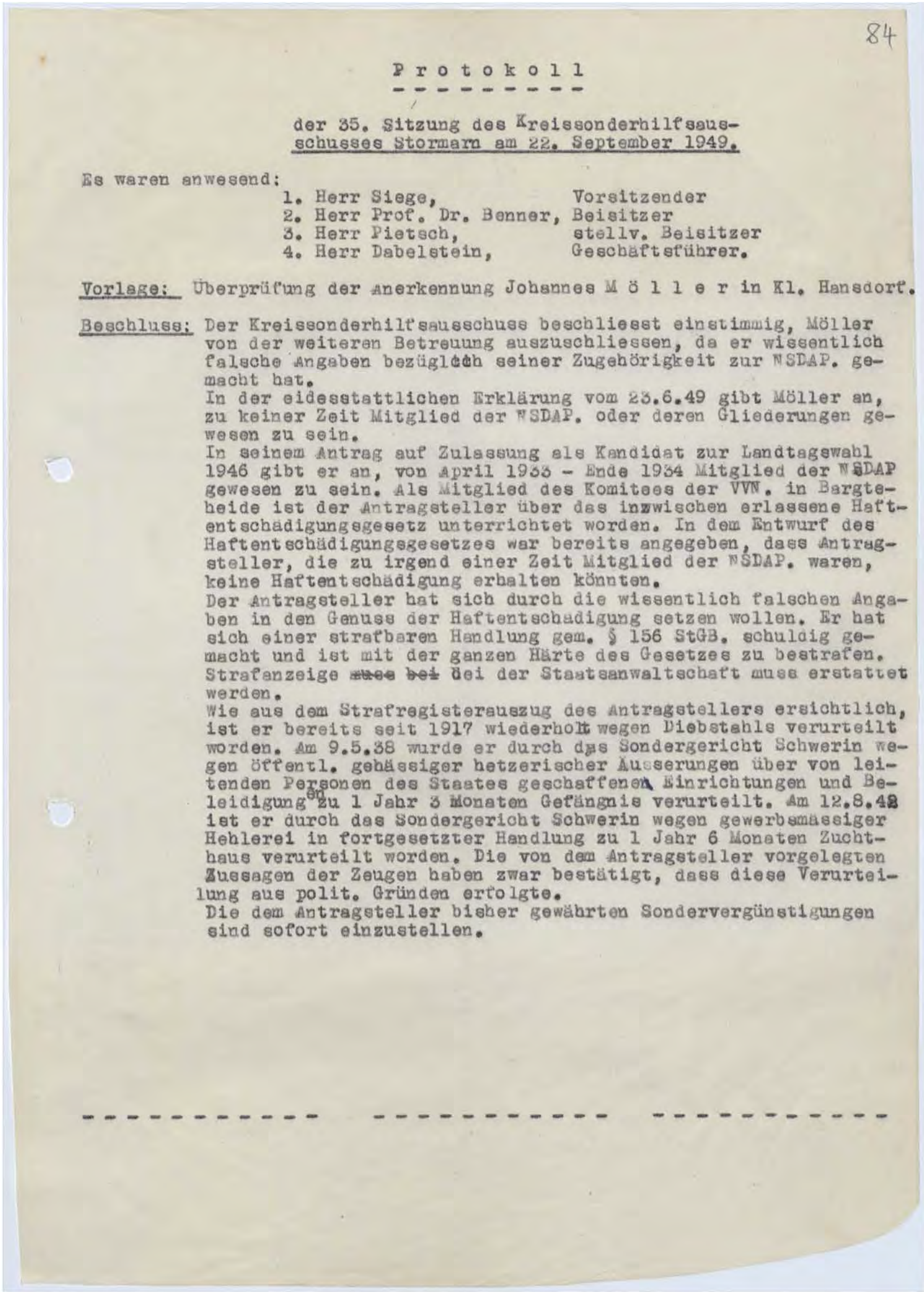
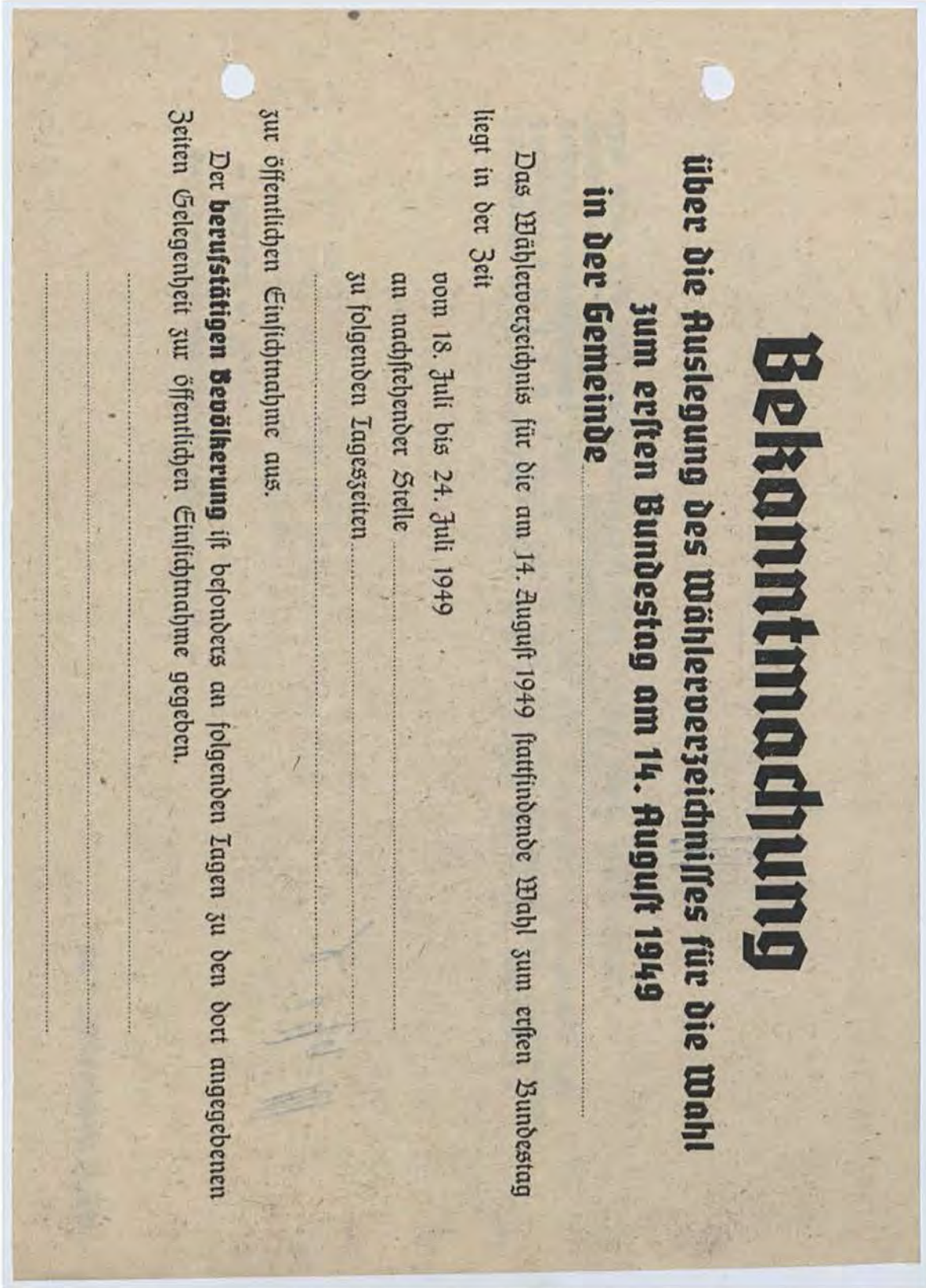
Ort, Zeit und nähere Einzelheiten der Wahl waren in der Wahlbekanntmachung, die am
.....1949 veröffentlicht wurde, enthalten.

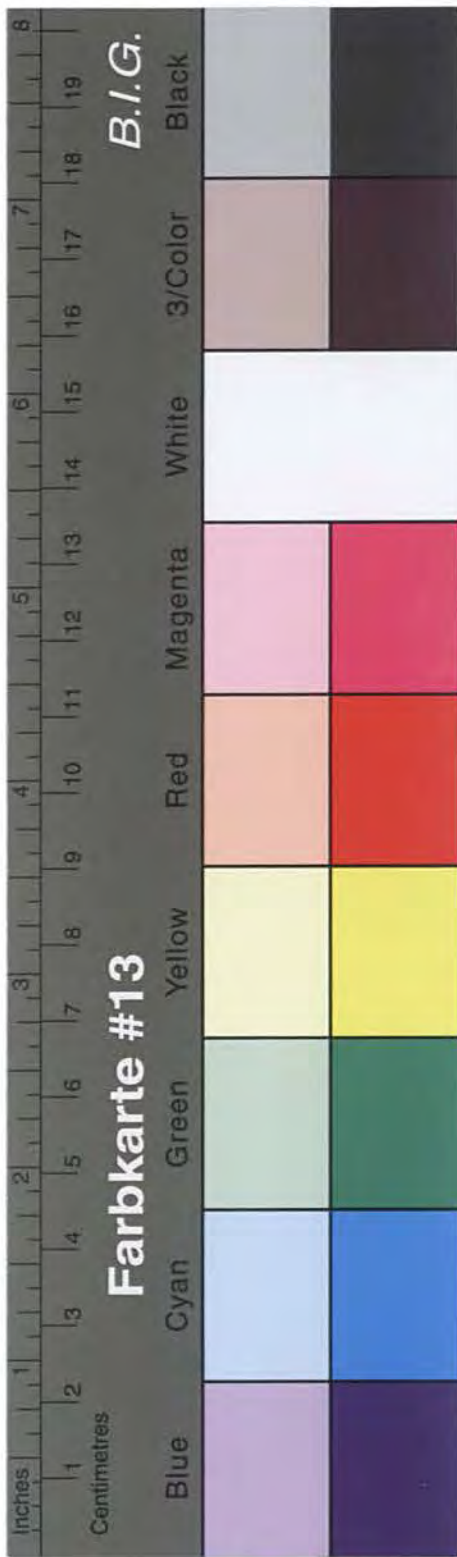
Kreisarchiv Stormarn B2



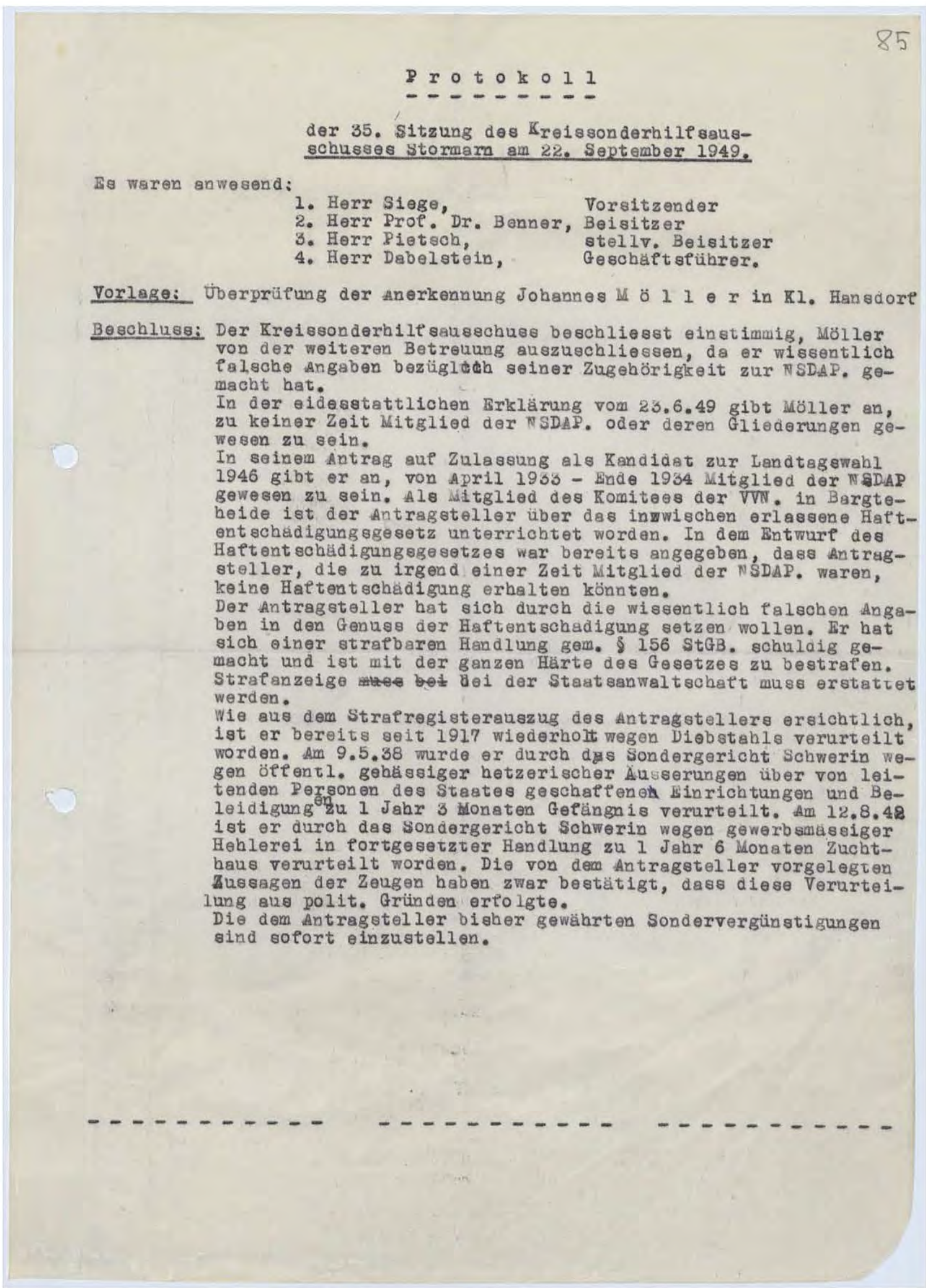
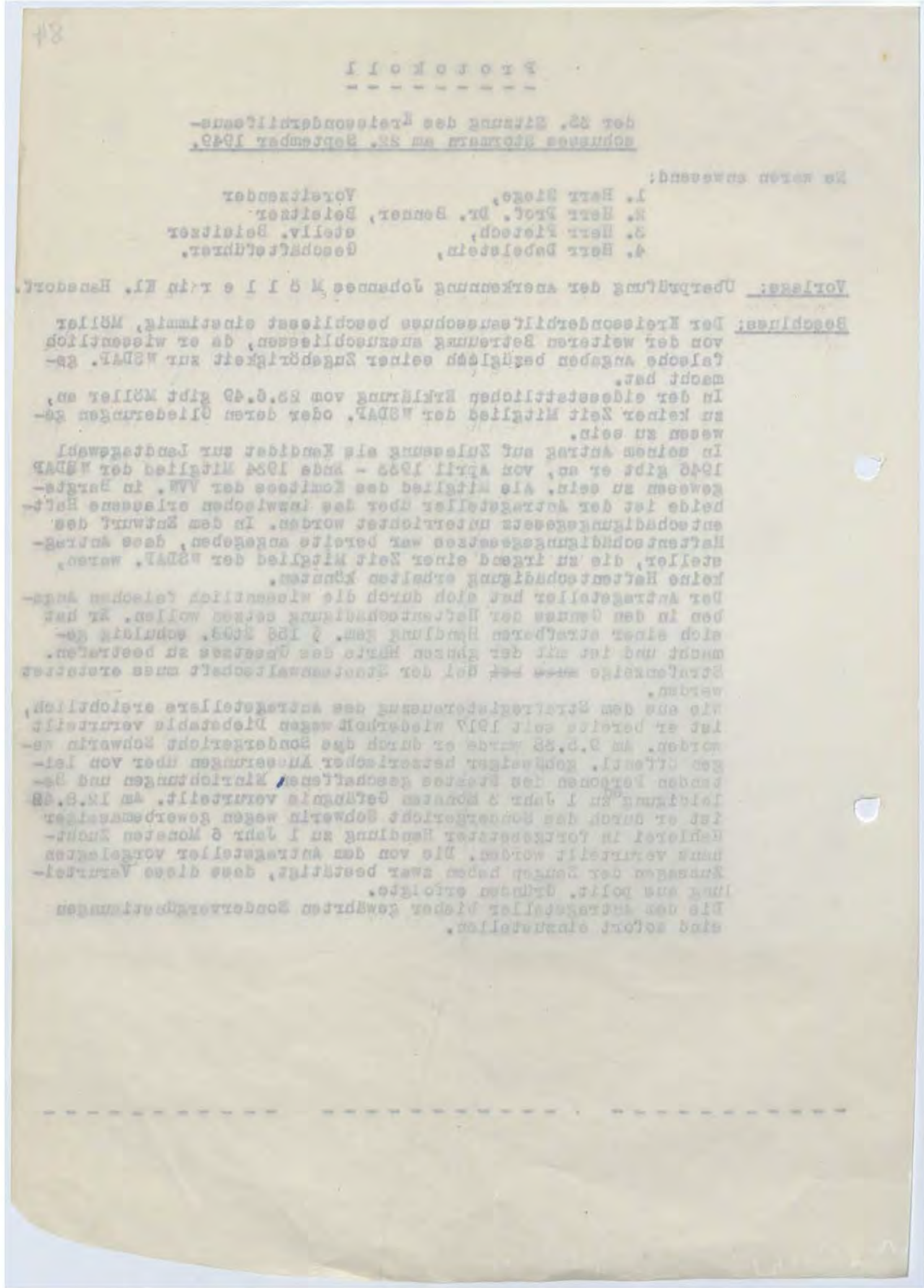


Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



27. September 1949

4-1/9-Kreissonderhilfsausschuss -
- Möller - D./K.

An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Ministerium für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr
Ref. IV A 43
in K i e l

Betrifft: Beschädigtenrente Johannes M 3 1 1 e r in Kl. Handorf, Aktz.: Be.
150

In der Betreuungssache Johannes Möller in Kl. Hansdorf wird berichtet, dass Möller durch Beschluss des Kreisonderhilfsausschusses vom 22.9.49 wegen Unwürdigkeit von der weiteren Betreuung ausgeschlossen wurde. Möller hat in einer eidesstattlichen Erklärung zunächst seine Mitgliedschaft zur NSDAP. bewusst nicht angegeben. Strafanzeige wurde bei der Staatsanwaltschaft in Lübeck erstattet.

Im Auftrage:

Bezeichnet: Der Kreisangehörige, dessen Name beschriftet eingetragen, Möller

Vorname: Übermittlung der Anerkennung Johannes W. J. J. e. x. in KJ. Hardeburg

4. Herr Doppelstein,	Geographischer
3. Herr Hiesch,	offiziell. Beileiter
2. Herr Prof. Dr. Bannert,	Beileiter
1. Herr Giese,	Vorleitsender

Se werden benannt:

schönwiese station am 28. September 1940.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12



48

27. September 1949

4-1/9-Kreissonderhilfeausschuss -
- Möller - D./K.

2/ An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Ministerium des Innern
Ref. I/8 A Pol. Wi. Gn.
in K i e l

Betrifft: Ausschluss des Johannes M ö l l e r in Kl. Hensdorf aus der wei-
teren Betreuung als ehem. polit. Verfolgten wegen Unwürdigkeit.

Durch Beschluss des Kreissonderhilfeausschusses vom 22. d.M. wurde der ehem.
polit. Verfolgte Johannes Möller von der weiteren Betreuung wegen Unwürdig-
keit ausgeschlossen. Möller hat gem. dem dortigen Runderlass vom 16.5.49
eine eidesstattliche Erklärung über Mitgliedschaften zur NSDAP abzugeben.
Am 23.6.49 gibt Möller vor der Amtsverwaltung Bargtheide die eidesstattli-
che Versicherung ab, niemals Mitglied der NSDAP oder deren Gliederungen ge-
wesen zu sein.

Durch den Kreissonderhilfeausschuss wurde jedoch festgestellt, dass M. in
seiner Bewerbung als Kandidat für die Kreistagswahl 1946 angegeben hat, von
1933 bis Ende 1934 Mitglied der NSDAP gewesen zu sein. Er hat alsdann nach
Rücksprache mit ihm eine weitere eidesstattliche Erklärung abgegeben. Am 27.
8.49 hieran erklärt er, von Mai 1933 bis Oktober 1934 Mitglied der NSDAP ge-

Bekanntmachung

**über die Auslegung des Wählerverzeichnisses für die Wahl
zum ersten Bundestag am 14. August 1949
in der Gemeinde**

Das Wählerverzeichnis für die am 14. August 1949 stattfindende Wahl zum ersten Bundestag
liegt in der Zeit

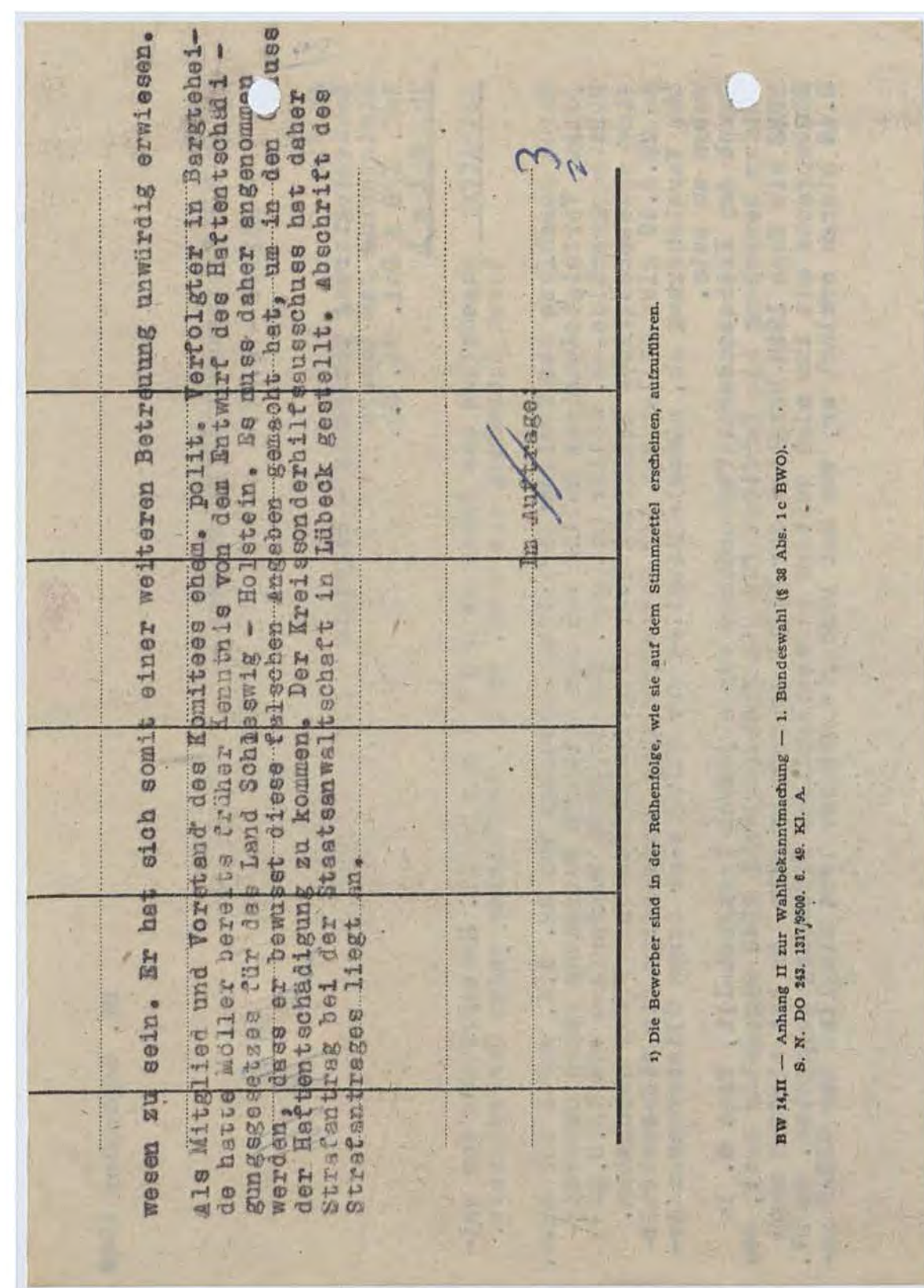
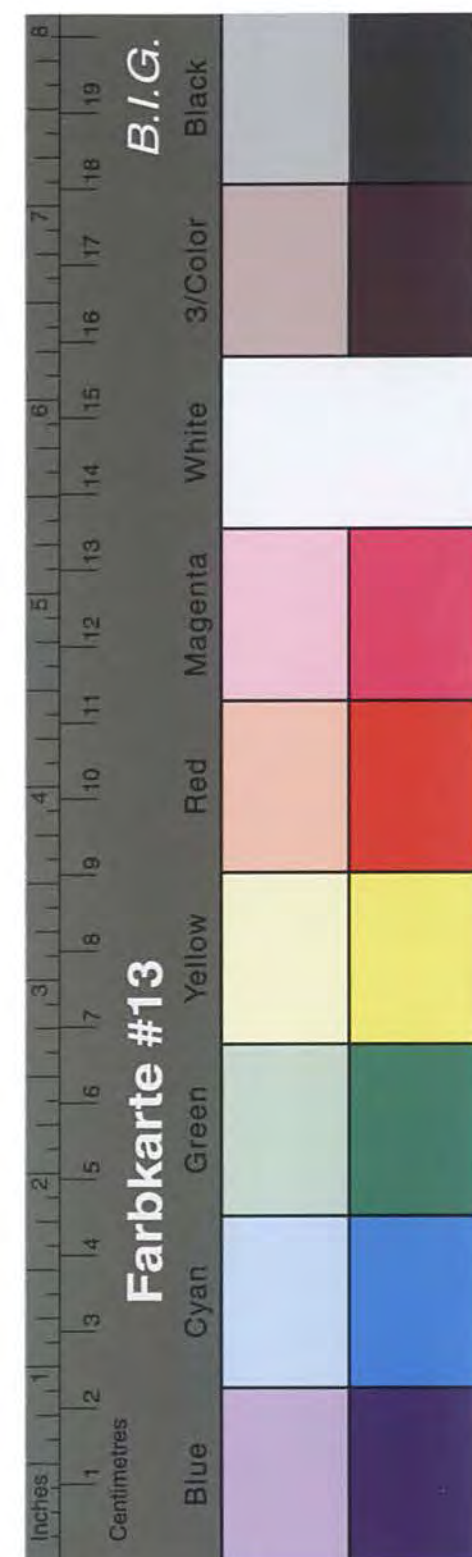
vom 18. Juli bis 24. Juli 1949
an nachstehender Stelle
zu folgenden Tageszeiten.....

zur öffentlichen Einsichtnahme aus.

Der **berufstätigen Bevölkerung** ist besonders an folgenden Tagen zu den dort angegebenen
Zeiten Gelegenheit zur öffentlichen Einsichtnahme gegeben.

Kreisarchiv Stormarn B2







27. September 1949

4-1/9-Kreissonderhilfeausschuss -
- Möller - D./K.

Herrn Johannes Möller in Kl. Hansdorf Einschreiben

In Ihrer Betreuungssache wird Ihnen mitgeteilt, dass der Kreissonderhilfeausschuss in der Sitzung vom 22. d.M. beschlossen hat, Sie von der weiteren Betreuung als ehem. polit. Verfolgten auszuschließen, da Sie in Ihrer eidesstattlichen Erklärung vom 23.6.49 angegeben haben, zu keiner Zeit Mitglied der NSDAP oder deren Gliederungen gewesen zu sein. Wie aus Ihrem Antrag auf Zulassung zur Kandidatur der Kreistagswahl 1946 ersichtlich, waren Sie von 1933 - Ende 1934 Mitglied der NSDAP. Mit eidesstattlicher Erklärung vom 27.8.49 gaben Sie an, von Mitte Mai 1933 bis Oktober 1934 Mitglied der NSDAP gewesen zu sein. Sie haben hier wissentlich falsche Angaben gemacht, die Ihren Ausschluss erforderlich machen. Auch die von Ihnen beigebrachte Erklärung der Zeugen kann als Entlastung dafür nicht angesehen werden, da Sie dennoch nach den Richtlinien der brit. Militärregierung vom 22.12.45 als Verfolgter betreut werden können. Die gesamten, Ihnen bisher gewährten Sondervergünstigungen, müssen Ihnen sofort gesperrt werden. Um Rückgabe des Sonderhilfeausweises Nr. 101 wird gebeten. Gegen die Entscheidung des Kreissonderhilfeausschusses steht Ihnen das Recht

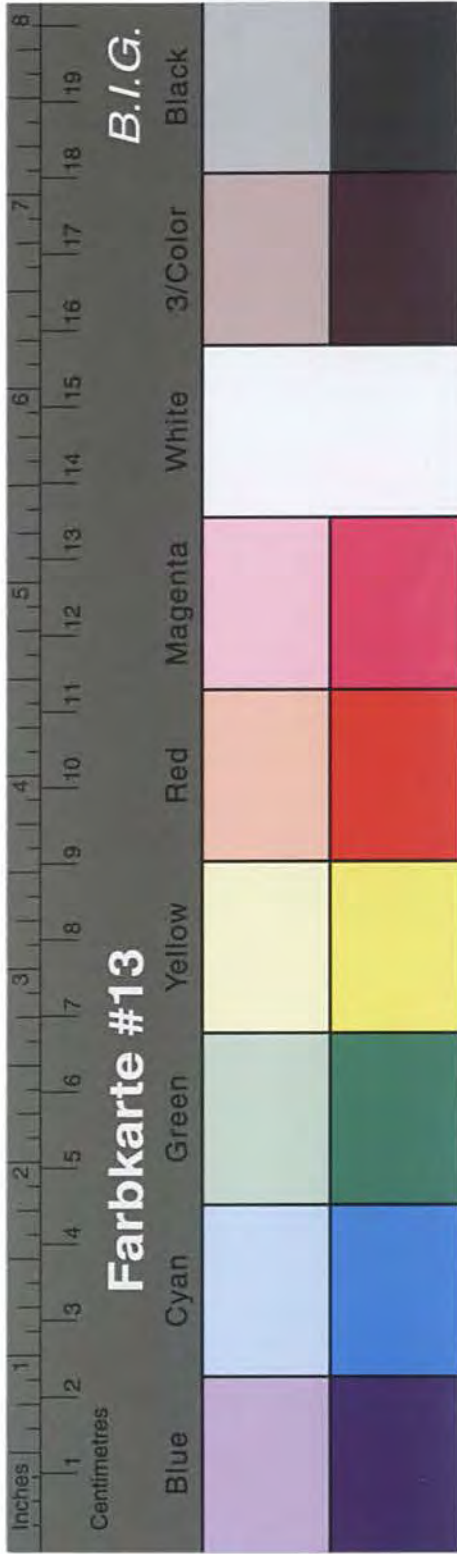
am 30.9. zur Post!

27. September 1949

4-1/9-Kreissonderhilfeausschuss -
- Möller - D./K.

Herrn Johannes Möller in Kl. Hansdorf Einschreiben

In Ihrer Betreuungssache wird Ihnen mitgeteilt, dass der Kreissonderhilfeausschuss in der Sitzung vom 22. d.M. beschlossen hat, Sie von der weiteren Betreuung als ehem. polit. Verfolgten auszuschließen, da Sie in Ihrer eidesstattlichen Erklärung vom 23.6.49 angegeben haben, zu keiner Zeit Mitglied der NSDAP oder deren Gliederungen gewesen zu sein. Wie aus Ihrem Antrag auf Zulassung zur Kandidatur der Kreistagswahl 1946 ersichtlich, waren Sie von 1933 - Ende 1934 Mitglied der NSDAP. Mit eidesstattlicher Erklärung vom 27.8.49 gaben Sie an, von Mitte Mai 1933 bis Oktober 1934 Mitglied der NSDAP gewesen zu sein. Sie haben hier wissentlich falsche Angaben gemacht, die Ihren Ausschluss erforderlich machen. Auch die von Ihnen beigebrachte Erklärung der Zeugen kann als Entlastung dafür nicht angesehen werden, da Sie dennoch nach den Richtlinien der brit. Militärregierung vom 22.12.45 als Verfolgter betreut werden können. Die gesamten, Ihnen bisher gewährten Sondervergünstigungen, müssen Ihnen sofort gesperrt werden. Um Rückgabe des Sonderhilfeausweises Nr. 101 wird gebeten. Gegen die Entscheidung des Kreissonderhilfeausschusses steht Ihnen das Recht



Kreisarchiv Stormarn B2

Wer das Wählerverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, kann bis zum 24. Juli 1949, 18 Uhr, beim Gemeindevahlleiter oder dem hierfür von ihm Beauftragten einen Einspruch gegen das Wählerverzeichnis erheben.

Der Einspruch kann darauf gerichtet sein, daß der Antragsteller

- a) eine Eintragung in das Wählerverzeichnis bezweckt (Anspruch),
- b) behauptet, daß ein anderer zu Unrecht im Wählerverzeichnis aufgeführt ist (Einwendung).

Die Einsprüche sind dem Gemeindevahlleiter schriftlich anzuzeigen oder bei ihm zur Niederschrift zu geben.

Die Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis liegt in jedermanns Interesse, da das Wählerverzeichnis die maßgebende Grundlage für die Wahl bildet.

Ort, den 1949.

(Dienstfiegel) (Unterschrift des Wahlleiters oder seines Beauftragten)

(Dienstfiegel) (Dienststellung)

BW 3 — Bekanntmachung über Auslegung des Wählerzeichnisses — 1. Bundeswahl (§ 16 BWG)
S. N. DO 242. 1303/10 300. 6. 49. Kl. A.

Bekanntmachung

Über die Auslegung des Wählerzeichnisses für die Wahl zum ersten Bundestag am 1. August 1949

Im Auftrage: *[Signature]*

der Beschwerde eines Monats nach Zustellung dieses Bescheides an den Landeswahlprüfer. Ihre Beschwerde wird in der Sache nicht berücksichtigt.

90

91

10. Oktober 1949

4-1/9-Kreiswehrhilfsausschuss

Möller, F. R./K. und gegenwärtig bei 91.8.49

An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Ministerium des Innern
Ref. I/3 A Pol. Wl. Gu.
in K i e l

Betrifft: Haftentschädigung des Johannes M ö l l e r in Kl. Hansdorf.
Bezug: Runderlass vom 31.8.49.

Der zu Kl. Hansdorf wohnhafte Johannes Möller hat bei dem KSHA. Stormarn den anliegenden Antrag auf Haftentschädigung gestellt. Die Voraussetzungen für die Gewährung der Haftentschädigung sind nicht gegeben, da

a) die letzte von dem Antragsteller angegebene Haftzeit gem. § 1 Abs. 3 des Haftentschädigungsgesetzes nicht getilgt ist,

b) der Antragsteller Mitglied der NSDAP war (§ 5 des Gesetzes).

Die Anwendung des § 7 des Haftentschädigungsgesetzes dürfte nicht infrage kommen, da der Antragsteller zunächst am 23.6.49 die eidesstattliche Erklärung abgab, zu keiner Zeit Mitglied der NSDAP, oder deren Gliederungen gewesen zu sein. Nach Feststellung der Mitgliedschaft zur NSDAP, von Mitte Mai 1933 - Oktober 1934 gibt Möller am 27.8.49 die weitere eidesstattliche Erklärung ab, während der genannten Zeit Mitglied der NSDAP. gewesen zu sein

Bekanntmachung

über die Auslegung des Wählerverzeichnisses für die Wahl zum ersten Bundestag am 14. August 1949 in der Gemeinde

Das Wählerverzeichnis für die am 14. August 1949 stattfindende Wahl zum ersten Bundestag liegt in der Zeit

vom 18. Juli bis 24. Juli 1949
an nachstehender Stelle
zu folgenden Tageszeiten.....

zur öffentlichen Einsichtnahme aus.

Der berufstätigen Bevölkerung ist besonders an folgenden Tagen zu den dort angegebenen Zeiten Gelegenheit zur öffentlichen Einsichtnahme gegeben.

Kreisarchiv Stormarn B2



92

4-1/9 Möller-D./-

173/10 21

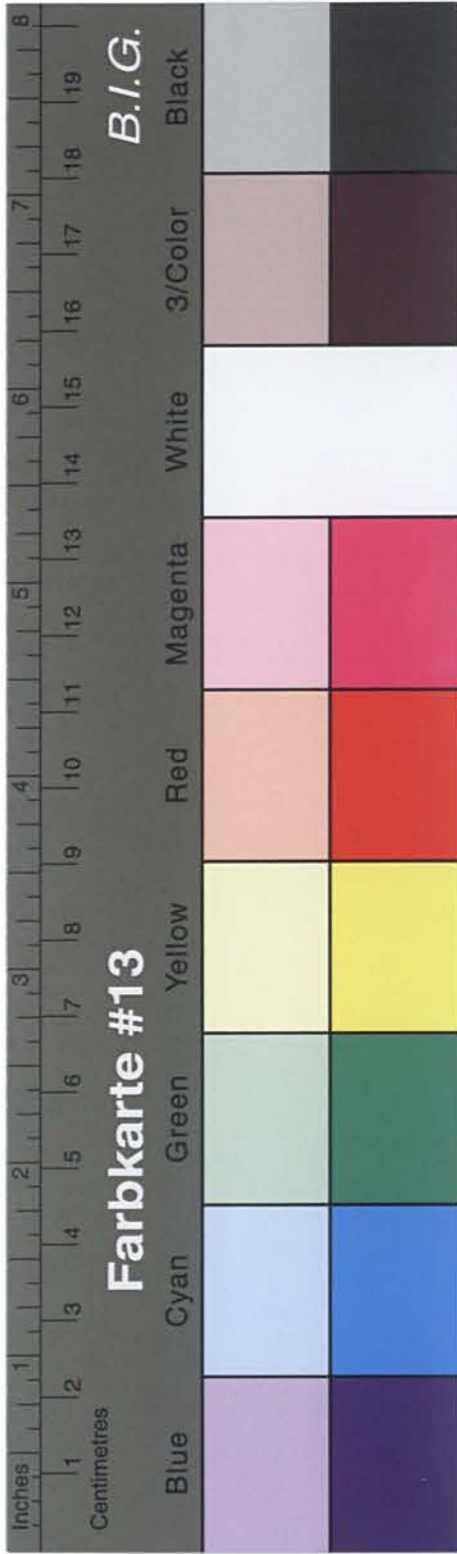
Es wird gebeten, den letzten Absatz des Strafantrages entsprechend zu berichtigen.

Im auftrage:

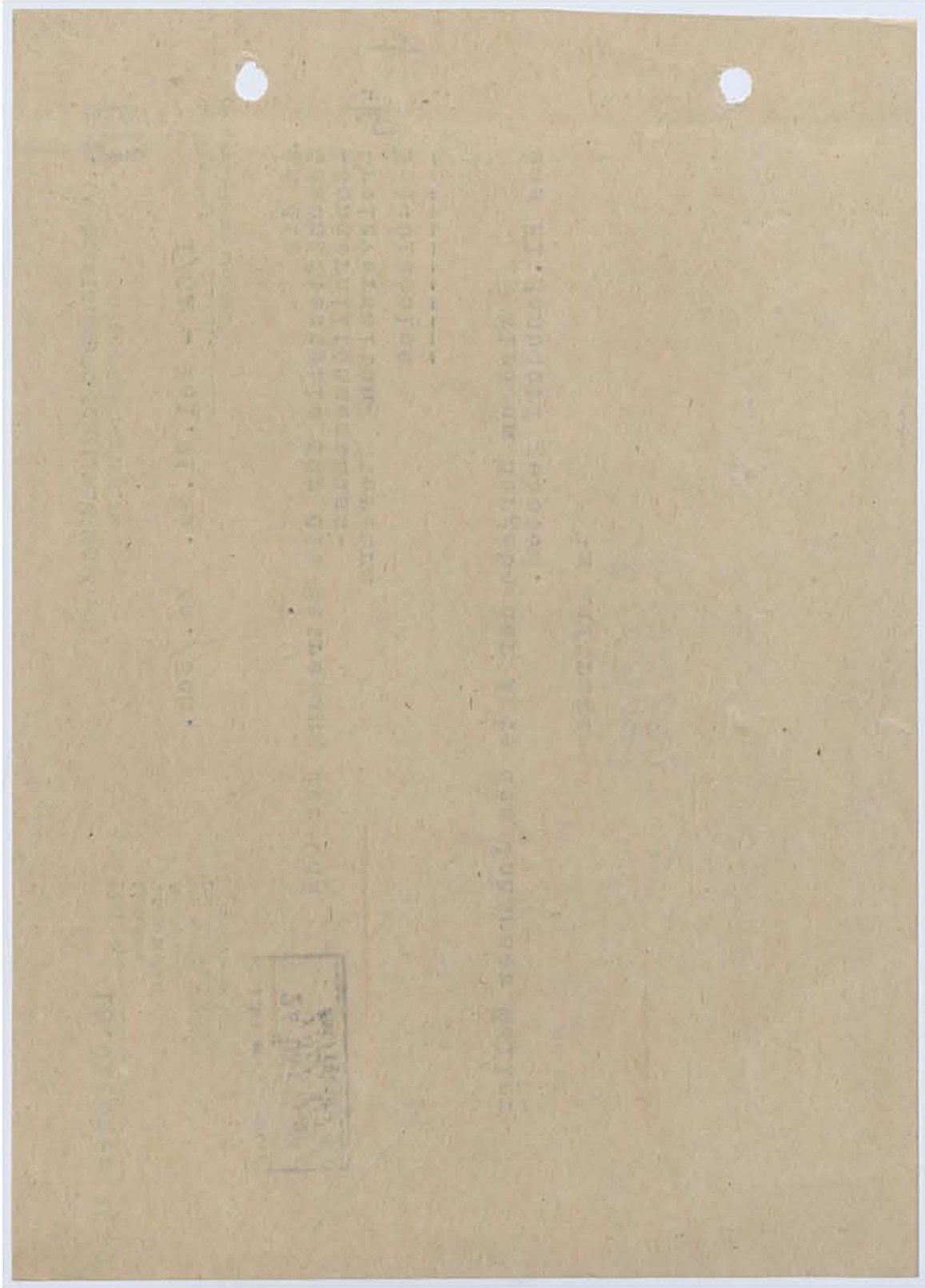
[illegible]

Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



94

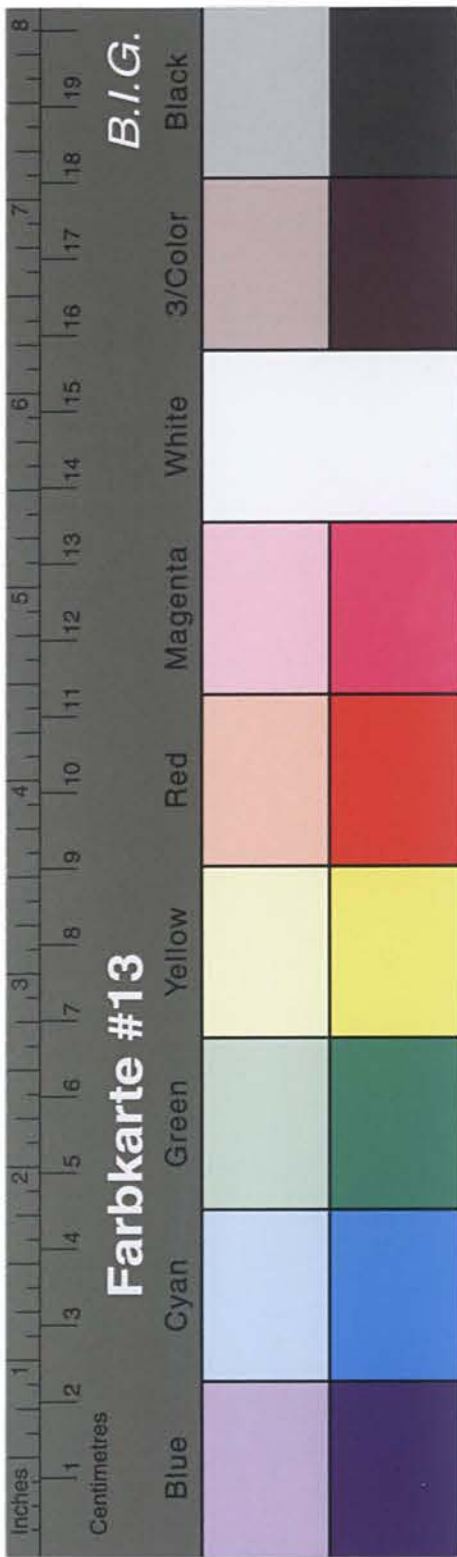
Rentenzeichen: Be./ Name: -----

Abrechnung
über die Rentenbezüge und Erstattungsbeträge
für die Zeit vom . . 1.7.48 . . bis . . 30.9.49 . .

Die Beschädigtenrente beträgt auf Grund der Vorbescheide
insgesamt monatlich = 186,60 DM
in Worten: DM

A. Rentenansprüche:
1.1.1948 - 30.6.48 (= 1 : 10 abgew.) = 111,96 DM
1.7.1948 - 31.12.48 (6 Monate) = 119,60 DM
1.1.1949 - 30.9.49 (9 Monate) = 169,40 DM 2810,96 DM

B. Erstattungen:
a) Aus Mitteln der öffentl. Fürsorge:
im Hinblick auf die Rente:
1.1.1948 - 30.6.48 (= 1 : 10 abgew.) = 81,75 DM
1.7.1948 - 31.12.48 (6 Monate) = 652,75 DM
1.1.1949 - 30.9.49 (9 Monate) = 15,50 DM 837,10 DM
b) Rentenanschüsse u. Renten:
(aus Landesmitteln überwiesen)
1.1.1948 - 30.6.48 (= 1 : 10 abgew.) = 30,81 DM
1.7.1948 - 31.12.48 (6 Monate) = 466,85 DM
1.1.1949 - 31.8.49 (8 Monate) = 1389,30 DM 2080,46 DM
c) Renten anderer öffentlichrecht-
licher Versicherungsträger:
(siehe Anmerkung Ziff. 1)
1.) Insolventenrente bis 30.5.1949
mtl. 53,70 DM bei der Festsetzung
bereits bei den Vorbescheiden in
Anrechnung gebracht, nicht in An-
rechnung gebracht.
1.1.1949 - 30.6.48 (= 1:10 abgew.) = — DM
1.7.1949 - 31.12.48 (6 Monate) = — DM
1.1.1949 - 30.6.49 (6 Monate) = 318,60 DM 372,60 DM
2.) Inkolidentenrente ab 1.6.1949
mtl. 53,70 DM (Differenzbetrag abrechnen)
1.6.1949 - 30.9.49 = 154,30 DM 222,40 DM
(für 3. und 4. Vierteljahr)
Übertrag: 3382,86 DM



Kreisarchiv Stormarn B2

Gesamtsumme aus A. = 2.9.10,96 DM

" B. = 3.388,86 DM

Mithin hat Antragsteller noch zu erhalten: _____ DM

Mithin hat Antragsteller zuviel erhalten: 477,90 DM

Anmerkung: _____

1.) Renten im gleichen Schadensfall: _____

a) die Rückerstattung gemäß Ziff. c) 1. hat nur zu erfolgen, soweit diese Renten infolge Fehlens der Unterlagen bei den bereits erfolgten Feststellungen in den Vorbescheiden nicht in Abzug gekommen sind.

b) Die Rückerstattung gemäß Ziff. c) 2. bezieht sich auf alle Renten gleichen Schadensfalles, die gemäß (SVa) ab 1.6.1949 erhöht und bei der Festsetzung der Renten und in den bereits herausgegebenen Vorbescheiden nur nach den Sätzen vor dem 1.6.1949 festgestellt worden sind. In diesen Fällen hat eine genaue Abrechnung der Differenzbeträge zu erfolgen.

2.) Weitergewährung der Renten bei Krankenhausaufenthalt pp. Es ist gesondert anzugeben, ob in der Zeit vom 1.1.1948 bis zum Abrechnungs-Stichtag bei evtl. Krankenhaus- oder Kur-enthalten Rentenzahlungen von durch das Ministerium überwiesenen Mitteln weitergewährt worden sind.

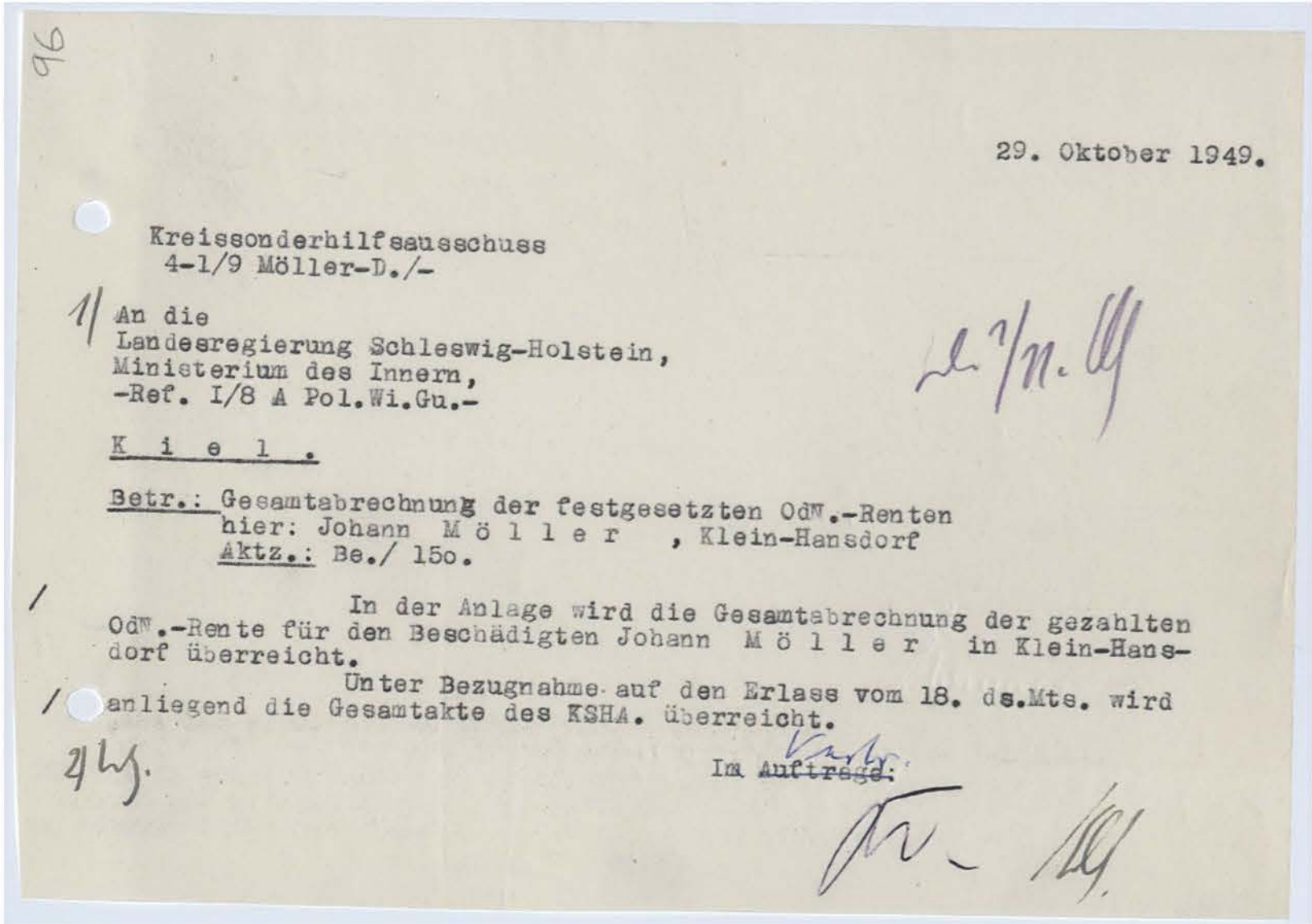
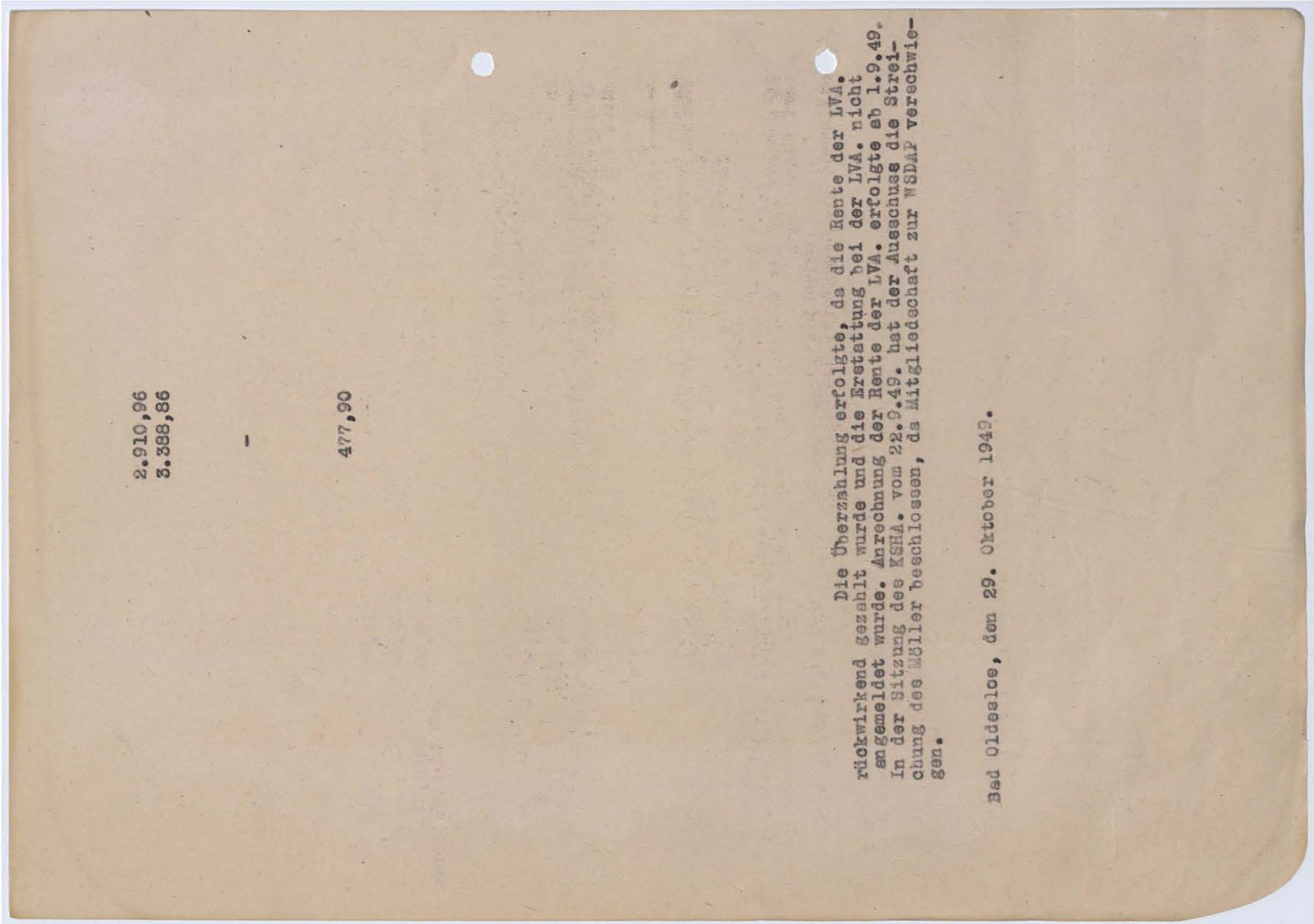
Bemerkungen: Die Überzahlung erfolgte, da die Rente der LVA rückwirkend gezahlt wurde und die Erstattung bei der LVA nicht angemeldet wurde. Der Antragsteller hat die Rente der LVA ab 1.9.49 in der Höhe des KSHA vom 22.9.49 hat der Antragssteller die Streichung der Rente beschlossen. Die Mitgliedschaft ist NSDAP. verweigert.

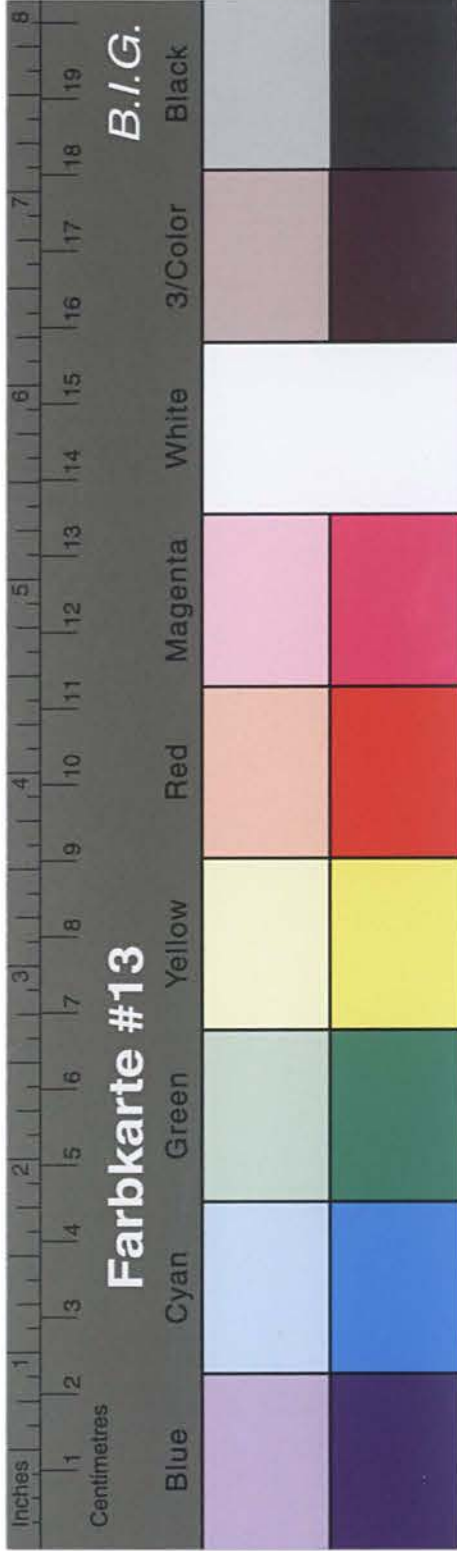
Sachlich und rechnerisch richtig: _____ Geschäftsführer des SHa

Kreisdirektor: _____

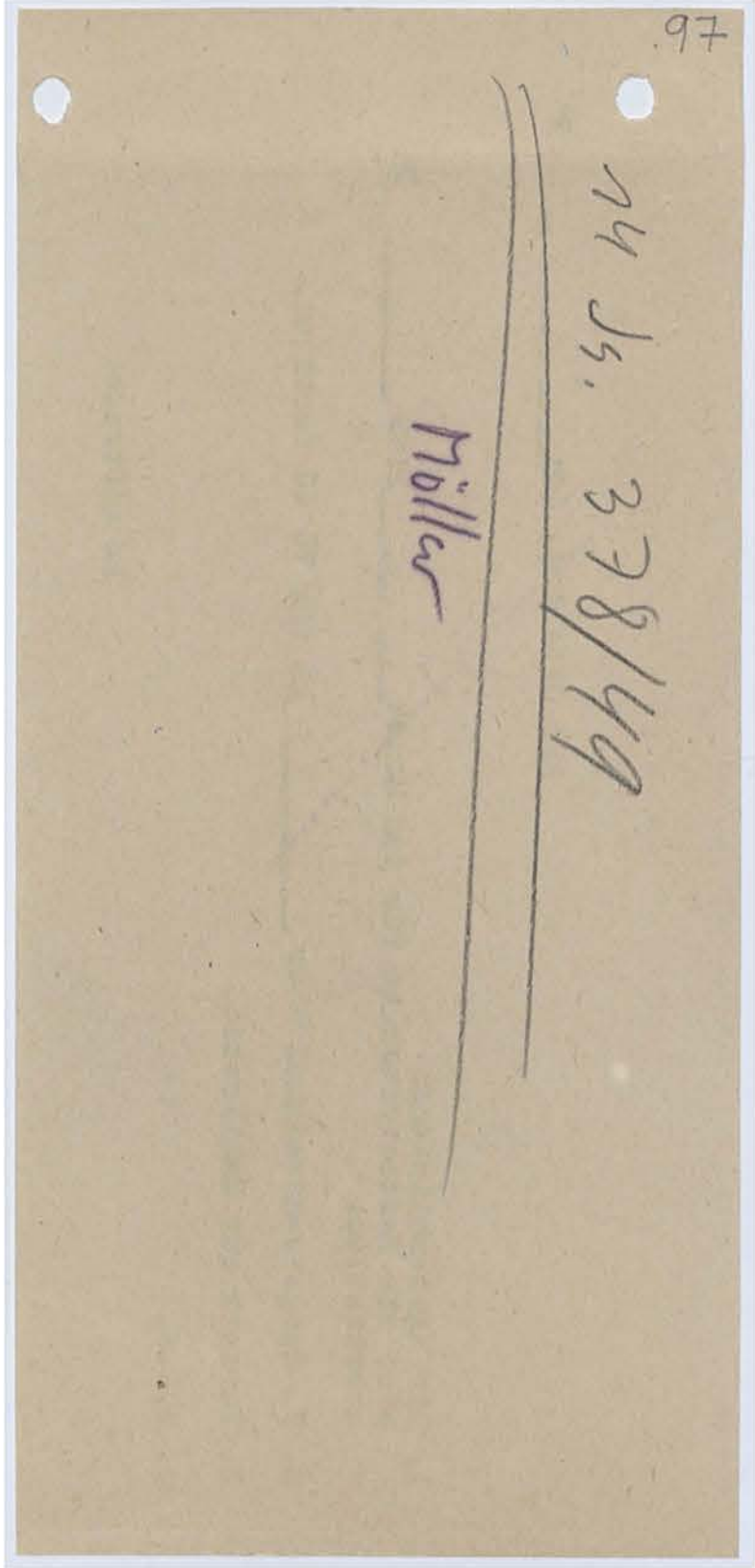
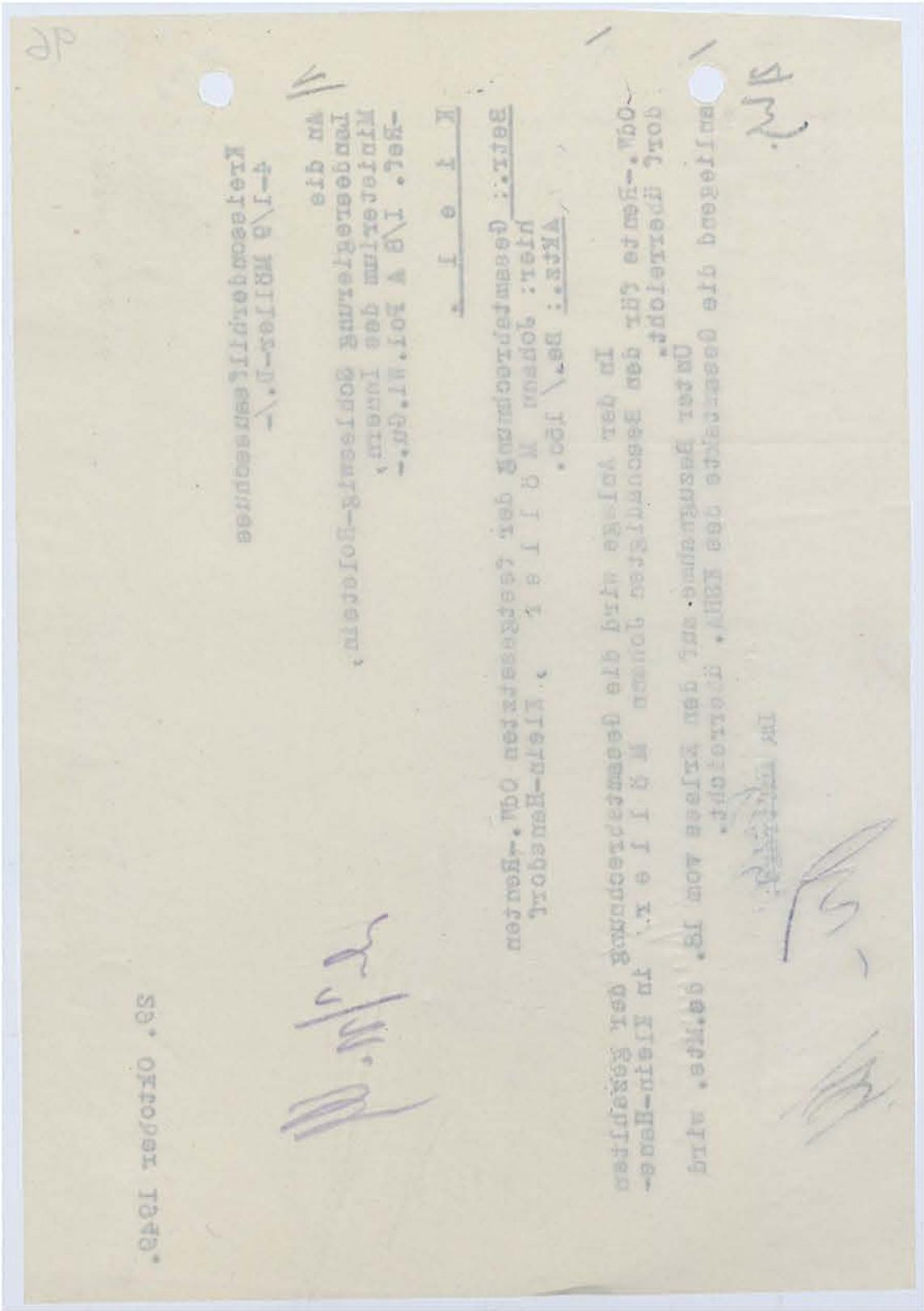
95

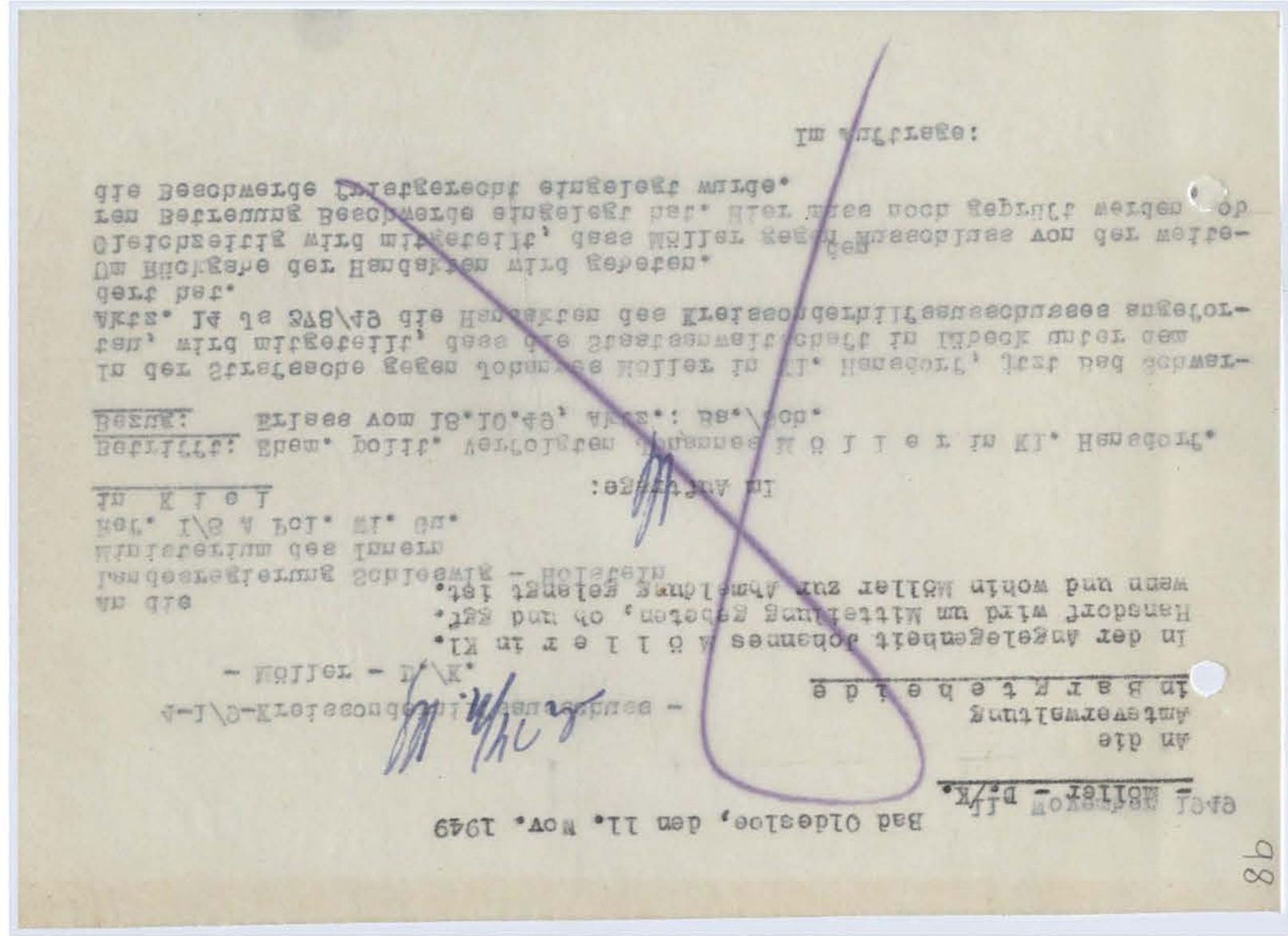
1.1.	30.9.49	9 "	111,96	
			1119,60	
			1679,40	2910,96
1.1.	30.9.49	9 "	81,15	
			652,75	
			103,50	837,40
1.1.	30.8.49	9 "	30,81	
			466,85	
1.1.	30.8.49	9 "	1389,30	
1.9.1949 -	30.9.49	1 "	133,50	2020,46 DM
Invaliden -				
53,10				
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX				
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX				
1.1.	30.6.49	6 "	318,60	318,60
Invaliden-				
53,10				
	30.9.49			212,40
				3.388,86

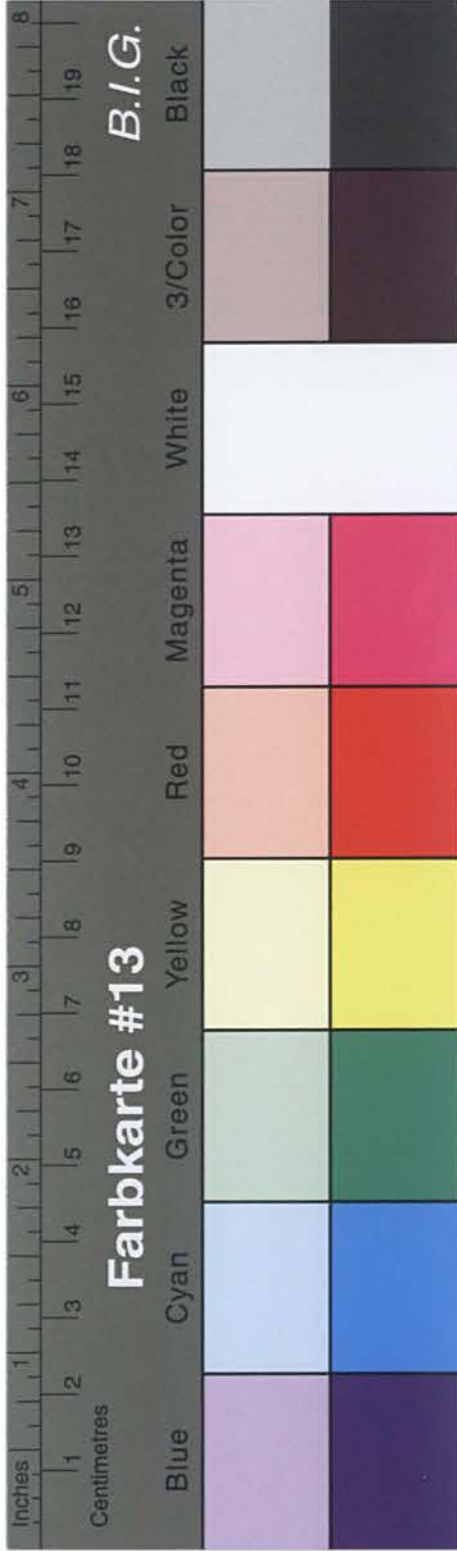




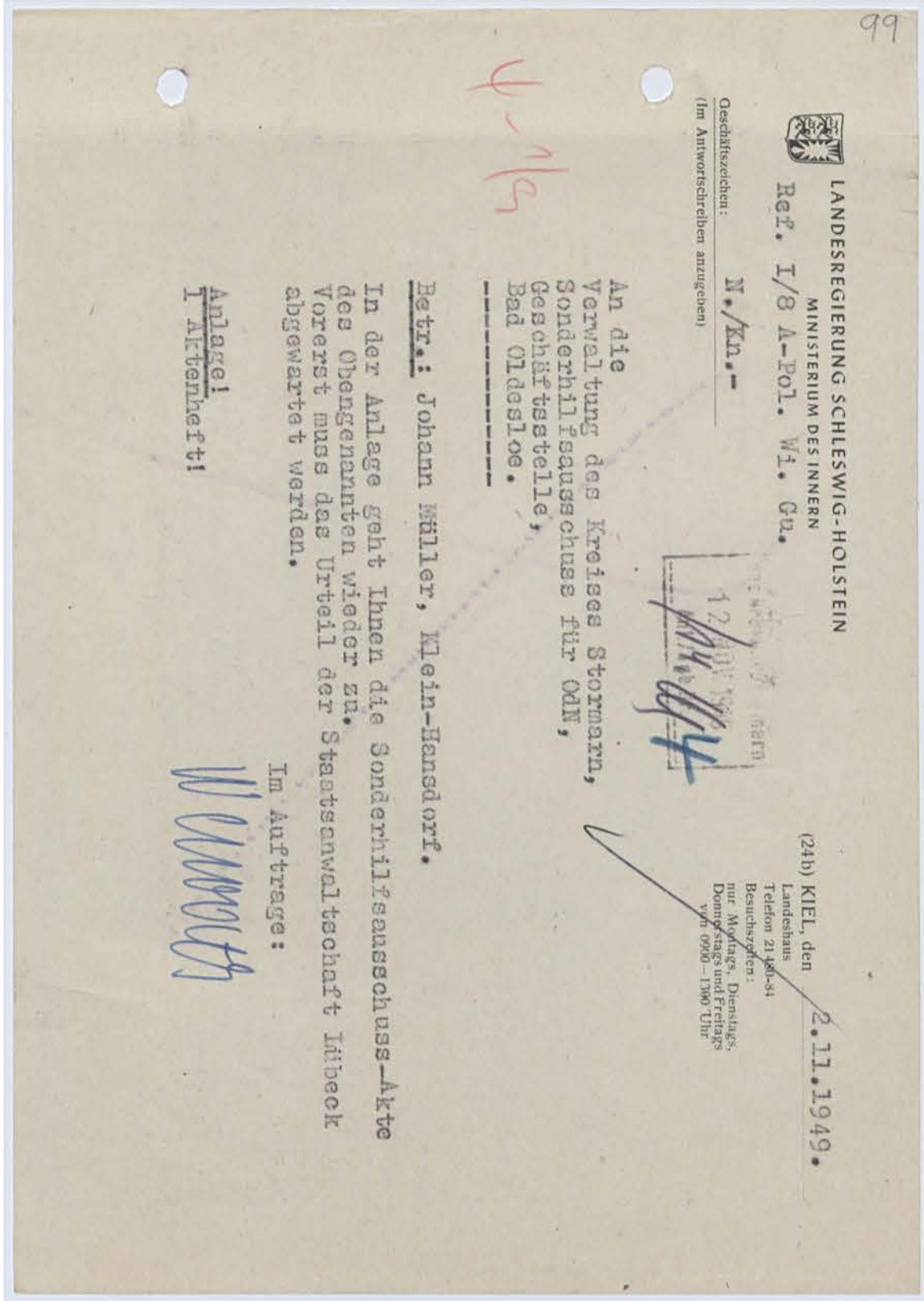
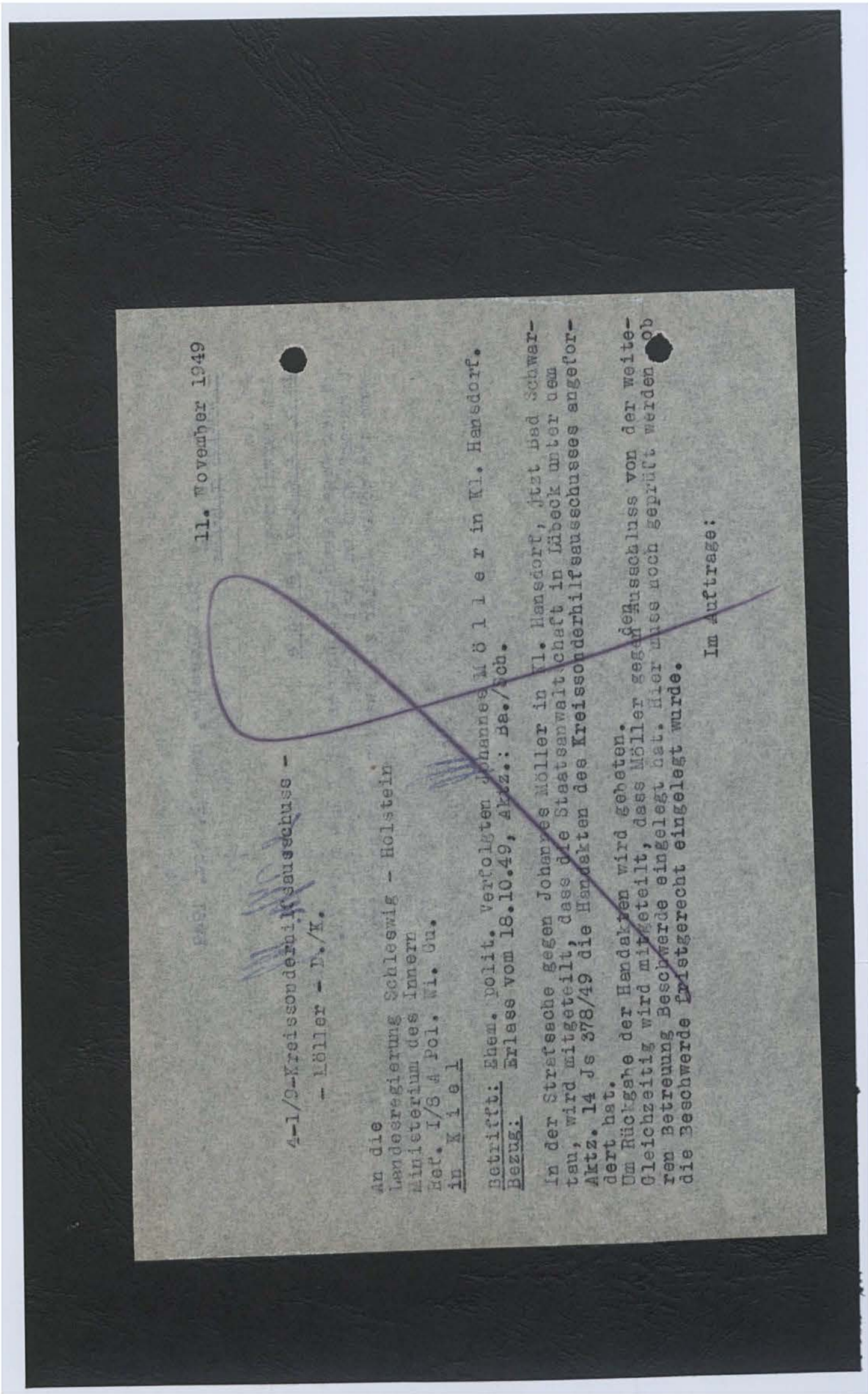
Kreisarchiv Stormarn B2

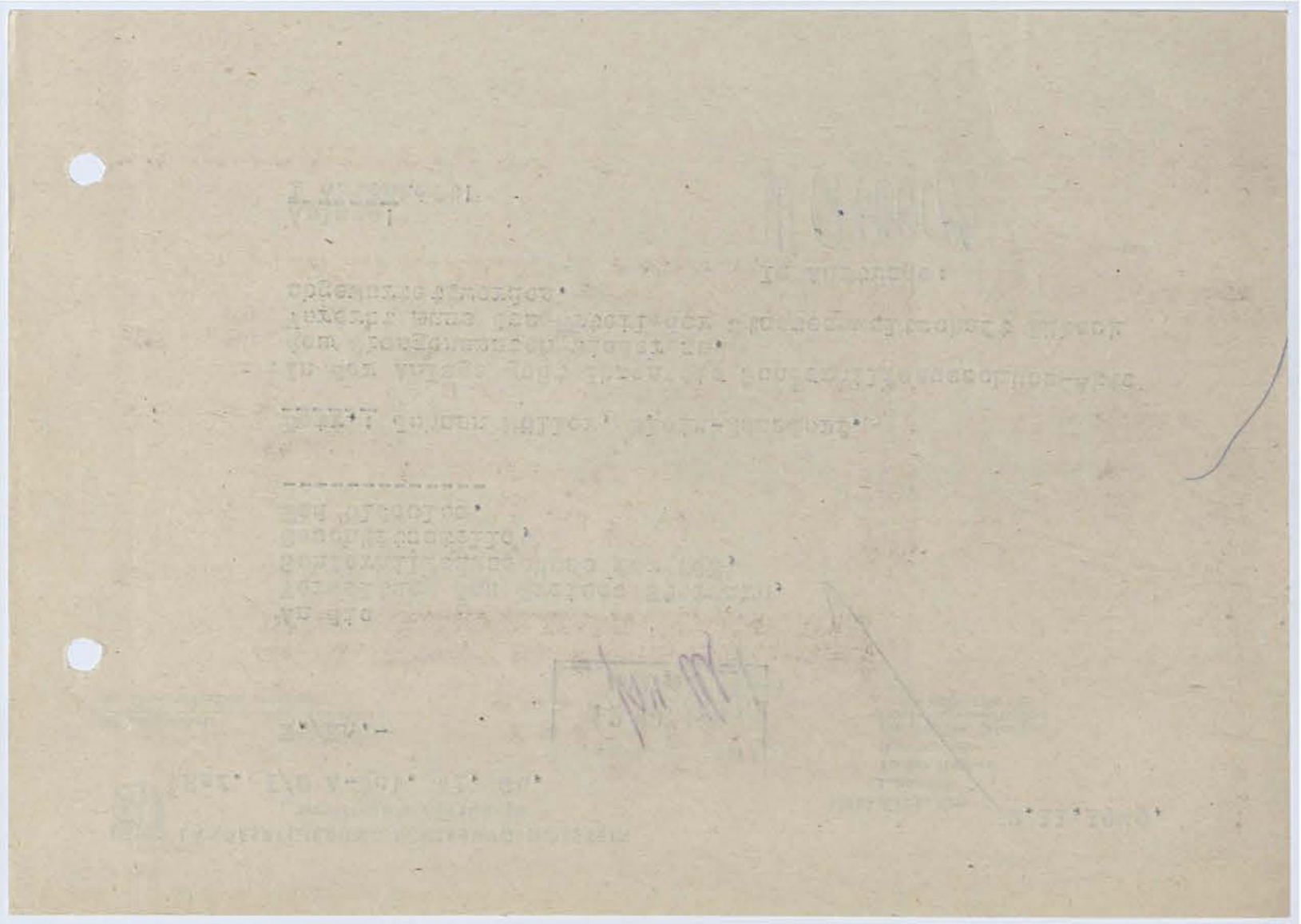
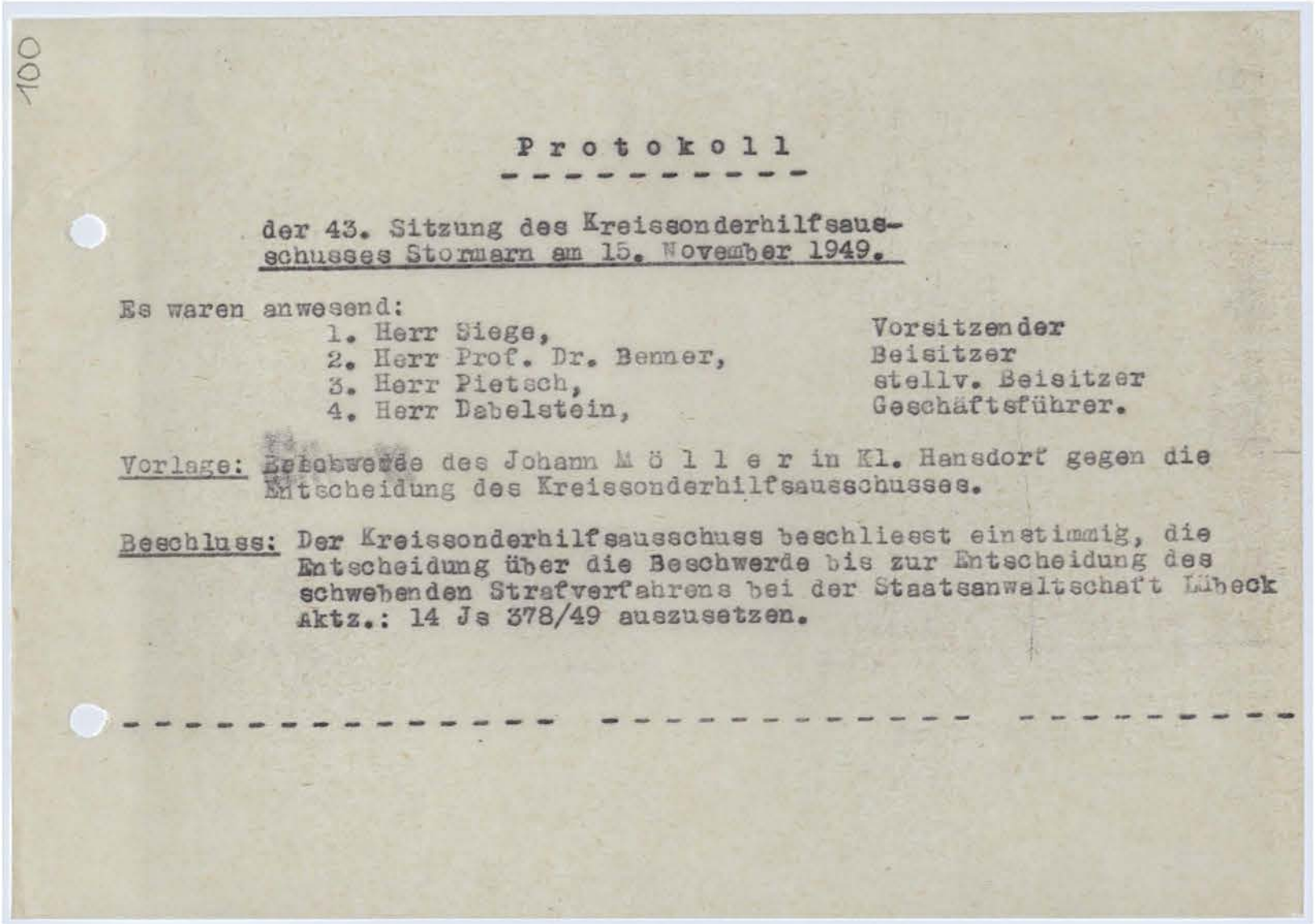






Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



101

18. November 1949

4-1/9-Kreissonderhilfsausschuss -
- Möller - D./K.

1/ An die
Staatsanwaltschaft
in L ü b e c k

In der Strafsache gegen Johannes M ö l l e r, jetzt wohnhaft in Bad
Schwartau

Aktz.: 14 Js. 378/49

werden anliegend unter Bezugnahme auf das dortige an die Polizei-
behörde Bad Oldesloe gerichtete Kreichen die Handakten des Kreis-
sonderhilfsausschusses überreicht, mit der Bitte um Rückgabe nach Gebrauch.

Zur Ergänzung des Strafantrages wird noch angezeigt, dass Anzeige we-
gen vorsätzlich falscher Angaben gemacht wird.

2/ly.

Im Auftrage:

100

Wktz.: 14 Js. 378/49

beschwerenden Kreissonderhilfsausschusses der der Staatsanwaltschaft in Lübeck
Einschreitung der der Beschwerde der zur Einschreitung der
Beschwerde: der Kreissonderhilfsausschusses beschuldeter Angeklagter, der
Einschreitung der Kreissonderhilfsausschusses.

Aktz.: 14 Js. 378/49

1. Herr ...
2. Herr ...
3. Herr ...
4. Herr ...

Es werden anliegend:

beschwerenden Kreissonderhilfsausschusses der der Staatsanwaltschaft in Lübeck
Einschreitung der der Beschwerde der zur Einschreitung der
Beschwerde: der Kreissonderhilfsausschusses beschuldeter Angeklagter, der
Einschreitung der Kreissonderhilfsausschusses.

B l o c k o r d

Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn B2



102

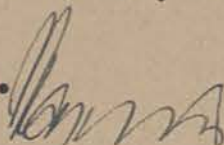
Amt Bargteheide
Kreis Stormarn
Der Amtmann

Bargteheide, den 25. 11. 1949

28. 11. 1949
Hr.

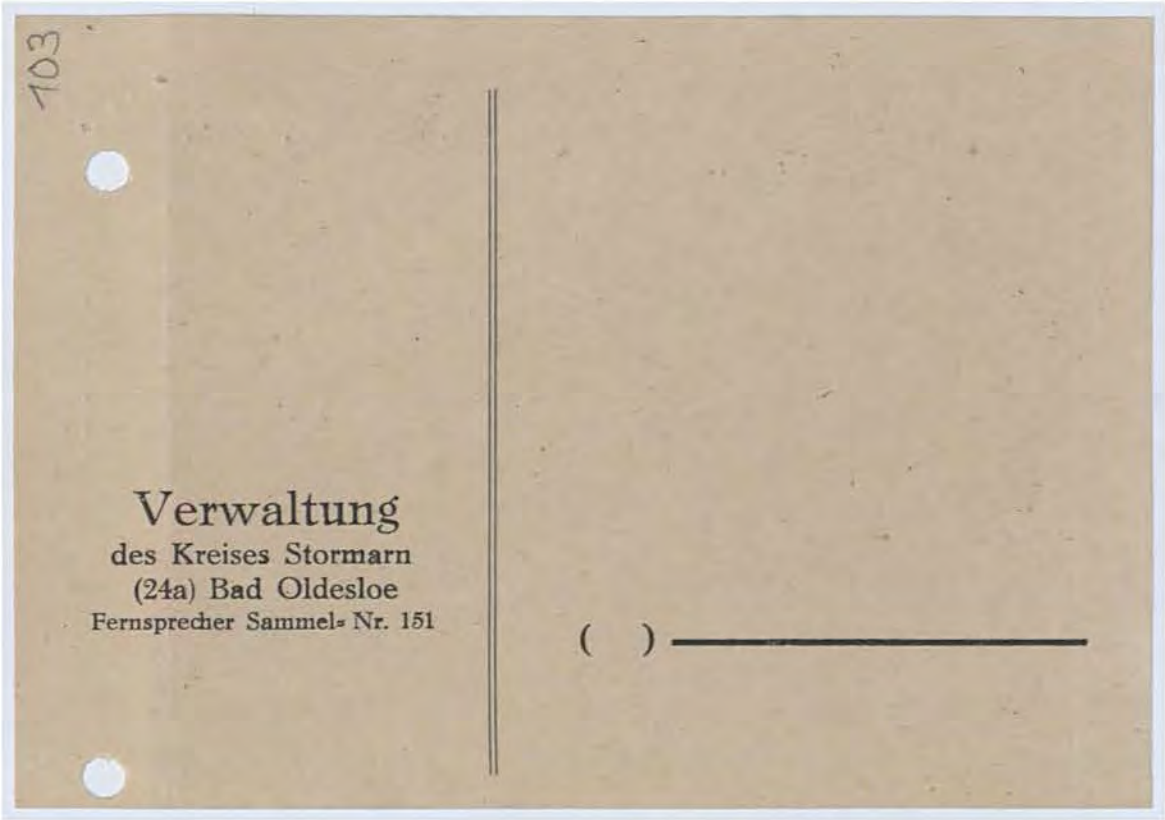
Urschriftlich
zur Verwaltung des Kreises Stormarn
- Kreissonderhilfsausschuss -
Bad Oldesloe

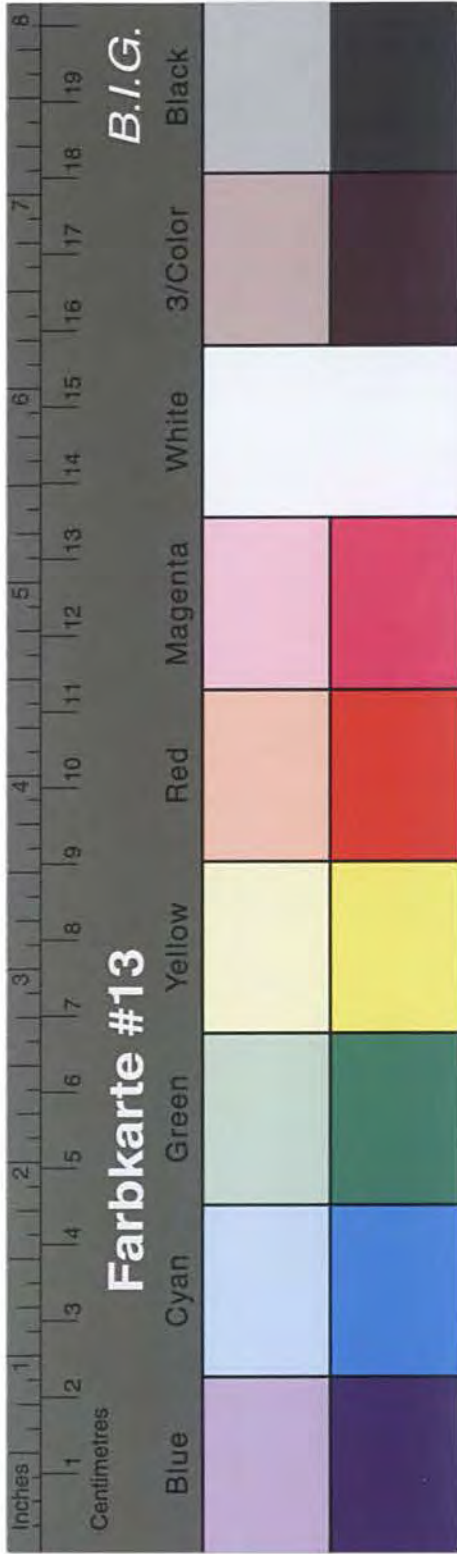
zurückgesandt. Johannes Möller m. Ehefrau
ist am 1.11.49 nach Bad Schwartau, Nikolaus-
Str. 47 verzogen.

I.A. 

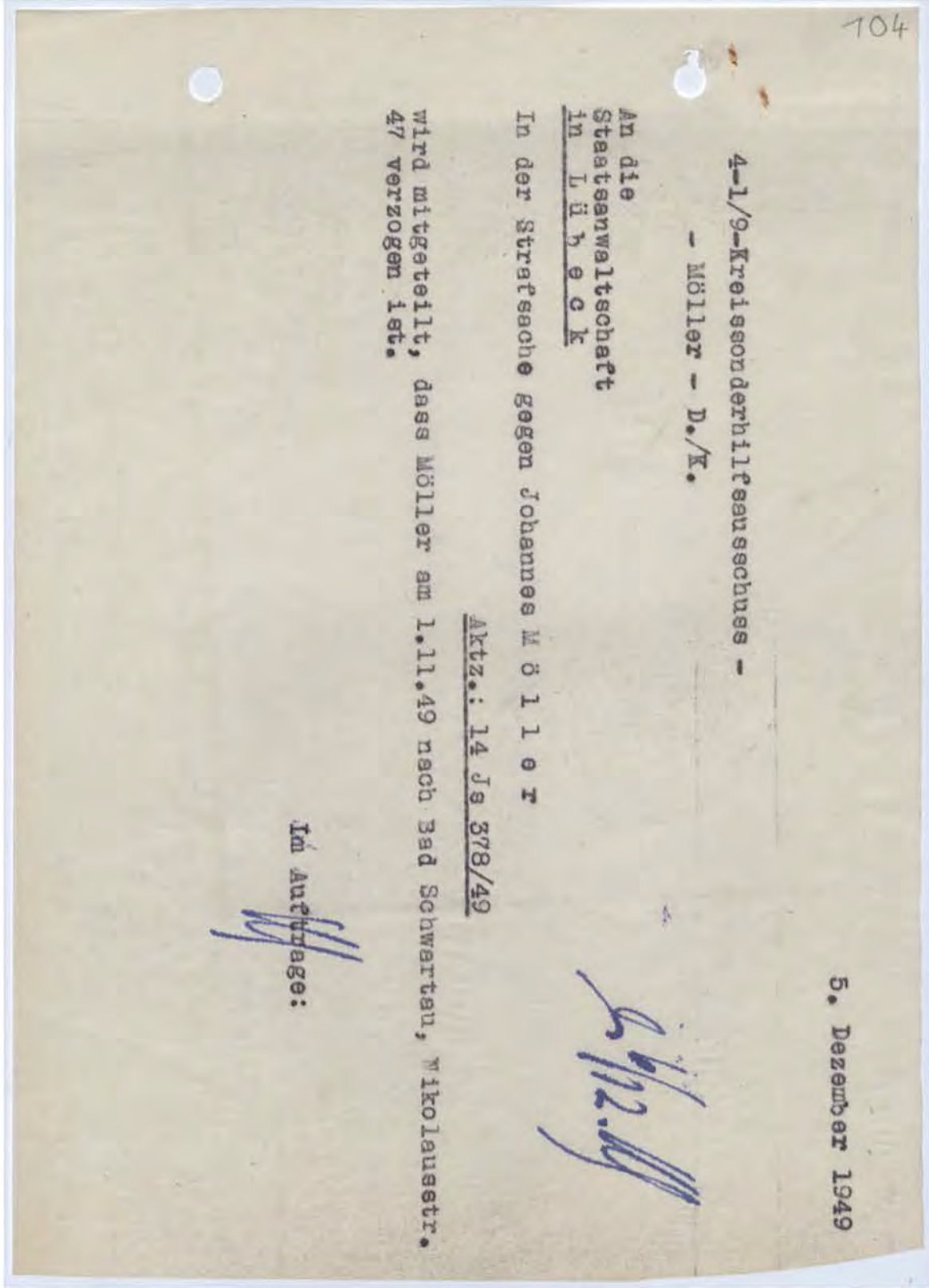
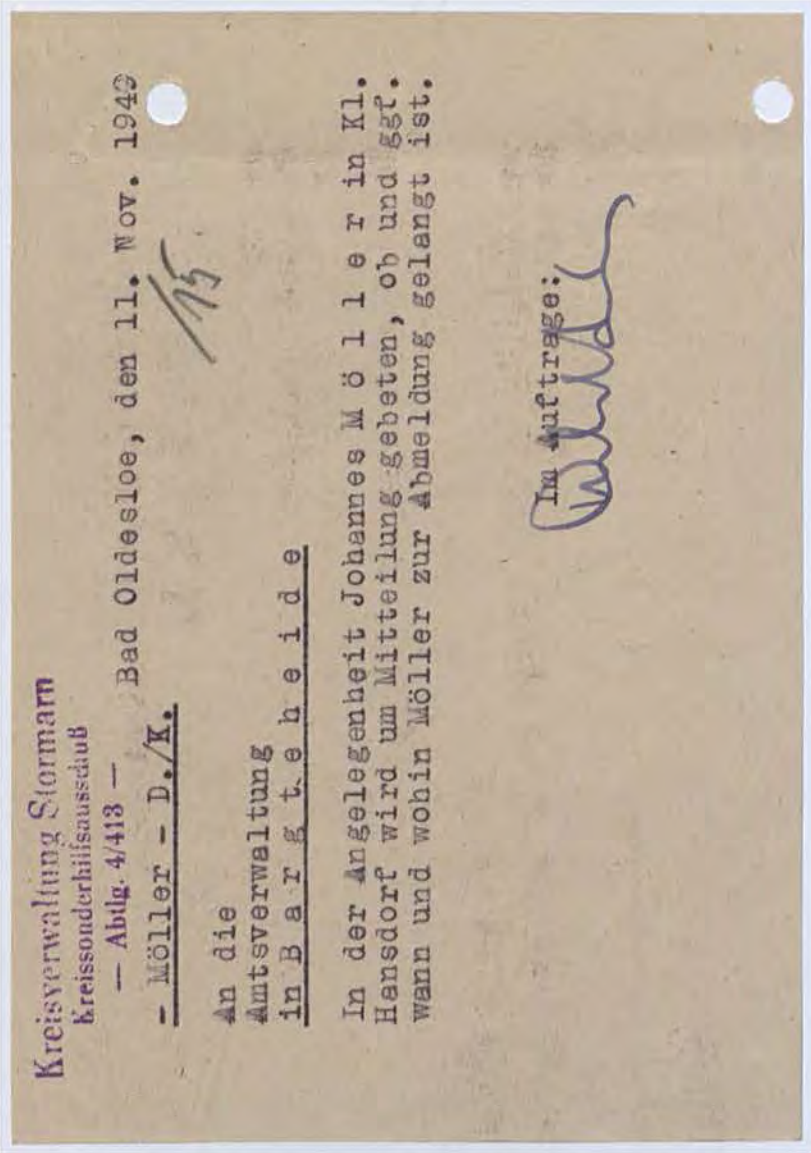
He

Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



705

h 24p. *U*

Lübeck.

In der Strafsache gegen Johannes M ö l l e r
-Aktenzeichen: 14 Js. 378/49 -
wird um Mitteilung über den Stand des Verfahrens gebeten.
Falls Strafanzeige erhoben ist bzw. wird, wird um
Erteilung einer Abschrift gebeten.

In Auftrage:

IN WITNESS:

REF: IN 10 248\40

IN T R P E C K
S t e e f a e n w a i f a c h e f t
A N d t e

4-Г\8-Клотаваонгэртгавласрлээ -

2° dezembro 1948

106

LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN
~~MINISTERIUM DES INNERN~~
Der Landesminister des Innern
Ref. I/8 A-Pol. Wi. Gu.
Ba./Kn.-

Geschäftszeichen:
(Im Antwortschreiben anzugeben)

(24b) KIEL, den 27. Jan. 1950.
Landeshaus
Telefon 21480-84

- 2. FEB. 1950
3.1.11.4

An die
Kreisverwaltung Stormarn,
Kreissonderhilfsausschuss für OdN,
Geschäftsstelle,
Bad Oldesloe.

4-1/9

Betr.: Haftentschädigungsantrag des OdN Johannes Möller,
Kl. Hansdorf.
Bezug: Dort. Schr. vom 10.10.49.

Mit o. a. Schreiben wurde gebeten, darüber zu entscheiden, ob
M. als politisch Verfolgter anzuerkennen sei oder nicht.
Mit hiesigem Schreiben vom 18.10.49 wurde um Hergabe der
Haftentschädigungsakte des M. gebeten. Diese ist aber bis
heute hier nicht eingetroffen.
Sollte der dortige SHA jetzt noch Wert auf die Ent-
scheidung legen, so wird um umgehende Übersendung der
Haftentschädigungsakte ersucht.

Im Auftrage:
W. M. M. M. M.

Kreisverwaltung Stormarn
Kreissonderhilfsausschuss
4/413

Bad Oldesloe, den _____ 1949

An
Herrn/Frau

in _____

In Ihrer Betreuungssache wird Ihnen mitgeteilt, dass der Kreis-
sonderhilfsausschuss in allen Betreuungssachen einen Strafre-
gisterauszug benötigt.
Die Staatsanwaltschaft _____ kann dem Kreissonder-
hilfsausschuss diese Auskunft ohne weiteres nicht erteilen und
fordert die Vorlage einer Vollmacht von Ihnen.
Da die Erteilung des Strafregisterauszuges in Ihrem eigenen Inte-
resse mit Rücksicht auf das inzwischen angenommene Haftentschädi-
gungsgesetz liegt, werden Sie gebeten, die anliegende Vollmacht zu
unterzeichnen und umgehend hierher zurückzureichen.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2



107

74/2. 11

Bezug: Erlaß vom 27.1.50, Aktz.: Ba./Kn.

Möller hatte bekanntlich in seiner eidesstattlichen Erklärung unrichtige Angaben gemacht. Im Auftrage:

Im Auftrage:

44.

Kreisarchiv Stormarn B2



108 Kreisverwaltung Stormarn
Kreissonderhilfsausschuß
- Abdr. 4/413 -
- Möller - D./K.

Bad Oldesloe, den 20. Februar 1950

An das
Rechtsamt
h i e r

Unter Bezugnahme auf die Rücksprache vom 17. d. Mts. wird anliegend die Betreuungsakte Johann M ö l l e r, früher Kl. Hansdorf überreicht mit der Bitte um Prüfung, ob die Amnestierung als gültig anerkannt werden kann.

Wäre dem Kreissonderhilfsausschuß bei der Antragstellung bekannt gewesen, dass M. der NSDAP. angehört hatte, wäre eine Ausnahmegenehmigung der brit. Militärregierung erforderlich gewesen. Möller hat seine Mitgliedschaft verschwiegen und dadurch eine monatl. OdN. - Rente nach dem Rentengesetz vom 4.3.48 in Höhe von 186,70 DM erhalten. Ihm wurde weiter ein Vorschuss auf seine Wiedermachungsforderungen in Höhe von 3.000,— RM und eine Beihilfe von 400,— RM bewilligt. Möller hat die Nichtangabe zur Mitgliedschaft zur NSDAP. öffentliche Mittel in Höhe von 6.073,21 DM in Anspruch genommen.

Im Auftrage:
[Signature]

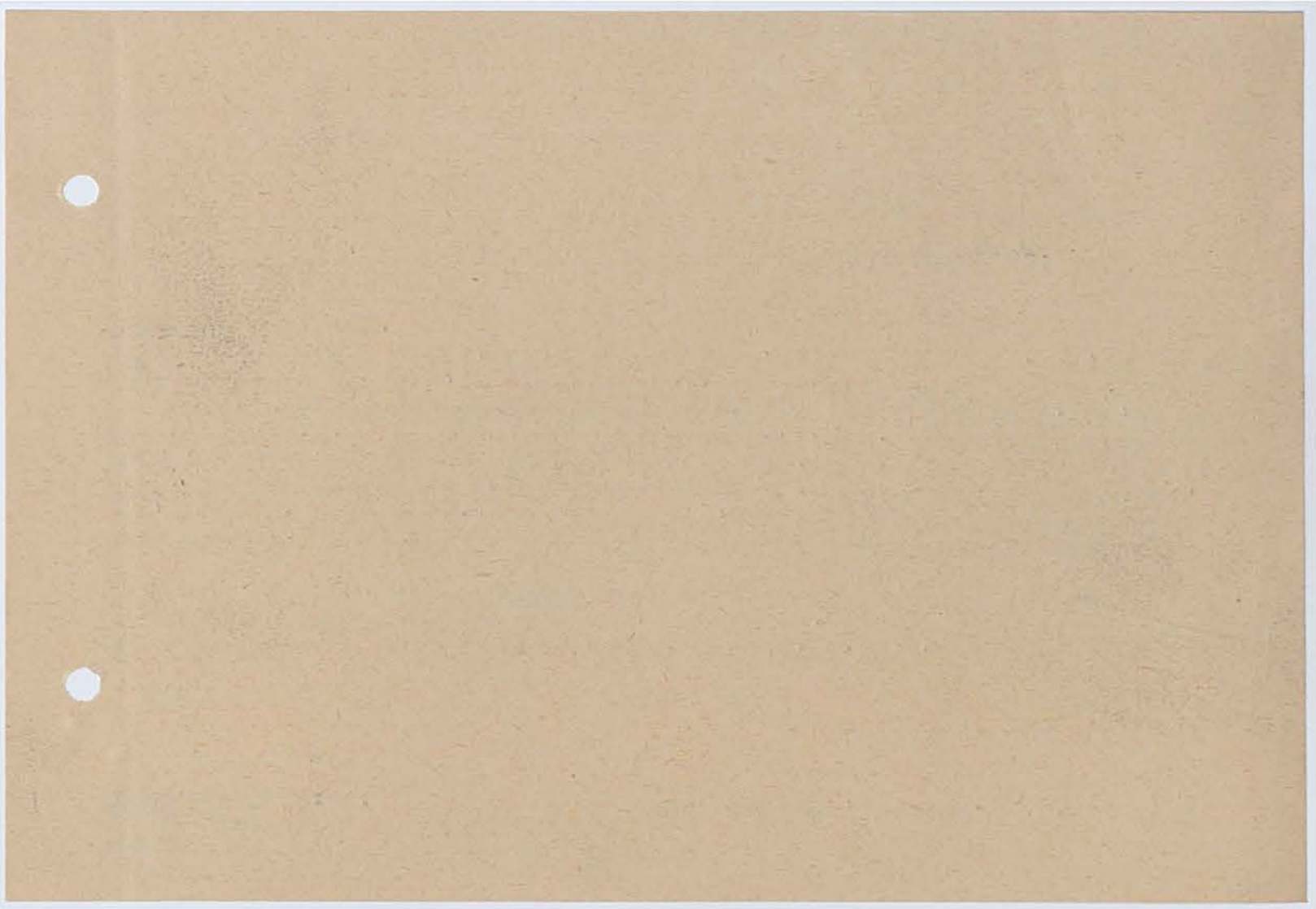
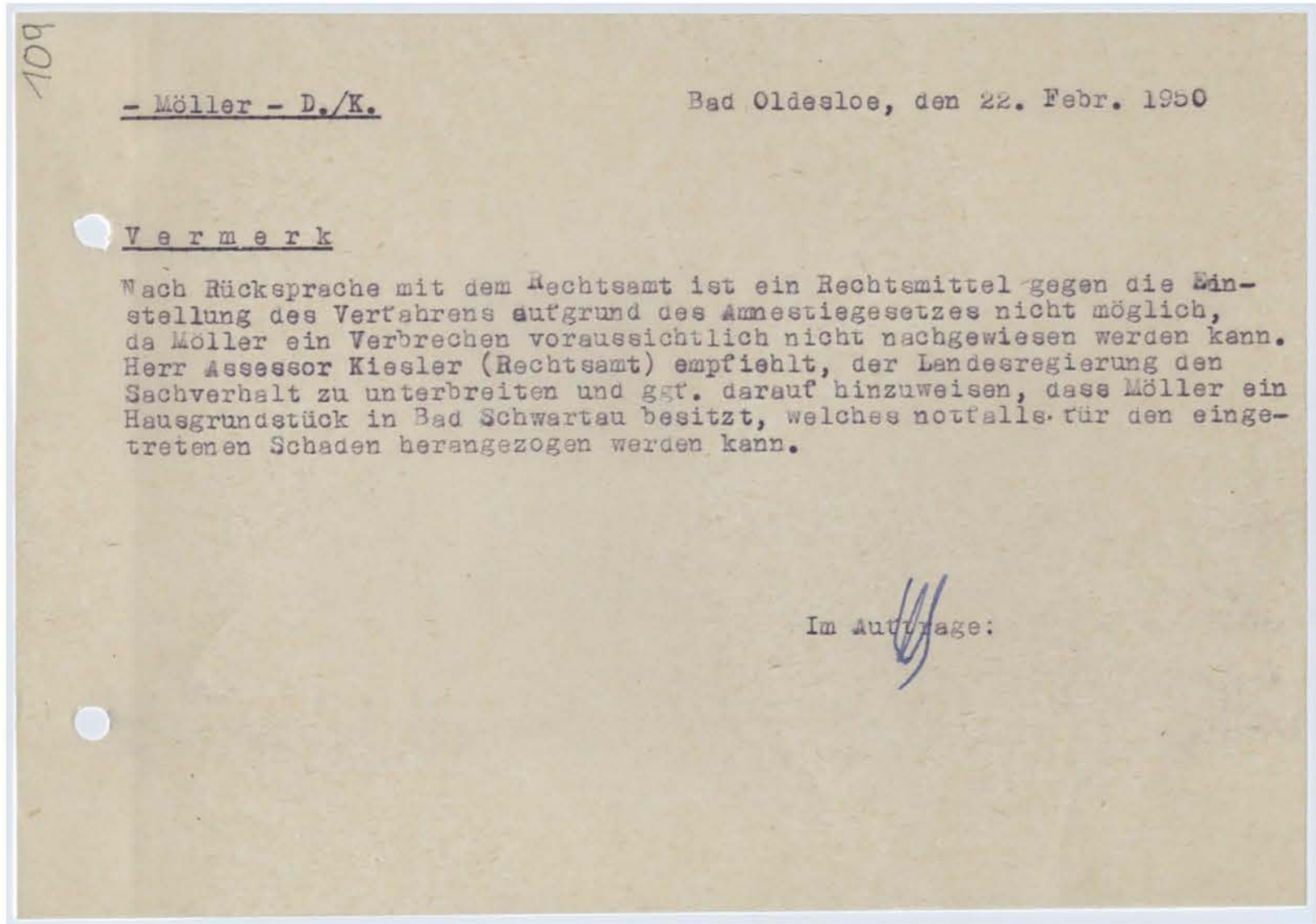
107

Im Auftrage:
[Signature]

10. Februar 1950

Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



110

22. Februar 1950

4-1/9-Kreissonderhilfsausschuss -
- Möller - D./K.

1/ An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Der Landesminister des Innern
Ref. I/8 A Pol. Wi. Gu. - W./Kn. -
in Kiel

In der Haftentschädigungs- und Rentensache Johann M ö l l e r , früher
wohnhaft in Kl. Hansdorf, jetzt in Bad Schwartau, werden anliegend die
Hauptakten des Kreissonderhilfsausschusses, sowie die Strafakten der Staats-
anwaltschaft Lübeck überreicht mit der Bitte um Kenntnisnahme von dem Ein-
stellungsbeschluss der Staatsanwaltschaft.
Der Kreissonderhilfsausschuss bittet um Stellungnahme, welche Massnahmen
jetzt eingeleitet werden sollen. Möller besitzt nach den bisher getroffe-
nen Feststellungen ein Grundstück in Bad Schwartau.
Er hat neben einer monatl. OdW.-Rente von 186,60 DM für die Zeit vom 1.1.
48 - 30.9.49 ins. 2.673,21 DM erhalten. Ihm ist ferner ein Darlehen als
Vorschuss auf die zu erwartenden Wiedergutmachungsleistungen von 3.000,— RM
und eine Beihilfe von 400,— RM gewährt worden.

4/4.

Im Auftrage:
fu

Im Auftrage:

Die folgenden Schäden werden geltend gemacht:

Der Schaden an der Wohnung in Bad Schwartau beträgt, wie aus dem Ein-
trag in der Wohnungskarte zu sehen ist, 1.000,— RM. Der Schaden an der
Haut (Hauterkrankung) beträgt, wie aus dem Eintrag in der Wohnungskarte
zu sehen ist, 1.000,— RM. Der Schaden an der Haut (Hauterkrankung) beträgt,
wie aus dem Eintrag in der Wohnungskarte zu sehen ist, 1.000,— RM.
Der Schaden an der Haut (Hauterkrankung) beträgt, wie aus dem Eintrag in der
Wohnungskarte zu sehen ist, 1.000,— RM.

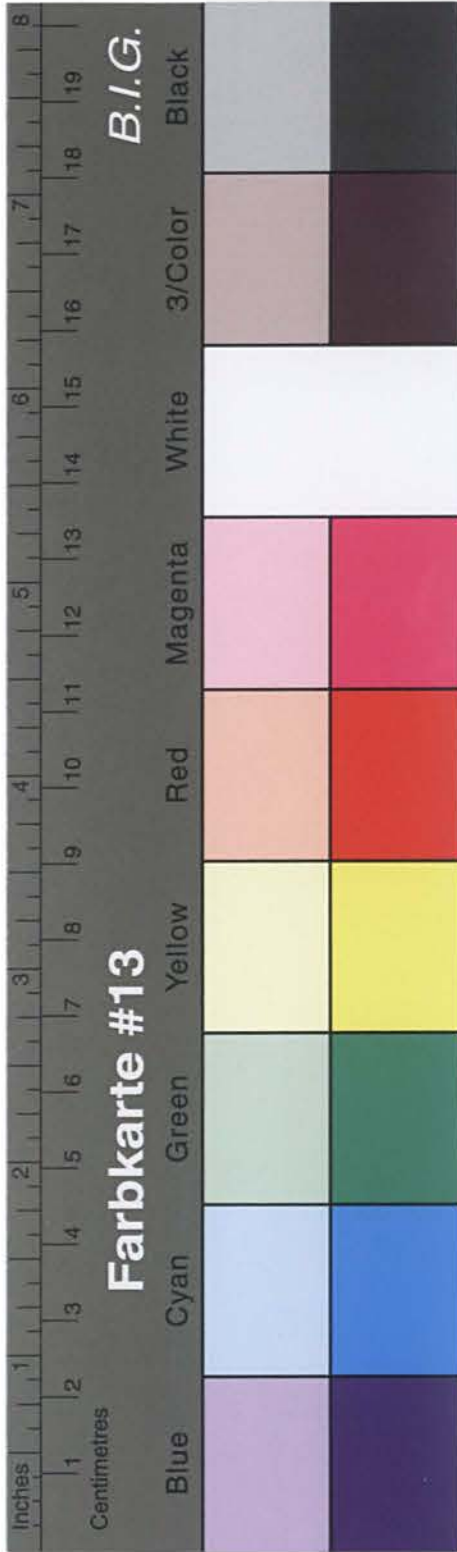
A n s c h l u s s

- Möller - D./K.

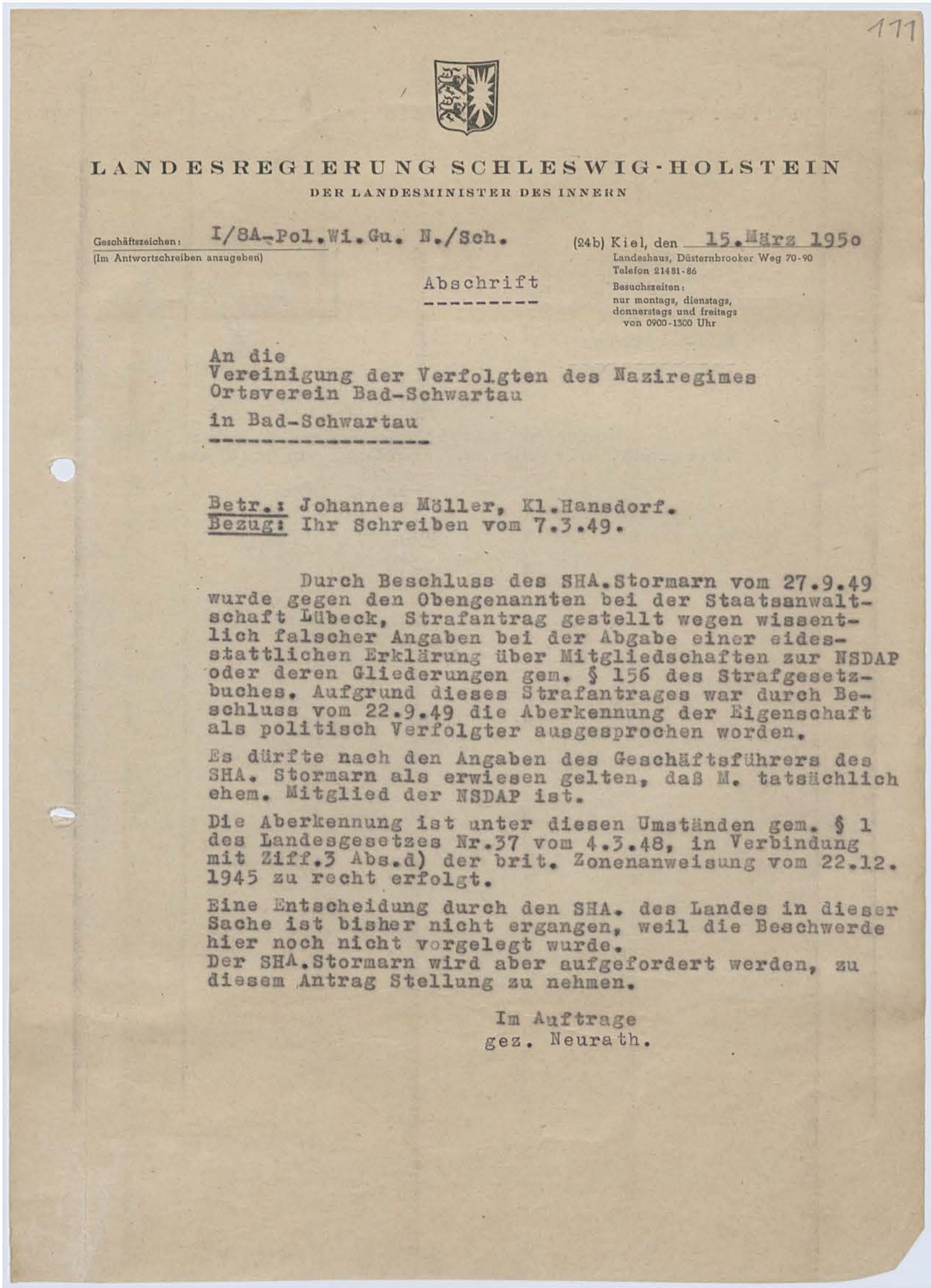
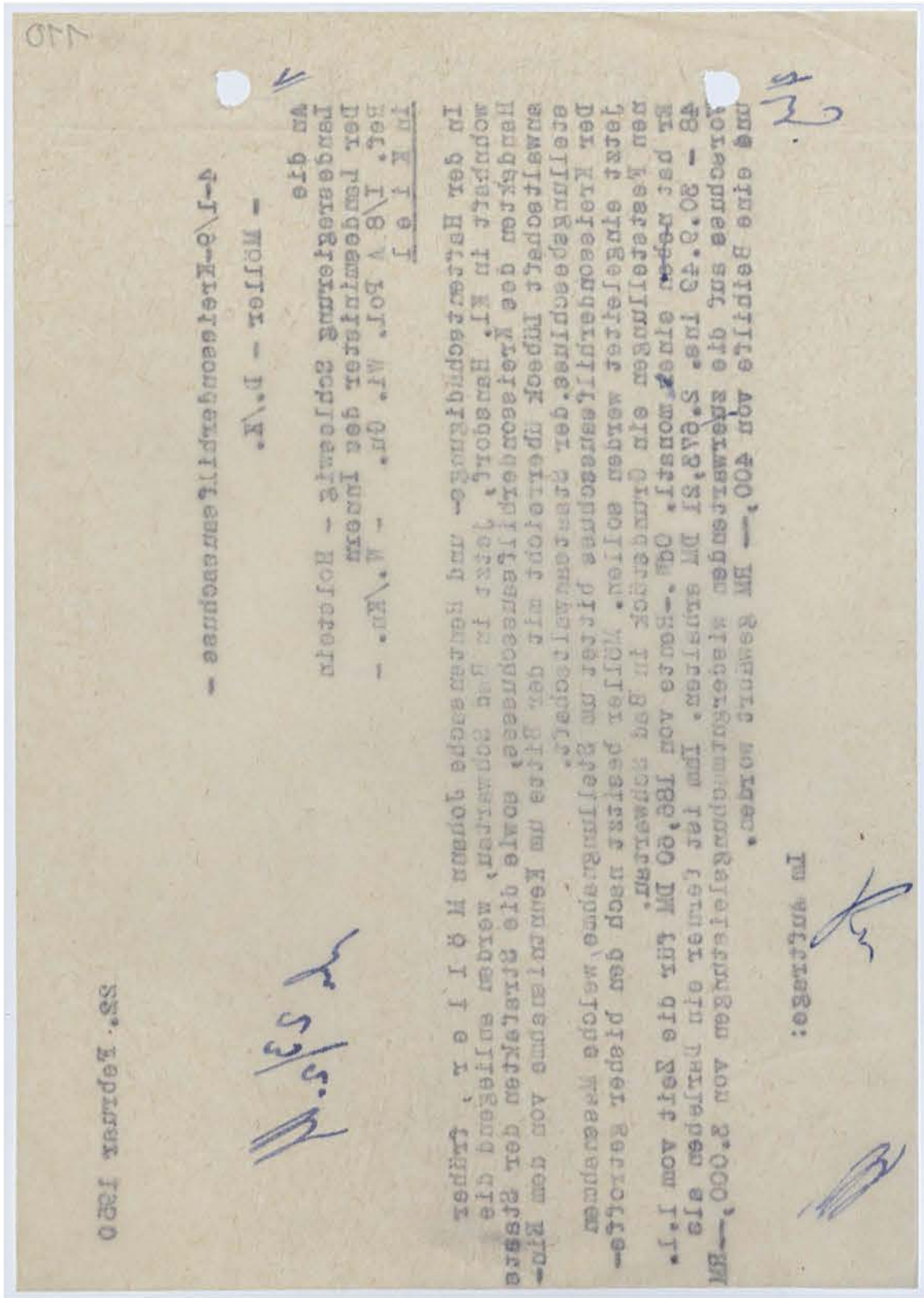
Bad Schwartau, den 22. Febr. 1950

Kreisarchiv Stormarn B2

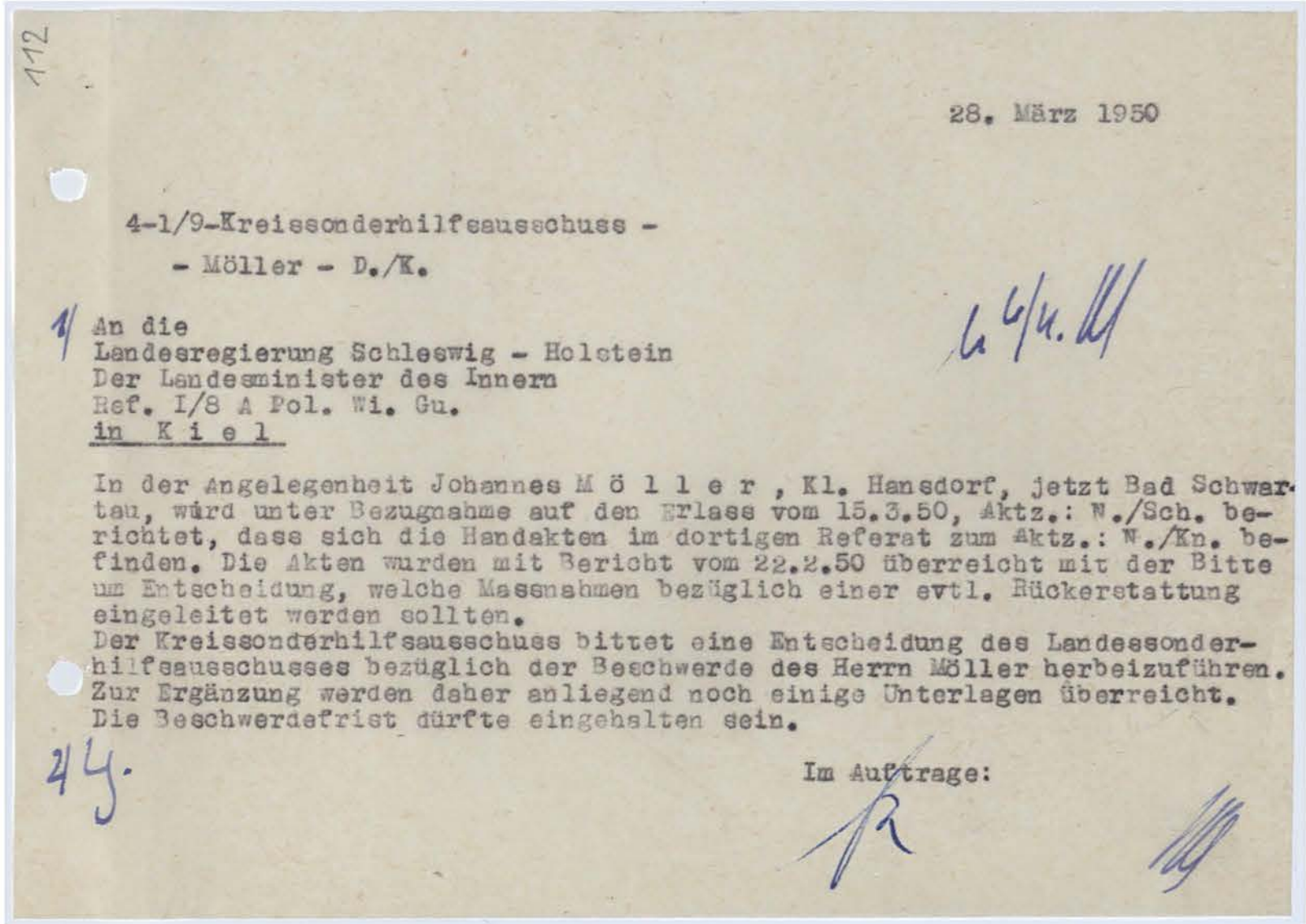
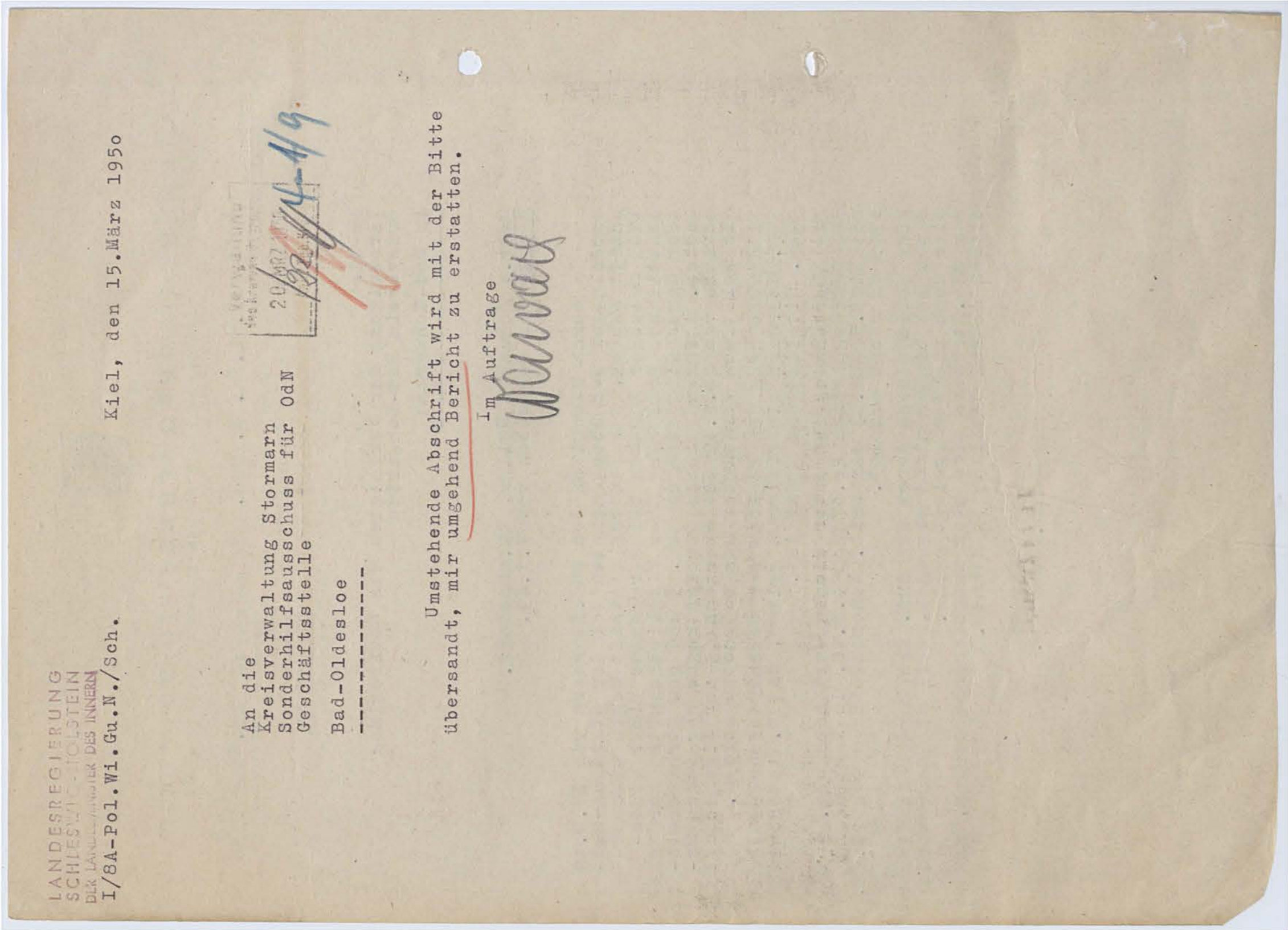


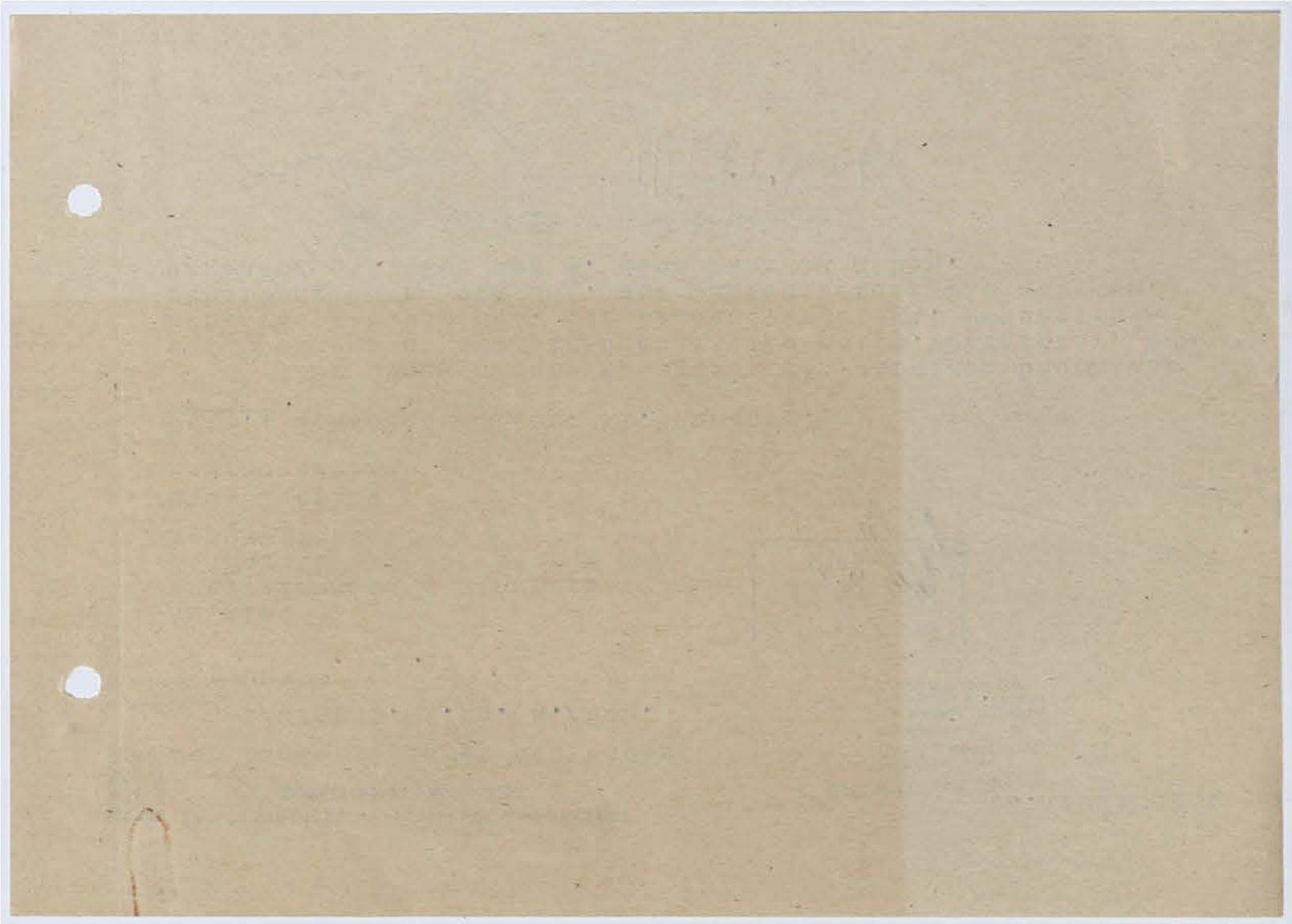
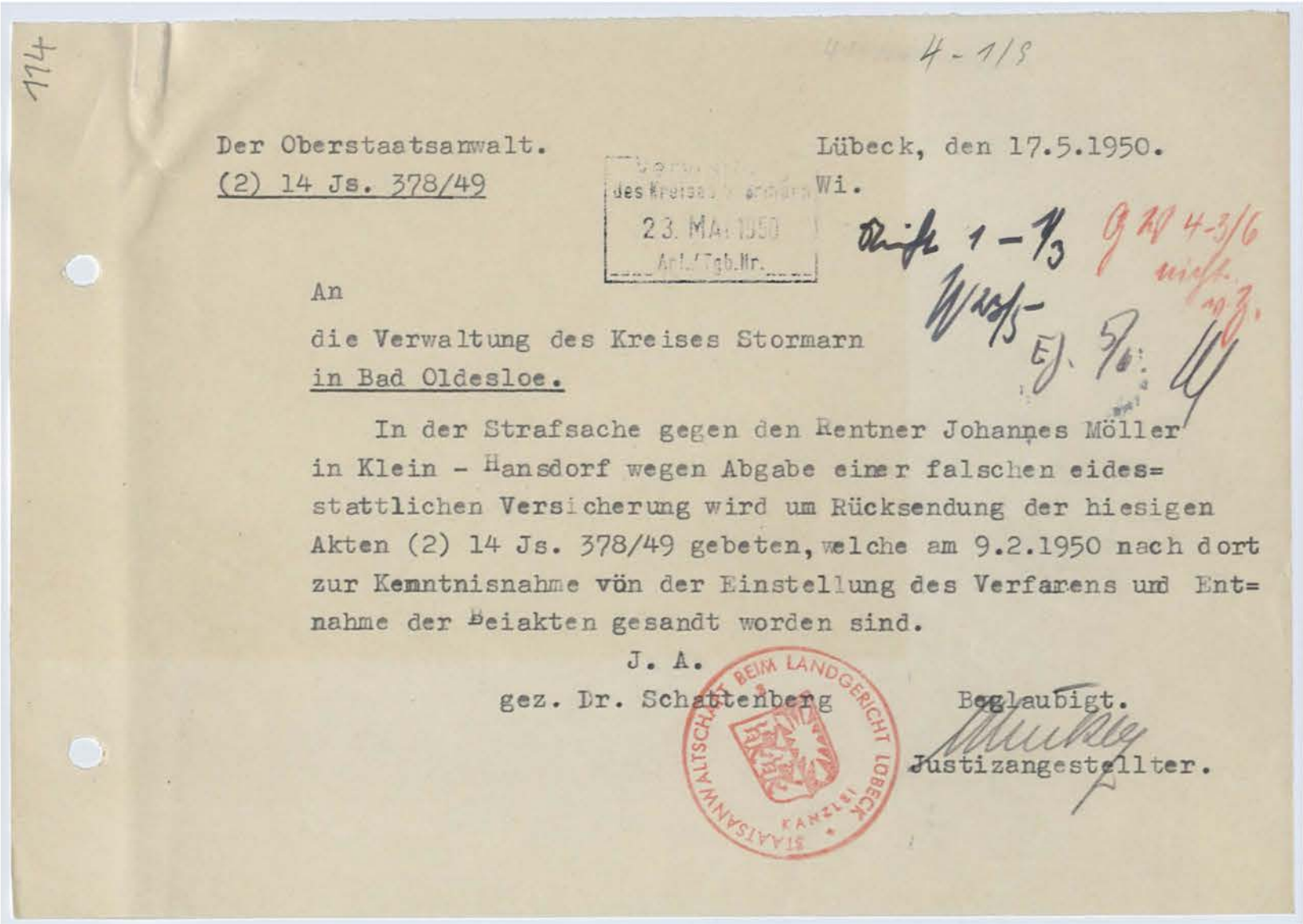


Kreisarchiv Stormarn B2



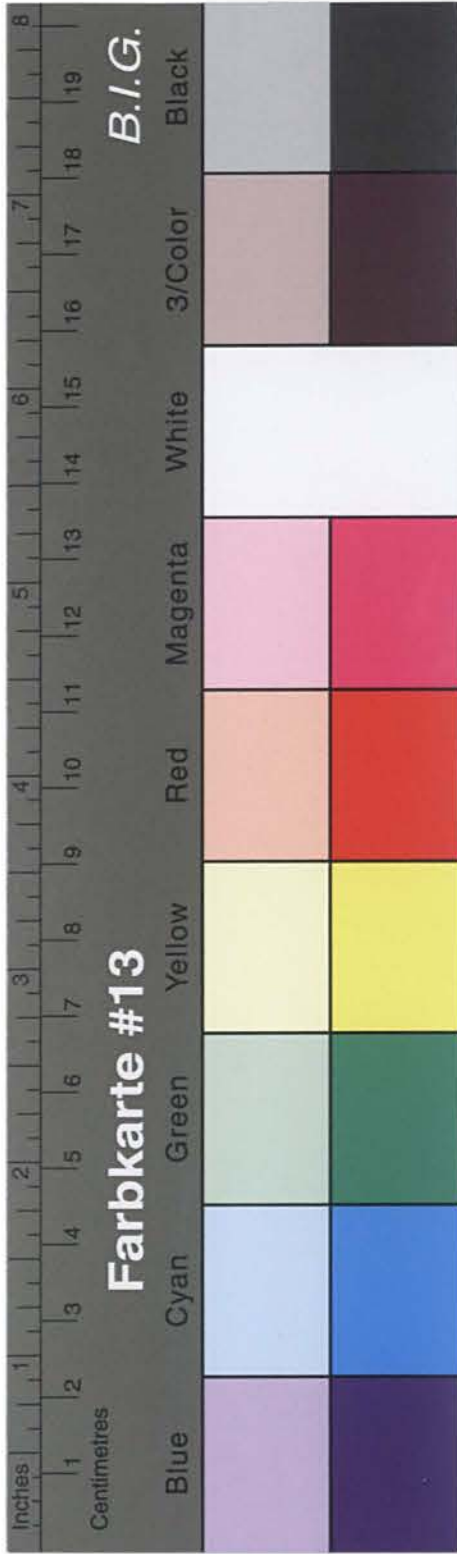
Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

I/8A - Pol.Wi.Gu. N./Sch. 12.Juni 1950

Abschrift

Herrn
Johannes M ö l l e r
Kl.Hansdorf

Krs.Stormarn

Betr.: Ihre Beschwerde gegen den Beschluss des
SHA.Oldesloe vom 22.9.49.

Der Sonderhilfsausschuss des Landes hat in
seiner Sitzung vom 27.5.50, Ihre Beschwerde gegen
obigen Beschluss zurückgewiesen und den Beschluss
des SHA.Stormarn bestätigt.

Begründung:

Es gilt als erwiesen, daß Sie Mitglied der NSDAP ge-
wesen sind. Diese Mitgliedschaft in der NSDAP schließt
gem. § 1 in Verbindung mit der brit. Mil.Reg.Verord-
nung vom 22.12.45, Abs.3, Ziff. d) des Landesgesetzes
Nr.37, Ihre Anerkennung als polit.Verfolgten bzw.
Opfer des Nat.Soz. nach dem Landesgesetz Nr.37 und 38,
beide vom 4.3.48, aus.

Gegen diesen Bescheid steht Ihnen das Rechtsmittel
der Klage beim Landesverwaltungsgericht, innerhalb
eines Monats nach Zustellung, zu.

Im Auftrage
gez.Neurath.



LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN
MINISTERIUM DES INNERN

Geschäftszeichen: I/8 A - Pol.Wi.Gu. Z./Ra.
(Im Antwortschreiben anzugeben)

176
(24b) KIEL, den 24. Juni 1950.
Landeshaus
Telefon 21480-84
Besuchszeiten:
nur Montags, Dienstags,
Donnerstags und Freitags
von 0900-1300 Uhr

An den
Herrn Landrat,
- Kreissonderhilfsausschuss -
in Bad Oldesloe.



Betr.: Haftentschädigung und Rentenangelegenheit
Johann M ö l l e r, Bad Schwartau, Nikolausstr.47.

Bezug: Bericht vom 22. Febr. 1950, G.Z.: Möller D./K.

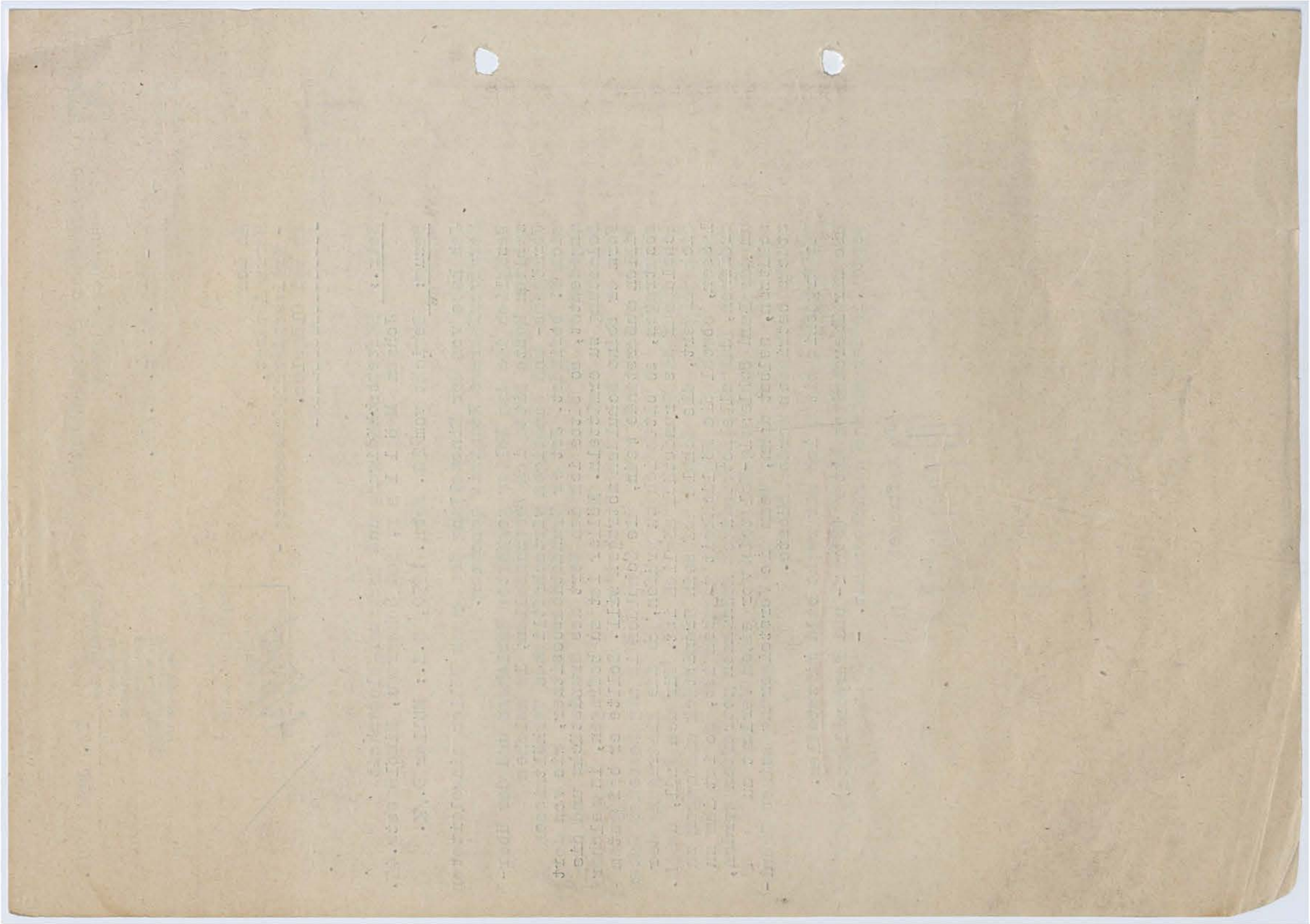
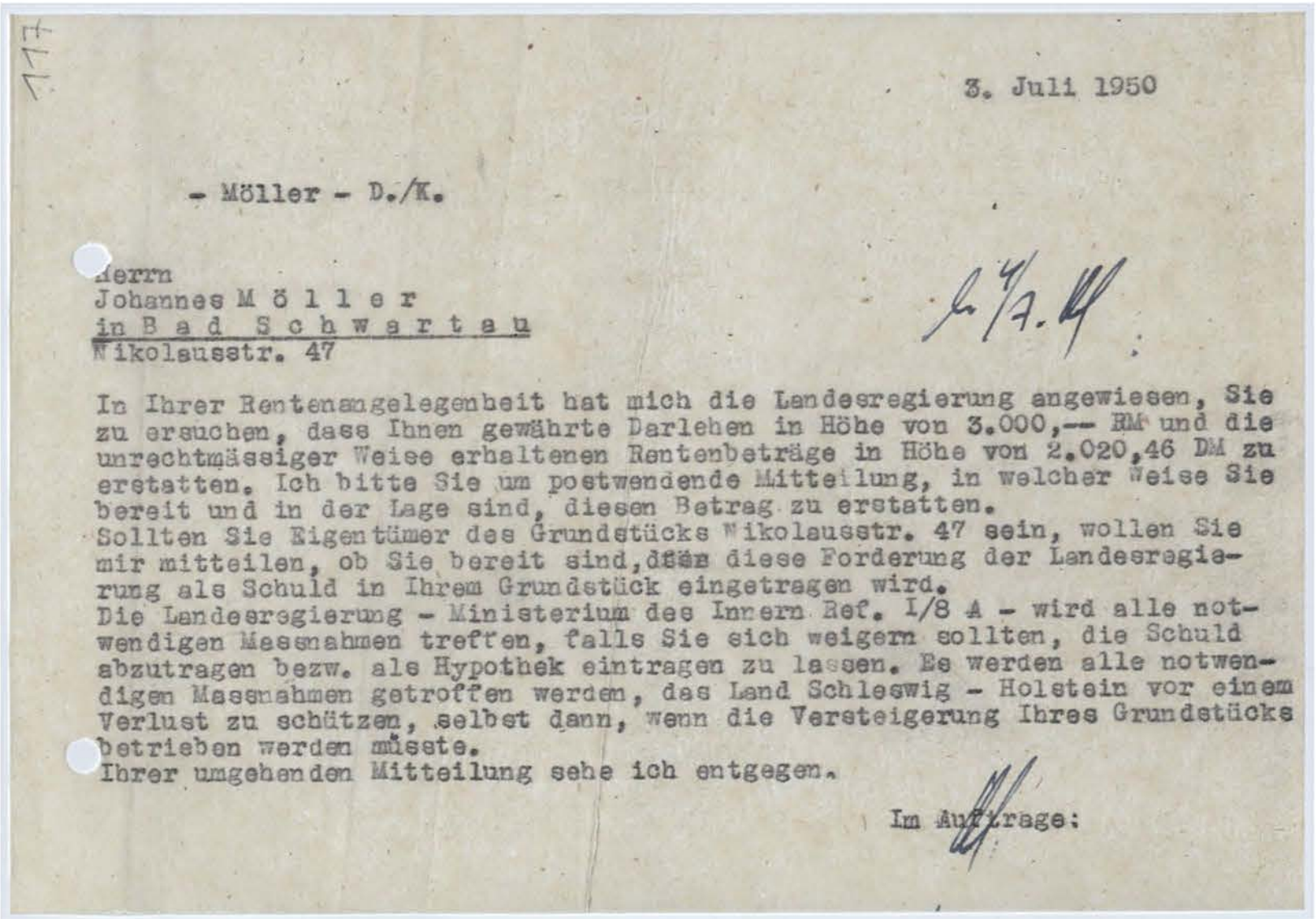
Jch habe von der Einstellung des gegen Möller eingeleiteten
Strafverfahrens Kenntnis genommen.

Bezüglich des dem Möller gewährten Darlehens und der über-
zahlten Rente bitte ich festzustellen, in welchen
Vermögens- und sonstigen wirtschaftlichen Verhältnissen
sich M. befindet. Ist er Grundstücksbesitzer, wie von dort
angedeutet, so bitte ich den Wert des Grundstücks und die
Belastung zu ermitteln. Möller ist zu befragen, in welcher
Form er seine Schulden abtragen will. Sollte er bei gutem
Willen außerstande sein, die Schulden in angemessenen Raten
abzutragen, so bitte ich zu prüfen, ob die Eintragung der
Schuld auf das Grundstück möglich ist. Für den Fall, daß M.
sich weigert, die Schuld auf sein Grundstück eintragen zu
lassen, obwohl die Möglichkeit gegeben ist, so ist ihm zu
eröffnen, daß alle notwendigen Maßnahmen getroffen werden,
um das Land Schleswig-Holstein vor einem Verlust zu
schützen, selbst dann, wenn die Versteigerung seines Grund-
stücks betrieben werden müßte.

Das Ergebnis bitte ich mir recht bald mitzuteilen.
Die mir übersandten Akten (Straf- und Personalakte)
werden in der Anlage zurückgesandt. -

Im Auftrage!

Neurath



Kreisarchiv Stormarn B2



178

3. Juli 1950

- Möller - D./K.

An die
Stadtverwaltung
in B a d S c h w a r t a u

Der zu Bad Schwartau, Nikolausstr. 47 wohnhafte Johannes M ö l l e r
hat von dem Kreissonderhilfeausschuss Stormarn bezw. der Landesregierung
Schleswig - Holstein ein Darlehen von 3.000,— RM und eine OdW.-Rente von
2.000,— DM erhalten. Beide Zahlungen sind zu Unrecht erfolgt. Möller war
nicht als OdW. anzuerkennen. Ein entsprechendes Strafverfahren wurde je-
doch eingestellt auf-grund des Amnestiegesetzes.
Bezüglich des Herrn Möller gewährten Darlehens und der überzahlten Rente
bitte ich festzustellen, in welchen Vermögens- und sonstigen wirtschaft-
lichen Verhältnissen sich Möller befindet. Ist er Eigentümer des Grund-
stücks Nikolausstr. 47? Wie hoch ist der Wert des Grundstückes und welche
Belastungen sind vorhanden? Sollte ggf. seine Ehefrau Eigentümerin des
Grundstücks sein, bitte ich um Feststellung, ob etwa ein Gütertrennungs-
vertrag vorliegt.

Im Auftrage:

Im Auftrage:

Bitte nachstehenden Mitteilung sehr sorgfältig entgegen-
nehmen und prüfen.
Der Herr zu Bad Schwartau, Nikolausstr. 47 wohnhafte Johannes M ö l l e r
hat von dem Kreissonderhilfeausschuss Stormarn bezw. der Landesregierung
Schleswig - Holstein ein Darlehen von 3.000,— RM und eine OdW.-Rente von
2.000,— DM erhalten. Beide Zahlungen sind zu Unrecht erfolgt. Möller war
nicht als OdW. anzuerkennen. Ein entsprechendes Strafverfahren wurde je-
doch eingestellt auf-grund des Amnestiegesetzes.
Bezüglich des Herrn Möller gewährten Darlehens und der überzahlten Rente
bitte ich festzustellen, in welchen Vermögens- und sonstigen wirtschaft-
lichen Verhältnissen sich Möller befindet. Ist er Eigentümer des Grund-
stücks Nikolausstr. 47? Wie hoch ist der Wert des Grundstückes und welche
Belastungen sind vorhanden? Sollte ggf. seine Ehefrau Eigentümerin des
Grundstücks sein, bitte ich um Feststellung, ob etwa ein Gütertrennungs-
vertrag vorliegt.

Mit freundlichen Grüßen
Johannes M ö l l e r

- Möller - D./K.

3. Juli 1950

Kreisarchiv Stormarn B2



179

3. Juli 1950

- Möller - D./K.

An den
Herrn Oberstaatsanwalt
in L ü b e c k

In der Strafsache gegen Johannes M ö l l e r

Aktz.: 14 Js. 378/49

/ reiche ich in Erledigung des dortigen Ersuchens vom 17.5.50 die Straf-
akten zurück.
Die Akten wurden hier noch benötigt, um zu prüfen, ob und ggf. welche
weiteren Massnahmen gegen Möller, der sich jetzt in Bad Schwartau,
Nikolausstr. 47 befindet, zu ergreifen waren.

Im Auftrage: *[Signature]*

Im Auftrage: *[Signature]*

178

3. Juli 1950

- Möller - D./K.

Kreisarchiv Stormarn B2



120

Kreis E u t i n
Der Landrat
Kreissonderhilfs-Ausschuss

Eutin, den 14. Juli 1950

4-1/9

An
den Kreissonderhilfs-Ausschuß Stormarn
in
Bad Oldesloe

Betr.: Haftentschädigung Johann M ö l l e r , Bad Schwartau.

Der Obengenannte hat bei dem KSHA. Eutin einen Antrag auf Haftentschädi-
gung gestellt. Er gibt an, auch bereits bei dem dortigen KSHA. seine
Ansprüche geltend gemacht zu haben. Der Kreissonderhilfs-Ausschuß bit-
tet um Mitteilung, ob die Angelegenheit dort bereits bearbeitet worden
ist. Falls dieses nicht der Fall ist, bittet der KSHA. um Übersendung
der Vorgänge, damit eine weitere Bearbeitung vom KSHA. Eutin vorgenom-
men werden kann.

Im Auftrage:
Mann
Geschäftsführer

Im Auftrage:

Der Obengenannte hat bei dem KSHA. Eutin einen Antrag auf Haftentschädi-
gung gestellt. Er gibt an, auch bereits bei dem dortigen KSHA. seine
Ansprüche geltend gemacht zu haben. Der Kreissonderhilfs-Ausschuß bit-
tet um Mitteilung, ob die Angelegenheit dort bereits bearbeitet worden
ist. Falls dieses nicht der Fall ist, bittet der KSHA. um Übersendung
der Vorgänge, damit eine weitere Bearbeitung vom KSHA. Eutin vorgenom-
men werden kann.

Im Auftrage:
Mann
Geschäftsführer

3. Juli 1950

Kreisarchiv Stormarn B2



121

20. Juli 1950

- Möller - D./K.

An den
Kreissonderhilfsausschuss
in E u t i n

In der Haftentschädigungssache Johann M ö l l e r in Bad Schwartau nehme ich Bezug auf das dortige Schreiben vom 14. d. Mts. und teile mit, dass der Kreissonderhilfsausschuss Stormarn zum Haftentschädigungsantrag noch nicht Stellung genommen hat. Möller war Mitglied der WSDAP. Er hatte diese seine Mitgliedschaft bei der Anerkennung als ehem. polit. Verfolgten nicht angegeben. Ein vom dem Kreissonderhilfsausschuss eingeleitetes Strafverfahren wurde eingestellt (Amnestie). Inzwischen hat der Landessonderhilfsausschuss zur Beschwerde des Möller Stellung genommen und die weitere Anerkennung desselben als ehem. polit. Verfolgten abgelehnt. Ein entsprechender Bescheid wurde Möller mit Schreiben vom 12.6.50 erteilt. Es steht M. jetzt frei, Klage beim Landesverwaltungsgericht zu erheben. Ich werde den Haftentschädigungsantrag des Möller in der nächsten Sitzung dem Ausschuss zur Entscheidung vorlegen.

Im Auftrage:

h 27/7. //

0684

Kreisverwaltung
Eutin

Frei

An den Kreissonderhilfs-Ausschuß Stormarn

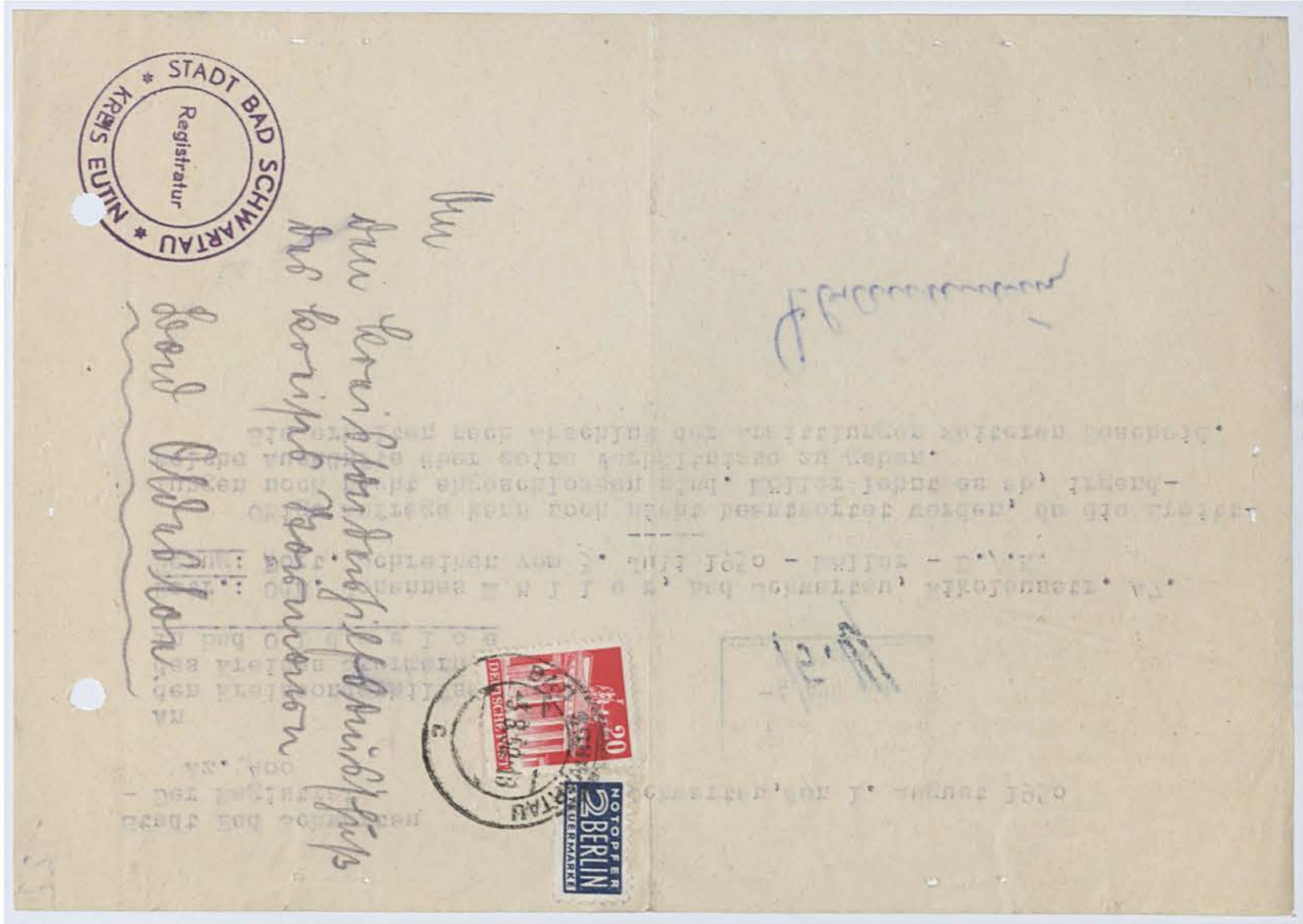
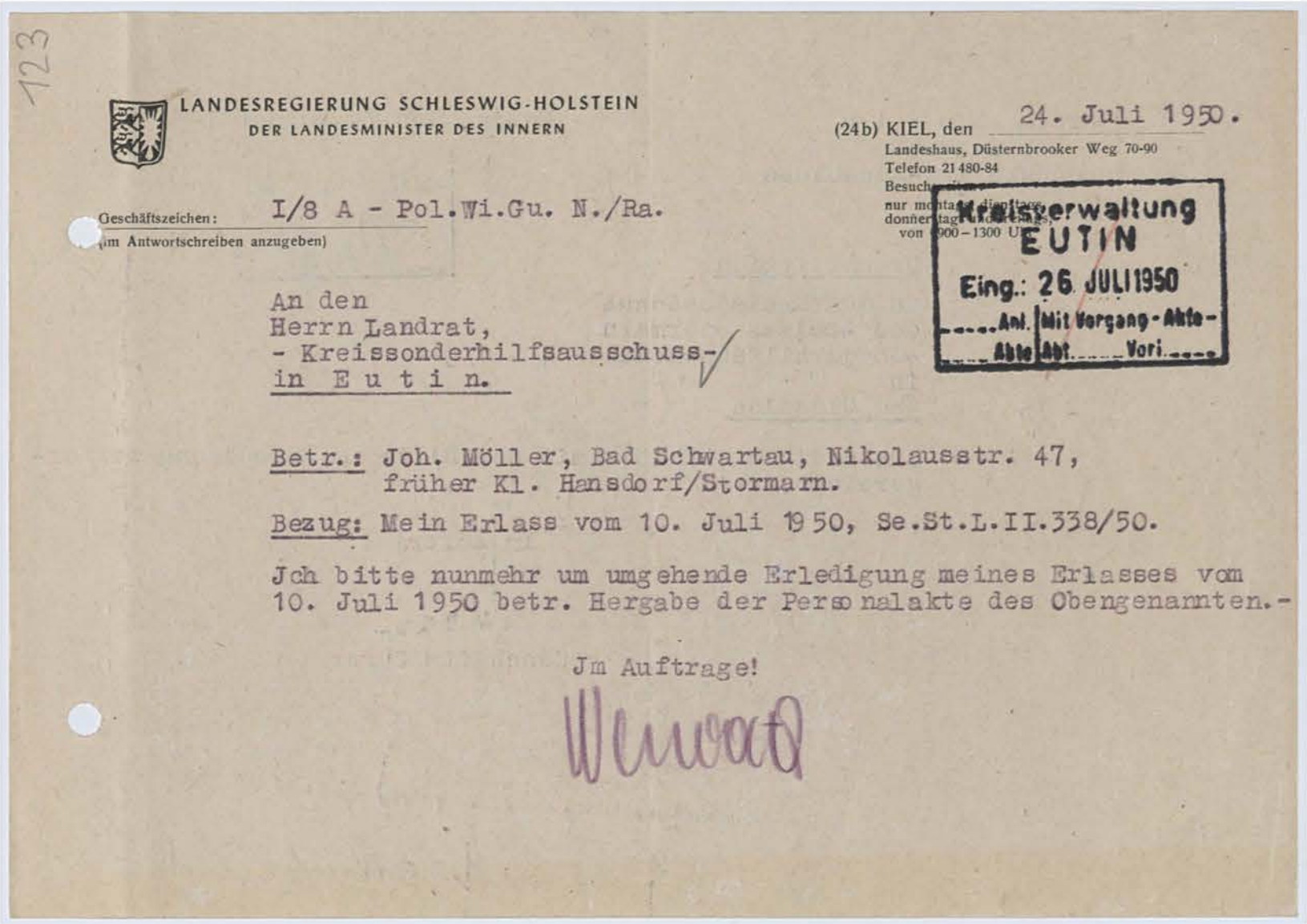
Bad Oldesloe

17.7.50

NOTOFFER
28. JULI 1950
STORMARN

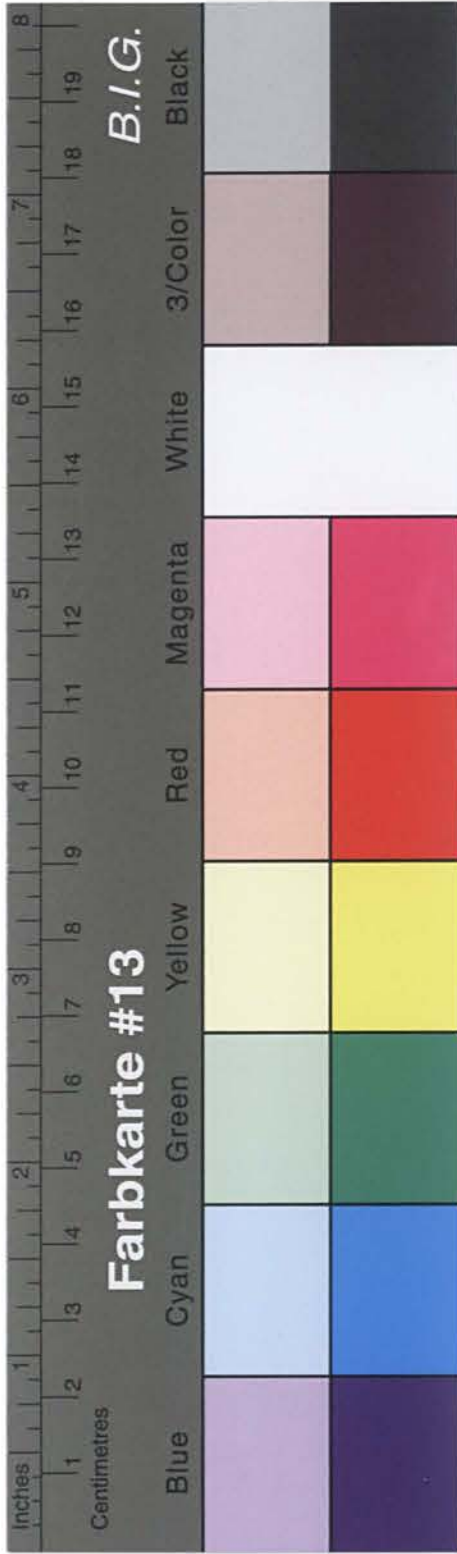
Kreisarchiv Stormarn B2



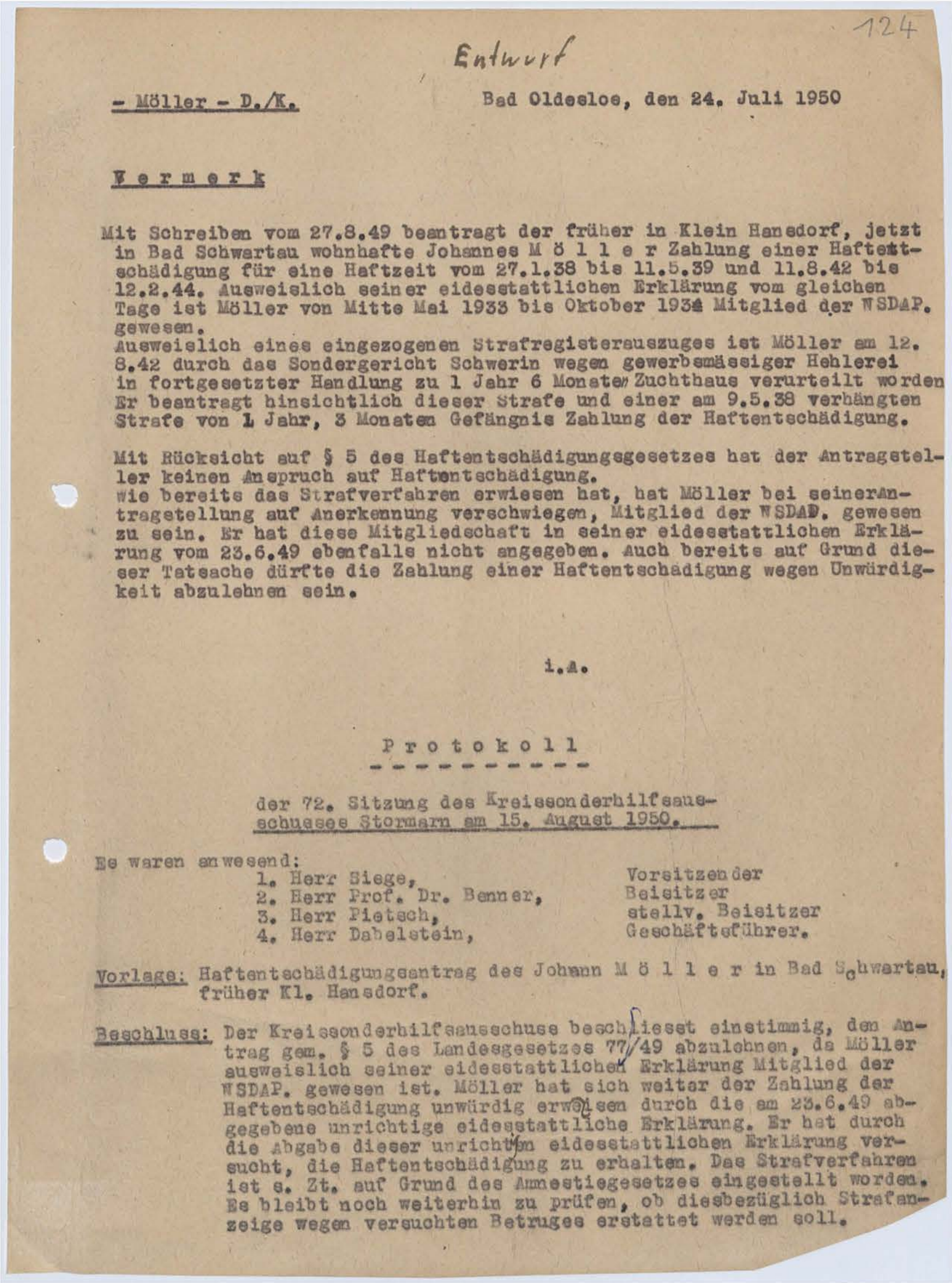
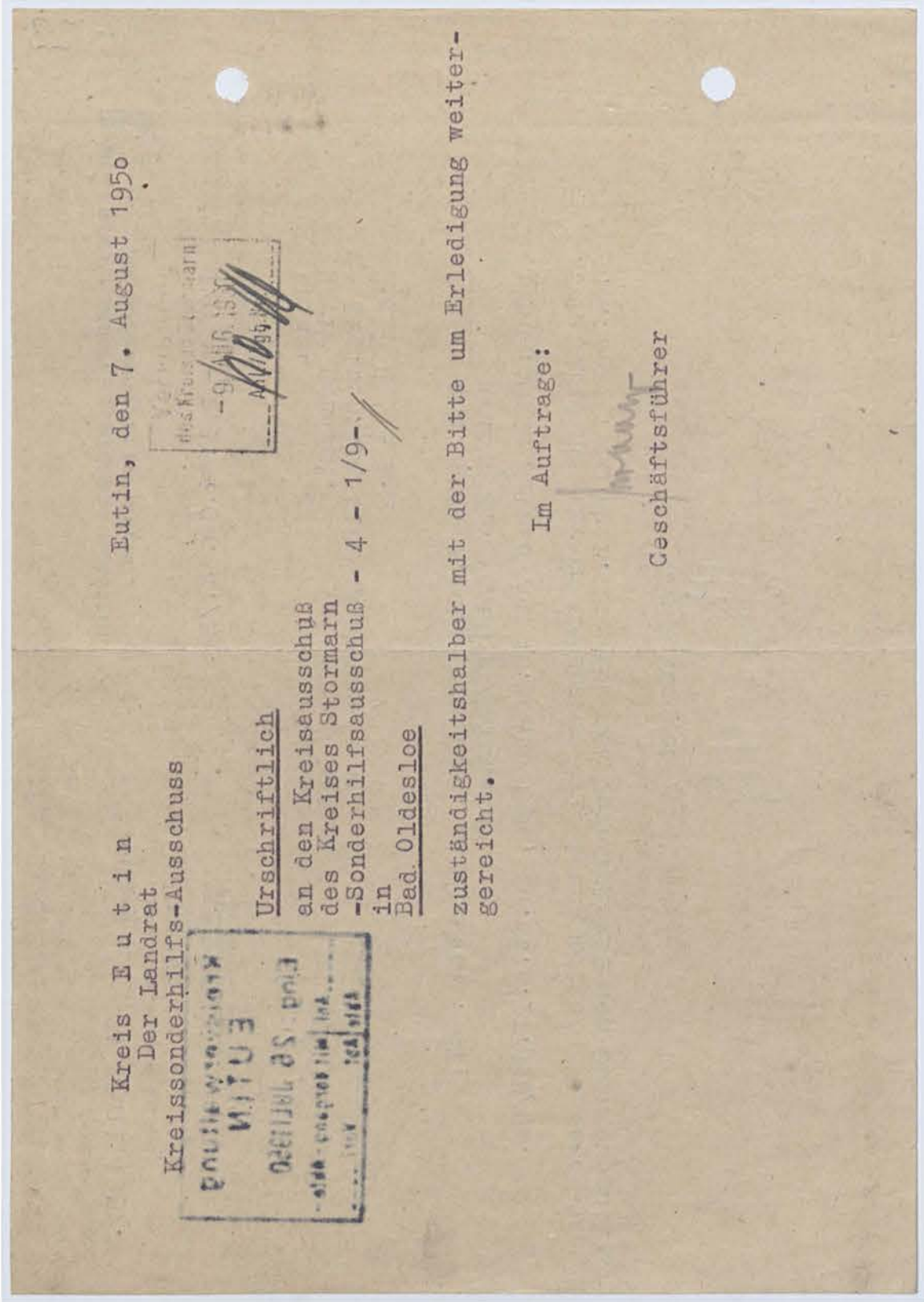


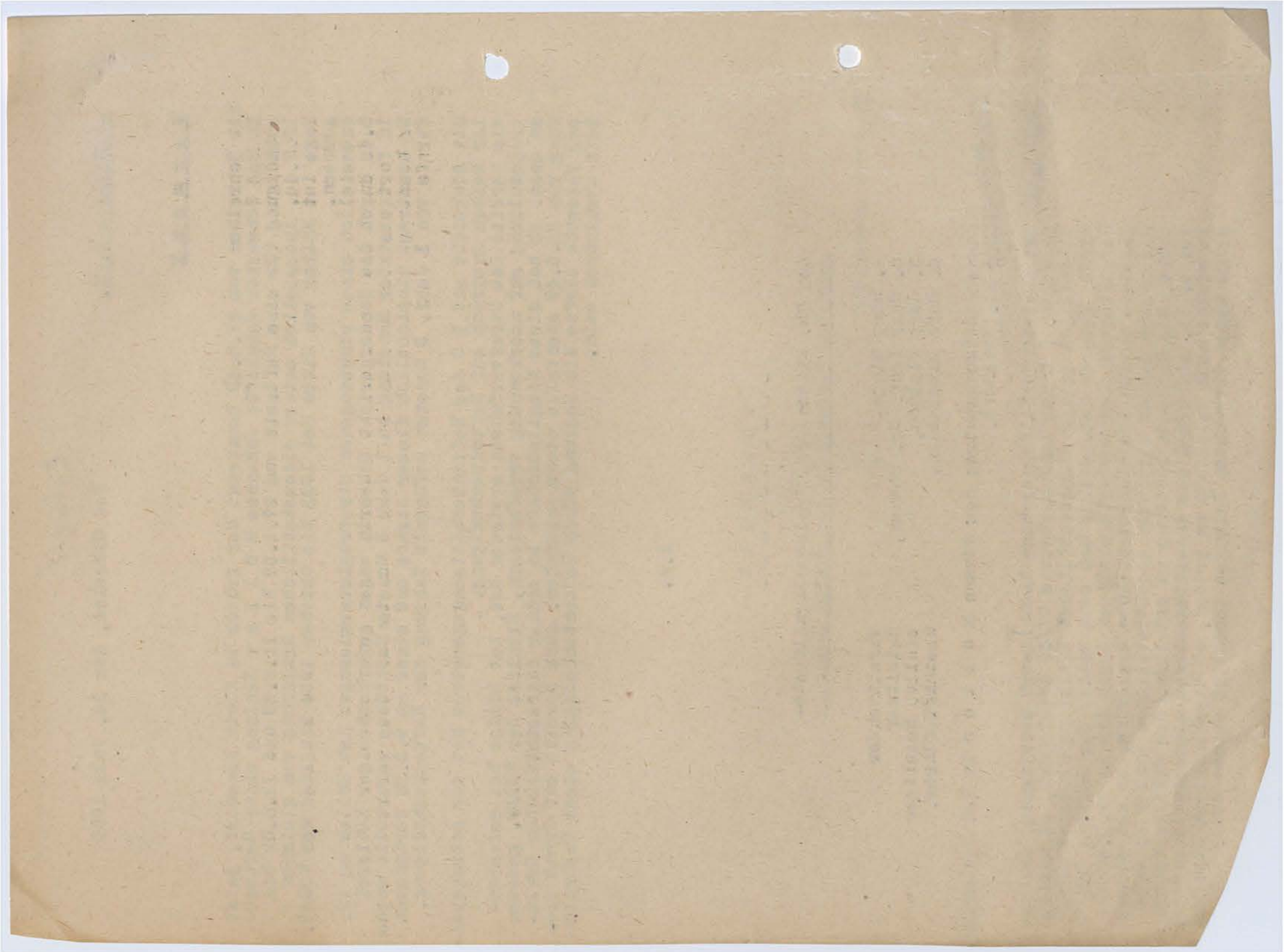
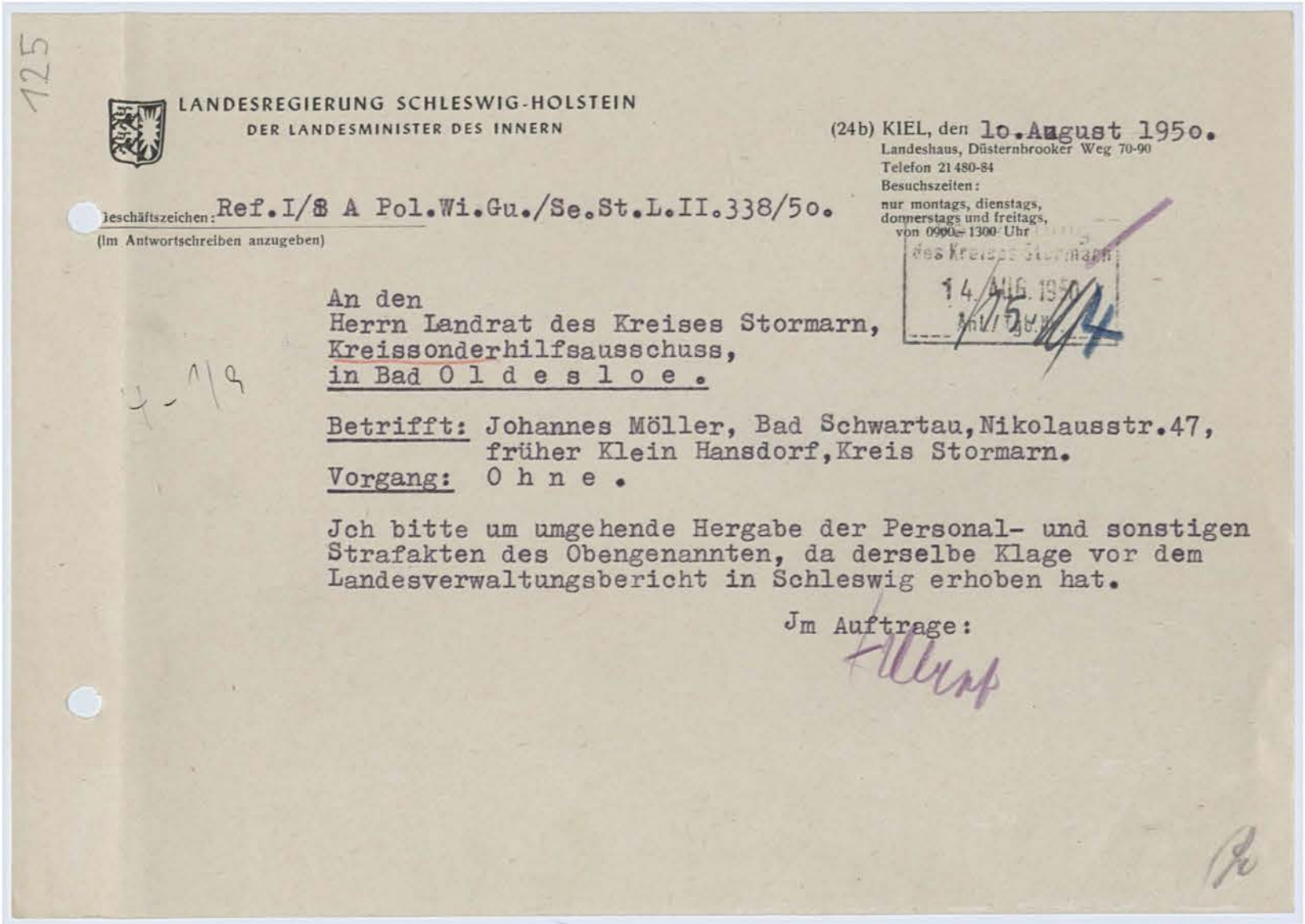
Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



126

16. August 1950

- Möller - D./K.

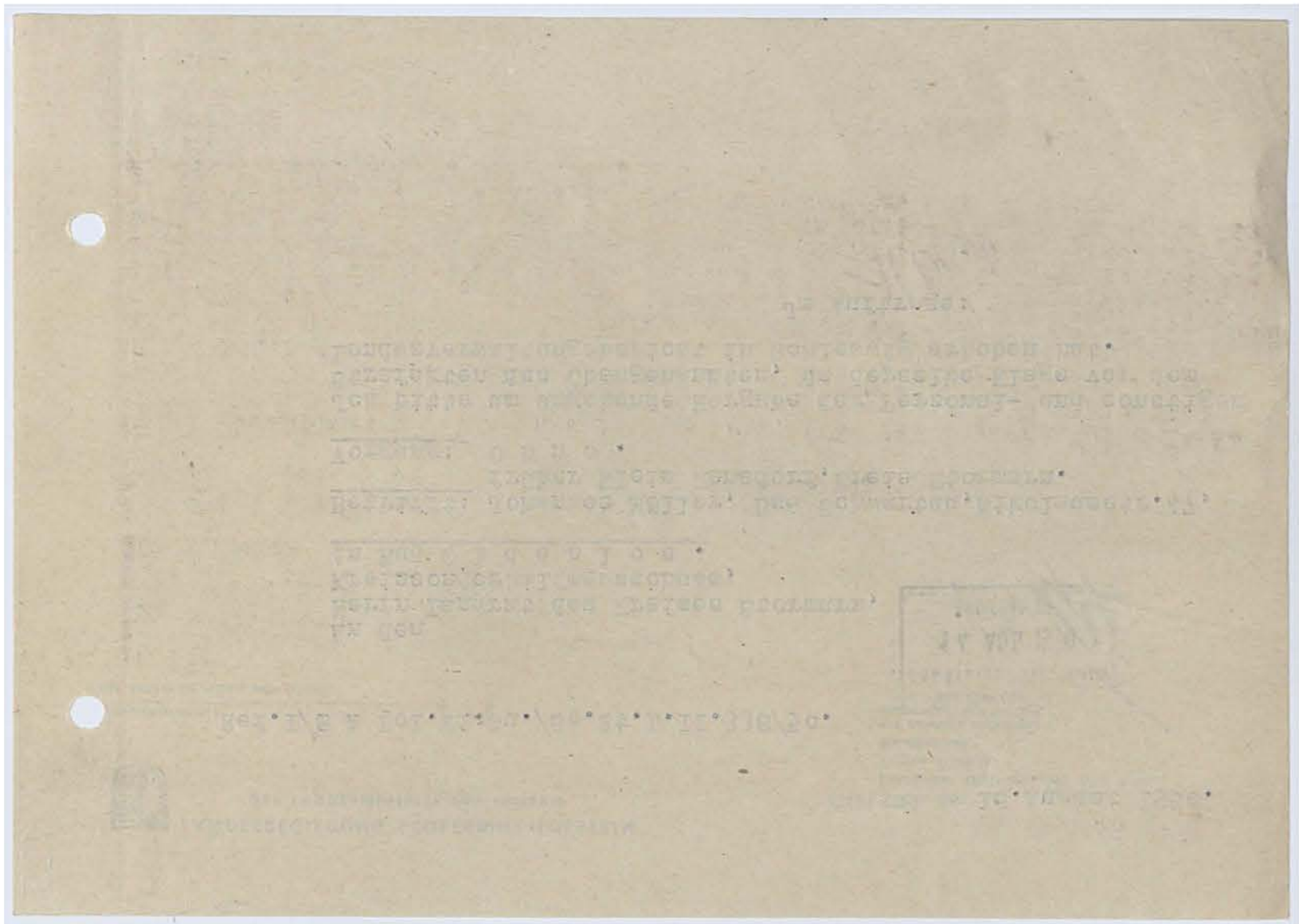
1/ An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Der Landesminister des Innern
Ref. I/8 u. Pol. wi. Gu.
in F i e l

Betrifft: Johann M ö l l e r in Bad Schwartau.
Bezug: Erlass vom 24.7.50, Aktz.: Se.St.L.II.338/50.

Unter Bezugnahme auf den o.a. Erlass überreichte ich anliegend die Hand-
akten und nehme insbesondere auf das Protokoll vom 22.9.49 Bezug. Das
eingeleitete Strafverfahren ist s. Zt. auf Grund des Amnestiegesetzes
eingestellt worden.
Am 27.8.49 hat Möller bei mir Antrag auf Haftentschädigung gestellt. Seine
eidesstattliche Erklärung bezüglich der Mitgliedschaft zur WSDAP. ging
hier jedoch erst am 29.8.49 ein. Durch die Abgabe der unrichtigen eides-
stattlichen Erklärung hat Möller versucht, unrichtmässiger weise Haftent-
schädigung zu erhalten. Sein Haftentschädigungsantrag wurde daher in der
Sitzung vom 15. d. Mts. gem. § 5 des Landesgesetzes 77/49 wegen
a) der Mitgliedschaft zur WSDAP,
b) wegen Unwürdigkeit
abgelehnt.

Im Auftrage:

44.



Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn B2



Landesregierung
Schleswig - Holstein
Der Landesminister des Innern Kiel, den 22. August 1950. am
Ref. 1/8 A Pol. Wi. Gu. Buch Nr. 254/50
127 Die Erledigung des Erlasses vom 10. August 1950
der Verfügung
Geschäftsnummer I/8A.POWIGU betreffend Johannes Möller,
Bad Schwartau, Nikolausstr. 47, früher Klein
Hansdorf, Kreis Stormarn
Anforderung der Personalakte
s o f o r t.
wird in Erinnerung gebracht und nunmehr binnen Tagen erwartet.
Auch ist zu berichten, weshalb die Verfügung nicht pünktlich erledigt,
oder, falls dies aus irgend einem Grunde nicht möglich gewesen sein
sollte, weshalb nicht rechtzeitig Fristverlängerung beantragt ist.
Im Auftrage: 1
Möller R

127
Die Erledigung des Erlasses vom 10. August 1950
der Verfügung
Geschäftsnummer I/8A.POWIGU betreffend Johannes Möller,
Bad Schwartau, Nikolausstr. 47, früher Klein
Hansdorf, Kreis Stormarn
Anforderung der Personalakte
s o f o r t.
wird in Erinnerung gebracht und nunmehr binnen Tagen erwartet.
Auch ist zu berichten, weshalb die Verfügung nicht pünktlich erledigt,
oder, falls dies aus irgend einem Grunde nicht möglich gewesen sein
sollte, weshalb nicht rechtzeitig Fristverlängerung beantragt ist.
Im Auftrage: 1
Möller R

128

§ 27

Stadt Bad Schwartau
- Der Magistrat -
Az. 400

Bad Schwartau, den 31. August 1950

An
den Kreisausschuß
des Kreises Stormarn
- Kreissonderhilfsausschuß -
in Bad O l d e s l o e

Betr.: Johannes M ö l l e r, Bad Schwartau, Nikolausstr. 47
Bezug: Dort. Schreiben vom 3. Juli 1950 - 4-1/9 - D/K -

Auf das o.a. Schreiben wird mitgeteilt, daß Johannes Möller Eigentümer des Grundstücks Bad Schwartau, Nikolausstr. 47 ist. Das Grundstück ist im Grundbuch von Bad Schwartau unter Blatt 1169 mit einer Größe von 29 ar, 91 qm eingetragen. Die Auflassung erfolgte am 31.8.1949. Der Eigentumsübergang von dem Kaufmann Karl Albrecht, Bad Schwartau auf den Rentner Johannes Möller ist eingetragen am 29.11.49. Das Grundstück ist belastet in Abt. III unter Nr. 18 mit einem Restkaufgeld von 11,500,-- DM nebst 5 % Zinsen für den Kaufmann Karl Albrecht Bad Schwartau. Die Hypothek ist eingetragen am 29.11.1949. Möller selbst bezieht nach seinen Angaben eine mtl. Inv.Rente von der LVA. Lübeck in Höhe von 68,10 DM. Er selbst hat angegeben, daß er an Mieten aus dem Grundstück mtl. 140,-- DM einnimmt, die aber restlos für Hausreparaturen, Grundsteuer usw. verwandt werden. Die einzelnen Mieter in dem Hause sind:

Heitland, Elli	Miete	15,75 DM
Schulz, Willi		14,40 DM

Martini

Nr. 14. Erinnerung. Joh. Tietzen. DO 241, Schleswig. R 57/143 000. 2. 47 Kl. A.

Landesregierung
Schleswig-Holstein
Der Landesminister des Innern
Kol. 18 A Pol. W. Gu. Buch. Nr.

An
den Herrn Landrat
des Kreises Stormarn,
Kreissonderhilfsausschuß,
in Bad O l d e s l o e

Kreisarchiv Stormarn B2



129

Kreis Eutin

Der Landrat
-Amt für Soforthilfe -
Az. M.12/Sch-EA-.

An den
Kreissonderhilfsausschuß
des Kreises Stormarn
Bad Oldesloe.

Eutin, den 5. September 1950.

des Kreises Stormarn
- 7. SEP 1950
18.44

Betr.: Existenzaufbauhilfe Johannes Möller, Bad Schwartau, Nikolausstr. 47. *geb. 24. VII. 89.*

M. hat hier am 20. Juli 1950 als angeblich politisch Verfolgter einen Antrag auf Existenzaufbauhilfe gestellt. Lt. Mitteilung der Stadtverwaltung Bad Schwartau wurde ihm die Eigenschaft als pol. Verfolgter aberkannt. Es wird um Mitteilung gebeten, seit wann M. diese Aberkennung bekannt sein muß, um ggfl. gegen ihn ein Verfahren wegen Betrugsversuches einleiten zu können.

Auf Anordnung:
Müller

22.

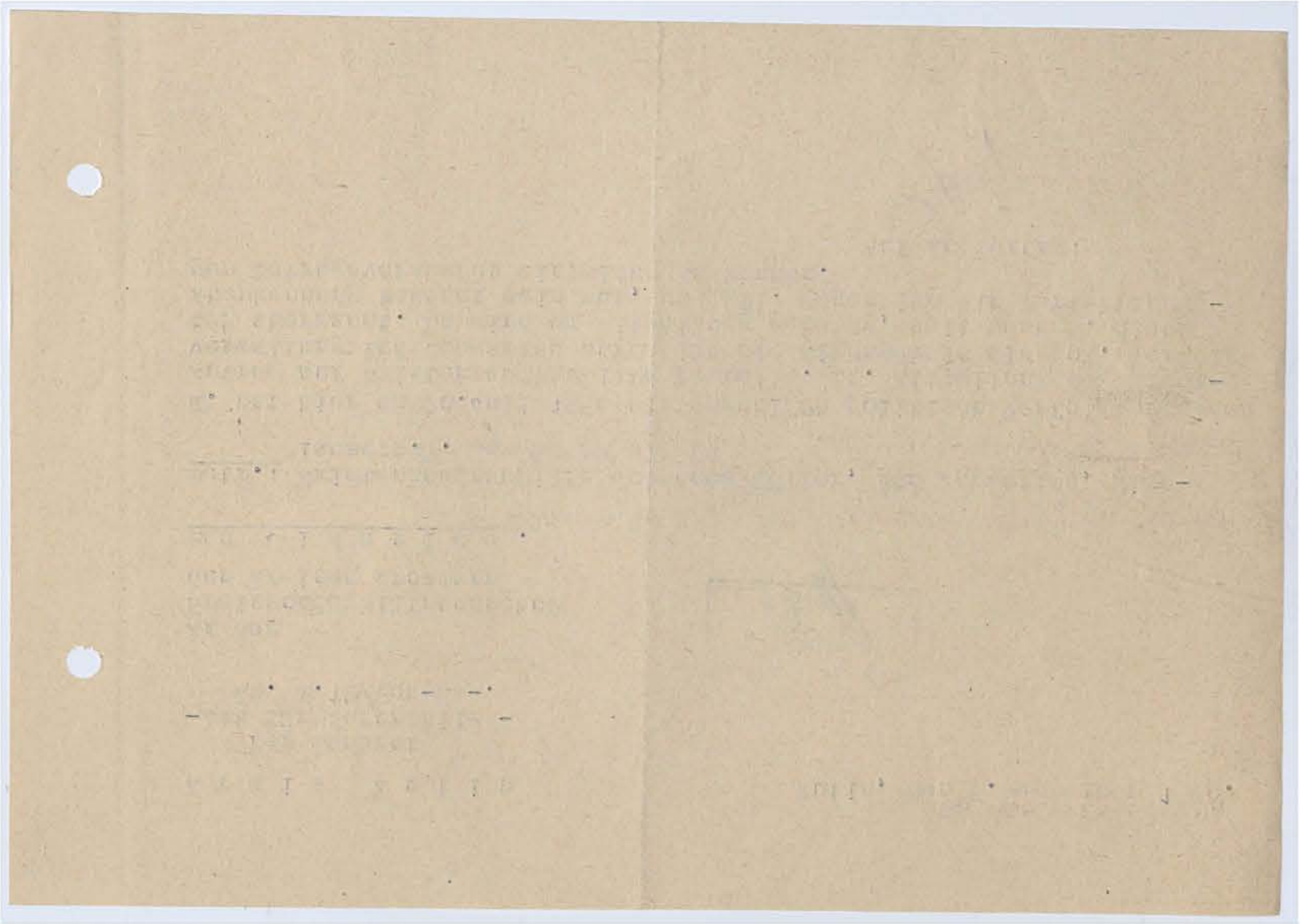
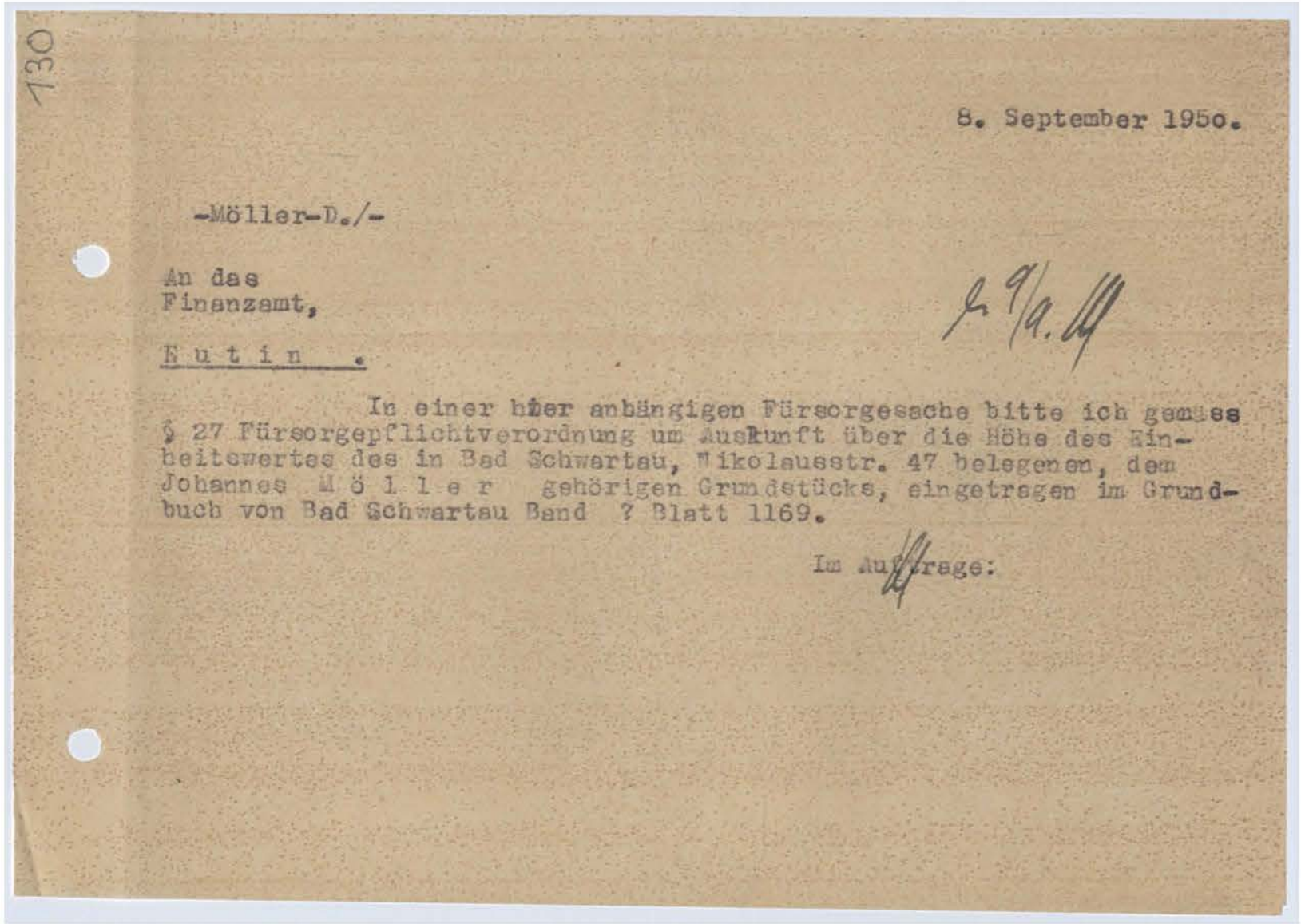
Müller

Höhe unbekannt
21,-- DM
21,-- DM
40,-- DM

Mietel
Martini
Heinisch, Eile
Green, Paul
Möller, Johannes
Tredowsky, Richard

Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



131

8. September 1950.

-Möller-D./-

Kreis Rutin
Der Landrat
-Amt für Soforthilfe-

29.9.50

R u t i n .

In der Existenzaufbaussche Johannes M ö l l e r , Bad
Schwartzau nehme ich Bezug auf das dortige Schreiben vom 5. ds.Mts.
-Aktenzeichen: M. 12/Sch-BA.-
und teile mit, dass Möller in der Sitzung des Kreissonderhilfeausschusses
Stormarn vom 22.9.1949 von der weiteren Betreuung ausgeschlossen wurde.
Dieser Beschlusse wurde ihm mit Schreiben (Einschreiben) vom 27.9.1949
mitgeteilt. Er hat gegen diesen Beschlusse Beschwerde eingelegt. Auch in
der Beschwerd-Instanz wurde die weitere Anerkennung abgelehnt. Heute
schwebt die Klage beim Verwaltungsgericht wegen der weiteren Anerkennung.
Ich möchte bemerken, dass ich ebenfalls bereits Strafanzeige
wegen versuchten Betruges bezw. Abgabe einer unrichtigen eidesstattlichen
Versicherung erhoben hatte. Das Verfahren wurde jedoch aufgrund des
Straffreiheitsgesetzes eingestellt.

Im Auftrage:

Im Auftrage:

29.9.50

R u t i n .


Kreis Rutin
Der Landrat
-Amt für Soforthilfe-

8. September 1950.

Kreisarchiv Stormarn B2

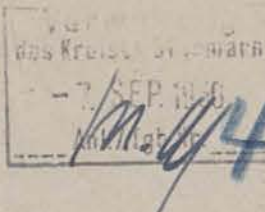


132.

 LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN
DER LANDESMINISTER DES INNERN

(24b) KIEL, den 4. September 1950
Landeshaus, Düsternbrooker Weg 70-90
Telefon 21480-84
Besuchszeiten:
nur montags, dienstags,
donnerstags und freitags
von 0900-1300 Uhr

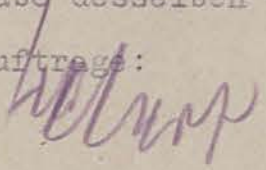
Geschäftszeichen: I/8A Pol.Wi.Gu.Bk./Be.
(Im Antwortschreiben anzugeben)



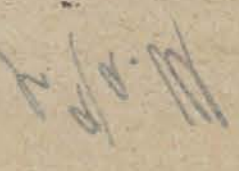
An den
Herrn Landrat
Sonderhilfsausschuss f. OdN.
in Bad Oldesloe

Betr.: OdN Johann Möller, Bad Schwartau, Nicolausstr. 47.
Bezug: Verfügung vom 24.6.1950.

Im Bezugsschreiben, welches Ihnen unter dem 26.5.1950 zugeing, wurde die grundsätzliche Stellungnahme zur obigen Angelegenheit mitgeteilt. Ich bitte um Hergabe des angeforderten Berichts wieweit eine Möglichkeit über eine Schuldeintragung auf das Grundstück des Obengenannten besteht. Bis heute steht dieser Bericht noch aus. Ich bitte um unverzügliche Hergabe desselben unter Anführung der Verzögerungsgründe.

Im Auftrage:


Im Auftrage:



8. September 1950

Kreisarchiv Stormarn B2



133

13. September 1950.

Kreisarchiv Stormarn B2

4-1/9 Möller-D./-

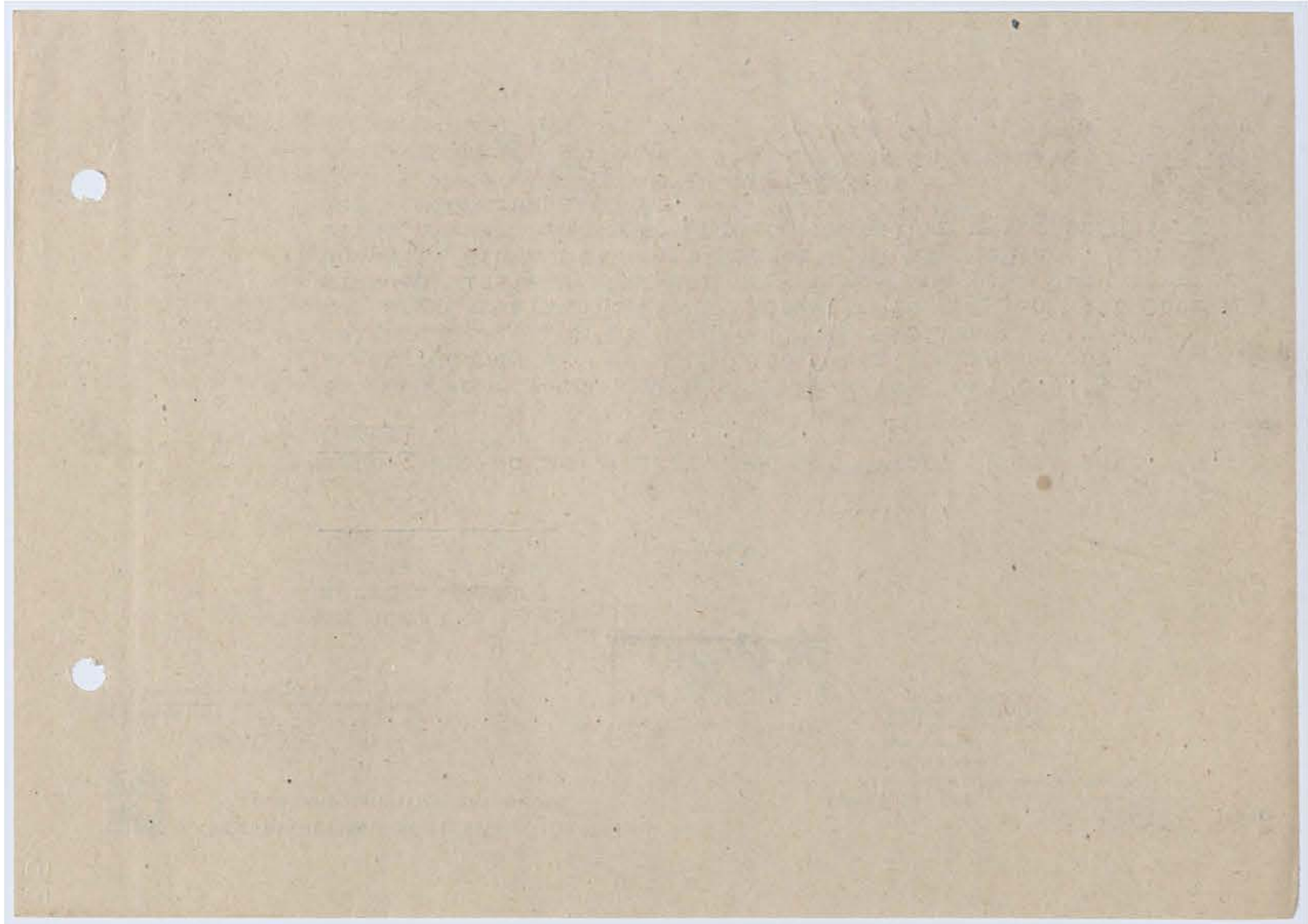
An die
Landesregierung Schleswig-Holstein
Der Landesminister des Innern
-Ref. 1/8 A Pol. Wi. Gr.-

K i e l .

Betr.: OdW. Johann M ö l l e r , Bad Schwartau.
Bezug: Erlass vom 4. ds. Mts. Aktz.: Be./150 Bk/Be.

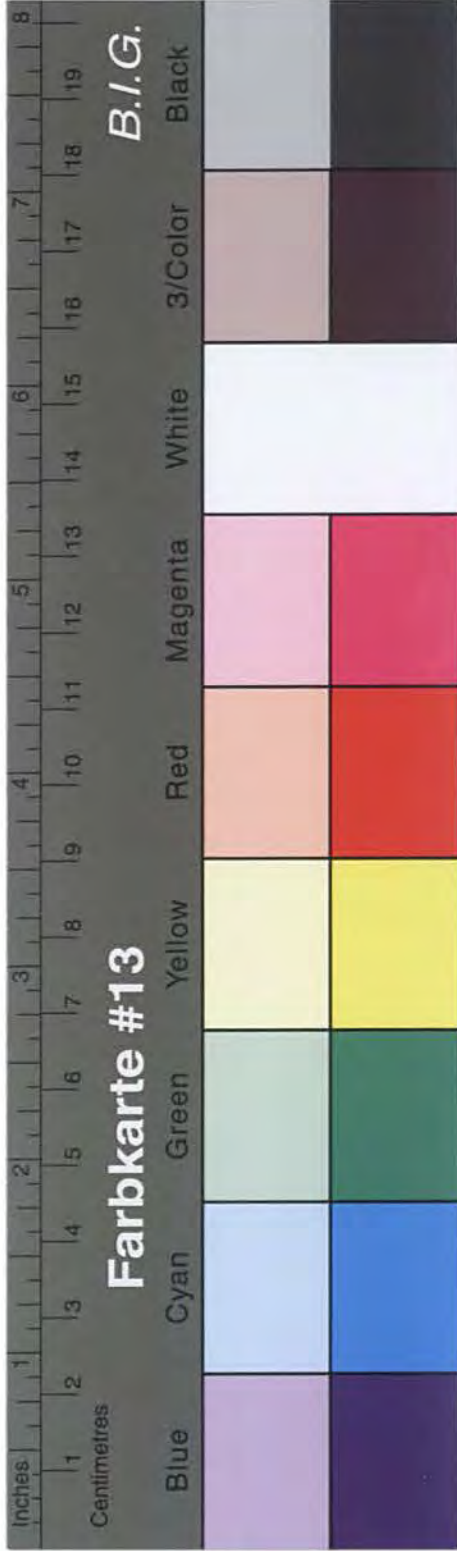
Unter Bezugnahme auf den o.s. Erlass berichte ich, dass meine durch den Kreissonderhilfsausschuss bzw. die Stadtverwaltung Bad Schwartau angestellten Ermittlungen erst jetzt zum Abschluss gelangten. Herr Möller hatte zunächst mein Kreuchen unbeachtet gelassen und damit bewiesen, dass er zur friedlichen Lösung der Angelegenheit nicht bereit sei. Er hat inzwischen die Klage beim Verwaltungsgericht erhoben und hofft, dort sein Recht zu erhalten.

Die Ermittlungen haben zu folgendem Ergebnis geführt:
Möller ist Eigentümer des im Grundbuch von Bad Schwartau Blatt 1169 eingetragenen Grundstücks in Grösse von 2991 qm. Die Auflassung erfolgte am 31.8.1949. Das Grundstück ist in Abt. III unter Nr. 18 belastet mit einem Restkaufgeld von 11.500.— DM nebst 5% Zinsen für den Kaufmann Karl Albrecht aus Bad Schwartau. Die Miet-

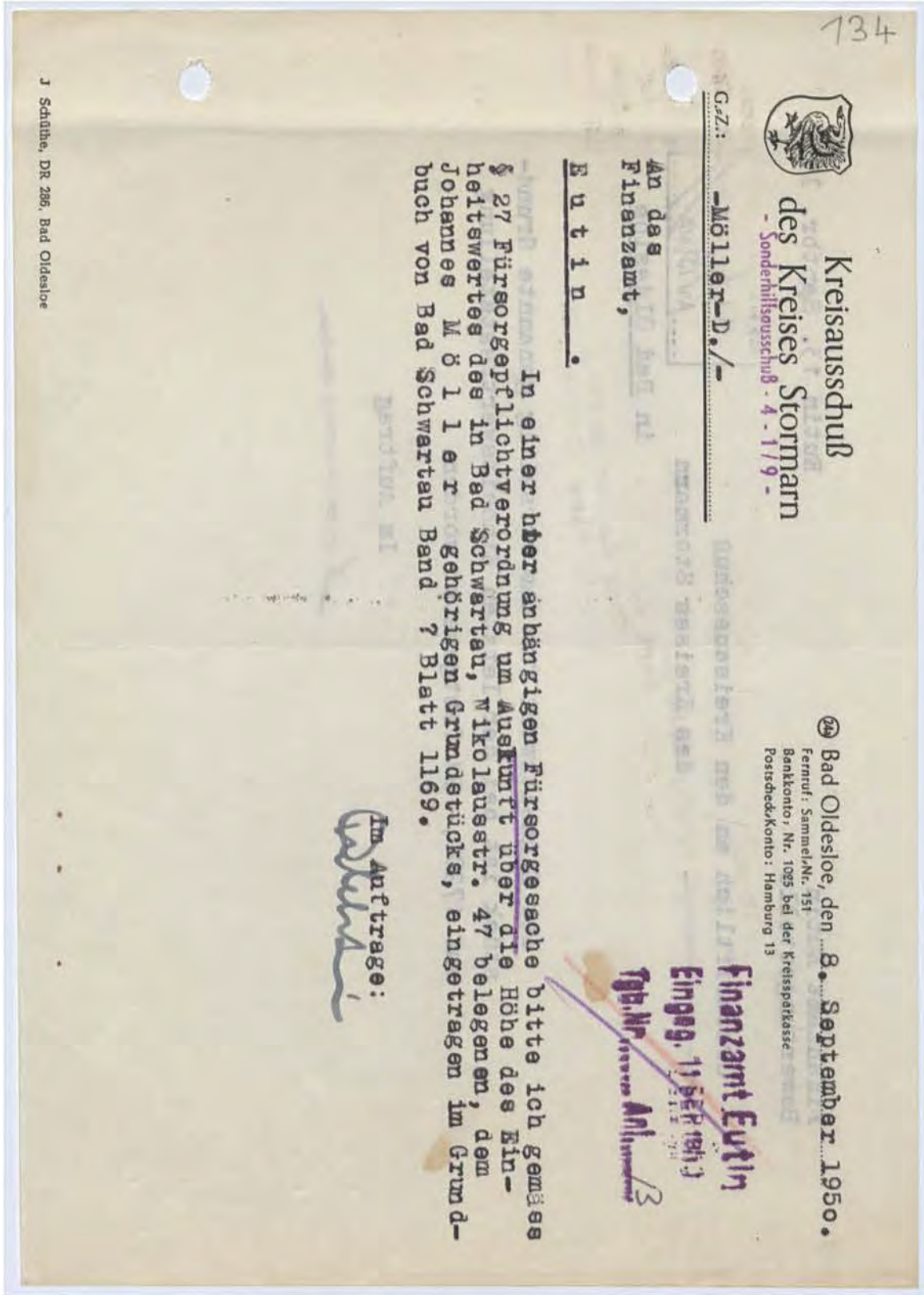
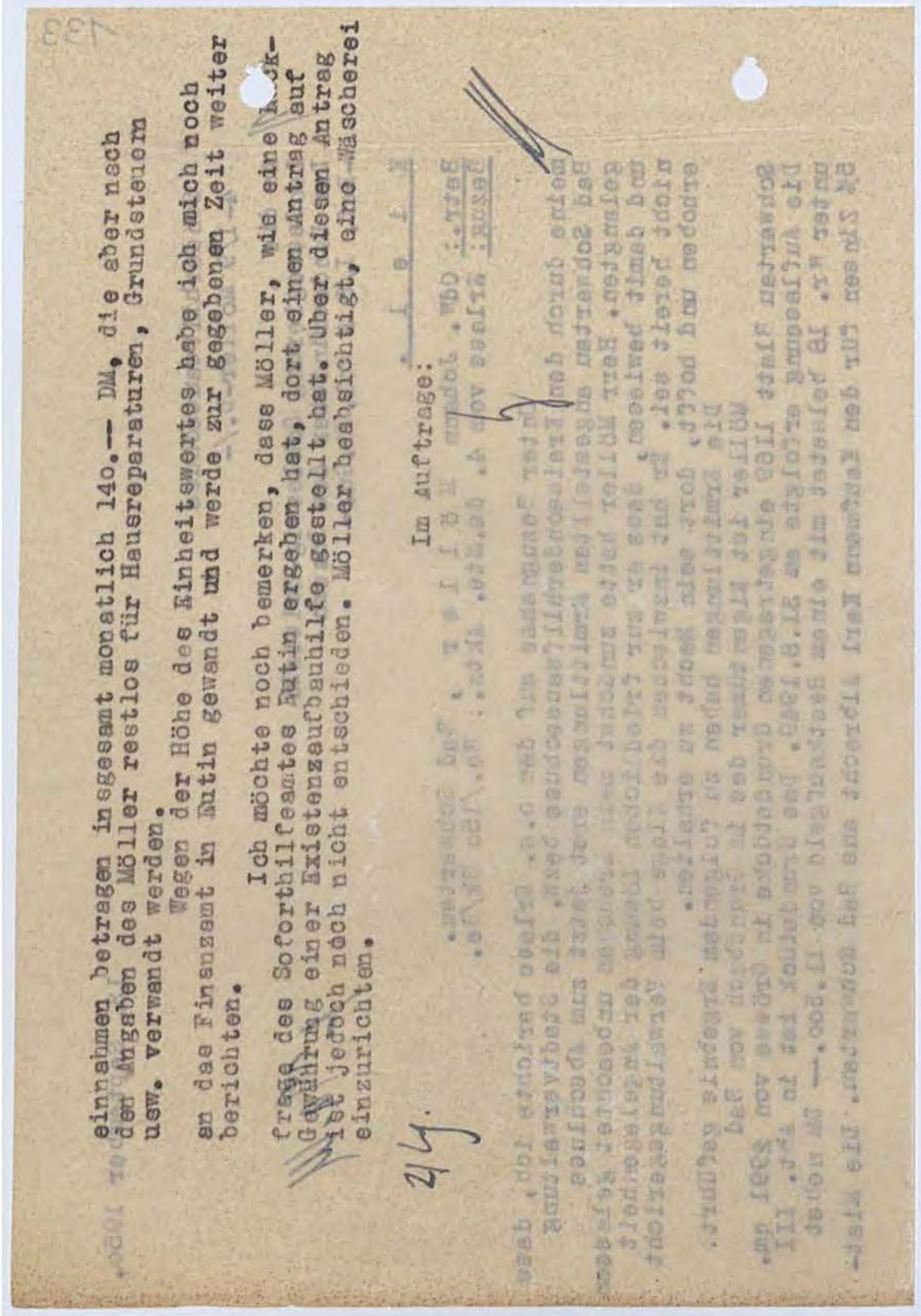


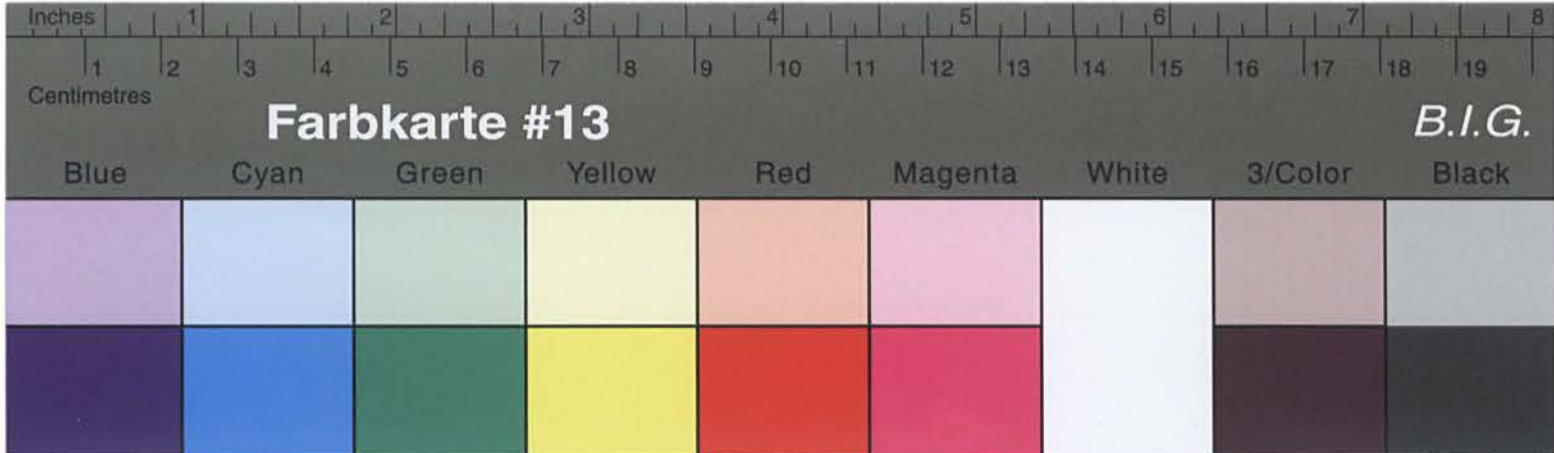
Kreisarchiv Stormarn B2



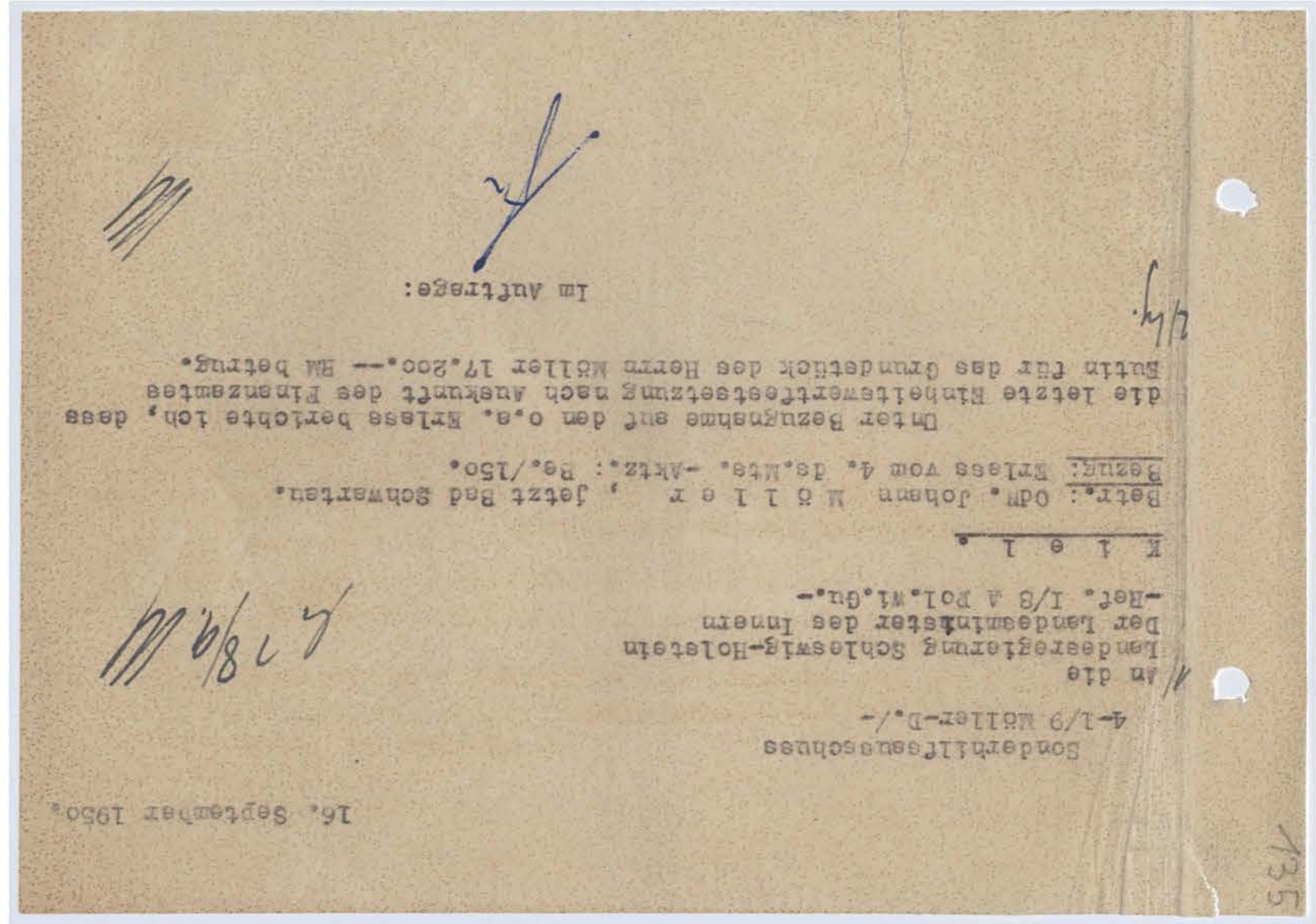
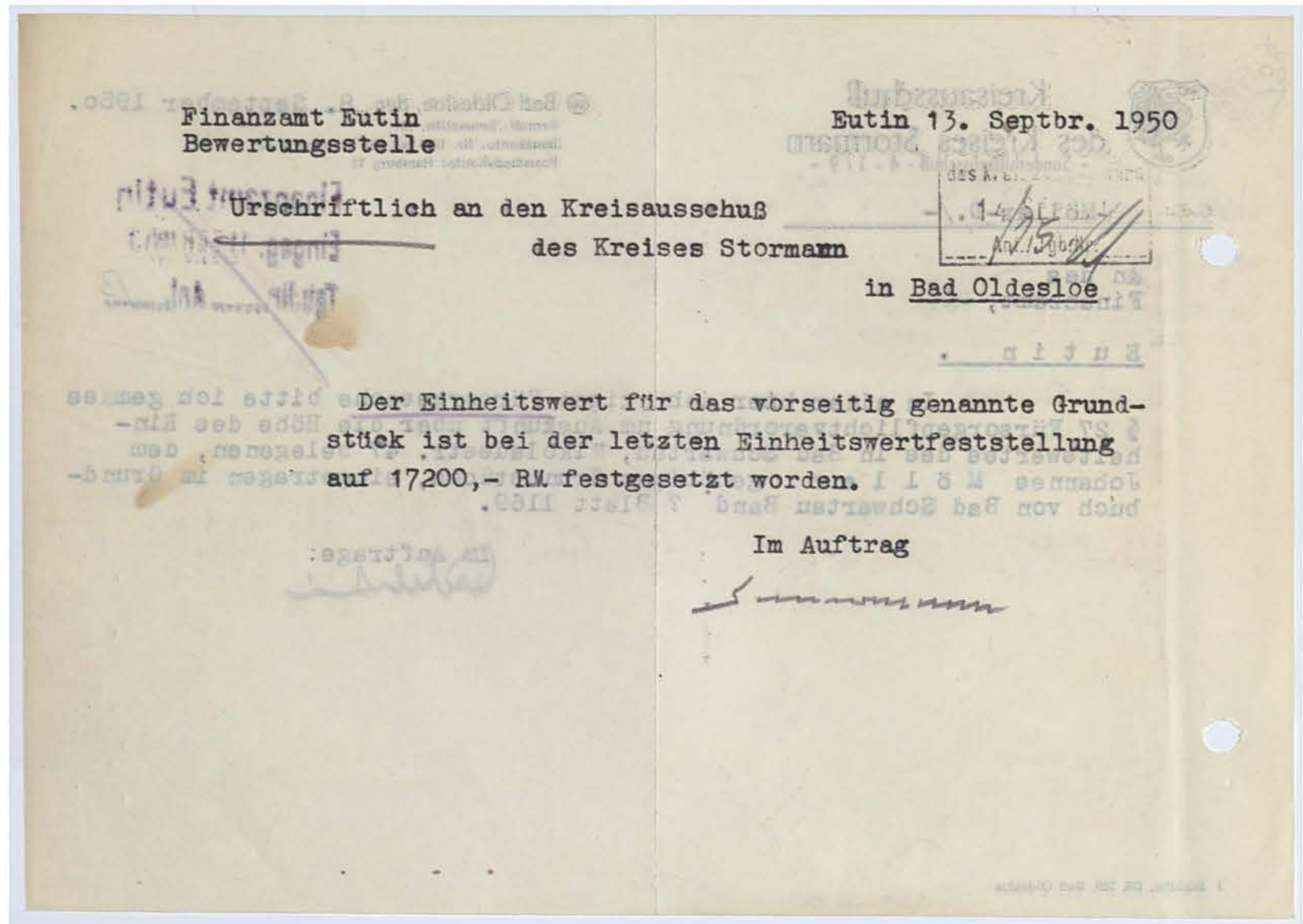


Kreisarchiv Stormarn B2






Kreisarchiv Stormarn B2



137



DER INNENMINISTER
DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN

Geschäftszeichen:
(Im Antwortschreiben anzugeben)

I. 16 c Schl./Be.

KIEL, den 5. Februar 1952
Landeshaus, Düsterbrookter Weg 70-90
Telefon 40891
Besuchszeiten:
nur montags, dienstags, donnerstags
und freitags von 09⁰⁰ - 13⁰⁰ Uhr


An den
Herrn Landrat des Kreises Stormarn
- Kreissonderhilfeausschuss -
in Bad Oldesloe

Verwaltung
des Kreises Stormarn
- 6. FEB. 1952
Am. Vogler

Beiliegend übersende ich Ihnen das Urteil in Sachen
des Herrn Johannes M ö l l e r, Bad Schwartau zur
Kenntnisnahme und zum Verbleib. Der Kläger hat gegen
das Urteil das Rechtsmittel der Berufung beim Ober-
verwaltungsgericht in Lüneburg eingelegt.

Im Auftrage:
gez. Vogler
Beurlaubt:
Reg.-Angest.

Bad. S. L. a
Zum Vortrag.



Kreis Stormarn
Der Kreisausschuß
Sozial- u. Jugendamt
4 - 1/8

Bad Oldesloe, den 1951

.....
.....
in

Nach dem Bundesversorgungsgesetz sind die Kriegsoffer gemäß § 28
krankenversichert. Für rückliegende Leistungen kann Erstattungs-
anspruch bei dem Versorgungsamt geltend gemacht werden. Ich möchte
hiervon Gebrauch machen und bitte Sie, mir mitzuteilen, welche Beträge
Ihnen auf Grund des von der Amtsverwaltung

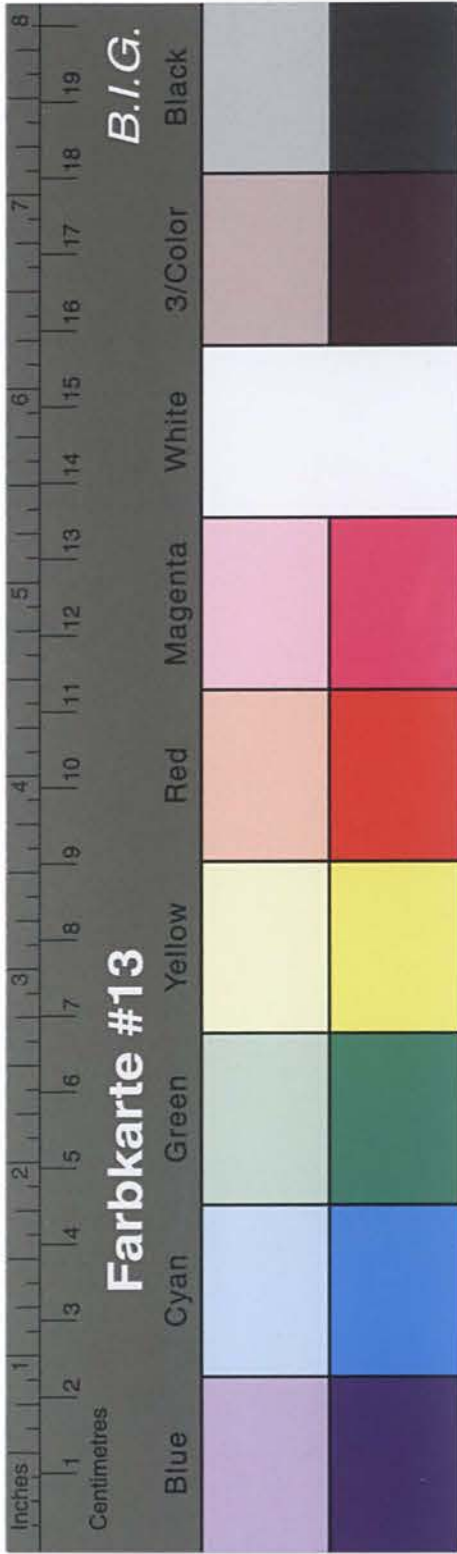
für in
ausgestellten Krankenscheines vom über Ihre Ver-
rechnungsstelle gezahlt wurden.

Wegen der in dem BVG. gesetzten Frist bitte ich um umgehende spe-
zifizierte Mitteilung der Leistungen.

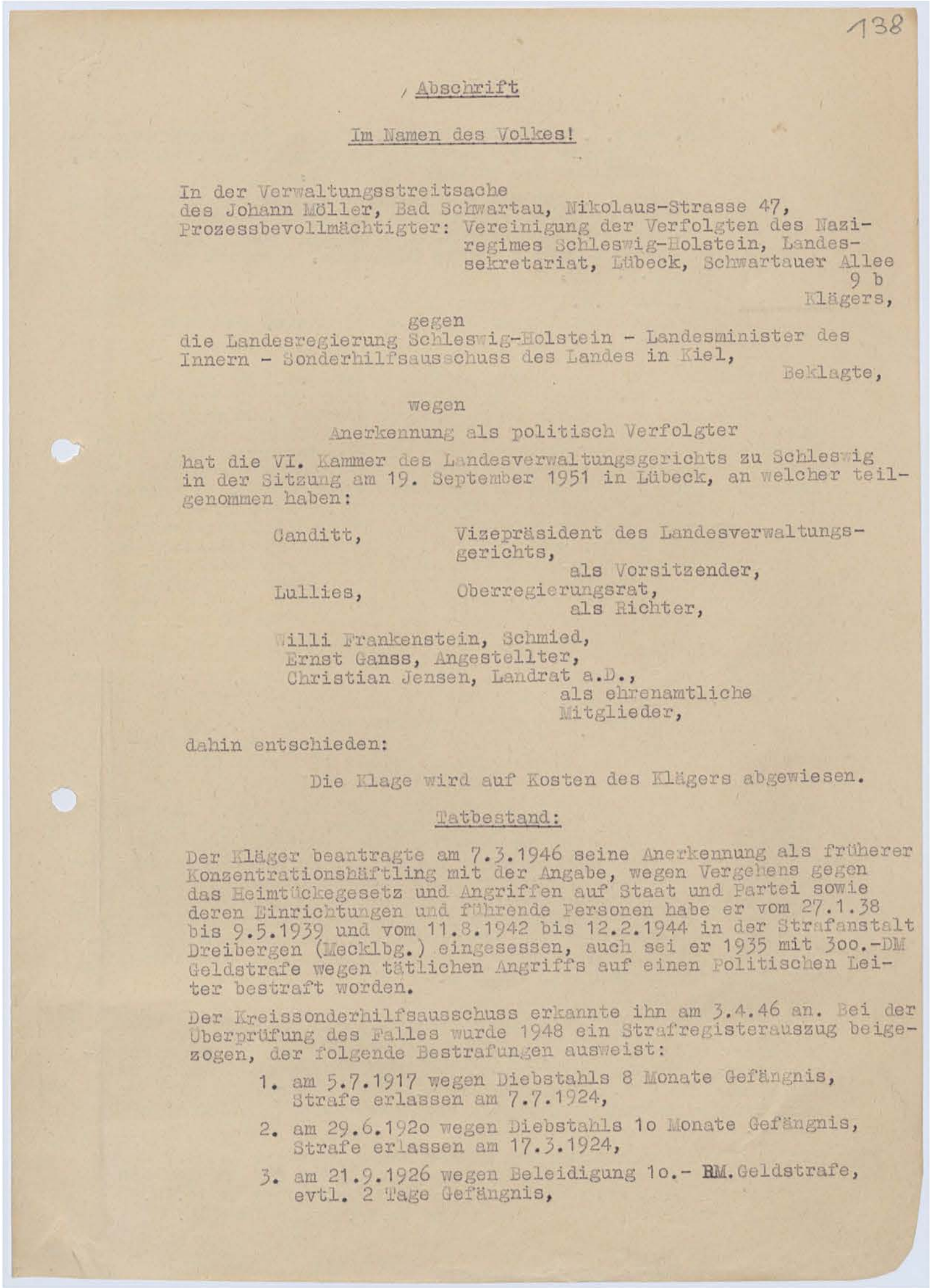
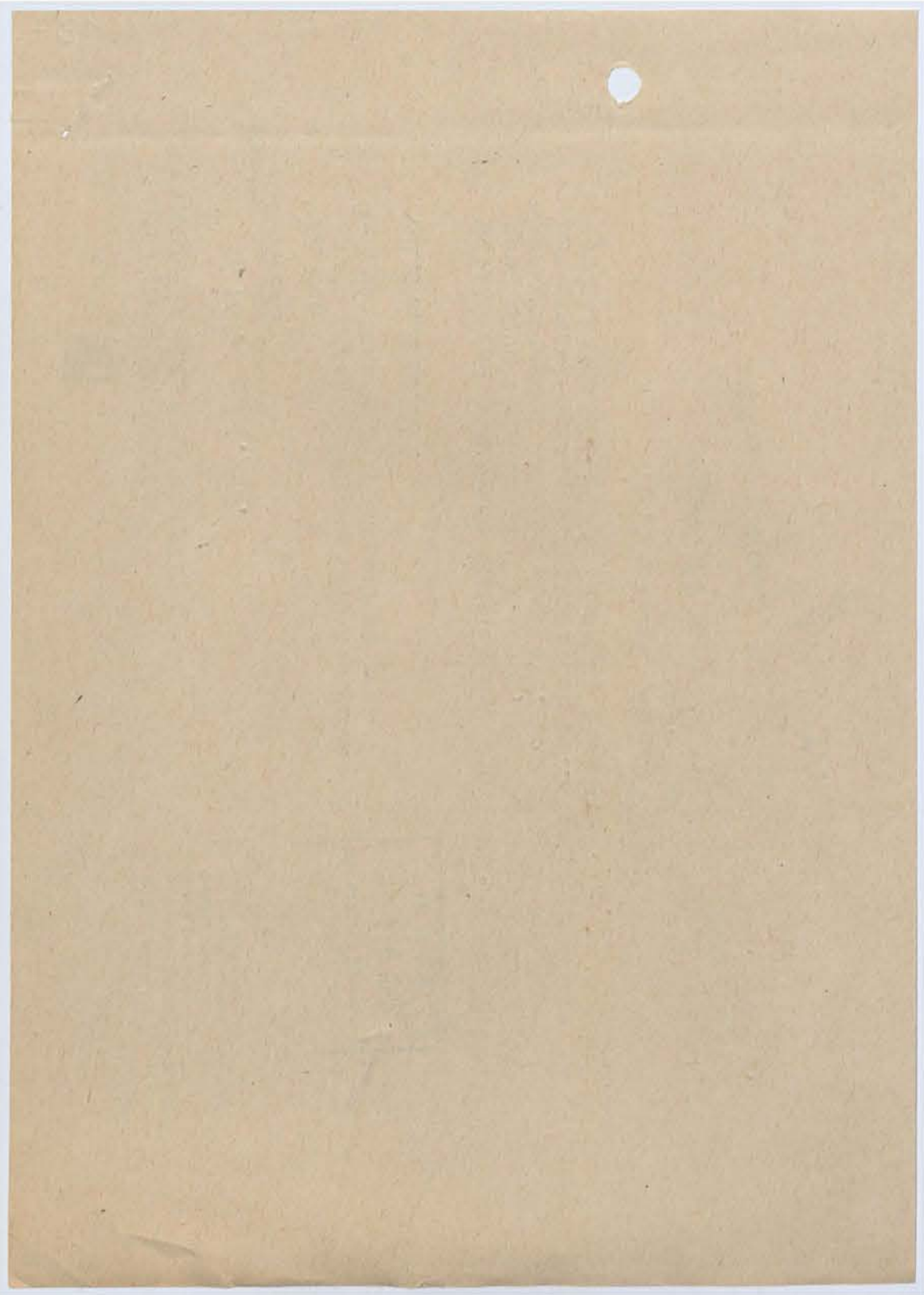
Im Auftrage des Landrates:

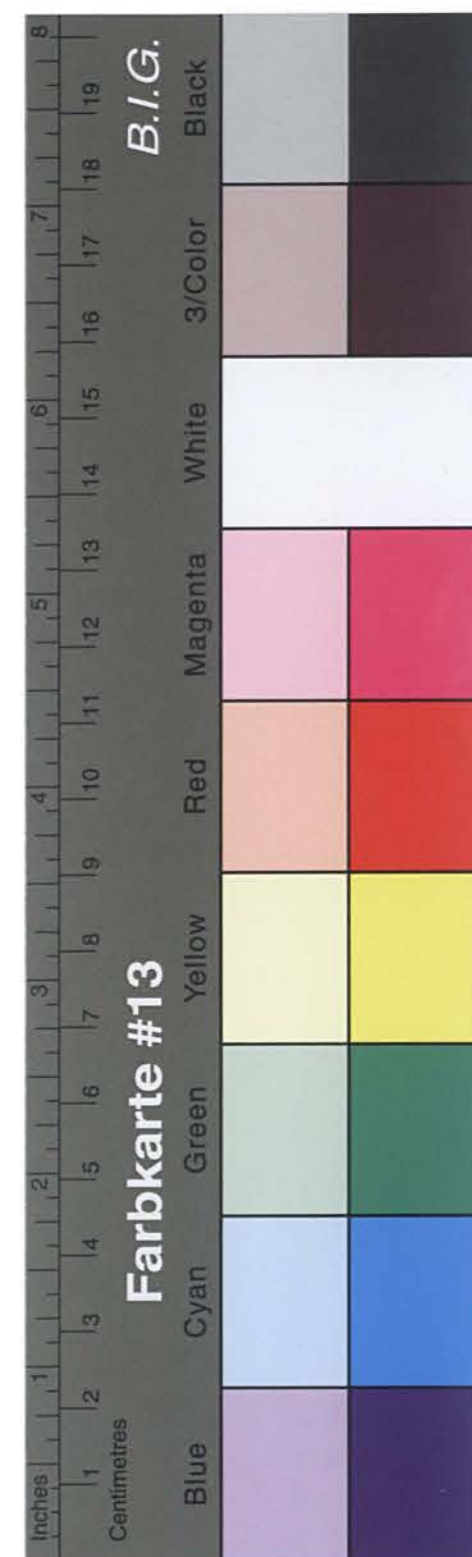
Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

- 2 -

4. am 9.3.1937 wegen Widerstandes in Tateinheit mit Beleidigung und Beamtenbeleidigung 150.-RM. Geldstrafe, aushilfsweise 10 Tage Gefängnis,
5. am 9.5.1938 wegen öffentlich gehässiger hetzerischer Äusserung über von leitenden Personen des Staates geschaffene Einrichtungen sowie wegen Beleidigung 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus, verbüsst am 9.5.1939,
6. am 12.8.1942 wegen fortgesetzter gewerbsmässiger Hehlerei 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, verbüsst am 11-2.1944.

Der Kreissonderhilfsausschuss bestätigt am 10.7.1948 und nochmals am 15.10.1948 die Anerkennung, da er es für erwiesen hielt, dass die Bestrafung wegen gewerbsmässiger Hehlerei an sich unberechtigt war und eine politische Verfolgung darstellte. Danach wurde aber bekannt, dass der Kläger, der zuvor eine Mitgliedschaft zur NSDAP verneint und am 23.6.1949 dem Sonderhilfsausschuss gegenüber eidesstattlich versichert hatte, zu keiner Zeit Mitglied der NSDAP oder ihrer Gliederungen gewesen zu sein, gelegentlich eines Antrages auf Zulassung als Kandidat zur Landtagswahl angegeben hatte, vom April 1933 bis Ende 1934 Mitglied der NSDAP. gewesen zu sein. Daraufhin nahm der Kreissonderhilfsausschuss am 22.9.1949 die Anerkennung des Klägers zurück, weil er versucht habe, sich durch wissentlich falsche Angaben eine Haftentschädigung zu verschaffen. Der Kläger erhob am 27.10.49 Beschwerde. Der Sonderhilfsausschuss des Landes wies die Beschwerde mit Beschluss vom 27.5.1950, dem Kläger mitgeteilt durch Bescheid des Landesministers des Innern vom 12.6.1950, zugestellt am 17.6.1950, zurück. Hiergegen richtet sich die Klage, mit dem Antrage,

unter Aufhebung des Bescheides vom 12.6.50 festzustellen, dass der Kläger zu dem Personenkreis der ehemaligen politisch Verfolgten des Nationalsozialismus zählt.

Der Kläger hat ausgeführt: Er sei von jeher ein Gegner des Nationalsozialismus gewesen. Nach der Machtübernahme sei er von einer Widerstandsgruppe, der er damals angehört habe, veranlasst worden, in die NSDAP. einzutreten, um diese Gruppe mit Informationen versehen zu können. Er sei 1934 aus der NSDAP ausgeschlossen worden. Dies habe er vor und bei der Stellung seines ersten Antrages nicht verschwiegen. Er habe insbesondere mit dem Kreisvorstandsmitglied der VVN, Tradowsky, darüber gesprochen. T. habe sich auf den Standpunkt gestellt, dass er unter diesen Umständen die Mitgliedschaft zur NSDAP nicht anzugeben brauche.

Die Beklagte hat

Klageabweisung

beantragt und ausgeführt, der Kläger habe mit der falschen eidesstattlichen Erklärung versucht, das Land Schleswig-Holstein um einen namhaften Betrag zu schädigen. Wegen Unwürdigkeit und wegen der Parteizugehörigkeit an sich sei die Beschwerde zu Recht abgewiesen worden.

Ein Strafverfahren gegen den Kläger wegen Betruges und Vergehens gegen § 11 des Haftentschädigungsgesetzes, das auf Anzeige des Kreissonderhilfsausschusses eingeleitet war, wurde am 16.12.49 wegen Amnestie lt. Bundesgesetz vom 31.12.49 eingestellt.

- 3 -

Im einzelnen wird auf die Schriftsätze der Parteien und auf die Sonderhilfsakten Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die Klage ist zulässig, aber nicht begründet.

Ob die Bestrafung wegen gewerbsmässiger Hehlerei im Jahre 1942 zu Recht erfolgt ist oder in der Tat eine getarnte politische Verfolgung war, kann dahinstehen.

Der Kläger durfte seine Mitgliedschaft zur NSDAP keinesfalls verschweigen. Vollends unentschuldig ist es, dass er hierüber die falsche eidesstattliche Versicherung vom 23.6.1949 abgab. Wenn er glaubte, den Parteieintritt durch besondere Umstände rechtfertigen zu können, so hätte er jedenfalls die Wahrheit angeben und eine Ausnahmegenehmigung beantragen müssen. Wer in Angelegenheiten der Landesgesetze 37 und 38 und des Haftentschädigungsgesetzes eine falsche eidesstattliche Versicherung abgibt, macht sich der Sonderbetreuung und der Haftentschädigung unwürdig. Es ist allgemein bekannt, dass gerade in diesen Angelegenheiten, zumal bei verdrängten Personen, Beweisschwierigkeiten herrschen. Deshalb muss hierbei von den Antragstellern unbedingte Wahrhaftigkeit gefordert werden. Dies gilt umso mehr für den Kläger, der Vorstandsmitglied der VVN. war. Seine Handlungsweise ist Ausdruck einer charakterlichen Unzuverlässigkeit, die auch aus seinen kriminellen Vorstrafen sowie daraus hervorgeht, dass der Kläger in einem Gesuch an das Ministerium des Innern vom 25.9.1947, welches sich in den Sonderhilfsakten befindet, angegeben hat, er sei nicht kriminell belastet.

Wegen dieser Unwürdigkeit und wegen der Zugehörigkeit zur NSDAP - beide Umstände sind erst nach Ausspruch und wiederholter Bestätigung der Anerkennung hervorgetreten - ist die Anerkennung als politisch Verfolgter dem Kläger zu Recht entzogen worden.

Die Klage war daher mit der Kostenfolge des § 98 MRVO.Nr.165 abzuweisen.

Gegen dieses Urteil ist das Rechtsmittel der Berufung beim Obergericht in Lüneburg gegeben, das innerhalb eines Monats nach Zustellung beim Landesverwaltungsgericht in Schleswig einzulegen ist (vgl. §§ 27 und 83 der Verordnung Nr. 165 der britischen Militärregierung - betr. Verwaltungsgerichtsbarkeit in der britischen Zone).

Gez. Canditt

gez. Lullies

I.338/50

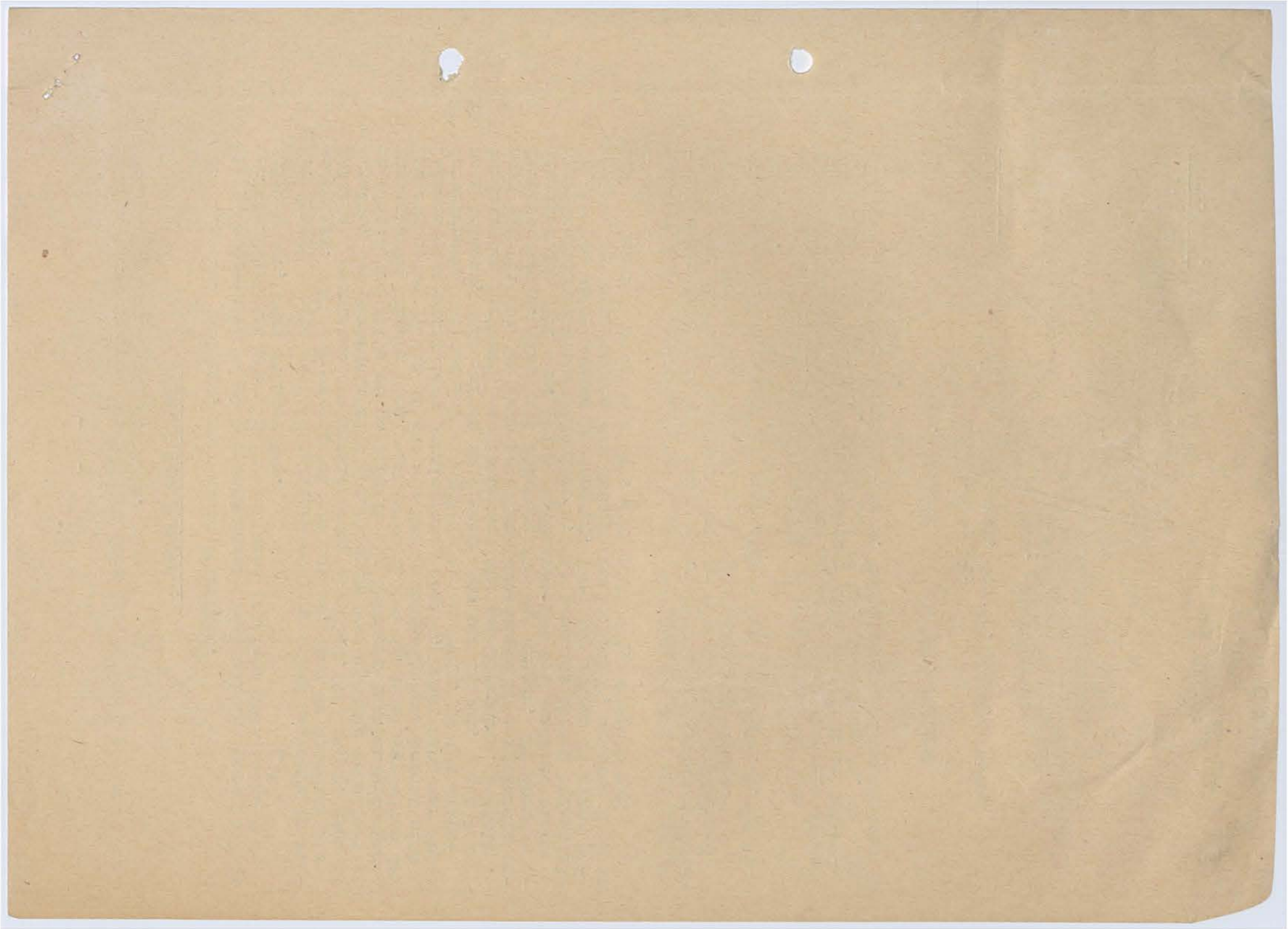
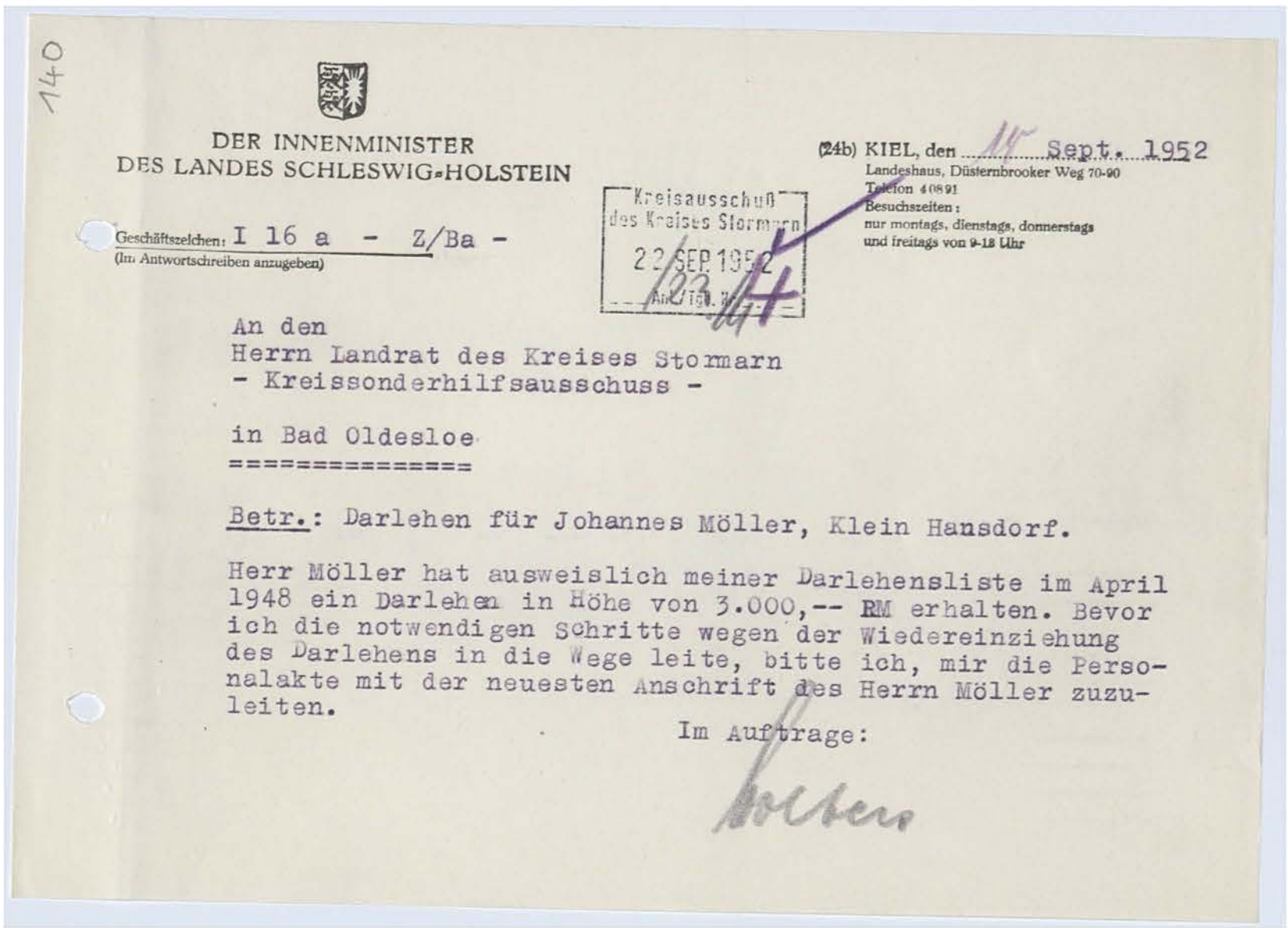
Ausgefertigt:
Schleswig, den 10. Dezember 1951

(Siegel)

gez. Unterschrift
Regierungsoberinspektor
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle
des Landesverwaltungsgerichts

An die
Landesregierung Schleswig-Holstein
Landesminister des Innern
Kiel - BS.
Dort. G.Z. I 16

Beflaubigt:
Reg.-Angest.



Kreisarchiv Stormarn B2



747

11 An den Herrn
Innenminister
des Landes Schleswig-Holstein
-Ref. I 16 a -

Jan 27/9. *W*

-Aktenzeichen: Zi./Ra.-

43.

Im Auftrage des Landrates:

45

14



142

4. Dezember 1952

- Möller -

D./K.

An den
Kreisausschuss
- Sonderhilfeausschuss -
in E u t i n

In der Angelegenheit Johannes M ö l l e r in Bad Schwartau übersende ich anliegend eine mir zugegangene Eingabe der VVW. Lübeck vom 20.11.52 zur Kenntnisnahme.
Da ich meine Vorgänge bereits früher nach dort angegeben habe und Möller in Bad Schwartau wohnhaft ist, ist die dortige Zuständigkeit gegeben.

Im Auftrage des Landrates:

Im Auftrage des Landrates:

Entstehen die Kosten?
Die erforderlichen Feststellungen bei dem Sonderhilfeausschuss in
Möller in Bad Schwartau, Nikolausstr. 41, wohnhaft ist, von dieser,
wenn der Bezug auf den Platz vom 19. 12. 52, und darüber, dass
-Kreisausschuss: D./K.-
Handelt
In der Angelegenheit Johann M ö l l e r in Klein-
K i e t .
-Bei. 1 1 0 4 -
des Landes Schulamt-Büro
I n n e n m i n i s t e r
an den Herrn
4-1/3 Möller -D./K.-
Sonderhilfeausschuss

52. 12. 1952.

Kreisarchiv Stormarn B2



143.

25. September 1953

Sonderhilfsausschuss
4-1/9 - Möller -

1/ An den
Herrn I n n e n m i n i s t e r
des Landes Schleswig - Holstein
- Ref. I 16 -

in K i e l

Betrifft: Johannes M ö l l e r, Be./150 - Rentenvorschüsse usw.

Gezahlt sind: Fürsorgeunterstützung 549,25 DM
Rentenvorschüsse 2.123,96 DM
insgesamt 2.673,21 DM
=====

2/4.

Im Auftrage des Landrates:

Im Auftrage des Landrates:

Im Bed. der vorliegenden Angelegenheit ist, das die dortige Kreisverwaltung beauftragt, die für meine Angelegenheit geltende Summe nach dem oben angegebenen Betrag und nach dem zur Kenntnisnahme.

Ich bestätige eine mit der Kreisverwaltung eingeleitete der ALM. Zweck von 20. II. 53 in der Angelegenheit Johannes M ö l l e r in der oben angegebenen Summe.

Im B e f e h l

- Sonderhilfsausschuss -
Kreisverwaltung
an den

D. V. K.

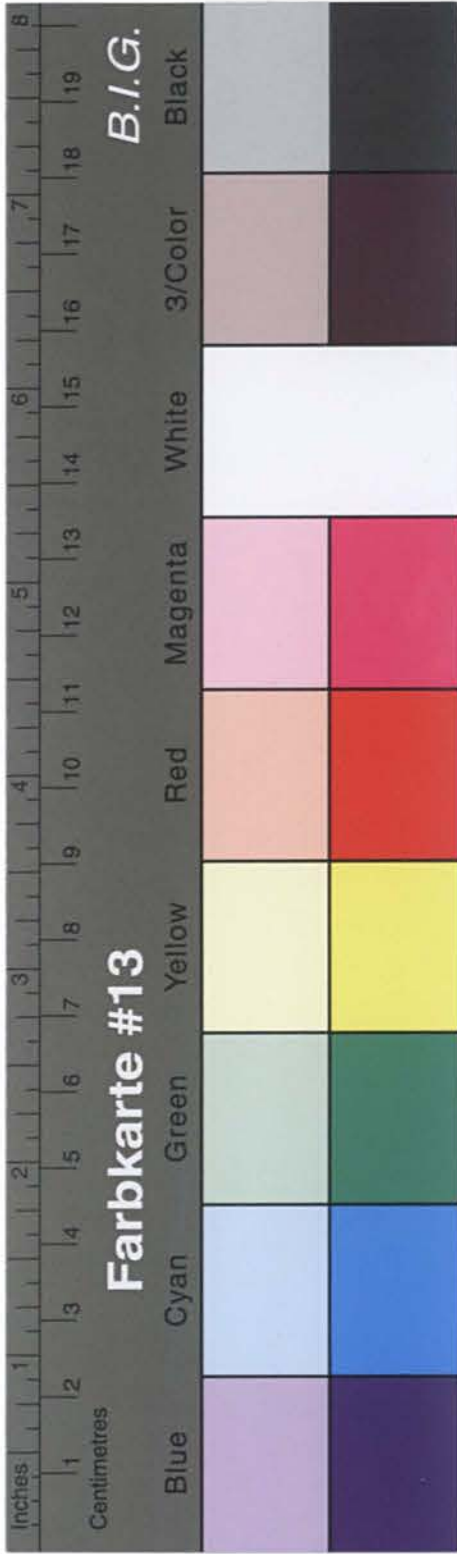
- Müller -

4. Dezember 1953

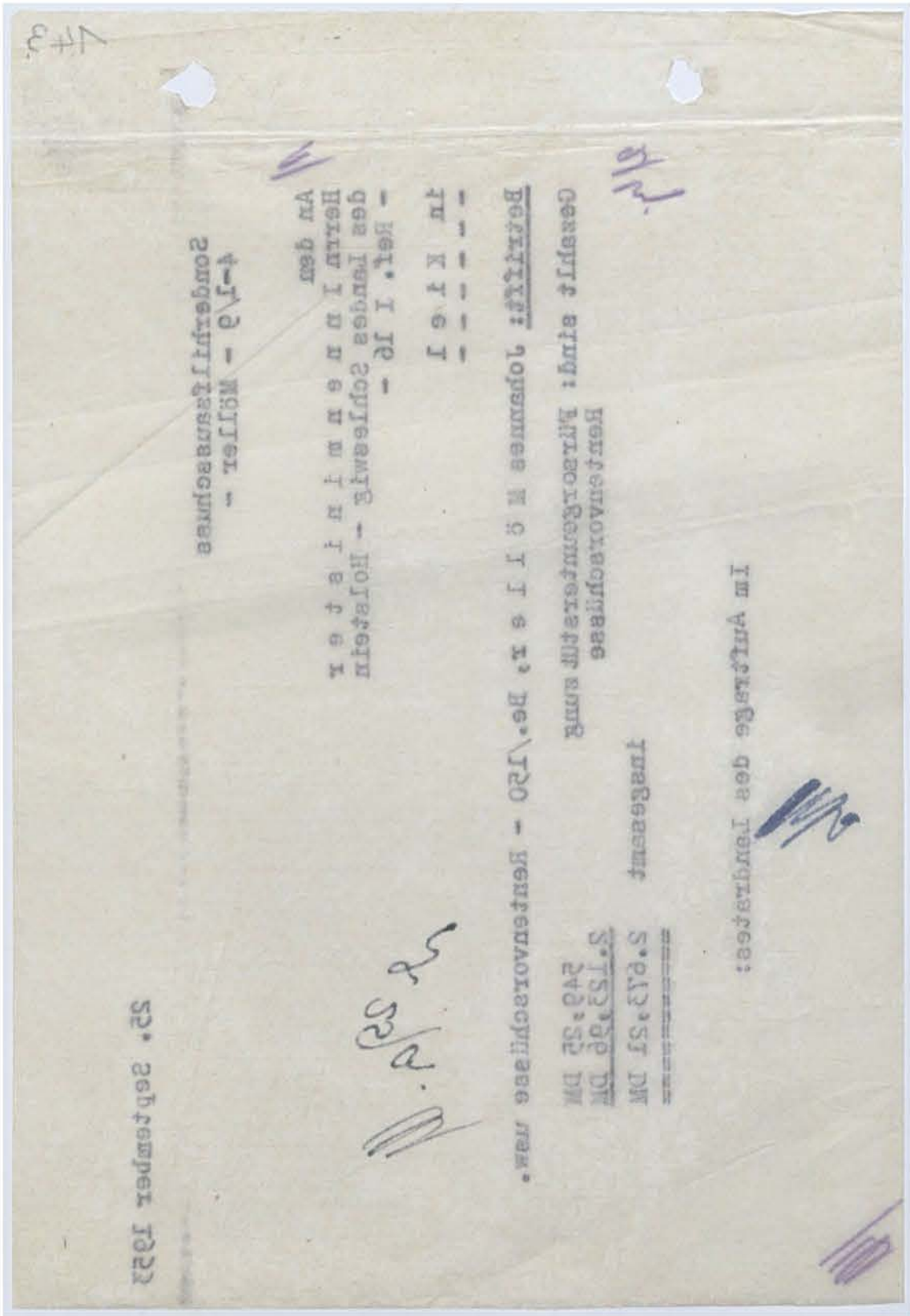
7/19

Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



Die Geschäftsstelle des Landgerichts

Kiel, den 8. Januar 1958

Fernsprecher: 40061

Geschäftsnummer: 21.0.(E) 4/57

Ladung

In ~~der~~ der Entschädigungssache des Rentners Johannes M ö l l e r in Bad Schwartau, Nikolausstr.47,

Es wird gebeten, diese Ladung zum Termin mitzubringen.

gegen das Land Schleswig-Holstein, vertreten durch das Landesentschädigungsamt in Kiel,

Kläger,

Beklagte n,

sollen Sie gemäß dem Beweisbeschluß vom 8. Januar 1958 über den auf der Rückseite dieser Ladung bezeichneten Gegenstand als Zeuge vernommen werden.

Sie werden daher ersucht, bei Vermeidung der durch das Gesetz angedrohten Strafen

am Dienstag, den 18. Februar 1958, 15.30 Uhr vor dem Landgericht hier,

~~in Lübeck, im Gebäude des Arbeitsgerichts, Roeckstr.12~~

zu Ihrer Vernehmung zu erscheinen.

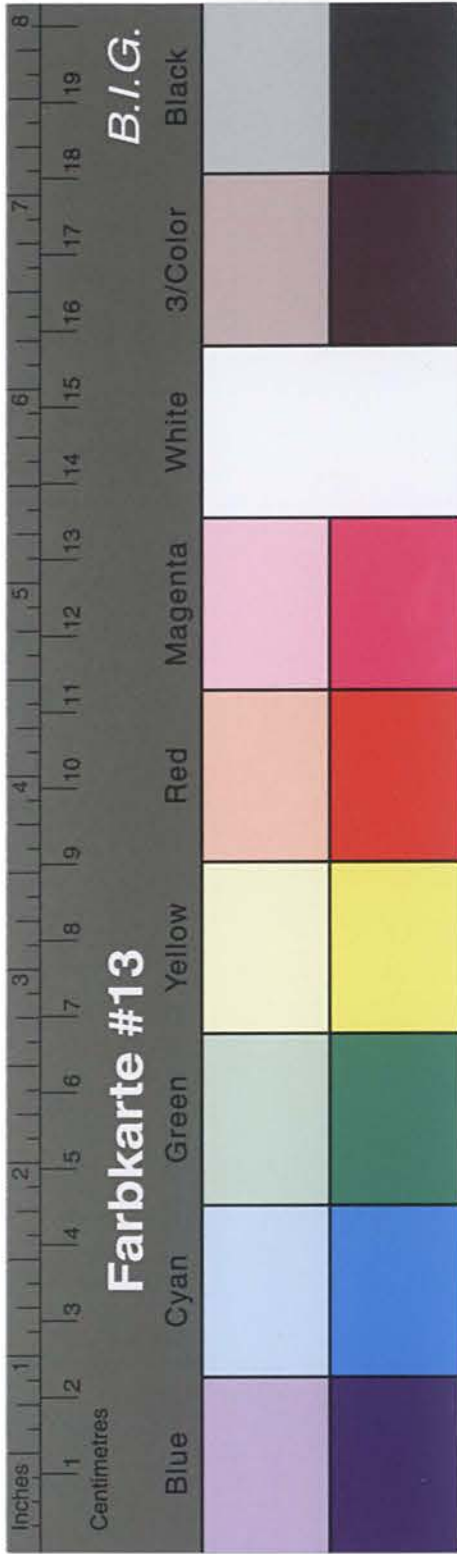
Falls Sie beabsichtigen, die Reise zum Termin von einem anderen Ort als von Bad Oldesloe aus anzutreten, so wollen Sie unter Angabe der Geschäftsnummer sofort Nachricht geben, da Ihnen sonst Nachteile bei Festsetzung Ihrer Entschädigung entstehen können.

Ebenso wollen Sie umgehend unter Darlegung der Hinderungsgründe Anzeige erstatten, wenn Sie aus sonstigen dringenden Gründen zum Termin voraussichtlich nicht erscheinen können. Erhalten Sie auf Ihre Anzeige keinen Bescheid, so müssen Sie zum angesetzten Termin erscheinen.

Bei Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel wollen Sie bitte die verbilligten Rückfahrkarten benutzen, es sei denn, daß bei Benutzung eines anderen Verkehrsmittels für die Rückfahrt die Zeitversäumnis geringer sein würde. Verdienstausschlag wird nach den Bestimmungen der Gebührenordnung entschädigt. Es ist erwünscht, wenn der Zahlstelle des Gerichts Unterlagen über die Höhe des Verdienstes (Arbeitsgeberbescheinigung oder ähnliches) vorgelegt werden können. Die durch die Annahme eines Vertreters entstehenden Unkosten bedürfen in jedem Falle des Nachweises.

JP *Nr. 84. Zeugenladung (§ 377 ZPO.). — Landgericht JD 1790 20000 12 55

bitte wenden!



Kreisarchiv Stormarn B2

Bei weiter Entfernung Ihres Aufenthaltsortes oder bei nachgewiesener Mittellosigkeit (Armutszeugnis!) können Zeugen auf ihren Antrag Vorschüsse auf die ihnen nach der Gebührenordnung zu erstattenden Fahrkosten gezahlt werden. Ein solcher Antrag muß umgehend nach Empfang der Ladung bei dem in der Ladung angegebenen Gericht gestellt werden. Nur in Eilfällen kann der Antrag an das für den Wohn- oder Aufenthaltsort des Geladenen zuständige Amtsgericht gerichtet werden.

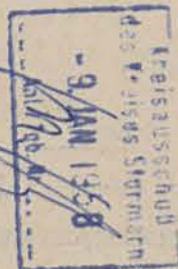


Baumhals, Justizangestellter

Behauptung des Klägers:

Er sei seinerzeit (Frühjahr 1933) durch eine Widerstandsgruppe beauftragt worden, die Mitgliedschaft in der NSDAP zu erwerben, um alsdann zersetzenden Einfluß innerhalb der NSDAP nehmen zu können und den Zielen der Widerstandsgruppe -auch durch erforderliche Warnung vor gegen deren Angehörige geplanten Maßnahmen der NSDAP- dienen zu können.

17.0. d. d. 19. 1. 58
Wg. 15.2.58.



Geschäftsstelle
des Landgerichts Kiel
Entschädigungskammer Staatsanwaltschaft
21. O. (R) 4/57
Amtsgericht
Kiel

An den
Geschäftsführer
des Kreissonderhilfs-
ausschusses Stormarn
Herrn Dabelstein
in Bad Oldesloe
=====



145

Kreisentschädigungsamt
4 - 1/9 - Möller -

Bad Oldesloe, den 11. Februar 1958
Da/Rg

Herrn
L a n d r a t vorgelegt

Geschehen!
Brennweit

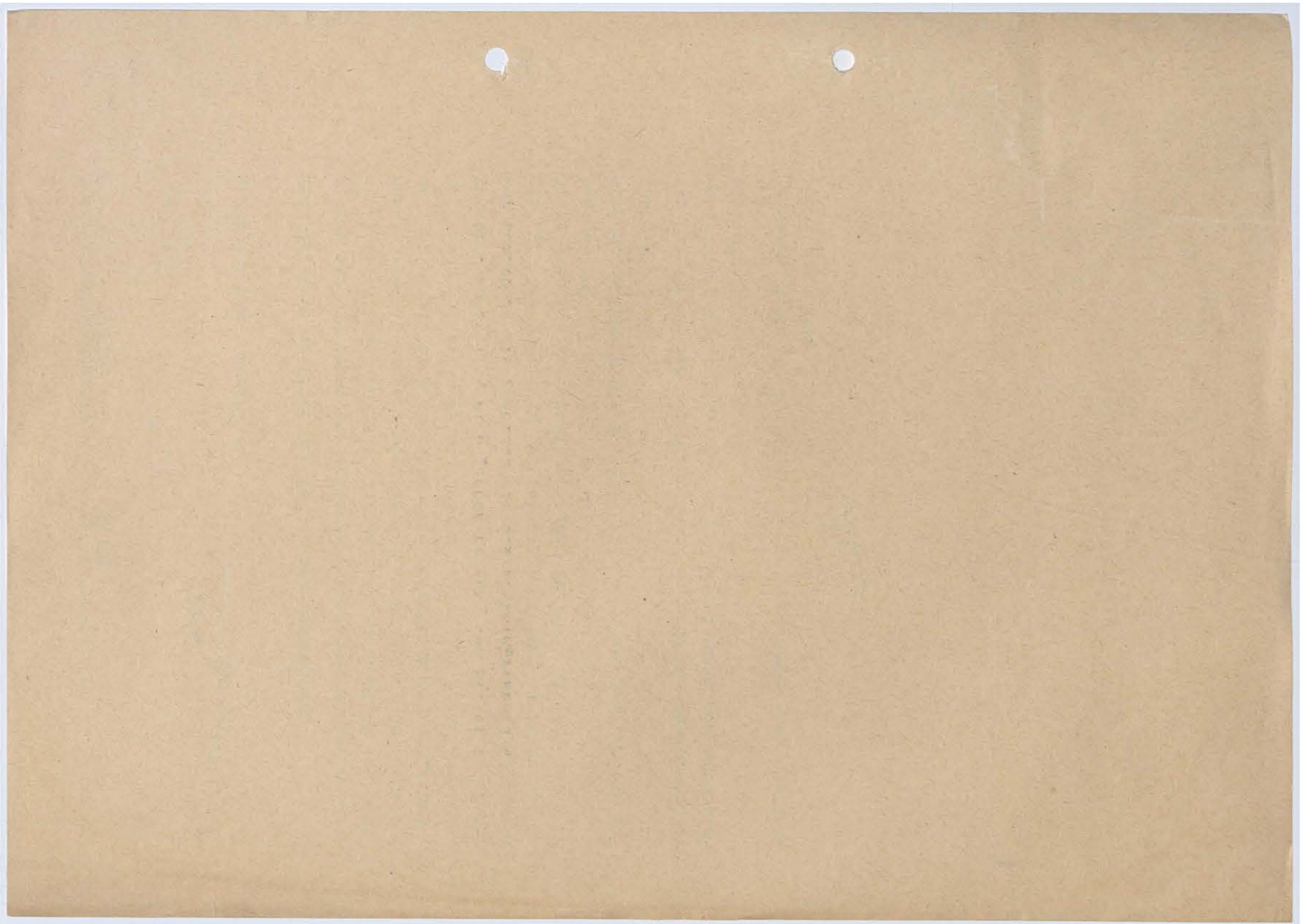
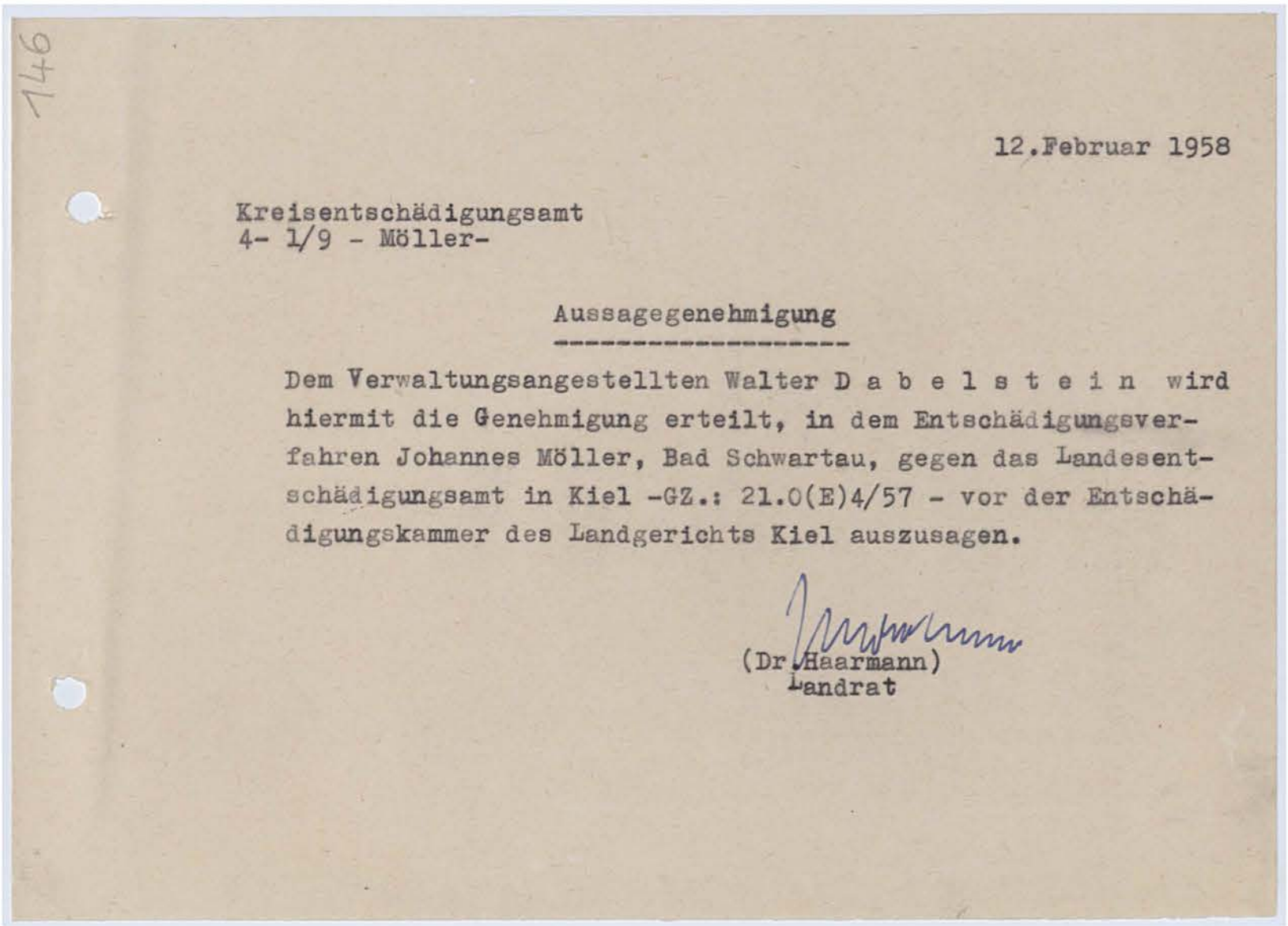
mit der Bitte um Erteilung der Aussagegenehmigung.

Möller war von dem seinerzeitigen Kreissonderhilfsausschuß als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt. Diese Anerkennung wurde widerrufen, weil Möller in einer vor der Amtsverwaltung Bargteheide abgegebenen eidesstattlichen Erklärung angegeben hatte, zu keiner Zeit Mitglied der NSDAP gewesen zu sein. Es stellte sich jedoch heraus, daß Möller bei seiner Bewerbung als Kandidat für die Kreistagswahl 1946 angab, von 1933 bis 1935 Mitglied der NSDAP gewesen zu sein. Auf diese Unstimmigkeiten hingewiesen, erklärte Möller, daß er von der KPD aufgefordert worden sei, Mitglied der NSDAP zu werden, um hier Einzelheiten des Parteiprogramms usw. zu erfahren.

Ein Strafverfahren ist eingeleitet worden; das Verfahren wurde jedoch eingestellt, weil die Straftat unter die Amnestiebestimmungen fiel.

Bedenken gegen die Erteilung der Aussagegenehmigung dürften nicht bestehen.

Dahlmann



Kreisarchiv Stormarn B2



147

Walter D a b e l s t e i n Timmerhorn, den 21. Februar 1958

An die
Geschäftsstelle des Landgerichts Kiel
- Entschädigungskammer -

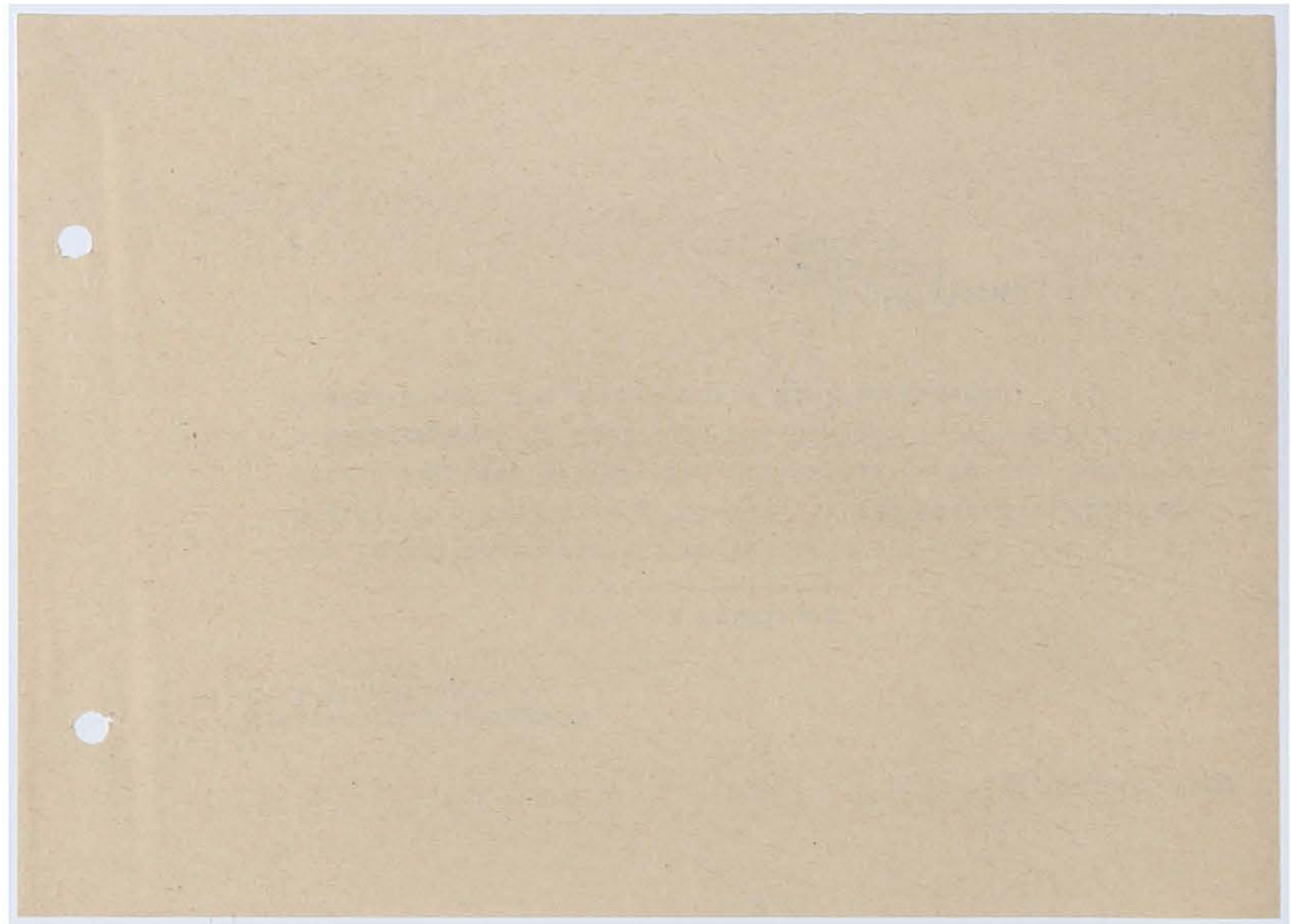
in K i e l

Betr.: Entschädigungssache Johannes M ö l l e r , Bad Schwartau
- AZ.: 21.0. (E) 4/57 -

Am 18. Februar 1958 bin ich als Zeuge vernommen worden. An Fahrgeld
sind mir entstanden:

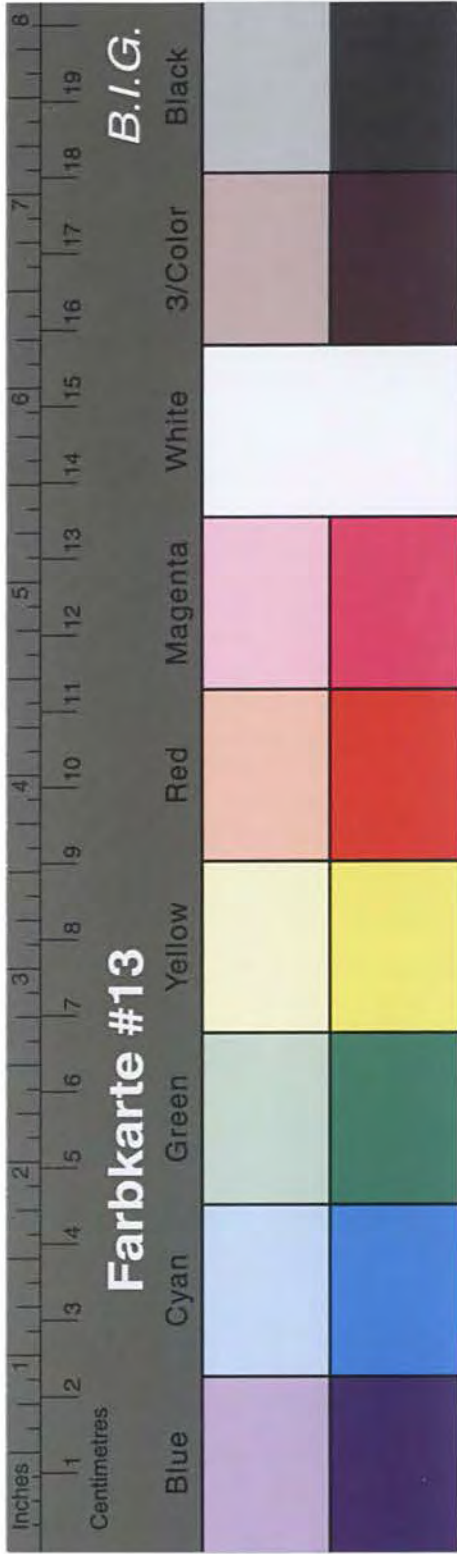
2 Fahrten von Bad Oldesloe nach Lübeck (hin und zurück) - à 1.07 DM -	= 2.14 DM
2 Straßenbahnfahrten - à 0.25 DM -	= 0.50 DM
zusammen	= 2.64 DM
	=====

Ich bitte um Erstattung dieses Betrages.
Ich habe für die Fahrt Sechserkarten benutzt, wie aus der beilie-
genden abgefahrenen Karte ersichtlich ist. Eine Fahrt kostete
1.07 DM. Die weiteren Fahrkarten habe ich leider nicht zur Hand.



Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

